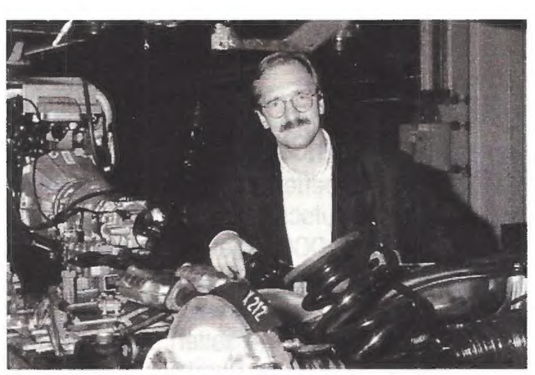
# DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 32 / 45. Jahrgang
5. August 1991
4,50 DM



Hausmitteilung Betr.: Industrie, Jugoslawien

Was Fließbandarbeit heißt, weiß man seit langem, aber muß sie so aussehen? Ein Mann in einer engen Grube reckt stundenlang die Arme über den Kopf, um Benzintanks an Auto-Karosserien zu montieren, die über ihm vorbeiziehen – so beschrieben von SPIEGEL-Redakteur Dietmar Hawranek vor fünf Jahren (SPIEGEL 45/1986). Jetzt war Hawranek der erste Journalist, den Opel in seinem Rüsselsheimer Werk eine revolutionäre Fertigungsmethode beobachten ließ: Das Fließband läuft weiterhin, die Arbeit ist hart, doch die Leute am Band können selbst entscheiden, wie sie einander beim Zusammenbauen des Opel-"Omega" ablösen – niemand braucht immerzu Benzintanks anzuschrauben. Mithin: Fließbandarbeit ein wenig menschlicher. Hawraneks Bericht auf Seite 92.


Hawranek am Opel-Fließband

+

Als Tito im Sterben lag, diskutierte der SPIEGEL in einer Titelgeschichte (4/1980) ein mögliches Szenario für die Zeit danach: "Proklamation eines unabhängigen Staates durch die antiserbischen, nationalistischen, katholischen Kroaten, daraufhin Bürgerkrieg . . ." Elf Jahre später ist es soweit. Während der jugoslawischen Staatskrise kamen im SPIEGEL die Anführer fast aller Parteien zu Wort, interviewt von der Belgrader Korrespondentin Renate Flottau und Osteuropa-Redakteur Klaus Reinhardt: Kroatiens Präsident Franjo Tudjman und sein Kollege Alija Izetbegović aus Bosnien-Herzegowina, Sloweniens Präsident Milan Kučan und Parlamentspräsident France Bučar, zweimal Jugoslawiens Staatspräsident Stjepan Mesić – und für die Serben diese Woche Tschetnik-Führer Vojislav Šešelj: "Dann nehmen wir eben alles" (Seite 124). Hunderte Jugoslawen haben sich per Brief und Telefon über "parteiische Berichterstattung des SPIEGEL" beschwert, streng getrennt nach Landsmannschaft: Serben halten den SPIEGEL für kroatenfreundlich, Slowenen und Kroaten beklagen, das deutsche Nachrichten-Magazin ergreife die Partei serbischer Terroristen. Einige sind auch dankbar für "objektive Information".



Titel 4/1980

# INHALT



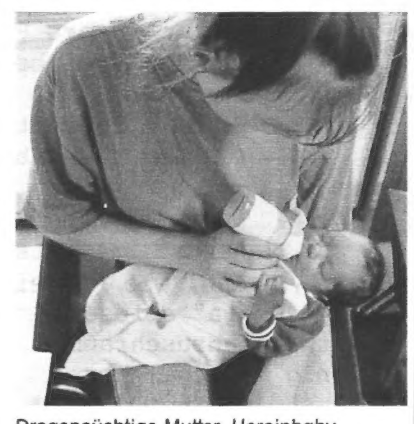
## Asyl: „Kapazitäten total erschöpft“ Seiten 18, 20

Die Asylbewerber-Zahlen erreichen Rekordmarken. Unionspolitiker, die eine Verschärfung des Asylrechts fordern, spüren jetzt Unterstützung bei der SPD. Bremens Bürgermeister Klaus Wedemeier im SPIEGEL-Interview: „Unsere Kapazitäten sind total erschöpft.“

## Berlins Bürgermeister – Büttel der Wirtschaft S. 26

Der Krieg um die besten Grundstücke mitten in Berlin ist in vollem Gange. Anwälte, Makler und Investoren haben das Sagen, und die Stadtregierung fügt sich willig, allen voran der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, der sich zum Büttel wirtschaftlicher Interessen machen läßt.

## Das Elend der Fixer-Kinder Seite 69



Drogensüchtige Mutter, Heroinbaby

Auch Junkies haben Kinder. Experten schätzen ihre Zahl in Deutschland auf 20 000 bis 30 000. Die Ältesten sind 15 bis 20 Jahre alt. Der Fixer-Nachwuchs verwahrlost und gerät nicht selten selbst ins Milieu. Aus Furcht, voneinander getrennt zu werden, schweigen Eltern und Kinder. Viele halten selbst gegenüber den besten Freunden dicht, wie die zehnjährige Sina: „Wer weiß, was die sonst von mir denken.“

## Reuters dubiose Bürgschaft Seite 97

Daimler-Benz und der Clan der Dorniers streiten wieder. Gleichzeitig sorgt ein dubioses Geschäft für Aufsehen. Konzern-Chef Edzard Reuter bürgte für eine marode Privatfirma, die kurz darauf Konkurs anmeldete. Ihre Eigentümer: Conrado Dornier und seine Frau Martine.



Reuter



Dornier-Tiefenthaler

## Machtspiele in der Allianz Seite 84

Einmal mehr hat Allianz-Chef Wolfgang Schieren rigoros seinen Willen durchgesetzt: als es um seinen Nachfolger ging. Der Fall offenbart, wie sehr Europas größter Versicherungskonzern auf Schieren zugeschnitten ist. Seine Herrschaft ist fast absolut, seine Machtspiele haben Widerspruch in den eigenen Reihen weitgehend erstickt.

## Skandalrepublik Argentinien

Seite 131

Eine Serie von Korruptionsskandalen hat Argentiniens peronistischen Präsidenten Menem um sein Ansehen gebracht. Beamte sind in Milliardenschiebereien verwickelt, Berater und Verwandte sollen Kokaindollar in Millionenhöhe geschmuggelt haben.



Präsident Menem

## Krebsgift Dioxin: Die betrogenen Opfer

Seite 106

Tausende amerikanischer GIs und vietnamesischer Zivilisten leiden an schweren Vergiftungen – sie kamen während des Vietnamkrieges mit dem dioxinhaltigen „Agent Orange" in Berührung. Doch noch immer werden die Folgen des Gifteinsatzes vertuscht.

## Gold der Steppe

Seite 176

Weltpremiere in der Provinz: Goldschätze und künstlerisch verschönte Totenschädel aus uralten Fürstengräbern der Ukraine werden im Schloß Gottorf zu Schleswig ausgestellt. Sie wurden zumeist erst in den achtziger Jahren ausgegraben. Nach dem Abschluß eines Staatsvertrages mit dem Land Schleswig-Holstein waren die Sowjets bereit, die Tresore zu öffnen. Dem ging eine jahrzehntelange Zusammenarbeit norddeutscher und ukrainischer Wissenschaftler voraus.



Sarmatische Miniaturmaske

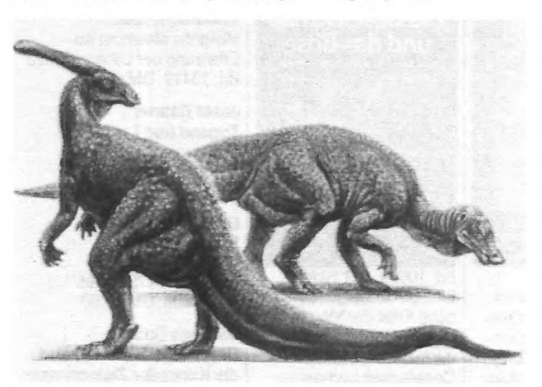
## Aids-Test für Ärzte?

Seite 183

Um die Angst der Patienten abzubauen, sie könnten sich mit Aids-Viren infizieren, sollen Deutschlands Ärzte und Zahnärzte freiwillig zum Aids-Test. Der Nutzen ist umstritten. „Selbst tägliche Tests", so Ärztekammer-Chef Karsten Vilmar, „schließen das Risiko nicht aus."

## Kommen die Saurier wieder?

Seite 180



Dinosaurier

Als die Dinosaurier von der Erde verschwanden, hinterließen sie, wie einige Forscher glauben, winzige Mengen ihrer Erbsubstanz. Aus der Paläo-DNA ließen sich vielleicht, mit modernster Gentechnologie, die Urzeit-Giganten wieder erschaffen.



DER SPIEGEL (USPS 154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 250,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Überheblich und unhaltbar

(Nr. 30-31/1991, Meinungsforschung: SPIEGEL-Umfrage über die Einstellung der Ost- und Westdeutschen zueinander)

Die Behauptung einer deutsch-deutschen Entfremdung ist so überheblich wie unhaltbar. Mögen sich denn etwa Nord- und Süddeutsche untereinander lieber? Und wie sympathisch finden wir Deutsche uns insgesamt selber? Vielleicht verbirgt sich dahinter keine Feindseligkeit, sondern nur eine „Normalisierung".

Heidelberg DR. ULRIKE LIEBERT

Es wäre für das gegenseitige Verstehen dienlicher gewesen, den „leidgeprüften" Wessis einmal aufzuzeigen, wie viele Billionen die so viel geschmähten, faulen Ossis in den letzten 45 Jahren an Reparationen gezahlt haben, indem sie aus laufenden Produktionen Waren aller Art liefern mußten. Das war nicht 1950 zu Ende, wie viele meinen, sondern „die Lieferungen", so die schamhafte Umschreibung, reichten bis in die letzten DDR-Tage! Hätten sich die Westdeutschen, wie im Potsdamer Abkommen festgelegt, an dieser Kriegsschuldbegleichung äquivalent beteiligt, dann wäre das westdeutsche Wirtschaftswunder sehr viel bescheidener ausgefallen, und die Ex-DDR würde heute nicht so trostlos aussehen.

Jena (Thüringen) HARDY SCHREY

Wir Westdeutschen könnten zur Vergangenheitsbewältigung einen positiven Beitrag leisten, indem wir uns unseren eigenen Beitrag zum Kalten Krieg genauer anschauen und unsere Fehler bekennen und offenlegen. Gemeinsam könnten wir darüber trauern, daß wir uns 40 Jahre lang waffenstarrend mit Vernichtungswünschen gegenüberstanden und dabei riskiert haben, daß die Umwelt kaputtgeht.

Einbeck (Nieders.) INGRID MENGERT

Ich höre immer nur einstige Landsleute aus der ehemaligen DDR. Keiner war nach 1945 ein Nazi, keiner war Kommunist in der Ex-DDR. Für mich sind unsere sogenannten Landsleute keine Deutschen, sondern ganz gewöhnliche „Zuchtrussen"!

Lauenburg (Schlesw.-Holst.) EDUARD AGEJEW

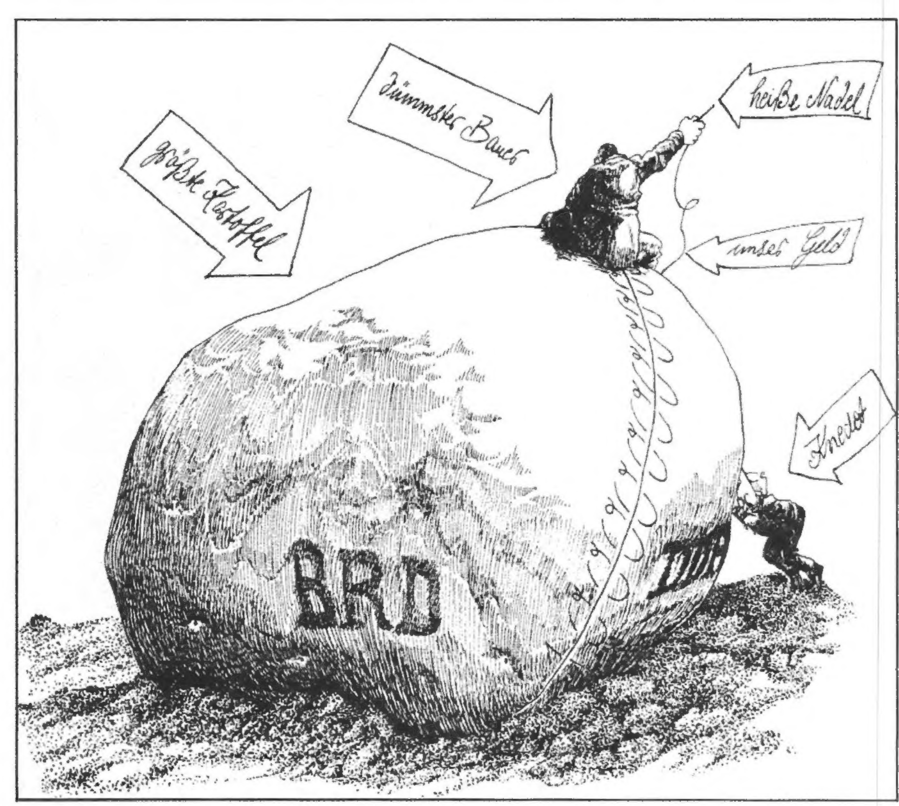
## Übelste Sünde

(Nr. 30/1991, Kommentar von Rudolf Augstein: Wann Leben beginnt)

Aber, aber, Herr Augstein! Das Dogma der Kirche anzugreifen ist die übelste aller Sünden. Sie werden dafür in der tiefsten Hölle schmoren müssen. Vorher sollte man Ihnen allerdings den Pulitzerpreis verleihen.

Hamburg BRIGITTE KOLLER

Als ein starkes Stück erscheint Ihre Behauptung: Die Vertreter der „Vermehret-euch-Ideologie" sind Verbrecher. So weit ist bis heute noch kein Ankläger der uneingeschränkten Bevölkerungsex-




**Vorsicht, Satire** Die Zeit

**„To see or not to see,
das ist hier die Frage
des Satellitenempfängers.“**

**Loewe Art Sat,
Loewe Concept
Plus Sat**

Was Sie von der Welt sehen, ist nicht nur eine Frage der Kultur, es ist auch eine der Technik. Wie sind Sie mit der Welt verbunden? Ein Loewe mit Satellitenempfang und die entsprechende Antenne erschließen Ihnen heute schon über 90 internationale Programme.



**Satelliten-
Direktempfang**

Der Satellitenempfänger ist von außen unsichtbar in die Loewe Sat-Geräte integriert.

D2-MAC

**D2-MAC**

Die Sendenorm für schärferes Bild und Digitalton. Mit einem Loewe Art Sat können Sie schon heute D2-MAC empfangen. Bei Loewe Concept Plus Sat ist das Empfangsteil nachrüstbar.

*THINK*

DIGITAL AUDIO

**Digital Audio**

Speziell aufbereitete Sendungen, die in D2-MAC ausgestrahlt werden, können Sie in CD-Qualität hören. Entweder über die Endstufe (2 x 35 W) und die 2-Wege-Boxensysteme des Loewe Art Sat oder über die Soundbox des Loewe Concept Plus Sat. Passiv mit 40 Watt, aktiv mit satten 140 Watt.




**Intelligent Dialog Control**

Mit dieser intelligenten Bedienerführung beherrschen Sie den Loewe Concept Plus Sat fast ohne Bedienungsanleitung.



**Loewe in Halle 1 auf der IFA**

30.08.91 – 08.09.91

Loewe
D-8640 Kronach

# LOEWE.

[ Es gibt Leute, die haben einen Fernseher, und es gibt Leute, die haben einen Loewe. ]

plosion gegangen. Doch vielleicht werden in unserer Zeit nur „starke Worte“ überhaupt beachtet?

Fürth (Bayern) ILAD SCHERER

Widerspruch, Herr Augstein, Leben beginnt mit der Befruchtung!

Luxemburg FAMILIE RATHMANN mit vier Kindern

Auf die Frage, wann das menschliche Leben beginnt, steht die richtige Antwort zum ersten Mal auf der Titelseite Ihres Magazins: Mit dem Eingriff ins Erbgut entsteht der Mensch nach Plan. Also – Mensch von Anfang an.

Bremen WOLF RAHN

Verbesserung darstellen. Dazu gehört das Dormicum. Für dieses Medikament – wie für andere – gilt der Satz, der für die Barbiturate (Einschlafmittel zur Narkose) im angelsächsischen Schrifttum geprägt wurde: „Deadly easy – easily dead.“ Potente Arzneimittel sind in den seltensten Fällen nebenwirksamfrei – sosehr das auch zu wünschen wäre!

Homberg GÜNTER MESSLOH Arzt für Anästhesiologie

Ein alter Hut: Die Dosis ist es, die den Unterschied macht zwischen Arzneimittel und Gift. Das Ärgerliche an diesem Artikel ist das Spiel mit der Angst von Menschen, die sich ohnehin in einer







Die Tageszeitung

Das Problem der Übervölkerung der Erde durch Abtreibung lösen zu können, halte ich schlichtweg für zynisch und frauenfeindlich. Ein Schwangerschaftsabbruch tötet nicht nur ein ungeborenes Menschenleben, sondern auch einen Teil der Frau, der zu ihr gehört hat.

Detmold HELGA KAMINSKI

Auch für die Entwicklungsländer sollte Aufklärung und Verhütung die Lösung sein. Denn „Seid fruchtbar und mehret euch“ ist in vielen Regionen der Welt längst erfüllt.

Wuppertal VOLKER STANDT

## Lieber Knöpfe verkaufen

(Nr. 28/1991, Arzneimittel: Narkosemittel unter Verdacht)

Es gibt wenige Medikamente, die für den Patienten, der ängstlich vor Operation und Narkose steht, erfahrbar eine

angstbeladenen Extremsituation befinden. Ärztliche Behandlung läßt sich eben nicht nur auf juristische Seiltanzakrobatik reduzieren, sondern fußt auf dem „Ur-Vertrauen“, das ich als Patient meinem Arzt entgegenbringen muß. Sonst läuft nichts!

Siegen DR. MED. F. LÖWENDORF Anästhesist

Allein im letzten Jahr wurde im Universitätsklinikum Berlin-Steglitz Dormicum 12 205mal angewandt – ohne schwerwiegende Komplikationen. Die von den Autoren aufgeführten Todesfälle sind nahezu ausschließlich auf schwere Anwenderfehler zurückzuführen. Deshalb aber dieses aus der klinischen Praxis der Anästhesie, Intensiv- und Notfallmedizin nicht mehr wegzudenkende Benzodiazipin aus dem Verkehr ziehen zu wollen, wäre geradezu absurd.

Berlin PROF. DR. MED. K. EYRICH Klinik für Anästhesiologie und operative Intensivmedizin an der FU Berlin

Narkosemittel sind eben kein Zuckerwasser, sondern gehören in die Hand des Anästhesisten, der Nebenwirkungen wie Atem- und Kreislaufdepression sozusagen „im Schlaf“ beheben kann. Denn gerade Atmung und Kreislauf müssen wir Narkoseärzte täglich in jeder Narkose stabilisieren. Und: Wer als Arzt oder Schwester ein Medikament nicht mit zum Beispiel isotonischer Kochsalzlösung verdünnen kann, der sollte lieber Knöpfe verkaufen. Das ist ungefährlicher.

Königstein (Hessen)
DR. MED. URSULA BLAUM
Ärztin für Anästhesie

## Persische Wahrheit?

(Nr. 30/1991, Gesellschaft: Interview mit Bozorg Mahmoody über seine Frau Betty und deren Roman „Nicht ohne meine Tochter“)

Einer so tüchtigen Geschäftsfrau, die ihre Tränen so einträglich vermarktet hat, kann man wohl die „hilflos Verschleppte“ und Mißhandelte nicht abkaufen.

Frankfurt/Main INGRID SITZIUS

Seit meine Tochter Mahtab und ich aus dem Iran geflohen sind, quälen uns endlose Alpträume, ob, wann und wie ihr Vater und mein Ehemann Moody uns aufsuchen wird. Was wir jetzt, nach fünfjährigem Schweigen, von ihm hören, ist besonders für Mahtab sehr verletzend. Er zieht es vor, die Wahrheit zu leugnen, die er kennt, die ich kenne und, ganz besonders wichtig, die Mahtab kennt. Kein Leugnen kann das Geschehene ändern, so wie seine Toch-



**Autorin Mahmoody, Tochter Mahtab**
Tränen einträglich vermarktet

ter und ich es erlebt haben. Seine jüngsten Erklärungen zielen darauf hin, die guten Erinnerungen zu verderben, die eine liebende Tochter trotz allem im Gedächtnis bewahrt hat. Jetzt durch seine eigenen Worte zu erfahren, daß er wegen seines 24-Stunden-Tages zu beschäftigt war, überfordert das noch bestehende Vertrauen eines Kindes.

Ich meine auch, daß es eine Tragödie ist, in einer Welt zu leben, in der Kinder nicht der Liebe und Anleitung beider Eltern teilhaftig werden können. Deswegen habe ich oft einen 16-Stunden-Tag einer von mir für Kinder geschaffenen Organisation gewidmet, die Verständnis und gesunde Beziehungen mit beiden Eltern fördern soll. Als Mitglied von One World For Children, einer der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen (IAF) in Deutschland vergleichbaren Organisation, arbeite ich für das Ideal, daß alle Kulturen, einschließlich der großen persischen Kultur, und alle Religionen, einschließlich der angesehenen moslemischen Religion, Teil einer Weltgemeinschaft werden, die die lebenswichtigen Bedürfnisse von Kindern fördert.

Perth (Australien) BETTY MAHMOODY

All das, was Herr Mahmoody von sich gibt, ist seine „persische Wahrheit“. Es gibt nämlich eine persische und eine allgemeine Wahrheit, nur daß die Perser bloß davon überzeugt sind, daß nur „ihre“ Wahrheit stimmt. Ich habe viele deutsche Frauen kennengelernt, denen es genauso ging wie Betty Mahmoody.

Essen HELGE LONTZEN

Spätestens nach der Lektüre dieses Interviews müßte eigentlich – einigermaßen Anstand vorausgesetzt – unsere liebe Betty ihr Schmähwerk reuevoll aus dem Verkehr ziehen.

Köln DR. AYGÜN GÜRKAU

Mich hat die selbstherrliche Arroganz dieses nur sich selbst als Mittelpunkt der Erde ansehenden Mannes, der allen gezielten Fragen geschickt auswich, empört. Die Motive der Frau Betty Mahmoody werden nicht hinterfragt und scheinen auch nicht interessant. Der Schluß Ihres Interviews birgt den Satz aller hilf- und machtlosen Männer: Sie ist verrückt. Prima gelungen, Ihr Interview – das muß ich schon sagen.

Berlin KATHRIN SAUNDERS-KRÖNING

## Erst in den Sechzigern

(Nr. 29/1991, Motorräder: Comeback der Harley-Davidson)

Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Marlon Brando fuhr in „The Wild One“ eine „Triumph“-Maschine, ebenso wie die anderen Mitglieder seiner Gang (Black Rebels). Allerdings kommen auch Harleys in diesem Film vor: Die gehören der Rival Gang von Chino (Lee Marvin), allerdings ohne den extrem langen Radstand – den gab's erst in den sechziger Jahren (Easy Rider).

Paris HEINO MULLER



**„Triumph“-Fahrer Marlon Brando*:** Es kommen auch Harleys vor

## Ohne geringsten Hinweis

(Nr. 31/1991, Börse: Insider-Affäre verunsichert Anleger)

Der SPIEGEL berichtete unter der Überschrift „Totalverlust möglich“ über den Kursverlauf des Siemens-Optionsscheines 86/92. In dem Artikel wird behauptet, ich hätte als Moderator der Telebörse am 15., 16. und 17. April 1991 dringend zum Verkauf dieses Scheines geraten. Nach diesem Rat sei der Kurs des Scheines rapide abgesackt. Diese Feststellung ist nicht richtig. Bei einer Kontrolle der Sendemitschnitte der fraglichen Tage hätten Sie leicht feststellen können, daß ich an keinem der genannten Tage auch nur den geringsten Hinweis auf den Verkauf dieses Scheins gegeben habe.

Frankfurt am Main FRIEDHELM BUSCH
Gesellschaft für Wirtschafts-Fernsehen mbH
Redaktion Telebörse

* In dem Film „The Wild One“ (1953).

## Wundersame Briefvermehrung

(Nr. 31/1991, Philosophen: Neues aus dem Nachlaß von Carl Schmitt)

In dem Essay von Heinrich Meier heißt es, es seien *zwei* Briefe aus der Heidegger-Schmitt-Korrespondenz bekannt. Hier irrt der Autor. Bekannt ist lediglich *ein* kurzer Brief vom 22. August 1933, in dem Heidegger sich für die gerade erschienene dritte Fassung des „Begriffs des Politischen“ bedankt, die der Preußische Staatsrat dem Rektor der Freiburger Universität zugesandt hatte. Den „zweiten“ Heidegger-Brief, mit dem in der Schmitt-Debatte seit geraumer Zeit operiert wird, gibt es nur als Gerücht. Der Konstanzer Arbeitsrechtler Bernd Rüthers („Carl Schmitt im Dritten Reich“, 2. Aufl. 1990) arbeitet damit, um seine Behauptung einer angeblichen „politischen Aktionspartnerschaft zwischen Heidegger und Schmitt“ zu unterstützen: „Einige Wochen nach der ‚Machtübernahme‘ erreichte Schmitt ein Brief Heideggers vom 22. April 1933 mit der Aufforderung, er möge sich der neuen Bewegung nicht verschließen.“ Als „Nachweis“ nennt Rüthers eine Fußnote aus dem Carl-Schmitt-Buch des amerikanischen Historikers J. W. Bendersky von 1983. Tatsächlich existiert dieser Brief nicht. Bendersky hatte den Dankesbrief vom 22. August 1933 falsch datiert (22. April) und unzutreffend referiert (von der „neuen Bewegung“ ist bei Heidegger keine Rede). Bendersky hat den Datierungs-Fehler inzwischen eingeräumt, aus dem sich die wundersame Briefvermehrung erklärt. Es bedurfte keiner Aufforderung aus dem Schwarzwald, um Schmitt zur Mitarbeit in der „neuen Bewegung“ zu veranlassen.

Marburg PROF. DR. GUNTRAM VOGT

*Leser Vogt hat recht. Allerdings irrte nicht Autor Meier, sondern der SPIEGEL hat Rüthers vertraut und Meiers Text „korrigiert“.* –Red.

## Schluß mit dem Wehr-Fimmel

(Nr. 29/1991, Bundeswehr: Planspiele für weltweiten Einsatz)

Die Herren Wellershoff, von Ondarza und andere Strategen auf der Hardthöhe arbeiten an Plänen, wo sie unsere

Jungs zum Einsatz bringen können? Ein am Ende blutiges „Räuberhauptmann- und Gendarmspiel“! Diese intelligenten Herren könnte man einer anderen, nützlicheren Verwendung zuführen.

Wiesbaden HELMUT SIEBER

Wann machen wir endlich Schluß mit unserem Wehr-Fimmel?

Bonn GÜNTHER KNOBLOCH

Wer sich äußert wie die von Ihnen zitierten Soldaten, der hat einfach nicht begriffen, wie gut es letztendlich war, nicht im Krieg gegen den Irak sein Leben riskiert zu haben, in einem Krieg, dessen Sieger eben nicht die Menschenrechte des kuweitischen Volkes, sondern die Geldbörsen der Rüstungsprofiteure in aller Welt sind und waren.

Maintal (Hessen) ALEXANDER KÜHN

Wann kommt es endlich – wenn schon nicht gleich nebenan, so doch irgendwo auf dieser Welt – zu dem längst überfälligen, befreienden Gemetzel unserer blutleckenden, nach einer Daseinsberechtigung lechzenden und nun auch noch auf Diät gesetzten bundesdeutschen Kampfhunde?!

Düsseldorf CASPAR ANCZYKOWSKI

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Postkarte des SPIEGEL-Verlages/Abo., Hamburg, beigeklebt.
Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der Microsoft GmbH, Unterschleißheim.
Dieser SPIEGEL-Ausgabe liegt für die Abonnenten ein „Nebenblatt“ des SPIEGEL-Verlages, Hamburg, bei.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen


DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 11 04 20
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telefon (040) 3007-0
Telex 2 162 477
Telefax (040) 3007 247

**HERAUSGEBER**
Rudolf Augstein

**CHEFREDAKTION**
Dr. Wolfgang Kaden, Hans Werner Kilz

**REDAKTION**
Karen Andresen, Ariane Barth, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Bert Gamerschlag, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Rudolf Glismann, Jens Glüsing, Johann Grolle, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Almut Hielscher, Hans Hielscher, Heinz Höfl, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoyng, Thomas Hüetlin, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Siegfried Kogelfranz, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Karl Heinz Krüger, Wulf Küster, Stephan Lebert, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Matthias Matussek Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Annette Meyhöfer, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Dietmar Pieper, Joachim Preuß, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Karl-Otto Saur, Marie-Luise Scherer, Heiner Schimmöller, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Dr. Mathias Schreiber, Bruno Schrep, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Hans Gerhard Stephani, Günther Stockinger, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Vehlewald, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Marianne Wellershoff, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber

**REDAKTIONSVERTRETUNG BONN**
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Ursula Kosser, Bernd Kühnl, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Hans-Jürgen Schlamp, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 5300 Bonn, Tel. 26 70 3-0, Telefax 21 51 10

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND**
Berlin: Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Dieter Kampe, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Diethelm Schröder (beurlaubt), Steffen Uhlmann, Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91-0, Telefax 25 40 91-205; Kronenstraße 70, 0-1080 Berlin, Tel. 208 2319, Telefax 200 2037 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Ulrich Bieger, Anger 37 – 38, 0-5010 Erfurt, Tel. 226 96 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Rudolf Kahlen, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3000 Hannover, Tel. 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telefax 276 12 · Leipzig: Jan Fleischhauer, Clemens Höges, Gabor Steingart, Käthe-Kollwitz-Straße 115, 0-7010 Leipzig, Tel. 47 54 44, Telefax 47 04 84 · Mainz: Felix Kurz, Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 6500 Mainz, Tel. 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Dr. Joachim Reimann, Lutz Spenneberg, Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Schwerin: Uwe Klußmann, Goethestraße 14, 0-2755 Schwerin, Tel: 86 96 05 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND**
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577, Telex 21 54 18 · Bangkok: Dr. Tiziano Terzani, 18 Soi Prommitr, Sukhumvit Soi 39, 10 110 Bangkok, Tel. 258 8410, Telefax 259 5980 · Basel: Jörg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 271 6363, Telefax 271 6344 · Belgrad: Renate Flottau, Koste Zivkovica 2, 11000 Belgrad, Tel. 46 73 09, Telefax 46 73 09 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08, Telefax 231 1436 · Budapest: Csalogány u 13-19/A VIII.35, 1027 Budapest, Tel. 202 1793, Telefax 201 8528 · Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. 61 09 36, Telefax 61 76 40 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. 360 4944, Telefax 360 7655 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Dumbarton House, 1 Church Street, Kapstadt 8001, Tel. 22 24 44, Telefax 22 11 55 · London: Lutz Krusche, 66 Great Russell Street, London WC1B 3BN, Tel. 430 0323, Telefax 430 0348 · Madrid: Walter Tauber, Marques de Cubas 12, 28 014 Madrid, Tel. 420 19 94, Telefax 420 0181 · Moskau: Jörg R. Mettke, Dr. Christian Neef, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, Kw 36, 109 044 Moskau, Tel. 274 0009, Telefax 274 0003 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizamuddin East, Neu-Delhi 110 013, Tel. 462 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Andreas Lorenz, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telefax 532 5453 · Prag: Gorkeho Namesti 1565/16, 11 000 Prag, Tel. 235 0667, Telefax 235 0667 · Rio de Janeiro: Dr. Hans-Peter Martin, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. 650 82 41, Telefax 652 99 97 · Warschau: Ul. Polna 44/24, 00-635 Warschau, Tel. 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Siegesmund von Ilsemann, Dr. Martin Kilian, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Schönbrunner Straße 26/2, 1050 Wien, Tel. 587 4141, Telefax 587 4242

**ILLUSTRATION**
Renata Bleck, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Antje Klein, Eva-Maria von Maydell, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Monika Rick, Jan Rieckhoff, Chris Riewerts, Julia Saur, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht

**SCHLUSSREDAKTION**
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhagen, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Dr. Karen Lührs, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters, Peter Zobel

**VERANTWORTLICHER REDAKTEUR**
dieser Ausgabe für Panorama, Abtreibung, Union, Hauptstadt, FDP, Blüm-Gespräch, Politisches Buch, Regierungssitz: Wolfram Bickerich; für Asyl, Wedemeier-Interview, Deserteure, Umwelt, Energie, Drogen, Affären, Prozesse, Kriminalität, Kitsch: Jochen Bölsche; für Titelgeschichte, Versicherungen, Tourismus, Trends, Mittelstand, Autoindustrie, Konzerne, Luftfahrt: Armin Mahler; für Panorama Ausland, Jugoslawien, Šešelj-Interview, Supermächte, Nahost, Irak, Argentinien, Türkei, Sowjetunion, Schweiz, Sudan, Griechenland, Kenia: Dr. Romain Leick; für Effenberg-Interview, Verbände: Alfred Weinzierl; für Genetik, Treibhauseffekt, Aids, Massenmord: Jürgen Petermann; für Bestseller, Arbeitslose, Ausstellungen, Kino, Ehrungen, Szene: Dr. Mathias Schreiber; für Spectrum, Zigaretten, Satire, Fernsehen: Karl-Otto Saur; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für Hausmitteilung: Dr. Dieter Wild (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

**DOKUMENTATION**
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Karl-H. Schaper, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner

**BÜRO DES HERAUSGEBERS**
Wolfgang Eisermann

**NACHRICHTENDIENSTE**
ADN, AP, dpa, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

**SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG**
Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 1. Januar 1991
Verlagsgeschäftsstellen: Berlin: Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91 25/26, Telefax 25 40 0130; Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telefax 168 9055; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-0, Telefax 3007 247; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 117,00, zwölf Monate DM 234,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 156,00, zwölf Monate DM 312,00; Seepost Übersee: sechs Monate DM 163,80, zwölf Monate DM 327,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. 0130-3006
Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg

**VERLAGSLEITUNG**
Fried von Bismarck, Burkhard Voges

**GESCHÄFTSFÜHRUNG**
Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel



US-Soldaten in Deutschland

## Bonn soll zahlen

Nach Vorstellungen der Amerikaner soll die Bundesrepublik in Zukunft jährlich 221 Millionen Dollar für die Stationierung von US-Streitkräften in Deutschland zahlen. Andernfalls würden die USA auf Dauer sämtliche deutschen Zivilangestellten entlassen. Während die Amerikaner zur Versorgung ihrer Truppen allein in der Bundesrepublik gegenwärtig 49 200 Zivilangestellte beschäftigen, wollen sie europaweit schon bald mit nur noch 25 000 auskommen. Denn in Zukunft soll die amerikanische Truppenstärke in Europa auf 92 000 reduziert werden. Um Kosten zu senken, soll dann möglichst nur noch amerikanisches Zivilpersonal eingestellt werden. Hohe US-Militärs bedeuteten dem rheinland-pfälzischen Arbeits- und Sozialminister Ullrich Galle (SPD), die Vereinigten Staaten wollten demnächst lediglich für Kriegsmaterial und Verpflegung ihrer Truppen aufkommen. Wenn die Bundesregierung an Arbeitsplätzen für deutsche Zivilangestellte interessiert sei, müsse sie künftig deren Gehälter selbst bezahlen. Washington erwarte ein baldiges Signal des Einverständnisses aus Bonn, andernfalls würden schon in den nächsten Monaten rund 10 000 Deutsche entlassen.

## Krause und die Stasi

Bundesverkehrsminister Günther Krause (CDU) hat offenbar doch engere Kontakte zum ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR gepflegt, als bisher zugegeben. Der auf ihn angesetzte ehemalige MfS-Offizier räumte gegenüber SPIEGEL TV zwar ein, Krause habe „kein inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit werden" wollen. Seine Weigerung, sich anwerben zu lassen, habe jedoch im „Widerspruch" zu seiner bereitwilligen Mitteilsamkeit gestanden. Bei „mehreren Treffen (mindestens fünf, höchstens acht)" im Jahre 1989 habe der damalige Arbeitsgruppenleiter an der Technischen Hochschule Wismar „mitunter aus eigenem Antrieb interne Informationen und Lageeinschätzungen aus den Bereichen Partei (CDU), Hochschule und Kirche" weitergegeben. Die in einer „Vorlauf-Akte" zusammengefaßten Informationen seien vom MfS als „bedeutsam" gewertet worden. Unter anderem habe Krause bei den Treffen versucht, den damaligen Rostocker CDU-Bezirksvor-

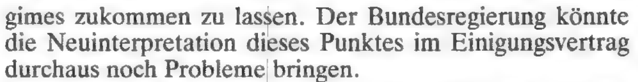


Krause

## „Waigel nimmt jede Mark"

Mit einem juristischen Trick hat sich Bundesfinanzminister Theo Waigel einige Milliarden Mark zur Deckung seiner Haushaltslücken beschafft. Beamte aus dem Kanzleramt, dem Finanzressort und anderen Ministerien beschlossen jetzt in seinem Sinne: Immobilien von Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR, die in sogenannter Rechtsträgerschaft (einer DDR-eigenen Art von Nutzungsrecht) gehalten wurden, gelten nicht als zweckgebundenes Sonder-, sondern als allgemeines Finanzvermögen des Bundes.

Die Spitzfindigkeit hat weitreichende Folgen. Zum einen wird so die Unabhängige Kommission für das DDR-Parteivermögen beim Verkauf der Grundstücke und Gebäude im Wert von mehreren Milliarden Mark ausgebootet. Zum anderen wird die Bestimmung des Einigungsvertrages umgangen, den Verkaufserlös für gemeinnützige Zwecke in den neuen Ländern zu verwenden. „Der nimmt jede Mark für sich", empört sich SPD-Vize Herta Däubler-Gmelin über Waigel. Kommissionsmitglied Reinhard Krämer vom Bündnis 90/Die Grünen kritisiert, die Grundidee von DDR-Volkskammer und Bürgerbewegungen werde pervertiert, die Unrechtsmilliarden den Opfern des SED-Regimes zukommen zu lassen. Der Bundesregierung könnte die Neuinterpretation dieses Punktes im Einigungsvertrag durchaus noch Probleme bringen.



Im März hatte die Treuhand auf „dringenden Wunsch der Bundesregierung" die etwa 900 Ferienheime der DDR-Gewerkschaften an die Kommunen übertragen. Da rund 70 Prozent davon Rechtsträgerobjekte waren, hätten Bundesregierung und Treuhand in ihrem Bestreben, den „Aufschwung Ost" anzukurbeln, rechtswidrig gehandelt. Die Treuhand hätte die Immobilien nicht übertragen dürfen, sondern sie der Bundesvermögensverwaltung zur streng geregelten Verwertung überlassen müssen. Die Hälfte des Erlöses hätte zudem danach den neuen Bundesländern zugestanden.

Ein weiterer Schwachpunkt der Neuregelung: Anders als die Treuhand und die Unabhängige Kommission ist die Bundesvermögensverwaltung nicht mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet. Im Streit mit der PDS um die Verwertung ihrer Immobilien konnte sich etwa die Treuhand mit Verwaltungsanordnungen durchsetzen. Der schwächeren Bundesvermögensverwaltung bleibt nur der Weg über langwierige Gerichtsprozesse.



Waigel

sitzenden zu kippen, „da er nicht in der Lage sei, die Partei so zu führen, wie dies notwendig sei“. In einem SPIEGEL-Interview (17/1991) hatte Krause noch im April behauptet, bei drei Treffen mit einem Stasi-Mann sei es um die Behandlung abtrünniger wissenschaftlicher Assistenten gegangen. Er habe die Zusammenarbeit mit dem MfS jedoch stets abgelehnt.

## Schuldenerlaß

Der Westen will der Sowjetunion nach Einschätzungen deutscher Bankenkreise einen Großteil ihrer internationalen Schulden erlassen. Angesichts der hohen Wahrscheinlichkeit, daß Moskau dieses Jahr die fälligen Kreditraten nicht zahlen kann, erklärte Friedel Neuber, Chef der Westdeutschen Landesbank (WestLB), die Gläubiger müßten mit den Sowjets „wohl zu anderen Abmachungen gelangen“. Bei der WestLB steht die UdSSR mit 800 Millionen Mark in den Büchern. Neuber vermied Reizworte wie „Umschuldungsverhandlungen“ und „Forderungsverzicht“, doch darauf läuft sein Vorschlag hinaus. Ein Teilschuldenerlaß von 50 Prozent scheint möglich. Soviel an staatlichen Krediten soll Polen und Ägypten von den im Pariser Club vereinten Industrienationen erlassen werden. Seit Beginn der Perestroika haben sich die Staatsschulden der UdSSR allein gegenüber den westlichen Banken auf über 33 Milliarden Dollar versechsfacht. Insgesamt werden die Westschulden der Sowjets auf 51 Milliarden US-Dollar geschätzt.

## Langer Arm von rechts

Der Bund der Vertriebenen (BdV) gefährdet den Aufbau des deutsch-polnischen Jugendwerks. Die verbandseigene Arbeitsgemeinschaft Junge Generation hat bei Jugendministerin Angela Merkel die Aufnahme in den Kreis der elf deutschen Trägerverbände des Jugendwerkes beantragt. Eine Zusage der Ministerin dürfte den Protest der Polen zur Folge haben. Denn die Arbeitsgemeinschaft ist die Nachwuchsorganisation des BdV-Präsidiums unter Vorsitz von Herbert Czaja, der ein strammer Gegner des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages ist (SPIEGEL 15/1991). Nach ihrer Gründung mißriet die Organisation schnell zum Sammelbecken für meist stramm rechte Jugendliche aus der Schlesischen Landsmannschaft, den Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen. Bei ihrem ersten Kongreß wurde der zurückgetretene BdV-Generalsekretär Hartmut Koschyk ausgepfiffen, als er für den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag warb.

# „Wir werden uns noch wundern“

Die Asylbewerber-Zahlen erreichen Rekordmarken. Zugleich wächst in der Bevölkerung der Widerstand gegen die Zuwanderer, die weit häufiger von materieller Not als von politischer Verfolgung getrieben sind. Gedrängt von der Basis, nähert sich die Bonner SPD-Spitze der Unionslinie, um die Massenzuwanderung zu drosseln.

Der Brief, der Ende vergangener Woche bei SPD-Chef Björn Engholm einging, war überaus verbindlich formuliert. Als „außerordentlich wohltuend“, teilte der Absender mit, habe er die jüngsten Äußerungen des Parteivorsitzenden zur Asylpolitik empfunden. Nun wolle er sich „bemühen“, mit Engholm „im September einen Gesprächstermin zu vereinbaren“.

Verfasser des Kooperationsvorschlags ist kein Genosse, sondern der CSU-Mann Edmund Stoiber. Der bayerische Innenminister, seit Jahren ein erbitterter Kämpfer für eine Verschärfung des Asylrechts, will die Sozis auf seine Seite ziehen.

Die sind ihm schon ziemlich weit entgegengekommen. Nicht nur Parteichef Engholm, der Stoibers Gesprächsangebot sogleich akzeptiert hat, sieht neuerdings „realistische Möglichkeiten“ für eine Große Koalition in der Asylpolitik. Auch zahlreiche Minister in SPD-regierten Ländern sowie viele rote Bürgermeister plädieren für eine konservative Linie im Umgang mit Armutsflüchtlingen und illegalen Einwanderern.

Kommunalpolitiker aller politischen Richtungen sehen sich zunehmend mit dem gleichen Problem konfrontiert: Für die täglich steigende Zahl von Asylbewerbern finden sie in der Bundesrepublik, in der ohnehin zweieinhalb Millionen Wohnungen fehlen, keinen Platz mehr. In Ballungsgebieten reichen selbst Bunker, Hotelschiffe und Zeltstädte kaum noch aus für die Masse der Neuzugänge.

Die Rekordzahl von 200 000 Antragstellern vom vergangenen Jahr (1989: 120 000) wird 1991 voraussichtlich noch einmal um 15 Prozent überschritten. Schon jetzt leben hier rund 900 000 Asylanten; statistisch weist Deutschland unter den zwölf EG-Ländern den höchsten Ausländeranteil auf.

Bundesweit wächst der Widerstand der Deutschen gegen die Migranten aus Rumänien oder Polen, Afghanistan oder Ghana. Wo immer ihnen Städte und Gemeinden eine Bleibe anweisen wollen, schlägt den Behörden der massive Zorn von Anwohnern entgegen.

Oft ist es gerade die traditionelle Klientel der Sozialdemokraten, die für Zuwanderer, soweit sie nicht politisch verfolgt sind, wenig Verständnis äußert. Wer selbst in besonderem Maß auf ein funktionierendes Sozialsystem angewiesen ist, sieht in Asylbewerbern, die ohne eigenen Beitrag Milliardensummen verbrauchen, leicht Konkurrenten.

„Unsere Menschen haben Angst, Angst vor dem Verlust ihres gewohnten Lebensumfeldes, um die Schulbildung ihrer Kinder, um ihre Arbeitsplätze“, beschreibt etwa Jochen Welt, sozialdemokratischer Bürgermeister der Ruhrgebietsstadt Recklinghausen, die fremdenfeindliche Stimmung. Die Aversionen in der Bevölkerung erwachsen nicht nur aus Vorurteilen, sondern werden vielfach auch durch Tatsachen genährt.

Schon seit mehreren Jahren liegt die Quote der anerkannten Asylbewerber bei weniger als zehn Prozent, bei manchen Nationalitäten gar nur knapp über null Prozent. Die Masse der Zuwanderer, oft als Wirtschafts- oder Scheinasylanten



**Asylbewerber vor der Hamburger Ausländerbehörde:** „Unsere Menschen haben Angst“



Stoiber



Engholm



**Asylpolitiker, Abschiebung von Zuwanderern an der deutsch-polnischen Grenze:** „Bis über die Schmerzgrenze ausgelastet"

gebrandmarkt, sind Armutsflüchtlinge, die am hiesigen Wohlstand teilhaben möchten.

Für diesen Wunsch allerdings ist in den Gesetzen kein Passus und in der Bevölkerung kaum Verständnis vorhanden, schon gar nicht in den von hoher Arbeitslosigkeit geplagten Regionen Ostdeutschlands. Der anhaltende Zuzugsdruck werde, prophezeit Hamburgs Sozialsenator Ortwin Runde (SPD), „in unserer Gesellschaft zu einer Intoleranz führen, über die wir uns noch wundern werden".

Den bislang härtesten Einschnitt in die Asylpraxis haben jetzt die Sozialdemokraten in Bremen vorgenommen. Nach einem Beschluß vom vergangenen Monat sollen Asylanträge von Rumänen und Polen in der Hansestadt fortan nicht mehr entgegengenommen werden. Begründung: Weder im demokratischen Polen noch im Rumänien der Nach-Ceauşescu-Ära gebe es politische Verfolgung.

Außerdem will Bremen, sobald pro Monat die Zahl von 300 Neubewerbern erreicht ist, alle weiteren Antragsteller umgehend zum Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im bayerischen Zirndorf weiterleiten. Bremens Bürgermeister Klaus Wedemeier, 47, begründet diese spektakuläre Entscheidung damit, daß die „Kapazitäten total erschöpft" seien (siehe Interview Seite 20).

Über die Tatkraft Wedemeiers staunt selbst CSU-Scharfmacher Stoiber, der sich vergangene Woche mit einem Alleingang bei der Abschiebung bislang geduldeter Flüchtlinge aus Sri Lanka, dem Iran und dem Libanon hervortat. Eine pauschale Abweisung von Rumänen und Polen, befindet der Bayer, sei zwar in der Sache richtig, derzeit jedoch „rechtswidrig".

Das Recht freilich kann geändert werden. Im Zentrum der Debatte steht nach wie vor der Artikel 16 des Grundgesetzes mit dem Satz: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Diese weltweit einzigartige, uneingeschränkte Garantie, so argumentieren linke wie rechte Befürworter einer Verfassungsänderung, müsse durch einen Zusatz an die jeweilige Weltlage angepaßt werden können – bis hin zum Ausschluß ganzer Völker vom Rechtsanspruch auf deutsches Asyl.

Ob die SPD im Bundestag ihre Stimmen für eine Grundgesetznovellierung hergibt, ist derzeit offen. Zwar zählte zu den ersten Sozialdemokraten, die sich Unionsforderungen zum Asylrecht zu eigen gemacht haben, im vergangenen Jahr der Kanzlerkandidat und saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine. Doch die bürgernahen Lafontaine-Töne fanden kaum Gehör bei den Bonner Genossen um Fraktionschef Hans-Jochen Vogel.

Statt dessen schlug letzte Woche die SPD-Rechtsexpertin Herta Däubler-Gmelin vor, einen speziellen Prüfungsausschuß einzurichten, der die Migranten aus aller Welt gleich nach ihrer Ankunft an der Grenze in drei Gruppen einteilt:

▷ mutmaßlich politisch Verfolgte, die weiterhin gemäß Artikel 16 Asyl erhalten können;

▷ Flüchtlinge, die etwa aus religiösen oder rassischen Gründen verfolgt werden und denen deshalb ein Aufenthaltsrecht gemäß Genfer Konvention zusteht;

▷ Zuwanderer aus Ländern, in denen nach jeweils aktuellem Stand keine Verfolgung stattfindet und die nach individueller Anhörung ohne Asylverfahren ausgewiesen werden sollen.

Als Zuwanderer ohne Bleiberecht könnten der SPD-Rechtspolitikerin zufolge auch deutschstämmige Polen, Rumänen und Sowjetbürger angesehen werden, die derzeit nach Grundgesetzartikel 116 ins Land kommen. Lediglich Familienzusammenführungen sollten nach ihrer Ansicht – die von zahlreichen Sozis geteilt und auch in der Union nicht rundweg abgelehnt wird – weiterhin möglich bleiben.

Auch andere Asylmodelle werden in der SPD diskutiert – immer mit der Betonung, Artikel 16 solle uneingeschränkt gehalten werden. So propagiert Parteichef Engholm, der im Asylrecht „eine Existenzfrage für die Bundesrepublik" sieht, eine Quotenregelung: Alljährlich soll eine bestimmte Zahl von Zuwanderern Aufnahme finden. Offen ist dabei, ob es sich um eine Einwanderungs- oder um eine Flüchtlingsquote handeln soll.

Für Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) sind das Scheindebat-

# „Da drücken sich einige"

SPIEGEL-Interview mit dem Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier (SPD) über Asyl- und Flüchtlingspolitik

**SPIEGEL:** Herr Bürgermeister, Sie haben einen Beschluß Ihrer Landesregierung herbeigeführt, Asylanträge von Flüchtlingen aus Polen und Rumänien nicht mehr anzunehmen. Das ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz.

**WEDEMEIER:** Wir verwehren niemandem, sein Asylrecht nach Artikel 16 des Grundgesetzes wahrzunehmen. Wir beraten aber die Flüchtlinge dahingehend, doch bitte ihren Antrag woanders zu stellen, weil unsere Kapazitäten total erschöpft sind. Nach dem vereinbarten Verteilungsschlüssel müssen wir 165 Flüchtlinge pro Monat aufnehmen. Jetzt können wir auch mit der größten Anstrengung nicht mehr als 300 im Monat unterbringen.

Allein im Juni kamen von 600 Asylbewerbern über 400 aus Polen und Rumänien. Da haben wir beschlossen: Wir nehmen nur noch 300 im Monat auf und von Polen und Rumänen überhaupt keine Anträge mehr an. Das war ein Hilferuf an die anderen Bundesländer, die Lastenverteilung gerechter als bisher vorzunehmen.

**SPIEGEL:** Warum die Ausgrenzung der Polen und Rumänen?

**WEDEMEIER:** Ich bin der Meinung, daß es in Polen und Rumänien keine politische Verfolgung mehr gibt. Die Anträge werden ja auch überwiegend abgelehnt. Unser Beschluß soll bewirken, daß wir diejenigen, die wirklich politisches Asyl brauchen, nicht aus Bremen abweisen müssen. Sollten jetzt weniger als 300 Flüchtlinge pro Monat nach Bremen kommen, werden wir auch wieder Asylanträge von Polen und Rumänen bearbeiten.

**SPIEGEL:** Ihre Begrenzung auf die Zahl 300 ist ein weiterer Verstoß gegen geltendes Recht. Nach dem Asylverfahrensgesetz muß das Bundesland, in dem sich die Flüchtlinge melden, diese auch aufnehmen. Sie verweisen die Überzähligen quasi des Landes. Ist damit die liberale Asylpolitik in Bremen am Ende?

**WEDEMEIER:** Überhaupt nicht. Die liberale Asylpolitik in Bremen zeigt sich daran, daß wir nur 165 Asylbewerber akzeptieren müssen, tatsächlich aber 300 aufnehmen. Unsere festgelegte Obergrenze hat damit zu tun, daß ich die Menschen nicht mehr unterbringen kann.

Ich halte es für unzumutbar, daß hier Flüchtlinge in Bunkern untergebracht werden müssen, während in anderen Ländern, etwa in Bayern oder in den neuen Bundesländern, bessere Einrichtungen vorhanden sind. Nach meiner Meinung bricht derjenige das Asylverfahrensrecht, der nicht zu einer schnellen Umverteilung von Asylbewerbern bereit ist. Alle Länder müssen die gleiche Last tragen. Da drücken sich einige.

**SPIEGEL:** Wen meinen Sie damit?

**WEDEMEIER:** Ich denke vor allem an die CDU/CSU-regierten Länder, die sich jetzt zurücklehnen, sich das alles anschauen und hoffen, daraus Kapital schlagen zu können, wenn es um die Diskussion des Grundrechts auf Asyl geht.



**Sozialdemokrat Wedemeier**
„Quoten für Aussiedler"

**SPIEGEL:** Wollen Sie den Grundgesetzartikel 16, der politisch Verfolgten ohne jede Einschränkung ein Recht auf Asyl einräumt, verändern?

**WEDEMEIER:** Auf keinen Fall. Wir dürfen unsere geschichtlichen Erfahrungen nie vergessen. Es hat während des Dritten Reiches 800 000 Deutsche gegeben, die im Ausland Asyl gefunden haben. Von vielen anderen wissen wir, daß sie kein Asyl fanden und von den Nazis umgebracht wurden. Ich glaube, daß wir ohne eine Änderung des Artikels 16 unser Ziel erreichen können.

**SPIEGEL:** Mit Ihrer Linie werden Sie dennoch kaum durchkommen. Das Bremer Verwaltungsgericht hat schon für mehr als zwei Dutzend abgewiesene Asylbewerber deren Unterbringung in Bremen angeordnet. Wollen Sie sich vor den Gerichten eine Niederlage nach der anderen holen?

**WEDEMEIER:** Es ist richtig, daß einige zum Verwaltungsgericht gehen. Den einstweiligen Verfügungen kommen wir auch nach. Aber es hilft ja nichts, ich kann nicht alle aufnehmen und die Familien dann auf der Straße kampieren lassen. Wir müssen schnellstens zu einer wöchentlichen oder sogar täglichen Verteilung der Flüchtlinge kommen.

**SPIEGEL:** Die von Ihnen weggeschickten Asylbewerber belasten Ihre Kollegen in anderen Bundesländern. Die halten Ihnen vor, unsolidarisch zu handeln.

**WEDEMEIER:** Unsolidarisch handeln jene, die uns nicht helfen, obwohl sie nach dem Verteilerschlüssel am Ende die Asylbewerber aufnehmen müssen. Wohl nirgendwo ist ein solcher Anstieg der Asylbewerberzahlen zu verzeichnen wie gegenwärtig in Bremen.

**SPIEGEL:** Vielleicht haben Sie selbst dazu beigetragen. Der Bürgermeister-Kandidat der CDU, Ulrich Nölle, wirft Ihnen vor, mit Bargeldleistungen und Hotelunterbringung für Flüchtlinge Bremen zu einem „Asylanten-Paradies" gemacht zu haben. Der Senat sei mithin eine Art „Schlepperorganisation". Räumen Sie Versäumnisse ein?

**WEDEMEIER:** Herr Nölle, der erst vor wenigen Monaten in die CDU eingetreten ist, hatte noch nicht genug Zeit, sich in die Sache einzuarbeiten. Natürlich sind wir keine Schlepper und bieten auch Asylanten kein Paradies. Bei uns wurde Sozialhilfe gezahlt wie anderswo auch. Und Unterbringung in Hotels und Pensionen gibt es ebenfalls in anderen Städten, wenn alle sonstigen Möglichkeiten erschöpft sind.

**SPIEGEL:** In Bremen wird in knapp zwei Monaten gewählt. Glauben Sie, mit Ihrem harten Asylkurs Wähler im rechten Lager fangen zu können?

**WEDEMEIER:** Wer mich kennt, wird mir das nicht unterstellen. Die Asylpolitik ist für Sozialdemokraten viel zu sensibel, um sie zum Wahlkampfthema zu machen. Wir haben gehandelt, weil wir handeln mußten. Wer vor einer solchen Situation steht und nichts unternimmt, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, Ausländerfeindlichkeit zu schüren. Nur wenn wir versuchen, das Problem vernünftig zu lösen und die Lasten gerecht zu verteilen, werden wir die Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten.

**SPIEGEL:** Vollzieht sich innerhalb der SPD eine Wende in der Flüchtlingspolitik?

**WEDEMEIER:** Es wird nach meinem Eindruck keine Wende in der Asylpolitik der SPD geben. Wir wollen den Kernbereich des Artikels 16 sichern, aber die Asylverfahren und die Abschiebungen beschleunigen. Wir müssen auch darüber reden, ob wir zu Einwanderungsquoten kommen, wie es sie in anderen Ländern gibt.

Außerdem streben wir an, daß der Grundgesetzartikel 116 gestrichen wird, der es deutschstämmigen Aussiedlern ermöglicht, ungehindert in die Bundesrepublik zu kommen. Wir reden hier über 200 000 Asylbewerber im Jahr und über die Probleme, die manche Kommunen mit der Unterbringung haben. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß es jährlich 300 000 bis 400 000 Aussiedler gibt, die uns bei der Wohnungsversorgung die gleichen Probleme machen.

**SPIEGEL:** Glauben Sie, bei diesem Vorhaben auf Gemeinsamkeiten mit der CDU zu stoßen?

**WEDEMEIER:** Es gibt heute keinen Vertreibungsdruck mehr in den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Wir können die Menschen, die nach Artikel 116 jetzt in die Bundesrepublik kommen, genausogut in einer Quotenregelung für Zuwanderer unterbringen, aber eben dann nicht in der bisherigen Größenordnung. Dazu gibt es allerdings bei der CDU überhaupt keine Bereitschaft – aus durchsichtigen Gründen.

**SPIEGEL:** Welche Gründe meinen Sie?

**WEDEMEIER:** Ich habe den Eindruck, daß CDU und CSU bei den deutschstämmigen Aussiedlern ein besonderes Wählerpotential für sich sehen und deshalb nicht mitziehen.

**SPIEGEL:** Haben Sie Alternativen anzubieten?

**WEDEMEIER:** Wir müssen uns mehr Gedanken darüber machen, wie Menschen, die aus osteuropäischen Ländern unbedingt zu uns wollen, dazu bewegt werden können, zu Hause zu bleiben. Das geht nur, wenn sie in ihrer Heimat eine Perspektive für sich und ihre Kinder sehen. Da sind alle Staaten der Europäischen Gemeinschaft gefordert, Hilfsprogramme zu entwickeln.

Ich vermisse beispielsweise auch diplomatischen Druck aus Bonn und anderen EG-Staaten auf Rumänien, das Arbeitsverbot für die dort lebenden Roma aufzuheben. Diese Menschen bekommen in Rumänien auch keinerlei Unterstützung.

Wer in der Lage ist, Milliarden auszugeben für einen Golfkrieg mit seinem zweifelhaften Ergebnis, der muß doch auch dazu fähig sein, mit Hilfsprogrammen den osteuropäischen Staaten schnell auf die Beine zu helfen. Das ist doch eine lohnende Aufgabe für Westeuropa.




**Roma-Lager in Bremen:** Bislang der härteste Einschnitt

ten. Er hält sämtliche SPD-Vorschläge für „nicht vereinbar" mit dem Grundgesetz. Deshalb müßten die Sozis, folgert der Minister, jetzt zu der von ihm „seit vielen Jahren für notwendig gehaltenen Verfassungsänderung bereit sein".

Während die Sozialdemokraten darüber mit sich reden lassen wollen, schaltet der Koalitionspartner FDP auf stur. Mit den Liberalen, betont Justizminister Klaus Kinkel, sei „an eine Änderung des Artikels 16 nicht zu denken".

Das wird nicht viel nützen. Für eine Grundgesetzänderung, die einer Zweidrittelmehrheit bedarf und also nur mit den Stimmen der SPD erfolgen könnte, ist die FDP entbehrlich. Um es nicht zum offenen Bruch in der Koalition kommen zu lassen, planen die Unionsparteien bereits ein ungewöhnliches Manöver: Bei einer Abstimmung über ein verschärftes Asylrecht soll der Fraktionszwang aufgehoben werden – nach dem Beispiel der anstehenden Entscheidung zu Paragraph 218. Ob allerdings die weltweite Wanderungsbewegung per Gesetz an der vergleichsweise reichen Bundesrepublik vorbeigeleitet werden kann, wird von Skeptikern bezweifelt. Der Bonner SPD-Innenpolitiker Willfried Penner ist überzeugt: „Selbst wenn wir den Artikel 16 nicht hätten, würden die Menschen zu uns kommen."

Daß zumindest in Notfällen selbst die dichtbesiedelte Bundesrepublik noch erstaunliche Aufnahmereserven hat, wurde im vergangenen Jahr besonders deutlich. Damals kamen doppelt so viele deutschstämmige Aussiedler wie Asylbewerber in den Westen Deutschlands, dazu rund 300 000 DDR-Übersiedler. Beide Gruppen konnten relativ problemlos eingegliedert werden. Ulf Fink, Vorsitzender der linken CDU-Sozialausschüsse, folgert daraus: „Wer sagt, das Boot ist voll, verkennt die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung."

Wie attraktiv Deutschland ist, zeigt sich derzeit vor allem an den Grenzen mit Polen und der Tschechoslowakei. Dort versuchen Tausende von Migranten, überwiegend Sinti und Roma aus Rumänien, illegal nach Deutschland überzuwechseln. Nach Schätzungen des Bonner Innenministeriums sind allein im ersten Halbjahr auf diese Weise rund 42 000 Menschen in die Bundesrepublik gelangt – das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl einer Stadt wie Straubing oder Kleve.

Obwohl nach Erfahrung der Wächter vom Bundesgrenzschutz (BGS) nur etwa jeder fünfte Erwischte Asyl beantragt, werden die Behörden die Aufgegriffenen oft nur schwer wieder los: Viele Rumänen haben keine gültigen Reisedokumente bei sich oder werfen sie nach dem Grenzübertritt einfach weg – Grund genug für polnische Grenzer, eine Abschiebung über ihr Gebiet zu verweigern.

Den gefoppten BGS-Leuten bleibt nur, die Rumänen zusammen mit Asylbewerbern unterzubringen – obwohl die Heime, wie beispielsweise Ordnungsdezernent Holger Knauer in Görlitz klagt, ohnehin „bis weit über die Schmerzgrenze ausgelastet" sind.

Der Görlitzer Oberbürgermeister Matthias Lechner (CDU) hat deshalb Ende letzten Monats eine Telefax-Anfrage ans Innen- und ans Außenministerium in Bonn geschickt: Die Stadt sei „kaum noch in der Lage, die rumänischen Staatsangehörigen, die nicht dem Asylrecht unterstehen, zu beherbergen"; er bitte deshalb die „sehr geehrten Damen und Herren", ihm „kurzfristig mitzuteilen, wie in solchen Fällen zu verfahren ist".

Eine Antwort aus Bonn steht noch aus. ◀

Abtreibung

# Risiko des Scheiterns

Die im Einigungsvertrag vorgesehene Reform der Abtreibungsregeln in Ost und West könnte an Geldmangel scheitern.

Als über den Vertrag zur deutschen Einheit verhandelt wurde, wußte der Kanzler nur zu genau, daß der umstrittene „Schutz vorgeburtlichen Lebens" viel Geld kosten werde. „Nicht Pfennigsbeträge", so Helmut Kohl damals, würden fällig, „sondern Milliarden".

„Keinen Pfennig" werde er für all die Maßnahmen herausrücken, die auf einer ganzen Seite des Koalitionsvertrags niedergeschrieben wurden, gab der Finanzminister intern zu verstehen. Kein einziger der dort festgeschriebenen Posten ist in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Nur wenn jemand ihm sage, so Theo Waigel großmütig, wie er das „Diri-Dari" zur Finanzierung der Wünsche zusammenkriegen könne, lasse er mit sich reden.

Waigels Weigerung hat weitreichende Folgen: Bleibt es dabei, hat die Fristenlösung zu Paragraph 218 des Strafgesetzbuchs, die einen Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten erlauben soll, keine Chancen mehr. „Eine hochbrisante Situation", so der FDP-Fraktionsvorsitzende Hermann Otto



**Kindergarten (in Ostdeutschland):** Die Milliarden fehlen

Bei den Koalitionsverhandlungen einigten sich die Unionschristen mit den Liberalen auf ein kostenträchtiges Paket „sozial flankierender Maßnahmen", die Frauen im Schwangerschaftskonflikt helfen und eine kinderfreundliche Umwelt fördern sollten.

Inzwischen aber zucken die Unionschristen zurück. Allzulange hatten sie sich und dem Publikum vorgegaukelt, die reiche Bundesrepublik werde den armen Brüdern und Schwestern aus dem Osten nach der Vereinigung schnell aufhelfen. Nun kommt es anders.

Noch ist nicht absehbar, ob der gewaltige Aufbau-Aufwand, 100 Milliarden Mark pro Jahr, in den neuen Bundesländern die erhoffte Anschubwirkung zeigt.

Schon jetzt aber spüren die Bürger in den alten Ländern schmerzlich, daß sie – entgegen den Wahlreden – für die Kosten herhalten müssen. Und wieder ist ein Versprechen hinfällig.

Solms, „das Risiko des Scheiterns ist ganz groß, weil starke Kräfte die Sache kaputtmachen wollen." Das ist ein herber Schlag für die Frauen in allen Parteien und besonders für die Freidemokraten.

Die Liberalen hatten dem Koalitionspartner im Einigungsvertrag mit Unterstützung der Opposition abgetrotzt, daß die in der damaligen DDR geltende Dreimonatsregelung auch nach dem 3. Oktober 1990, dem Einheitstag, erhalten bleibt. In der früheren Bundesrepublik ist eine Abtreibung dagegen wie bisher nur bei bestimmten Indikationen erlaubt.

Der Union handelten die Liberalen zusätzlich das Zugeständnis ab, daß in diesem Falle alle Abgeordneten nach ihrem Gewissen entscheiden dürfen und nicht nach Fraktionszwang abstimmen müssen. Da aber das Verfassungsgericht 1975 bereits eine von der sozialliberalen Koalition beschlossene Fristenlösung verworfen hatte, gingen die Freidemokraten diesmal behutsamer vor.

Weil die Richter im Urteil Strafe nur als allerletztes Mittel betrachten, vom Staat aber verlangen, „in erster Linie sozialpolitische und fürsorgerische Mittel" zum Schutz des werdenden Lebens einzusetzen, schnürten sie ein milliardenschweres Sozialpaket, das Abtreibung aus materieller Not möglichst verhindern soll: Die Pille auf Krankenschein ist darin enthalten, Erziehungsgeld und sogar das Recht auf einen Kindergartenplatz. „Aber ohne diese flankierenden Maßnahmen", beschreibt FDP-Justizminister Klaus Kinkel das durch Waigel drohende Debakel, „brauchen wir gar nicht nach Karlsruhe zu gehen" – die abermalige Abfuhr einer Fristenlösung wäre so gut wie sicher.

Kinkel hatte gegen den Entwurf seiner eigenen Parteifreunde in sechs Punkten verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht, damit die Verfassungsrichter nicht erneut eine Reform verhindern: Der Lebensschutz für das Ungeborene sei vorrangig gegenüber der Sorge für die Schwangere; eine Mißbilligung des Abbruchs müsse dem Gesetz klar zu entnehmen sein. Und eine Pflicht zur Beratung sei für Schwangere unabdingbar.

Gerade wegen einer solchen Zwangsberatung ist bislang eine Einigung mit der SPD nicht zustande gekommen. Doch müßten sich Frei- und Sozialdemokraten verständigen, um nicht von der Union überstimmt zu werden.

Über die flankierenden Hilfen sind sich eigentlich alle Parteien einig. Selbst das teuerste Vorhaben, das Recht auf einen Kindergartenplatz, erfreut sich allge-



**Justizminister Kinkel**
„Das ist Sprengstoff"

meiner Zustimmung bis hin zur CSU, die sich in ihrer Ansbacher Erklärung vor kurzem erst dazu bekannte.

Allen Familienpolitikern ist klar, daß ein gewaltiger Bedarf an neuen Plätzen besteht. Eltern melden ihre Kinder oft schon vor der Geburt an, und meist ohne Erfolg. Nach jüngsten Zahlen der Frauenministerin Angela Merkel fehlen 600 000 Plätze. Um diesen Mangel zu beheben, wären 15 Milliarden allein für einen bedarfsgerechten Ausbau – plus Betriebskosten – nötig. In ihrem noch unveröffentlichten Entwurf setzen die Christdemokraten 5,2 Milliarden Mark für 1992 als Investitions- und Betriebskosten an, bis 1995 werden es 9,8 Milliarden Mark pro Jahr. Die SPD rechnet mit jährlichen Investitionsausgaben von 2,7 und mit Betriebskosten bis 3,7 Milliarden Mark. Die FDP kalkuliert mindestens 7 Milliarden Mark für Ausbau und 5 Milliarden Mark an jährlichen Betriebskosten. Die CSU hat in ihrer Ansbacher Erklärung Kosten vorsichtshalber nicht eingesetzt.



Stern

**„Vielleicht sind Sie jetzt bereit, über die DDR-Fristenlösung zu diskutieren, Herr Bundeskanzler!"**

Schon einmal hatte 1990 die damalige Familienministerin Ursula Lehr einen Anlauf genommen, im Kinder- und Jugendhilfegesetz den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu verankern. Er scheiterte an Geldmangel. Nun scheint es wieder so zu kommen, zumal im Osten Deutschlands, der als sozialistisches Erbe eine 100prozentige Kinderbetreuung in die Vereinigung einbrachte, zahlreiche Kindergärten und -tagesstätten den Finanznöten der Kommunen zum Opfer fallen.

Auch die übrigen flankierenden Maßnahmen, mit deren Hilfe die Reformwilligen aller Parteien eine Fristenlösung ermöglichen wollen, drohen am Veto des Finanzministers und CSU-Chefs Waigel zu scheitern.

Die Pille auf Krankenschein (Kosten: 850 Millionen Mark) gibt es bisher nur auf dem Papier, ebenso wie die von den Koalitionären fest vereinbarte Verlängerung des Erziehungsgeldes ab 1993 (Kosten laut FDP-Entwurf: vier Milliarden). Auch die steuerliche Abzugsfähigkeit von 18 000 Mark für Kinderbetreuung ist keineswegs gesichert.

Denn den Unionschristen ist inzwischen aufgegangen, daß sie mit dem Sozialpaket den Fristen-Anhängern in Karlsruhe zu einem Erfolg verhelfen könnten. Und für den Fall, daß die CDU/CSU ihren Indikationen-Entwurf nicht durchbringt, befürchtet Solms, „ergreifen Teile der Union die Gelegenheit, wenigstens die Fristenlösung zu verhindern".

Ihnen kommt das Argument zupaß, in schwieriger wirtschaftlicher Lage sei den Bürgern ein Verzicht auf zusätzliche Ausgaben nur recht. Soziale Hilfen, heißt es in der rechten Unionsecke, seien nicht dringlich, weil die wenigsten Frauen aus materieller Not die Schwangerschaft abbrächen. Rita Süssmuth warnte intern vor einem „Verlust an Glaubwürdigkeit".

Auch die Sozialdemokraten haben ihre Probleme in den eigenen Reihen. Die SPD-geführten Landesregierungen, verfassungsrechtlich für die Kindergartenfinanzierung zuständig, lehnen – wie die Unionsländer – die Übernahme der Kosten strikt ab. Fraktionsvizin Herta Däubler-Gmelin räumt ein: „Wir haben auch Schwierigkeiten zwischen Bund und Ländern."

Daher wollen Sozial- wie Freidemokraten die Kosten teilweise auf den Bund abwälzen. „Die Umsetzung" der Pläne, heißt es in der Begründung ihres Entwurfs, müsse „notwendigerweise in eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern einfließen". Da allerdings ist Theo Waigel vor.

Noch rechnen sich die Befürworter der Fristenlösung eine kleine Chance aus. Die Anhänger könnten ihr Modell auch gegen den Widerstand der Union und vor allem gegen den Finanzminister durchsetzen. Kinkel: „Wenn der Deutsche Bundestag mit Mehrheit beschließt, wird Waigel dagegen nichts machen können. Aber ich sehe, das ist Sprengstoff."

Doch manche Liberalen, bisher freimütigste Anhänger der Fristenlösung, flattern. Finanzexperte Hans H. Gattermann zeigte in Gesprächen mit Unionsleuten durchaus Verständnis für Waigel. Fraktionschef Solms denkt daran, „die Kindergartensache zurückzustellen", bis im Rahmen der Verfassungsdiskussion der Finanzausgleich neu geregelt wird.

Bei Justizminister Kinkel wachsen die Zweifel, ob der Bundestag im Herbst, wie vorgesehen, über eine Neuregelung des Paragraphen 218 beraten wird. Rita Süssmuth befürchtet ein Scheitern, wenn nicht im letzten Moment der Kanzler eingreift. Heiner Geißler mahnte, ohne flankierende soziale Hilfen werde er auch dem Indikationen-Modell seiner Partei nicht zustimmen. Sollte sich aber im Bundestag wider Erwarten eine Mehrheit finden, werden Bund und Länder schließlich im Vermittlungsausschuß einen Kompromiß aushandeln müssen.

Scheitert eine Lösung bis zum festgesetzten Termin Ende 1992, gilt zunächst laut Einigungsvertrag zweierlei Abtreibungsrecht weiter – Strafandrohung für Abtreibungen im Westen, sofern keine Indikationen vorliegen; Straffreiheit für Abbrüche im Osten, sofern sie in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten vorgenommen werden.

Dann laufen die Dinge wie gehabt – die CSU wird klagen, und „dann wird Karlsruhe die Fristen für verfassungswidrig erklären", sieht FDP-Vize Gerhart Baum voraus.

Per Gerichtsbeschluß würde das höchste Gericht die Indikationen-Lösung bundesweit einführen. Und das wäre nicht nur das Ende des letzten DDR-Sonderrechts, sondern – so Baum – „das wäre eine mittlere Katastrophe".

Union

# Im Regen aufweichen

**Aufregung in der Union über Rita Süssmuth, weil sie Schwule und Lesben gesellschaftlich besserstellen will.**

Was Rita Süssmuth da nun wieder angefaßt hat, das findet Helmut Kohl „ganz und gar unerträglich". Damit will er „wirklich überhaupt nichts" zu tun haben. „Da hat eine Kollegin Äußerungen in bezug auf die Homosexualität gemacht, die ich sowieso nicht verstehe, die ich aber auch poli-

tisch nicht verstehe", so der Kanzler im Kreise von Vertrauten.

Die hätten's gern schärfer gehabt. Recht wäre es ihnen gewesen, wenn der Regierungschef offiziell die Feindseligkeiten gegen die umstrittene Bundestagspräsidentin eröffnet hätte.

„Lovely Rita" sackt in der Gunst ihrer Parteifreunde, vor allem der rechten. Bei strammen Konservativen machen sich Unmut und Zorn über die liberale Professorin breit, die der einstige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler für seine Partei entdeckt und die Kohl im Jahre 1985 als Lockvogel für Frauen und liberale Geister zur Familienministerin berufen hatte.

Kaum hatte die Professorenfamilie Rita und Hans Süssmuth die Affäre um die Nutzung ihrer Dienstwagen mit knapper Not überstanden, da wagte sich die Inhaberin des protokollarisch zweithöchsten Amtes im Staate schon wieder an allerlei für die Union heikle Themen heran.

Während die Asylantenzahlen steigen, sprach sie sich gegen eine von weiten Teilen ihrer Partei und der CSU verlangte Änderung des Artikels 16 Grundgesetz aus, der das Recht auf Asyl festschreibt. Im Gegensatz zu Kanzler und Unionsmehrheit plädierte sie für mehr plebiszitäre Elemente in einer künftigen deutschen Verfassung, über die das Volk dann abzustimmen hätte.

Zum Sommertheater schließlich gedieh ihre Aussage in einem *Bunte*-Interview (Überschrift: „Witwenrente für Homos und Lesben?") zur Frage, wie sie zu den Heiratswünschen gleichgeschlechtlicher Paare stehe. Zwar schloß sie eine Eheschließung wie zwischen Mann und Frau aus, doch müßte der Staat im Hinterbliebenenrecht, bei der Rente und auch bei der Besteuerung berücksichtigen, „wenn ein gleichgeschlechtliches Paar ein Leben lang füreinander sorgt".

Die Christdemokratin vergaß, wie stark die beiden C-Parteien an katholischen Moralvorstellungen hängen und wie schwach in CDU wie CSU derzeit die Lust zu gesellschaftlichen Reformen ist. Auch wenn sich Helmut Kohl überall als souveräner Kanzler der Einheit und gelassener Weltpolitiker darstellt, die Union ist nach den Serien von Wahlniederlagen demotiviert. Bloß keinen Anlaß bieten, das Sommerloch mit neuen negativen Schlagzeilen zu füllen, lautet die strikte Anweisung des Kanzlers.

Und immer, wenn es eng wird, setzt Kohl auf seine konservative Stammwählerschaft, weniger auf reformfreudige liberale Zuwanderer: „Es gibt Probleme, die dringender zu lösen sind als solche, wie man gleichgeschlechtliche Paare mit einer Rente ausstatten kann. Leute in der Partei wollen wissen, wie es wieder aufwärts geht – bestimmt nicht mit solchen Themen", heißt es im Kanzleramt.

Viele Parteifreunde aus dem rechten Spektrum von CDU und CSU hoffen nun, daß es mit Rita Süssmuth abwärts geht.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, dessen Mitglied Rita Süssmuth ist, und der *Bayernkurier* („geradezu grotesk") protestierten. Die Münchner Junge Union („kostet die CSU 50 000 Wählerstimmen") und die Frauenunion luden sie aus, unterstützt vom einflußreichen CSU-Bezirksvorsitzenden und Umweltminister Peter Gauweiler: „Selbstverständlich laden wir die aus. Uns schadet das furchtbar."

**Parteifreunde Süssmuth, Kohl:** „Nicht solche Themen"

Gauweilers Kollegin aus dem Justizressort, die stellvertretende CSU-Vorsitzende Mathilde Berghofer-Weichner, 60, fragte in einem offenen Brief die Glaubensschwester, ob künftig „sexuelle Beziehungen ... in irgendeiner Weise dokumentiert werden müssen, um Rechtsfolgen daran zu knüpfen". Sie argwöhnt eine „Steuerschnüffelei unter Bettdecken. Welcher Finanzbeamte ohne diesbezügliche Spezialveranlagung hätte daran wohl Vergnügen"?

Die Frauenunion in Grafing bei München verlangte per Unterschriftenaktion den „unverzüglichen Rücktritt". Eine „Gleichstellung homosexueller Paare mit ‚normalen' Familien und Ehepaaren" widerspreche christlichem Empfinden und setze „alle ethischen und historischen Werte außer Kraft".

Meinungsverschiedenheiten gibt es in der CSU allenfalls darüber, wie Rita zum Schweigen gebracht werden kann. Die einen, ihr Wortführer ist Bayerns Innenminister Edmund Stoiber, suchen die offene Feldschlacht und wollen der hohen Frau „in nächster Zeit" ein generelles Redeverbot auf dem Territorium des Freistaates erteilen.

Andere, darunter Gauweiler und Parteichef Theo Waigel, können die Christdemokratin genausowenig leiden, doch sie raten zu gebremster Aggression, zur „Methode Kohl": „keinen Mitleidseffekt provozieren, im Regen stehen, aufweichen lassen, solange bis sie keinen Schaden mehr anrichten kann".

Auch bei manchen Basisdemokraten der CDU herrscht Empörung. Die Frankfurterin Erika Steinbach-Hermann entrüstete sich ebenso wie ihre Thüringer Kollegin Claudia Nolte. Der Abgeordnete und Ex-Regierungssprecher Friedhelm Ost mußte bei einer Reise durchs Westfälische immer wieder Christdemokraten beschwatzen, deswegen nicht aus der Partei auszutreten.

Im Stuttgarter Landeskabinett beschwerten sich die beiden Rechten, Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder und Innenminister Dietmar Schlee, Frau Süssmuth gehöre „nicht mehr in die CDU". Der Bonner Dominikaner-Pater Basilius Streithofen, wohlgelitten im Hause Kohl und von zahlreichen Abgeordneten um kämpferischen Beistand gegen die Präsidentin gebeten, verlangte öffentlich den Rücktritt der Ketzerin vom Bundesvorsitz der Frauenunion.

Auf diese Mutprobe will es die Präsidentin ankommen lassen. Sie sei entschlossen, im Herbst wieder zu kandidieren, verriet sie Parteifreunden. Zunächst hatte sie sich geärgert, das Homo-Thema überhaupt angesprochen zu haben, doch in Gesprächen mit Freunden vertrieb sie resignative Anwandlungen. Die heftige Reaktion in ihrer Partei zeige, daß Minderheiten ausgegrenzt werden sollten, ob Schwule, Lesben oder Asylanten.

Ende August will sie sich wieder zu Wort melden, im Bundesvorstand. Sollte dort jemand den Rücktritt der Rita Süssmuth fordern, darf sie sich der Unterstützung eines Politikers sicher sein, der sie demnächst in seinem Wahlkampf für unverzichtbar hält. Ministerpräsident Erwin Teufel: „Wer versuchen sollte, sie politisch zu demontieren, der muß meinen Widerstand überwinden." ◄

# „Der drückt alles durch“

Berlin boomt, ganz wie es sich Eberhard Diepgen erhofft hat. Für die Interessen der milliardenschweren Investoren bringt der Bürgermeister bemerkenswert viel Verständnis auf. Was sie ihm einflüstern, macht sich Diepgen zu eigen. Was sie ihm vorschlagen, muß seine Verwaltung auch gegen besseres Wissen ausführen.

Die Jury schwelgte, Bausenator Wolfgang Nagel (SPD) strahlte. Von der „Tradition Berliner Großstadtarchitektur“, von „puritanischer Strenge, von Solidität und Würde“ war im Berliner Grand Hotel an der Friedrichstraße die Rede, als im Februar der Architektenpreis an das Berliner Büro Tonon und Brenner für das erste Großprojekt im Berliner Osten vergeben wurde: ein standesgemäßes Entrée für den Medienriesen Bertelsmann, der sich in der neu-alten Hauptstadt ansiedeln will.

Seit Sommer 1990 drängte der Multi ins Herz des wiedervereinigten Berlin, an die Friedrich-/Ecke Leipziger Straße, unweit des alten Presseviertels. 700 bis 1000 Arbeitsplätze wollen die Bertelsmänner dort schaffen, nicht wenig im gebeutelten Osten.

Doch das Milliardenprojekt droht zu platzen. Zum Zuge kommen soll nun, statt Bertelsmann, die traditionsreiche Berliner Stadtküche Hefter, die Erbengemeinschaft Hildebrandt und die New Yorker Equitable Life Assurances, die sich mit Junk-Bonds verspekuliert hat. Denn sie glauben zu besitzen, was Bertelsmann fehlt: den Rechtsanspruch auf die begehrten Grundstücke. Das teure Terrain war ihr Eigentum, ehe die DDR sie enteignete.

Die ehemaligen Eigner sind bei ihrem Comeback-Versuch in bester Gesellschaft. Überlebende oder Erben der einstigen Friedrichstraßen-Elite kämpfen um Restitution. Salamander und WMF, die Weinhandlungen Habel und Lutter & Wegner, der Bleistift-Krösus Faber-Castell, Hertie oder Henkell & Söhnlein träumen von der Rückkehr auf den goldenen Boden.

Die Sache hat jedoch einen Haken. Das Vermögensgesetz vom September letzten Jahres schließt eine Rückübertragung von Grundstücken, die „im komplexen Wohnungsbau oder Siedlungsbau verwendet wurden“, an die ursprünglichen Eigentümer aus. Über die entsprechenden Grundstücke dürfen deshalb die Oberfinanzdirektion Berlin, die Treuhandanstalt oder das Land Berlin verfügen.

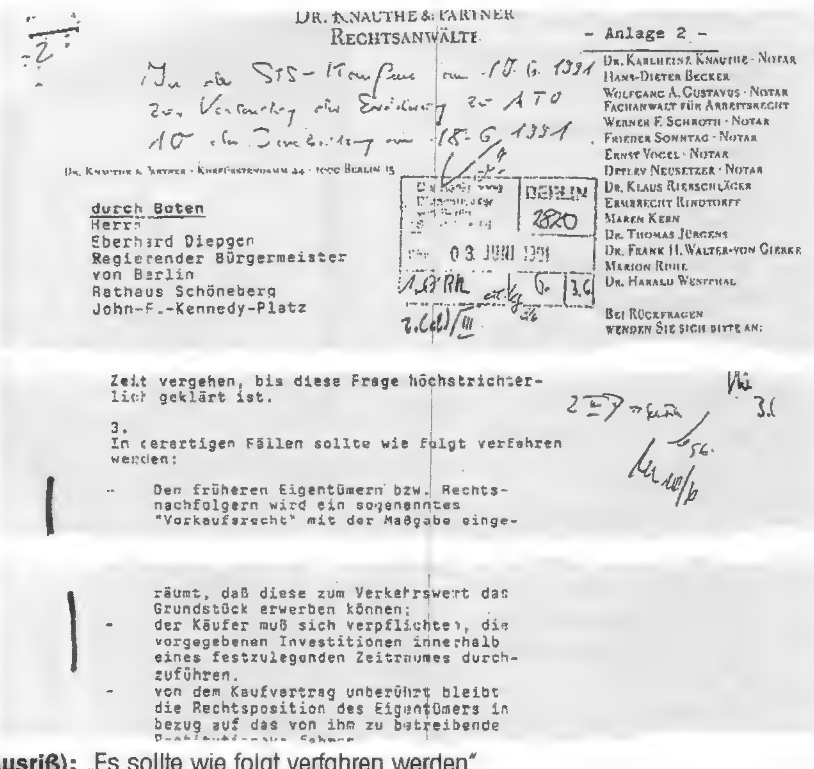
Schlechte Karten also für die ehemaligen Eigentümer der Filetgrundstücke entlang der Friedrichstraße.

Daß sich die Erben trotz scheinbar aussichtsloser Rechtslage die schönsten Hoffnungen machen dürfen, dafür sorgt eine einflußreiche Koalition aus Anwälten und Maklern mit besten Beziehungen hinein in die Politik und hinauf ins Schöneberger Rathaus. Dort bringt Eberhard Diepgen erstaunlich viel Verständnis für die geballte Macht ökonomischer Interessen auf.

Auch die Wende im Fall Bertelsmann hat Karlheinz Knauthe mit eingeleitet, FDP-Mitglied und bekannter Anwalt in Berlin. Ende Mai, das für viele Alteigentümer verhängnisvolle Vermögensgesetz war gerade ein paar Monate in Kraft, ergriff er die Initiative.

Knauthes Kanzlei, in Berlin als „Anwaltsfabrik“ gehandelt, hat sich die Mandate ehemaliger Eigentümer in der Berliner City gleich en gros gesichert. Auch Diepgen, der sich vor dem Wiedereinzug ins Schöneberger Rathaus selbst als Anwalt mit ostdeutschen Grundstücksgeschäften befaßte, ist der umtriebige und einflußreiche Kollege bekannt. Es kam zum Ge-





DR. KNAUTHE & PARTNER
RECHTSANWÄLTE

- Anlage 2 -

Dr. Karlheinz Knauthe · Notar
Hans-Dieter Becker
Wolfgang A. Gustavus · Notar
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Werner F. Schroth · Notar
Frieder Sonntag · Notar
Ernst Vogel · Notar
Detlev Neusetzer · Notar
Dr. Klaus Riebschläger
Ermbrecht Rindtorff
Maren Kern
Dr. Thomas Jürgens
Dr. Frank H. Walter-von Gierke
Marion Ruhl
Dr. Harald Westphal

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

durch Boten
Herrn
Eberhard Diepgen
Regierender Bürgermeister
von Berlin
Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz

BERLIN
2820
03 JUNI 1991

Zeit vergehen, bis diese Frage höchstrichterlich geklärt ist.

3.
In derartigen Fällen sollte wie folgt verfahren werden:

- Den früheren Eigentümern bzw. Rechtsnachfolgern wird ein sogenanntes "Vorkaufsrecht" mit der Maßgabe eingeräumt, daß diese zum Verkehrswert das Grundstück erwerben können;
- der Käufer muß sich verpflichten, die vorgegebenen Investitionen innerhalb eines festzulegenden Zeitraumes durchzuführen.
- von dem Kaufvertrag unberührt bleibt die Rechtsposition des Eigentümers in bezug auf das von ihm zu betreibende

**Briefeschreiber Knauthe, Brief an Diepgen (Ausriß):** „Es sollte wie folgt verfahren werden“

spräch zwischen dem Anwalt und dem Regierungschef in Sachen Friedrichstraße.

Die Interessen von Knauthe und Diepgen trafen sich in mindestens einem Punkt. Knauthe bemüht sich, millionenschwere Investoren auf die Grundstücke der Enteigneten zu bringen; satte Provisionen wären dafür fällig. Diepgen möchte eine boomende Metropole regieren; ihm liegt an raschen, spektakulären Investitionen.

Als Knauthe und Diepgen miteinander redeten, liefen bereits an die 50 Investoren-Auswahlverfahren, doch der Regierende war dennoch zu dieser Zeit unruhig. Bei „einem geschätzten Investitionsvolumen von über 25 Milliarden Mark“, klagte er am 29. Mai in einer Philippika an Finanzsenator Elmar Pieroth, liege einiges im argen, „weil die Verfügbarkeit der Grundstücke keine zügigen Fortschritte macht“.

Am 3. Juni brachte ein Bote einen Brief von Knauthes Kanzlei am Kurfürstendamm 44 zu Diepgens Amtssitz im Schöneberger Rathaus. Der Anwalt ließ Diepgen wissen, die Position des Bonner Justizministers in der Enteignungsfrage werde einer „rechtlichen Nachprüfung nicht standhalten“.

Deshalb, so Knauthe im Tonfall des Oberlehrers, „sollte wie folgt verfahren werden“: Früheren Eigentümern gleichgültig ob sie bereits entschädigt worden seien oder nicht – solle ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Mit dieser Regelung, so die Conclusio, sei allen Seiten gedient.

„Sie wollten“, ermahnte Knauthe Diepgen, „freundlicherweise dieses Problem im Senat erörtern.“

Den Knauthe-Vorschlag brachte Diepgen folgsam zwei Wochen später als außerordentlichen Tagesordnungspunkt 6 in der Senatssitzung zu Gehör – und zwar wortwörtlich so, wie es ihm der Briefeschreiber Knauthe nahegelegt hatte (siehe Faksimiles).

Die meisten Senatoren waren überrascht. Sie befürworteten dennoch die Anweisung, obwohl sie geltendes Bundesrecht verbiegt und Weichen für den Zugang zur Milliardenbaustelle Berlin-Mitte stellt.

Allein Bausenator Wolfgang Nagel, mit der Materie vertraut, machte Einwände geltend. Ansonsten stellte das Protokoll „Einvernehmen“ fest.

Ein Anwalt, dessen Klientel den großen Reibach wittert, diktierte dem Ersten Mann der Stadt, was er zu denken und vorzutragen hat – so entsteht das große neue Berlin, die Kapitale der wiedervereinigten Deutschen?

Was die Senatoren einfach hinnahmen, empört die Beamten. In vertraulichen Stellungnahmen warnen Justiz- und Wohnungsbaubehörde Diepgen vor möglichen Folgen seines Durchmarschs. Enteignungen wie nach dem DDR-Aufbaugesetz von 1950 und dem Baulandgesetz von 1984 seien „grundsätzlich auch in Rechtsstaaten denkbar“, gibt die Behörde von Justizsenatorin Jutta Limbach zu bedenken.

Falls nun gerade diese Alteigentümer Vorkaufsrecht erhielten, nicht aber enteignete Juden und andere, die wegen besonders rechtsstaatswidriger Enteignung begründeten Anspruch hätten, handle es sich „eindeutig um einen Wertungswiderspruch“.

„Eine derartig sachwidrige Differenzierung dürfte im Hinblick auf Artikel 3 GG* nicht haltbar sein“, kanzelt die Justizbehörde den Regierenden Bürgermeister ab.

Die Wohnungsbauverwaltung teilt diese Einschätzung und setzt hinzu: „Es sollte nicht vergessen werden, daß die Anwaltskanzlei, zu der auch Herr Knauthe gehört, bestimmte Interessen von ehemaligen Eigentümern vertritt.“

Am 2. Juli brachte Diepgen deshalb das Thema im Senat wieder auf die Tagesordnung. Er setzte gegen Bedenken von Senator Nagel („investitionshemmende Wirkung“) eine Regelung durch, die ihm die Justizverwaltung als gerade noch betretbare goldene Brücke gebaut hatte: Die Alteigentümer sollen nun zwar kein Vorkaufsrecht, wohl aber Vorrang in dem Fall erhalten, daß ihr Investitionsvorhaben dem der Konkurrenten gleichwertig ist.

Der Senatsbeschluß bindet nun die Verwaltung. Der Regierende Bürgermeister hat für Berlin eine eigene Rechtslage geschaffen.

„Im Klartext“, empören sich leitende Beamte, sei „damit die ‚Lex Knauthe‘ perfekt: Der hat die Rechte der Alteigentümer übertragen lassen, bündelt das jetzt mit den Investoren und drückt so alles durch.“

Das Hauptinteresse von Knauthe und Kollegen gilt einem Stück Straßenland

* Grundgesetz.

DER REGIERENDE BÜRGERMEISTER
VON BERLIN
– Senatskanzlei –
3 Sen 1 – 1245

Berlin, den 20. Juni 1991
Rathaus Schöneberg
Tel.: (90) 35 01

Vertraulich! Ta/ATO 6

Betr.: Enteignungen nach dem Aufbaugesetz und Baulandgesetz
– Rückübereignungen –

– 20. Senatssitzung vom 18. Juni 1991 –

Nachstehend übersenden wir Ihnen einen Auszug aus dem vertraulichen Anhang zum Protokoll über die o.a. Sitzung:

"Nach Aussprache stellt der Regierende Bürgermeister das Einvernehmen fest, daß bei Investitionsmaßnahmen auf Grundstücken, die nach Maßgabe des Aufbaugesetzes sowie des Baulandgesetzes in Verbindung mit dem Entschädigungsgesetz der DDR enteignet worden waren, grundsätzlich wie folgt zu verfahren ist:

- den früheren Eigentümern bzw. Rechtsnachfolgern wird ein sogenanntes "Vorkaufsrecht" mit der Maßgabe eingeräumt, daß diese zum Verkehrswert das Grundstück erwerben können;
- der Käufer muß sich verpflichten, die vorgegebenen Investitionen innerhalb eines festzulegenden Zeitraumes durchzuführen;
- von dem Kaufvertrag unberührt bleibt die Rechtsposition des Eigentümers in bezug auf das von ihm zu betreibende Restitutionsverfahren.

Senator Nagel weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß bei einer derartigen Praxis die Möglichkeiten des sog. Enthemmungsgesetzes nicht voll genutzt werden."



**Vertrauliches Senatsprotokoll (Auszug), Briefeschreiber Diepgen:** Bundesrecht verbogen



**Grundstücke in der Friedrichstraße:** Alte Avenue der Booms und Pleiten

in Ost-Berlin, wo sich die stadtplanerischen Ansprüche und die Begehrlichkeiten der Investoren wie selten sonst überlappen – dem Areal um die alte Friedrichstraße, schon zu Kaiserzeiten eine Avenue der Booms und Pleiten, der Spekulationen und Gründerkräche.

Die einstige Magistrale zwischen dem Regierungsviertel und den Hauptquartieren des Großkapitals verkam zu Erich Honeckers Zeiten zur gigantischen sozialistischen Bauruine. Doch nicht nur die Alt-, Neu- und Rohbauten, die Blechzäune, Baugruben und Schuttberge zwischen dem Bahnhof Friedrichstraße und dem abgeräumten Checkpoint Charlie zählen zu den DDR-Hinterlassenschaften. Auch die Manie der SED-Planer, kurzerhand das gesamte Terrain in „Volkseigentum" zu überführen oder unter Zwangsverwaltung zu stellen, erweist sich als Hypothek für eine geordnete Planung der neuen Prächtigkeit.

Als Bausenator Nagel im Frühjahr das Ergebnis eines Investoren- und Architektenwettbewerbs für ein Kaufhaus in den Friedrichstadtpassagen präsentierte, entfuhr ihm ein Stoßseufzer: Selten habe er einen Wettbewerb erlebt, bei dem seitens der Investoren so intensiv Einfluß auf Politiker auszuüben versucht worden sei.

Die Geschäfte der kurzen Wege, ein Phänomen aus der filzig verwobenen Zeit der getrennten Stadthälften, haben die Vereinigung offensichtlich überdauert.

Erste deutsche und europäische Bauadressen samt Entwicklungsabteilungen, weltweit zusammengetrommelte Erbengemeinschaften, hochkarätige Anwaltskanzleien, Developer und Makler mit umfangreicher Investorenklientel im Schlepptau – die Struktur der Bewerber ist selbst für Fachleute unübersichtlich.

„Was haben die Makler eigentlich da zu suchen?" fragt sich der Planungsexperte Rainer Emenlauer. „Die Grundstücke werden maklerfrei vergeben."

„Die großen seriösen Investoren", so glaubt Emenlauer, Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Pro-Stadt, würden sich mit Aquisitionen zurückhalten, weil „sie das Gezerre um die Grundstücke nicht mitmachen".

Bemerkenswerte Facetten des „Hauptstadt-Monopoly" (der grüne Abgeordnete Bernd Köppl) sorgen zusätzlich für öffentlichen oder internen Unmut.

So verkaufte Finanzsenator Elmar Pieroth den Managern des japanischen Elektronikkonzerns Sony, die in Berlins Mitte ihre Europazentrale ansiedeln wollen, ohne förmlichen Senatsbeschluß und ohne Parlamentsbeteiligung ein 31 682 Quadratmeter großes Grundstück am Potsdamer Platz zu einem Quadratmeterpreis von 3240 Mark, weit unter dem erzielbaren Marktpreis. Im Gegengeschäft mußten sich die Japaner unter anderem dazu verpflichten, das Filmhaus Esplanade zu bauen.

Der Central European Development Corporation Group, einer vom ehemaligen US-Botschafter in Ungarn Mark Palmer gemanagten amerikanisch-kanadischen Anlegergruppe mit eigener Berlin-Niederlassung, erteilten die Senatsgremien grünes Licht für ein erstes Schwerpunktprojekt am Checkpoint Charlie.

Dort, am legendären einstigen Ausländerübergang in die DDR, wo Ende Oktober 1961 für 16 Stunden und 30 Minuten ein sowjetisch-amerikanisches Panzerscharmützel drohte, soll ein Investorenpool für 700 Millionen Mark ein amerikanisches Business-Center errichten.

Von dem Pieroth unterstellten Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen, das für den Berliner Raum die Restitutionsansprüche der ehemaligen Grundstückseigner im Osten bündelt, begehrten die Anleger die Adressen der Alteigentümer von mindestens 60 hochwertigen Flurstücken in Ost-Berlin. Zwei Tage später wurden die Nachfrager bedient.

Der prompte Sonderservice entsprach auf unkonventionelle Weise einer Forderung Diepgens.

Der hatte die Vergabe von Grundstücken an Investoren „unter Ausnutzung aller Instrumentarien der vorhandenen Gesetze in zügiger und flexibler Art" bei Pieroth angemahnt. Derart unumwunden macht sich die Politik sonst selten zum Erfüllungsgehilfen wirtschaftlicher Interessen.

Mit solchem Prozedere, kritisiert Wirtschaftssenator Norbert Meisner (SPD), würden die privaten Investoren „schlicht zu den Herren des Verfahrens" gemacht. Meisner: „Wenn uns das aus der Hand genommen wird, dann entscheiden nicht wir, sondern die."

Andere Interessenten, berichten Insider, hätten aus östlichen Liegenschaftsämtern kurzerhand versiertes Personal abgeworben. Über die dort Beschäftigten war zuerst der Sturm der Altanmelder hereingebrochen. Entnervt klagte

eine Mitarbeiterin dem SFB ihr Leid: „Da kommt einer und sagt, von 1302 bis 1588 habe ihm die ganze spätere DDR gehört, und jetzt will er alles wiederhaben."

Im Gefolge der alten Eigentümer kamen die Anwälte und Makler. Ein leitender Senatsbeamter beobachtete beim Antichambrieren sogar seinen ehemaligen Senator. „Wissen Sie eigentlich, wer ich bin?" habe der Besucher seinem Wunsch nach einer Akte Nachdruck verliehen.

Es war der ehemalige Finanz- und Bausenator Klaus Riebschläger, der inzwischen als Sozius in der Kanzlei von Karlheinz Knauthe auch die Interessen der Klingbeil-Gruppe vertritt, des Giganten in der Berliner Baubranche.

Der SPD-Genosse, der in seiner Amtszeit gern beklagte, wie sehr speziell im filzgefährdeten Baugeschäft „die öffentliche Hand als Dienstleistungsunternehmen für Wohlergehen betrachtet" werde, kennt die Usancen der Branche aus erster Hand. Vor dem Wechsel in den Anwaltsberuf war er Vorstandsmitglied der Wohnungsbau-Kreditanstalt, der Schaltstelle für die Verteilung öffentlicher Mittel im Berliner Wohnungsbau.

Auch beim FDP-Mann Knauthe „zahlten sich solides Fachwissen und politischer Verstand aus", urteilt sein Parteifreund und Anwaltskollege, der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Lüder, der beim Wettbewerb um ein 260-Millionen-Projekt mit Knauthe kooperiert.

Knauthe genießt beim Wettbewerb um die Schürfrechte in „Klondike II" (ein Beamter) inzwischen sogar Heimvorteil. Sein Büro unterhält in der City-Ost eine eigene Dépendance.

Die meisten Klienten aus dem Lager der Alteigentümer, denen es laut Knauthe-Brief an Diepgen um Rückgabe des früheren Grundbesitzes geht, können mangels eigener Liquidität nur im Pool-Geschäft bestehen.

Das Muster: Über die Kanzlei bieten die potentiellen Investoren den Alteignern Erbteilskauf- und Übertragungsverträge an. Weil die Rechtslage unterschiedlich interpretiert wird, ist der Kaufpreis im Vertrag gesplittet: Eine erste Rate – eine Art Handgeld – wird sofort fällig.

Das Grundstück Unter den Linden des ehemals renommierten Weinhauses Habel gilt wegen seiner exzellenten Lage als erste Adresse. Ein Mitglied der Habelschen Erbengemeinschaft mit Anspruch auf ein Achtel dieses Erbteils erzielte am 25. Januar – von Knauthe notariell beglaubigt – für ganze 258 Quadratmeter einen Erlös von zehn Millionen Mark.

Die erste Million durfte der Erbe in Schecks gleich mit nach Hause nehmen. Die restlichen Millionen erhält er, falls die von Bonn verweigerten Rechtsansprüche doch noch wegen „Unrechtmaßnahmen der früheren DDR" greifen sollten.

Diesen Kurswechsel erwartet der Verfassungsrechtler Rupert Scholz (CDU) von den obersten Gerichten.

Der ehemalige Berliner Justizsenator hat für das von Knauthe betreute Projekt „Lindencorso" ein Gutachten geschrieben. „Pauschale" Enteignungen nach dem Baulandgesetz, so Scholz, könnten nicht von vornherein den Rückgabeanspruch blockieren: „Da hat es Ungleichbehandlungen gegeben."

Diepgens Vorstoß vom 2. Juli, der seither von der Senatsverwaltung konsequent umgesetzt wird, hat die Startposition im Investoren-Wettlauf grundlegend verändert.

In der letzten Sitzung des Koordinierungsausschusses für innerstädtische Investitionen (KOAI), der über die Projektvergabe zu befinden hat, war der neue Wind schon zu spüren. Das Votum für drei von Knauthe betreute Projekte mit einem Investitionsvolumen von einer Milliarde Mark war die logische Folge.



**Anwalt Riebschläger**
„Wissen Sie, wer ich bin?"

Auf mehr als 18 000 Quadratmetern östlich der Friedrichstraße dürfen die Mandanten des cleveren Anwalts wohl schon bald kräftig loslegen: Bei den Komplexen „Dompassage", „Lindencorso" und „Hofgarten am Gendarmenmarkt" befürwortet der KOAI die Vergabe an die von Anwalt Knauthe geschmiedeten Konsortien aus Investoren und Alteigentümern. „Mit dieser Regelung ist allen Seiten gedient", so eröffnet der Ausschuß seinen Beschluß beim 400-Millionen-Mark-Projekt „Hofgarten" – die folgende Begründung ist unverändert dem Knauthe-Brief an Diepgen entnommen.

Unter diesen Bedingungen seien kaum mehr Investoren-Auswahlverfahren möglich; dem Staat seien die Steuerungsmöglichkeiten genommen, klagen Beamte des Diepgen-Senats. Der geplante, grundstücksübergreifende „Nutzungs-Mix" werde verhindert,



**Bausenator Nagel**
Bedenken angemeldet

jeder Alteigentümer sei wieder König auf seiner Parzelle.

Die renommierten Galeries Lafayette quittierten vergangene Woche öffentlich ihre Schlappe. Trotz diplomatischer Schwerstarbeit zwischen Paris, Bonn und Berlin werden sie im Quartier 207 der Friedrichstadtpassagen nicht Bauherr, sondern Mieter.

Die Heidelberger Unternehmensgruppe Roland Ernst hatte sich die Grundstücksansprüche des Kaufmanns Horst-Hubertus Boenicke per Erbpachtvertrag gesichert und mußte nun – streng nach „Lex Knauthe" – mit in den Pool. Die Maklerfirma Müller International, die die französischen Interessen wahrnimmt, ist „fassungslos".

Der Berliner Architekt Benedict Tonon dagegen hält an seinem preisgekrönten Entwurf für das geplante Bertelsmann-Medienhaus auch nach Diepgens Signal zugunsten der Alteigentümer fest.

Er sei zwar schon lange im Geschäft, so Tonon, aber er zähle sich noch nicht zur Generation derer, „die sich da oben die Braten zuspielen". ◄

# Beamte – ein Tabu wankt

Bei Bahn und Post drohen neue Milliardendefizite, doch das öffentliche Dienstrecht behindert die Sanierung. Immer mehr Politiker ziehen den Schluß: Das Beamtentum muß weg. Druck kommt auch von der EG: Lehrer sollen nicht länger Diener des Staates sein. Ist der deutsche Beamte eine aussterbende Spezies?

Bahnchef Heinz Dürr betrachtete die Arbeit der Zugbegleiter auf seinen Schnellzügen mit Wohlgefallen. In der Regel, fand er, ließ sich die Truppe von maulenden Kunden nicht provozieren, sie blieb freundlich und dienstwillig. Auch deftige Beschwerden bei den ersten Pannenfahrten des InterCityExpress steckten die Prellböcke der Bahn mit Fassung weg.

Der schwäbische Sanierer erwog, großzügig zu sein. Zugbegleiter, überlegte er, seien entscheidend für das Image der neuen Bahn. Ihr Engagement und ihre Motivation müßten durch eine Zulage erhalten werden.

Daraus wurde nichts; der Chef kann nicht, wie er will. Ein paar Mark hätte er befristet aus eigener Machtvollkommenheit bewilligen können. Einen erfolgsabhängigen Zuschlag aber darf der Herr über 260 000 Eisenbahner prinzipiell nicht gewähren.

Die Planstelle höher zu bewerten geht auch nicht. Mit solch einer Idee ist schon Dürrs Vorgänger Reiner Gohlke kläglich gescheitert.

Gohlke hatte mit der Eisenbahnergewerkschaft einen detaillierten Tarifvertrag ausgehandelt. Er wollte die Rangierer ein wenig besserstellen, um Nachwuchs anzulocken.

Der Bonner Innenminister verbot Gohlke zu unterschreiben. Begründung: Werde das Tarifgefüge bei der Bahn geändert, gerate der gesamte Öffentliche Dienst ins Rutschen. Das sei nicht zu bezahlen.

Dürr verdient 600 000 Mark pro Jahr, aber er kann nicht mal über ein paar Mark entscheiden. Der Beamtenstatus seiner Gefolgschaft und das öffentliche Dienstrecht zwingen den Manager in ein Korsett, das ihm eine rationale, auf Produktivität ausgerichtete Unternehmensleitung unmöglich macht.

Wie soll ein Manager, derart gefesselt, eine marode Staatsfirma sanieren? Wie soll er ein wettbewerbsfähiges Unternehmen schaffen, das der zunehmenden Konkurrenz gewachsen ist?

Die Frage stellen sich auch Klaus Zumwinkel und Helmut Ricke. Postminister Christian Schwarz-Schilling hat die beiden Manager aus der Privatwirtschaft geholt, um die gelbe Post und Telekom fit für den Wettbewerb zu machen. Nur wie sie das schaffen sollen, das sagte der Minister nicht.

Die Manager in Staatsdiensten treten den Konkurrenzkampf mit einem entscheidenden Handikap an: Die Ketten des öffentlichen Dienstrechts machen sie von vornherein zu den sicheren Verlierern.

Wenn alles so weiterläuft wie bisher, prophezeit Dürr der Bahn in den nächsten zehn Jahren insgesamt 180 Milliarden Mark Verlust. 400 Milliarden Mark Zuschuß müßte der Bund dem Unternehmen in dieser knappen Zeitspanne dann insgesamt überweisen.

Ultimativ verlangt Dürr von Kanzler




**Deutscher Postbeamter:** Der Bürger ist nicht Kunde, sondern störender Bittsteller






**Telekom-Chef Ricke, Dienstherr Schwarz-Schilling:** Hinter der neuen Fassade verbirgt sich die alte Behörde

Kohl deshalb Taten. Helmut Ricke, Chef des Postunternehmens Telekom, fordert dasselbe: Ende der Dienstzeit für Staatsdiener, weg mit den Beamten bei Bahn und Post.

Beide Manager wollen ihre Unternehmen in ganz normale Aktiengesellschaften umwandeln, mit den Gewerkschaften ganz normale Tarifverträge aushandeln. Und Zumwinkel hat mit der Paket- und Briefpost dieselben Pläne.

Wenn die Politiker nicht mitziehen, so Ricke, werde sein jetzt noch profitables Unternehmen in wenigen Jahren Milliarden-Kostgänger beim Staat. Ricke: „Wir werden zur zweiten Bundesbahn."



**Bahn-Chef Dürr:** Er kann nicht, wie er will

Der Telekom-Chef muß sein neues D-Netz gegen die Konkurrenz eines privaten Mobilfunkkonsortiums unter Führung des Mannesmann-Konzerns anbieten. Private Satelliten machen dem staatlichen Telekommunikationsunternehmen schon heute Konkurrenz. Die Zeiten des staatlichen Monopols sind endgültig vorbei.

Zumwinkel, der die gelbe Post führt, hat schon heute kaum eine Chance gegen die privaten Paket- und Kurierdienste. Künftig, so verlangt es die EG, wird vielleicht sogar das Monopol im Briefverkehr fallen.

Wenn der ehemalige McKinsey-Berater nicht freier agieren kann, wird der Postler seine ehrgeizigen Sanierungspläne kaum verwirklichen können. Dann wird das Postdefizit, im vergangenen Jahr 1,5 Milliarden Mark, weiter den Bonner Haushalt belasten.

Solche Horrorgemälde schrecken die Politiker auf. Drohende Milliardendefizite und der zunehmende Wettbewerb schaffen einen Druck, der zum Handeln zwingt: Ein Tabu wankt.

Am Beamtentum wagte bisher niemand zu rühren. Zu mächtig erscheint der Beamtenbund, zu stark sind die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, die das Althergebrachte eisern verteidigen.

Jetzt aber haben Finanzminister Theo Waigel, Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann und Postminister Christian Schwarz-Schilling gemerkt, welche Katastrophe droht, wenn sie weiterhin nichts tun. Sie wollen deshalb die Verfassung ändern und Bahn und Post beamtenfrei in den Wettbewerb entlassen.

Ausgerechnet die Mammutbürokratie der EG greift einen weiteren deutschen Beamtenhort an: Die Lehrer müssen „entbeamtet" werden. Am 1. Januar 1993 soll das Recht auf Freizügigkeit der Arbeitnehmer endgültig Realität werden. Dann müssen auch Niederländer und Briten hierzulande gleiche Chancen im Schuldienst haben; das nationale Beamtenprivileg wird fallen.

Verschwinden die Beamten aus Bahnhöfen und Posthallen, Schulen und Flughäfen, dann wird der Öffentliche Dienst verändert – und sein Ende ist nur eine Frage der Zeit.

Professoren und Straßenbahnfahrer, Müllkutscher und Wasserwerker, sie alle werden dann eines Tages als ganz normale Arbeitnehmer ihr Brot verdienen. Der deutsche Beamte rutscht unversehens auf die Rote Liste gefährdeter Arten.

Überleben wird der Beamte auf Dauer nur da, wo er wirklich hoheitliche Aufgaben wahrnimmt: bei Polizei, Justiz, Fiskus, Militär und in den Zentralverwaltungen der Gemeinden, der Länder und des Bundes.

Es hat in der über 40jährigen Geschichte der alten Bundesrepublik viele Versuche gegeben, Beamtentum und Öffentlichen Dienst zu reformieren. Unkündbare Staatsdiener, ob beamtet oder unter dem Schutz öffentlichen Dienstrechtes angestellt, erregten immer wieder den Neid des Normalbürgers.

Beamte, soviel ist sicher, zählen nicht zu den beliebtesten Bevölkerungsgruppen. Sie genießen viele Privilegien, etwa ein besonders hohes Kindergeld, und sie haben wenig Ansehen.

Staatsdiener begleiten den Bürger von der Wiege bis zur Bahre. Sie stempeln Geburtsurkunden und notifizieren den Tod, erziehen Schüler und Rekruten, verhängen Geldbußen und lotsen Flugzeuge zu Boden.

Berufsbeamte kujonierten den Untertan im Namen von Kaiser Wilhelm; in der

Weimarer Republik sicherte sich die privilegierte Kaste den Verfassungsadel. Berufsbeamte funktionierten glatt unter der Hitler-Diktatur.

Nach Einführung der Demokratie wahrten die Staatsdiener Kontinuität mit Weimar und nisteten sich wieder in der Verfassung ein. Zwar hat sich inzwischen vieles geändert, auch im Bewußtsein der Staatsdiener. Die meisten Beamten fühlen sich heute nicht mehr als „Obrigkeit", die dem Antragsteller gnädig einen Paß zuteilt. Die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" aber gelten nach wie vor.

Der Beamte wird nicht einfach für seine Arbeit bezahlt, er erhält eine „amtsangemessene Alimentation". Seinem Dienstherrn ist er zu besonderer Treue verpflichtet, er muß ihm mit voller Hingabe dienen und kommt als Gegenleistung in den Genuß besonderer Fürsorge. Vor allem aber, das ist der Grundpfeiler des Berufsbeamtentums: Er darf nicht streiken.



**Post-Chef Zumwinkel**
Von vornherein sicherer Verlierer



**Telekom-Manager Gallist**
„Nach gesundem Menschenverstand"

Die Begriffe sind längst Hülsen ohne Inhalt. Hohe Beamte arbeiten halbtags, Polizisten fahren im Nebenjob Taxi. Sind Postbeamte unzufrieden, machen sie Dienst nach Vorschrift. Die Folgen sind oft schlimmer als bei einem richtigen Streik. Beamte und Angestellte erledigen die gleiche Arbeit im selben Büro; nichts als der Rechtscharakter ihres Vertrages mit dem Dienstherrn unterscheidet sie in ihrer Arbeit.

Ihr Dienstrecht privilegiert die Staatsdiener beim Kampf um Mandate, es gibt ihnen Zeit und Gelegenheit zu politischer Arbeit. Kommunalbeamte, Lehrer und Amtmänner nutzen den Vorsprung. In allen Gemeinden- und Landesparlamenten sowie im Bundestag sind die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes überrepräsentiert. „Die Parlamente sind mal voller und mal leerer", spottete der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff, „aber sie sind immer voller Lehrer."

Nicht zuletzt die parteiübergreifenden stillen Koalitionen der Staatsdiener in den Parlamenten haben im Zusammenwirken mit der Ministerialbürokratie jeden Angriff auf Beamtentum und Dienstrecht bislang erfolgreich abgewehrt.

Doch die schönen Zeiten sind vorbei. Die lange schwelende Krise bei der Bahn, das drohende Desaster bei der Post haben das Tabu geknackt, in beiden Unternehmen sollen zivile Verhältnisse Einkehr halten. „Ich denke", meint Postminister Schwarz-Schilling, „das wird eine Aufgabe noch für diese Legislaturperiode sein."

Selbst Sozialdemokraten und – vereinzelt noch – Gewerkschafter bewegen sich, eine Änderung des Grundgesetzes hat plötzlich Chancen.

Alle Vertreter der neuen Beweglichkeit betonen allerdings, sie wollten das Prinzip des Berufsbeamtentums nicht antasten. Nur bei Bahn und Post müsse sich rasch was ändern, weil dort die Unternehmen im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft stünden.

In der Tat muß in diesen Krisenbereichen besonders schnell gehandelt werden: Das öffentliche Dienstrecht macht die Betriebe zu nicht überlebensfähigen Dinosauriern.

„Poststruktur-Reform" nannte CDU-Minister Schwarz-Schilling im Sommer 1989 großspurig seine Aktion, die Dienstleistungszweige der Post in drei selbständige Betriebe aufzuteilen: Telekom, Postdienst, Postbank. Diese Firmen, jubelte der Reformer damals, könnten, geleitet von hochbezahlten Managern aus der Privatwirtschaft, fortan „wie große Wirtschaftsunternehmen geführt werden".

Die Verheißung auf „eine neue Ära" (Schwarz-Schilling) erfüllte sich nicht. Zwar präsentiert sich vor allem die für Telefon und Telefax, Kabel und Btx zuständige Telekom in teuren Farbanzeigen gern als High-Tech-Betrieb. Aber das ist nur die glänzende Fassade. Im Innern herrschen noch die alten Strukturen: Auch die neue Telekom ist eine Behörde geblieben.

„Telekom", spottet Wilhelm Hübner vom Verband der Postbenutzer, sei „die einzige Firma in Deutschland, die über neue Kunden und größeren Umsatz durch die deutsche Einheit bitterlich Klage führt".

Tief sitzt in allen Postbetrieben bis heute die überlieferte Beamtenmentalität, den Bürger nicht als Kunden, sondern als störenden Bittsteller zu sehen. Nur zu gern heißt es bei der Post: „Schalter geschlossen".

Bei der Bahn ist das nicht anders. Ein privater Spediteur reiße sich um jede Fracht, hat Manfred Montada vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen beobachtet, die Bahn wehre Frachtkunden am liebsten ab: „Wir dürfen das nicht, wollen das nicht, können das nicht." Bundesbahners Leitmotiv, so Montada: „Vorsicht, Kunde droht mit Auftrag."

Das wundert nicht. Mehrarbeit und Engagement wird Staatsdienern kaum gedankt. Selbst außergewöhnliche Leistungen bringen in der Regel weder Geld noch freie Tage. Befördert wird meist, wer an der Reihe ist, egal ob er auf seinem Posten glänzt oder schläft. Wichtiger ist häufig politische Protektion.

Schon 1973 stellte die „Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts" fest, daß viele Staatsbedienstete „keinen Zusammenhang zwischen persönlichen Anstrengungen und eigenen Beförderungen" zu erkennen vermögen. Wenn Leistung sich nicht lohnt, stirbt die Motivation.

Sie werde künftig „halblang machen", kündigte eine Telekom-Beamtin des höheren Dienstes ihrem Vorgesetzten freimütig an. Wie die Kollegen in ihrer Abteilung schufteten, das sei ihr, mit Anfang 50, „viel zu stressig".

Der Chef war empört, aber machtlos. „Die Dame“, ärgerte sich ihr Abteilungsleiter, habe sich „praktisch im Büro zur Ruhe gesetzt“, kassiere aber mehr als die jüngeren Kollegen, die deren Arbeitspensum zusätzlich zu erledigen haben.

In einer anderen Telekom-Abteilung stand turnusmäßig die Beförderung eines Beamten an, der, so sein Chef, „wenig arbeitet, aber viel trinkt“. Der Ressortleiter widersprach und stoppte damit einstweilen die automatische Beförderung.

Wochenlang mußte er Begründungen für seine Entscheidung liefern, mußte er vor Personalrat und Personalabteilung sein Eingreifen in die Regularien der Bürokratie rechtfertigen. „Das nervt und schlaucht“, sagt der Betroffene; und außerdem war die wichtige Position über Monate nicht besetzt.

Wenig später erreichte ihn ein neuer Antrag, denselben Beamten in Sold und Status zu liften. Der Chef ließ den Vorgang resigniert passieren. „Ich hatte einfach keine Lust mehr“, sagt er, „dagegen zu fighten.“


Paketdienst

Absurd wird es, wenn ein erfolgreicher Beamter zur Beförderung ansteht. Er darf die Arbeit, die er besonders gut kann, nicht weitermachen, er muß auf einen höher bewerteten Posten wechseln, wo seine Fähigkeiten möglicherweise verkümmern.

Der Generalvertreter der Bundesbahn im Bezirk Essen etwa mag den Umsatz von 120 Millionen auf 160 Millionen Mark im Jahr steigern. Sein Gehalt liegt fest in der Besoldungsgruppe A 15 (rund 7000 Mark). Ein Aufstieg auf A 16 ist nur möglich, wenn er an einen Schreibtisch der Bahn-Zentrale wechselt.

Ähnlich erging es dem Leiter der posteigenen Erdfunkstelle in Raisting: Der hochqualifizierte Techniker mußte – für mehr Geld – in den Innendienst. Erfolgreiche Kundenberater, die Post und Bahn Millionen bringen, wandern auf ungeliebte, aber besser bezahlte Jobs, rangniedere Innendienstler ohne Verkaufstalent übernehmen deren Planstellen.

Der „Beförderungstourismus“ (Bundesbahnsprecher Elmar Haass) beschleunigt das behördentypische „Peter-Prinzip“: Jeder wird so lange befördert, bis er den Posten besetzt hat, auf dem er versagt.


Kurierdienst

Mehr Motivation sollte das neue Poststrukturgesetz schaffen. Es sah, für den Öffentlichen Dienst geradezu revolutionär, „Belohnungen für besondere Leistungen und Erfolge“ vor. Aber was ist daraus geworden?

Die Vertriebsteams der Telekom werden, anders als ihre Kollegen bei den privaten Konkurrenten Siemens, DeTeWe oder SEL, am Erfolg ihrer Arbeit nicht unmittelbar beteiligt. Einem kleinen Teil der Vertriebsleute, keineswegs allen, so Telekom-Vorstand Dieter Gallist, „können wir eine Prämie drauflegen, aber nur befristet“.

Nach ein, zwei Jahren muß der Zuschlag wieder gestrichen werden – auch wenn der Empfänger erfolgreicher denn je ist. Gallist: „Das wirkt dann wie eine Strafe.“

Den nichtbeamteten Bahn- und Post-Vorständen, die betriebswirtschaftliches Denken in die lahmen Staatsbetriebe bringen sollen, ist vielfach längst die Lust vergangen. „Die dürfen“, juxt Postkritiker Hübner, „nichts bewirken, nichts verändern, bestenfalls mal was verzögern.“ Da ist viel dran.

Wie viele Leute die Bahn einstellt, entscheiden Leute, die weit weg vom Gleis sind: der Verkehrs-, der Innen- und der Finanzminister. Das hei-


Satellitenstation

**Private Post- und Telekom-Konkurrenten:** Zunehmender Wettbewerb

ße letztlich, meint ein resignierter Bundesbahner, drei Oberamtmänner in Bonn haben über die Genehmigung des Wirtschaftsplanes Bahnchef Dürr fest im Griff.

Telekom-Vormann Helmut Ricke geht es kaum anders. Postminister Schwarz-Schilling schreibt ihm für die wichtigsten Geschäftszweige die Preise vor, die seine Firma fordern darf. Der Innenminister diktiert ihm die Gehälter, die er zahlen darf, und legt den „Stellenkegel“ fest, das exakte Verhältnis von unteren, mittleren und höheren Planstellen.

Eine vernünftige Personalplanung ist mit dieser Methode unmöglich. „Jeder Amtsvorsteher weiß natürlich“, hat Gallist binnen weniger Monate im öffentlichen Sektor gelernt, „wenn ich unten durch Rationalisierung Leute einspare, muß ich auch auf qualifizierte Leute an der Spitze verzichten.“

Wer dagegen oben zusätzliche Spezialisten braucht, muß den Unterbau künstlich ausweiten und dem Innenminister überzeugend vorgaukeln, das sei nötig.

Gute Leute warten oft nicht, bis Bahn- und Postvorständen der mühselige Marsch durch die Instanzen gelungen ist, sie sind dann längst bei der privaten Konkurrenz untergekommen, die meistens auch besser zahlt.

Die Besetzung aller Spitzenjobs, vom Geschäftsbereichsleiter aufwärts, ist Bonner Kabinettssache. „Das dauert Monate“, so ein Vorstandsmitglied, „selbst wenn alles glattgeht.“

Geht tatsächlich alles glatt, darf der Marketingprofi oder der High-Tech-Ingenieur, Neuling im Öffentlichen Dienst, sich auf einiges gefaßt machen. Der schnelle Flug zum Termin, das Taxi zum Bahnhof – bei der privaten Konkurrenz kein Thema – ist nur ausnahmsweise und umfänglich begründet möglich. Sonst heißt es vor Dienstreisen: genau rechnen.

Die Entscheidung nämlich, ob der Mann mit Bahn oder Flugzeug reist, hängt von dessen Bezügen ab: Der Stundenlohn, der durch einen Flug eingespart wird, muß mehr ausmachen als die Differenz zwischen Luft- und Bahnticket. Das Ergebnis ist: Viele Wochenstunden von Postprofis werden unproduktiv auf Dienstreisen verschwendet.

„Kleinlich bis ins Lächerliche“, schelten die Newcomer ihre internen Verwaltungen. Doch wie soll es anders sein, wenn der Staat hinter seine Bediensteten einen Bundesrechnungshof setzt, der zwar akkurat nach Belegen und der Einhaltung formaler Vorschriften forscht, den Nutzen von Ausgaben und die Kosten von Einsparungen aber vergißt.

Wie ärgerlich sich die – zumeist sinnvolle – Prüfpraxis auswirken kann, erlebt die Telekom bei ihren Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Massiv forderten Politiker aller Couleur den Telefongiganten auf, jenseits kleinlicher Formalien und ohne allzu lange Vorprüfungen das marode Telefonnetz der Ex-DDR so schnell wie möglich zu modernisieren und zu erweitern. Doch das ist leichter gesagt als getan.

„Wir haben versucht, unseren Leuten einzuhämmern“, so Telekom-Vorstandsmitglied Gallist, „nicht erst lange in die Regelbücher zu schauen, sondern nach gesundem Menschenverstand zu handeln.“ Wenn jetzt der Rechnungshof jede Kleinigkeit nach Buchstaben und Zahlen überprüfe, würde sich mancher Beamte sagen: „Ich hätte doch besser ganz pedantisch gehandelt.“

dem Weg zur Modernisierung der Schule.

Wer „die Lehrkräfte verjüngen und die Schule von nicht mehr zeitgerechten Fesseln befreien“ wolle, muß nach Hertles Meinung das „System der Lebenszeit-Beamten“ zum „auslaufenden Modell“ erklären.

Auch in der Schule motiviert das Dienstrecht nicht. Wer als Junglehrer noch einen Job findet, dem ist eine begrenzte Karriere sicher. Der Herr Assessor wird nach ein paar Jahren zwangsläufig zum Studienrat und mit etwas Glück und Verstand irgendwann zum Oberstudienrat.

Danach ist in der Regel Schluß. Das Gehalt wächst nur mit dem Alter, nicht mit der Leistung.



**ICE-Zugbegleiter:** Wenn Leistung sich nicht lohnt, stirbt die Motivation

Daß der starre Beamtenapparat von Post und Bahn die Wirtschaftlichkeit dieser Staatsunternehmen schwächt, läßt sich von Jahr zu Jahr in den Bilanzen nachlesen. Anders scheint es beim Staatsbetrieb Schule zu sein, der ist an sich ein defizitäres Geschäft. Die in ihm beschäftigten Beamten bilden nachwachsende Generationen für Leben und Beruf – eine Kosten-Nutzen-Rechnung scheint wenig sinnvoll.

Doch auch die Effizienz des beamteten Lehrers wird immer häufiger in Frage gestellt. Pädagogenkongresse reden sich die Köpfe heiß über die „Entstaatlichung“ der Schule, also die Befreiung des Bildungswesens von Beamtentum und Bürokratie. Der Lehrer Fritz Hertle, 47, Bildungsexperte der Grünen im hessischen Landtag, sieht im „Beamtensystem“ gar ein „Haupthindernis“ auf

Somit fehlt dem Lehrer jeder Antrieb für ein außergewöhnliches Engagement im Unterricht. Im schweizerischen Kanton Zürich läßt der Erziehungsrat des Kantons deshalb bereits ein „Lohnwirksames Qualifikationssystem“ (LQS) für Lehrer entwickeln. Die Schweizer Lehrer, Beamte wie ihre deutschen Kollegen, sollen sich demnach regelmäßigen Leistungskontrollen unterziehen und bei überdurchschnittlichem Erfolg auch überdurchschnittlich bezahlt werden.

Die Erfinder des LQS haben sich sofort den ganzen Zorn der Lehrergewerkschaften zugezogen. Wer gute Lehrer besser als schlechte honorieren wolle, so prophezeit der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, säe nur „Rivalität“ und „Mißtrauen“ in den Kollegien. LQS sei „unvereinbar mit einer modernen humanen Arbeitswelt“.



**Fluglotsen in Düsseldorf:** Das Grundgesetz muß geändert werden

Ähnlich heftigen Widerspruch erntete auch der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier, 65, weil er die Effizienz seines Schulsystems von der Personalberatungsfirma Kienbaum überprüfen läßt. Die Begutachtung gilt bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft als Höhepunkt einer „Demotivationskampagne" gegen die Lehrer.

Dabei will sich Schwier auf diesem Wege nur von einer unabhängigen Instanz bescheinigen lassen, daß es in den Schulen an Rhein und Ruhr durchaus genügend Pädagogen gibt – die ihren wahren Pflichten allerdings zu häufig nicht nachkommen.



**Lehrer im Saarland:** Effizienz wird in Frage gestellt

Der Sozialdemokrat kämpft seit Jahren gegen den Dschungel von Privilegien, in dem sich seine Schulbeamten versteckt haben. Vor allem in der übergroßen Zahl von Ermäßigungsstunden für jede noch so geringe Mehrleistung vermutet Schwier eine Ursache für den lästigen Unterrichtsausfall. Sei es wegen der Verwahrung des Turnhallenschlüssels, sei es wegen der Pflege des Schulgartens, für alles und jedes dürfen Lehrer ein Stündchen früher nach Hause gehen.

Schwier hatte schon 1988 angeregt, Lehrer in Zukunft nicht mehr als Beamte, sondern als Angestellte in den Schuldienst zu schicken. Er könne im Pädagogenberuf beim besten Willen „keine hoheitliche Tätigkeit" entdecken.

Der Staat trage von Jahr zu Jahr schwerer an den Kosten für die Beamtenpensionäre. Schließlich gehe „das Abendland nicht unter", wenn sich Lehrer als Angestellte des Staates wie jeder andere Bürger eine eigene Altersversorgung aufbauen müßten.

Das Unbehagen am öffentlichen Sektor ist so alt wie die Republik. Doch alle Versuche, das Alimentationsprinzip des Beamtenrechts durch leistungsgerechtere Anreiz- und Entlohnungssysteme zu ersetzen, scheiterten bislang an der mächtigen Beamtenlobby. Die wähnt sich auch jetzt sicher, sieht sie doch mächtige Verbündete hinter sich.

CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble etwa, oberster Beamten-Dienstherr im Lande, lehnt die Diskussion über eine Reform des öffentlichen Sektors ab: „Das hält die Union nicht aus." Kanzler Helmut Kohl wies bislang jeden barsch zurück, der den Beamten zu nahe kam.

„In ausdrücklichem Einvernehmen" mit Kohl durfte der Postexperte der Unionsfraktion, Gerhard O. Pfeffermann, CDU-Postminister Schwarz-Schilling öffentlich rüffeln. Dessen Plan, die ihm unterstellten Dienstleistungsbetriebe von Beamten zu säubern, stehe „nicht auf der Tagesordnung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion". Die Christenschar halte „eindeutig und unzweifelhaft zum Berufsbeamtentum".

Aber das Bild täuscht. Der Kanzler könnte sehr rasch auf Privatisierungskurs gehen, wenn gesichert ist, daß der Zorn der Beamten alle Parteien gleichermaßen trifft.

Keineswegs kategorisch lehnte der Regierungschef im Gespräch mit Verkehrsminister Günther Krause und Bahnvorsteher Dürr die Idee ab, Artikel 87 des Grundgesetzes zu ändern. In der Verfassung ist festgelegt, daß Bahn, Post und Fluglotsen in bundeseigener Verwaltung geführt werden müssen. Dürrs Wunsch, den leidigen Passus zu kippen, beschied Kohl: „Herr Dürr, Sie müssen wissen, dafür brauche ich Mehrheiten."

Die könnte er bald haben, das Fundament des öffentlichen Sektors bricht an vielen Stellen zugleich. Der Druck auf die Politiker wächst mit den Defiziten der Staatsbetriebe. Durch technische Entwicklungen verschwinden althergebrachte Monopole. Den Wettbewerb mit privater Konkurrenz halten die staatlichen Dienstleister in ihrer jetzigen Formation nicht lange aus.

Hinzu kommt der Zwang zur europäischen Einigung. Die EG-Kommission will die Praxis der Mitgliedstaaten beenden, über das Beamtenrecht Arbeitsplätze für die eigenen Staatsbürger zu reservieren.

Bei Armee und Polizei, Justiz, Diplomatischem Dienst und Ministerien sei das

gerade noch zu dulden, so die Brüsseler Kommission. Für alle anderen Jobs gelte von an 1993 das Prinzip der Freizügigkeit: jedem EG-Arbeitnehmer die gleichen Berufschancen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher erhielt bereits im April die Mahnung aus Brüssel, EG-Ausländer wie deutsche Bewerber für den Schuldienst zu behandeln. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel unterrichten bereits mehr als 2200 ausländische Lehrer – doch alle nur als Angestellte und vor allem schlechter bezahlt als ihre deutschen Kollegen.

Die Kommission stellt die Bundesrepublik nun vor die Wahl: Entweder werden auch Lehrer aus anderen EG-Staaten ins Beamtenverhältnis übernommen – oder der Beamtenstatus wird abgeschafft. Gegen die erste Variante spricht das Grundgesetz, danach dürfen nur deutsche Staatsbürger Beamte werden. Gegen die zweite Variante spricht eigentlich nichts – nur die mächtige Beamtenlobby wehrt sich nach Kräften.

Die hat es ganz eilig, sie möchte schnellstens weit mehr als 100 000 Aspiranten in den neuen Bundesländern als Lehrerbeamte bestellen lassen. Laut Einigungsvertrag sind die Landesregierungen sogar zu diesem Schritt verpflichtet. „Aber wenn ich ehrlich bin: Ideal finde ich diese Massen-Verbeamtung nicht“, gesteht Stefanie Rehm, Kultusministerin in Sachsen. Applaus im Westen ist ihr dafür gewiß.

Dort graust es vielen bei der Vorstellung, Bahn und Post, Schulen und Hochschulen jenseits der Elbe könnten sich mit Hunderttausenden unkündbarer Staatsdiener füllen. Die Zeit drängt, das dämmert den Staatsdienstreformern langsam, im Westen abzubauen, ehe im Osten Neues zuwächst – sonst geht nichts mehr, Entstaatlichung wäre auf lange Zeit unmöglich.

Wie schnell sich die Meinungen durch den finanziellen, rechtlichen und zeitlichen Problemdruck ändern, zeigt die politisch-rhetorische Kurve des Postministers. Als Telekom-Boß Helmut Ricke seinen Ober-Chef Schwarz-Schilling im Herbst vergangenen Jahres mahnte, mit Staatsbeamten werde aus der Telekom nie etwas Vernünftiges werden, vertröstete der ihn aufs nächste Jahrtausend. So lange sei wegen des Verfassungsproblems halt nichts zu ändern.

Als Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann im Frühjahr den alten FDP-Ruf nach einer Post-Privatisierung wiederholte, winkte Schwarz-Schilling wiederum ab. Es gäbe keine Zweidrittelmehrheit für die dafür nötige Verfassungsänderung.

Vier Monate später, Ende Juli, hält der Oberpostmeister das „Ende des Berufsbeamtentums“ in seinen Betrieben „noch in dieser Legislaturperiode“ für möglich. Denn er habe, so Schwarz-Schilling völlig überraschend, „sehr bemerkenswerte Äußerungen“ aus den Reihen der SPD wahrgenommen.

Überraschendes hörte Schwarz-Schilling beispielsweise im Berliner Reichstag. Da debattierte der Bundestag im Mai über Steuererhöhungen und Postabgaben. SPD-Postexperte Arne Börnsen drosch auf den Postminister ein, der hieb zurück, in der Pause traf man sich bei einer Bulette.

Zu drei Viertel habe Börnsen ja recht, lenkte der Christdemokrat ein, aber der Sozialdemokrat ziehe aus seinen Einsichten nicht die notwendigen Konsequenzen. Die Postbetriebe zu entstaatlichen, das sei mit den Sozis ja wohl nicht zu machen.

Die Antwort des Oppositionsmannes traf Schwarz-Schilling völlig unvorbereitet: „Darüber kann man ja mal reden.“

Seinen Genossen empfahl Börnsen inzwischen in einem internen Strategiepapier für Parteichef Björn Engholm und Fraktionsführer Hans-Jochen Vogel, den Grundgesetzartikel 87 zu ändern sowie die Unternehmen Post und Bahn in Aktiengesellschaften zu überführen. Börnsen: „Das drängt jetzt sehr.“

So entgegenkommend wie die sozialdemokratischen Postler sind die Bahngenossen noch nicht. „Typischer Anfängerfehler“, qualifizierte der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgruppe Verkehr, Klaus Daubertshäuser, den Wunsch Dürrs nach einer Verfassungsänderung ab. Das Defizit der Bahn, die Strukturprobleme des Unternehmens im verzerrten Wettbewerb mit Lkw und Flugzeug würden durch die Vertreibung der Beamten nicht beseitigt.

Der Vorstoß des Bahnchefs, so Daubertshäuser, lenke in einem Moment von den wirklich vorrangigen Reformen ab, in dem es großen öffentlichen Druck zum Handeln gebe. Das sei kontraproduktiv.

Die Lage der Bahnpolitiker ist schwieriger als die der Postler. Die Post hat ihre Strukturreform wenigstens in Ansätzen hinter sich, bei der Bahn ist noch nichts geschehen.

Da geht es um die Unternehmensform, die Übernahme von Milliarden Altlasten, die Trennung des Fahrwegs




**Protestaktion der Postgewerkschaft:** „Ein Gewerkschafter, der gegen die Windmühlen kämpft, ist fehl am Platz“

Post-Beschäftigte in Berlin (Ost): Eine Massen-Verbeamtung droht

Schiene vom Verkehrsbetrieb auf diesem Netz. All das will Daubertshäuser zusammen regeln. Voreilige Zustimmung zur Privatisierung könnte, argwöhnt der Abgeordnete, die Chancen der Genossen schmälern, ihre Vorstellungen bei der Reform durchzusetzen.

Wesentlich unbeweglicher als der taktisch denkende Daubertshäuser ist der Abwehrblock von Post- und Bahngewerkschaft im DGB. Einmütig lehnen die Vorsitzenden Kurt van Haaren und Rudi Schäfer eine Verfassungsänderung strikt ab.

Besonders van Haaren prügelt auf die wankenden Genossen im Parlament ein, um sie auf Linie zu halten. Sie leisteten einer Politik des „Heuerns und Feuerns" Vorschub.

Doch auch Gewerkschafter sehen die Realitäten, die Zwänge der Europäischen Gemeinschaft und der technischen Entwicklung. „Wir sind in einer schwierigen Lage", bekennt Eisenbahner Rudi Schäfer, „ich kann doch nicht so tun, als ob es diese Entwicklung nicht gebe."

Schäfer sieht auch, daß Dürr „Rükkenwind aus Brüssel" bekommt. Sein Vorstandskollege Dieter Langendorf zeigt Bereitschaft zum Gespräch: „Für uns ist der Inhalt wichtig, nicht das Gefäß." Entscheidend sei, ob die Gewerkschaft auch bei einer privatisierten Bahn wirksam die Arbeitnehmer vertreten könne.

Das Dilemma der beiden Gewerkschaften: Sie stehen in Konkurrenz zum unverbrüchlich am Berufsbeamtentum hängenden Beamtenbund. Geben sie die Beamten preis, verlieren sie Mitglieder. Kommt es zur Privatisierung, laufen sie Gefahr, von den bestehenden Industriegewerkschaften aufgesogen zu werden.

Schäfer geht deshalb schon weit, wenn er zugibt: „Ein Gewerkschafter, der gegen Windmühlen kämpft, ist fehl am Platz."

Die Rolle des Don Quichotte gefällt auch dem Kanzler nicht. Ohnehin muß wegen der Fluglotsen das Grundgesetz geändert werden – und vielleicht auch wegen anderer Wünsche aus der Union, von den Liberalen und von der SPD.

Dazu gehört etwa der Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des Nato-Territoriums, das Verfassungsrecht auf Arbeit, Wohnung und intakte Umwelt, ein Atomwaffenverzicht und eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. Da wird ein Paket geschnürt, politischer Handel getrieben. Die Chancen, bei diesem Aufwasch irgendwie auch den Artikel 87 weitgehend zu liquidieren, stehen gar nicht so schlecht.

Im September wird die Regierungskommission Bahn dem Kanzler als Bestandteil ihres Sanierungskonzepts die Umwandlung der Bahn in eine Aktiengesellschaft anraten, befreit von Beamtenhierarchien und öffentlichem Dienstrecht. Dann muß Kohl sich entscheiden.

Sagt er ja, bekommt er Prügel von den Beamten. Sagt er dagegen nein, muß der Regierungschef sich auf Schlimmeres einstellen.

Dann muß Kohl befürchten, daß der von ihm bestellte Bahnsanierer wieder geht. Denn Dürr, das ist seine Bedingung, will die Transportfirma wie ein richtiges Unternehmen führen. Gibt er auf, wäre das für Kohl eine schlimme Niederlage – und das Eingeständnis, daß die Sanierung der Bahn gescheitert ist.



FDP

# Schwur von Asbach

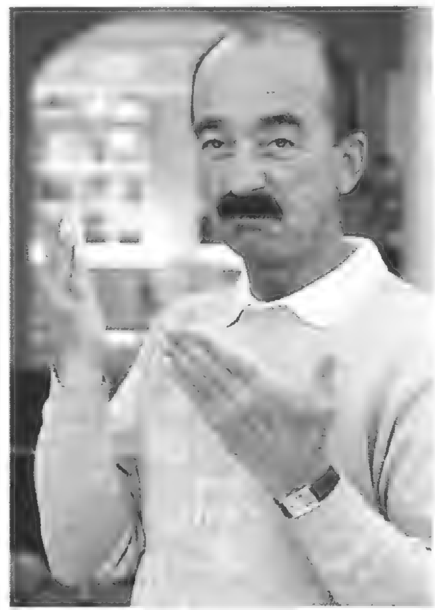
**Wegen leichtfertigem Umgangs mit dem Geld steht die liberale Naumann-Stiftung vor leeren Kassen.**

Das Jahr 1991 hätte für die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) glänzend ausfallen können. Erstmals seit ihrer Gründung ist es der FDP-nahen Bildungseinrichtung gelungen, mehr als 100 Millionen Mark öffentlicher Gelder einzusammeln. 300 Mitarbeiter, so vermeldet der letzte Jahresbericht stolz, werkeln für die liberale Sache im In- und Ausland – satte Zuwächse, wohin man blickt.

Doch Großmannssucht, Günstlingswirtschaft und allzu leichtfertiger Umgang mit den hereingeholten Millionen haben die Naumann-Stiftung an den Rand des Abgrunds manövriert.

So knapp ist die FNS mittlerweile bei Kasse, daß sie sich bis Mitte August von 22 Mitarbeitern in der Zentrale trennen will. Zudem ist das „vielfältige Angebot an Veranstaltungen" zur politischen Bildung – gerade erst selbstbewußt angekündigt – in der zweiten Jahreshälfte kräftig gestutzt worden. Zehn bis zwölf Millionen Mark Schulden machen einen ordentlichen Haushalt unmöglich; diese Schätzung von Eingeweihten allerdings dementiert die Stiftung heftig.

Gleich nach der Sommerpause will sich das FDP-Präsidium mit der unerfreulichen Angelegenheit beschäftigen,



**Stiftungschef Fliszar**
„Neue Herausforderung"

Informationen aus erster Hand wären möglich. Fritz Fliszar, 49, Chef der Naumann-Stiftung, nimmt an den Präsidiumssitzungen regelmäßig teil.

Fliszar ist Österreicher, Herrenreiter und Bergsteiger aus Passion; er galt über Jahrzehnte als Mann für viele Gelegenheiten. Seit 1968 mit kurzen Unterbrechungen bei der liberalen Truppe, hat er schon fast alles gemacht, was im blau-gelben Apparat mit Geld und Macht zu tun hat: Er war FDP-Bundesgeschäftsführer und Inlandschef der FNS, ehe er 1982 Herr der Stiftung wurde.

„Sie sind ein Mann der politischen Strategie", soll Genscher den Aufsteiger mit dem Hang zum Zynismus schon früh gelobt haben. „Die Naumann-Stiftung", macht sich ein Präsidiumsmitglied mittlerweile ernsthafte Sorgen, „fällt dem Größenwahn Fliszars zum Opfer."



**Stiftungszentrale in Königswinter:** „Die Freiheit vorleben"

Mit dem „Herzstück seiner bisherigen Arbeit" (so das Parteiblatt *Neue Bonner Depesche)* ist der Stiftungschef schmerzhaft gescheitert: Die Bildungsstätten in Königswinter, Konstanz und Saarbrücken, die unter seiner Ägide zusätzlich zur alteingesessenen Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach angeschafft wurden (drei weitere in Lauenburg, auf Usedom und im Vogtland sollen folgen), kosten immens viel Geld, das für die übrigen FNS-Projekte fehlt.

In den Häusern der Stiftung, so hatte sich die Fliszar-Truppe erhofft, sollten nicht nur Seminare stattfinden. Dank des Hotel- und Restaurantbetriebs könnten darüber hinaus „freie Mittel" erwirtschaftet werden.

Aber freie Mittel haben die Bildungsstätten kaum erbracht. Im Gegenteil, die aufwendigen Bauten verschlingen riesige Summen und belasten den FNS-Haushalt.

So haben die Fliszar-Leute für dieses Jahr zwar „Bauinvestitionen" von rund zehn Millionen Mark geplant – entsprechende „Bausondermittel" aber wird es nur in Höhe von knapp sechs Millionen Mark geben. Für das Defizit bleibt nur Zaubern oder Schulden machen.

Das Geld wurde in den letzten Jahren mit vollen Händen ausgegeben. Schon Ende 1989 warnte FDP-MdB Rainer Funke nach Prüfung der Jahresrechnung 1988 vor dem Schuldenberg: „Die kurzfristigen Verbindlichkeiten geben Anlaß zur Sorge. Hier haben sich insbesondere die Betriebsverluste der vergangenen Jahre kumuliert."

Vor allem Firmen aus dem Dunstkreis von FNS und FDP sowie Agenturen profitierten von dem lockeren Umgang mit Geld trotz leerer Kassen. Rund 40 000 Mark fielen etwa für „Konzeption und Erstellung einer Ausstellung" über das längst strauchelnde Bildungsstättenmodell an. Knapp 60 000 Mark wurden verpulvert („nicht geplant"), um ein neues Erscheinungsbild etwa für FNS-Briefbögen und Visitenkarten zu erarbeiten (Motto: „Man muß sich ändern, um derselbe zu bleiben").

Weit peinlicher für FNS-Chef Fliszar könnten 50 000 Mark „nicht eingeplante Kosten" aus dem Haushalt 1989 werden. Damit wurde – weil „kurzfristig erforderlich" – das Freiheitliche Bildungswerk in Österreich unterstützt. Die offizielle FNS-Übersicht über die Auslandsarbeit weist die Alpenrepublik aber als weißen Flecken aus; dafür ist der nationalistisch gesinnte FPÖ-Chef Jörg Haider – so weiß ein FDP-Oberer – „ein Spezi" seines Landsmannes Fliszar.

Gespart wird ausgerechnet beim (laut Satzung) vorrangigen Stiftungszweck: der politischen Bildung. Von jetzt 25 Mitarbeitern des „Instituts für politische Bildung, Forschung und Politikberatung" sollen nach jüngsten Planungen ganze 9 übrigbleiben; das „Institut für internationale Zusammenarbeit" soll ebenfalls um 10 Stellen auf 23 schrumpfen.

Für Seminare ist kaum noch Geld vorhanden. Von den über 350 öffentlich angekündigten Veranstaltungen bis Ende des Jahres wird die Hälfte gestrichen. Die Kassenlage, berichten Insider, sei inzwischen so mies, daß Rechnungen über 50 000 Mark schon mal monatelang unbezahlt liegenblieben.

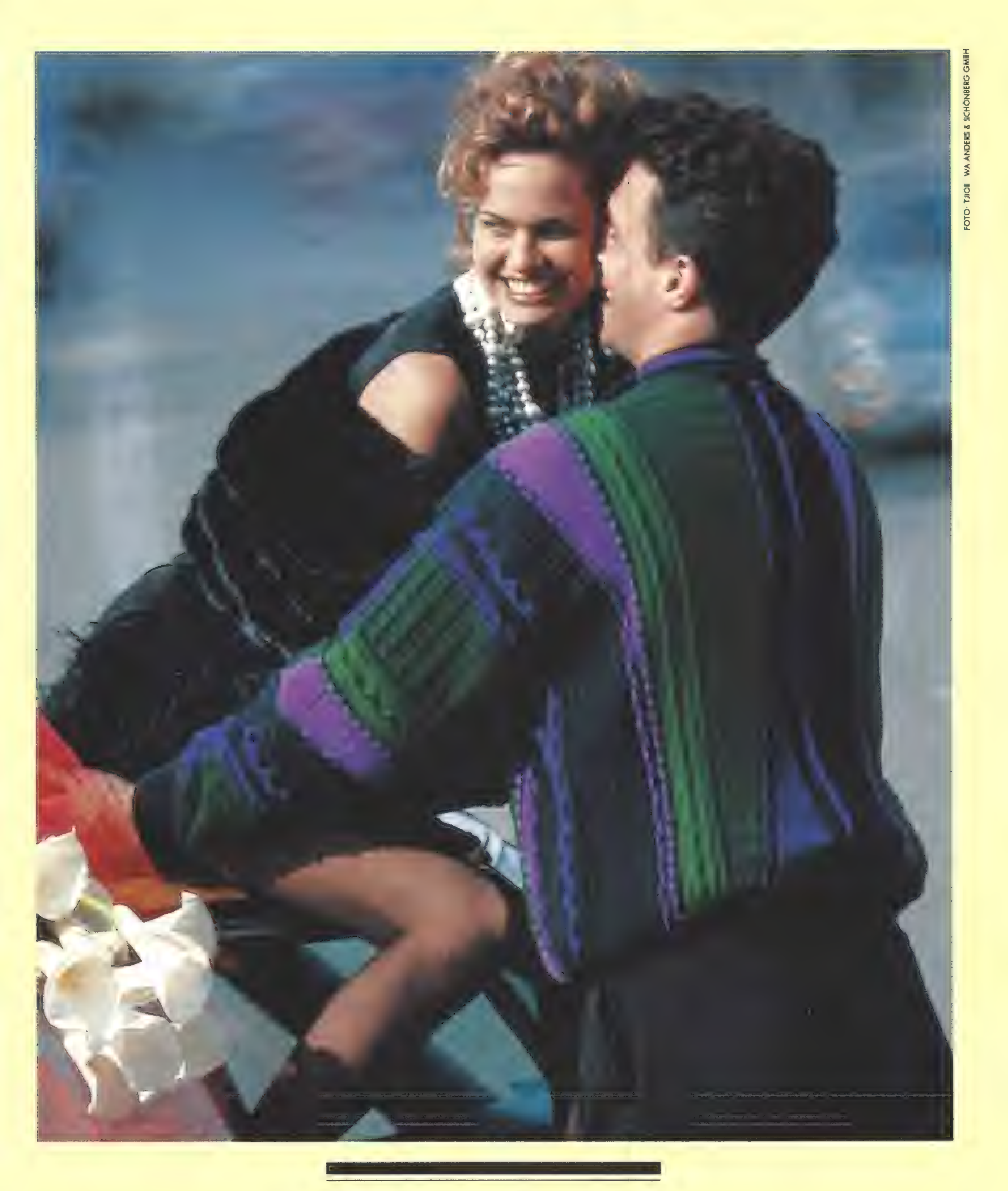
Um zu retten, was zu retten ist, verfällt die Fliszar-Crew gelegentlich auf abstruse Ideen. Als sich die Krise abzeichnete, traf sich die Führungsspitze in Niederbayern, um Wege aus der Misere zu suchen. Das Ergebnis ging als „Schwur von Asbach" in die Stiftungsannalen ein. Textprobe: „Wir wollen dafür arbeiten, daß jeder Mitarbeiter weiß, wofür er arbeitet." Oder: „Wir wollen das Prinzip Freiheit freisetzen, durchsetzen und vorleben."

Bei solchen Zuständen warten etliche Liberale seit langem vergebens darauf, daß der Vorstand der Stiftung für Ordnung sorgt. Das Gremium, das laut Satzung die FNS leitet, hat sich das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Fliszar nach seinen Bedürfnissen zurechtgeschnitten. Dem ausrangierten Bonner Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick wurde mit dem Posten des Vorstandsvorsitzenden der Übergang in den endgültigen Ruhestand erleichtert. Ihm steht ein stiftungseigener Dienstwagen samt Fahrer zur Verfügung.

Mischnick-Stellvertreter Rainer Ortleb durchschaut als Ossi das feine Geflecht der parteinahen Stiftungsarbeit nicht. Wie Mischnick verstößt er dazu gegen den ehernen Grundsatz, daß kein aktiver Bundespolitiker an der Spitze einer Stiftung stehen sollte. Als Bildungsminister ist der Professor aus Rostock verantwortlich für die Millionenzuwendungen seines Hauses an die FNS.

Dafür interessiert sich bereits das Kuratorium – oberste Aufsicht über den Vorstand – für die Verhältnisse in der Naumann-Stiftung. Anfang September soll eine Sitzung Klarheit bringen.

Den bedrängten Fliszar plagen schon länger Vorahnungen. Vor gut einem Jahr versicherte er der FDP-Postille, er wolle noch „einige Zeit" FNS-Chef bleiben. „Aber", fügte er hinzu, „die letzten zehn Jahre meines Berufslebens werde ich mich sicher noch nach einer neuen Herausforderung umsehen." ◀



# „Ich mache keinen Pfusch“

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm über seinen politischen Rückhalt im Streit um die Pflegeversicherung



**Blüm (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*:** „Die CDU muß mehr anbieten als ein Management der Augenblicksprobleme“

**SPIEGEL:** Herr Blüm, wird der Streit um die Pflegeversicherung zur Nagelprobe dieser Koalition?

**BLÜM:** Er wird zur Nagelprobe für den Sozialstaat. 20 Jahre wird über die Pflegeversicherung geredet. Der Worte sind genug gewechselt. Der Sozialstaat Deutschland hat die Beweislast, ob er jetzt entscheidungsfähig ist.

**SPIEGEL:** Sie haben den Auftrag, bis 1992, zur Mitte der Legislaturperiode, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Warum plötzlich diese Eile und dieser Druck?

**BLÜM:** Die Grundentscheidungen müssen im Herbst fallen, weil die solide Vorbereitung des Gesetzentwurfs ihre Zeit braucht. Dieses neue Kapitel der Sozialpolitik wird nicht im Hauruckverfahren geschrieben. Im übrigen ist dieser Fahrplan nicht von mir in Selbsthilfe gezimmert worden. Die CDU hat sich verständigt, am 30. August im Vorstand zu debattieren und anschließend in der Fraktion zu entscheiden.

**SPIEGEL:** Sie erwecken öffentlich den Eindruck, als sei kein Kompromiß zwischen Ihrer Sozialversicherungslösung und dem Privatversicherungsmodell der FDP möglich.

**BLÜM:** Ich möchte zu intellektueller Klarheit beitragen. Zwischen Sozialversicherung und Privatversicherung, ob freiwillig oder Pflicht, gibt es keinen dritten Weg. Das sind zwei verschiedene Schienenstränge, auf denen der Zug nicht gleichzeitig fahren kann.

**SPIEGEL:** Ist es nicht riskant, schon wieder die Belastbarkeit der Koalition zu testen, oder wollen Sie das Thema fürs Sommerloch liefern?

**BLÜM:** Pflege ist kein Sommerloch-, sondern ein Jahrhundertthema.

**SPIEGEL:** Da kommt Ihnen der Gesetzentwurf der SPD, der weitgehend Ihren Vorstellungen entspricht, gerade recht?

**BLÜM:** Die SPD sitzt auf der richtigen Schiene. Nicht alles, was von der SPD kommt, ist deshalb schon falsch, weil es von der SPD kommt. Wir sollten aufhören, dauernd in diesen taktischen Marketingkategorien zu denken. Das bringt die Parteien nicht nur um ihre eigene Glaubwürdigkeit, es bringt die Politik auch um das Vertrauen der Bürger.

**SPIEGEL:** Sie haben weite Teile Ihrer Partei, Wirtschaftsrat, Mittelstand, Handwerk, nicht hinter sich.

**BLÜM:** Gut, dann zähle ich diejenigen auf, die mit mir übereinstimmen: alle Wohlfahrtsverbände, die Kriegsopferverbände, die Kirchen, die Gewerkschaften, die Ärzteverbände, die kommunalen Spitzenverbände.

**SPIEGEL:** Die haben im Bundestag alle keine Stimme.

**BLÜM:** Arbeitgeberverbände und Zentralverband des Handwerks haben dort auch keine Stimmen. Die CDU muß wissen, ob sie auf Übereinstimmung mit den Betroffenen verzichten will. Machen wir eigentlich Politik für die Verbände oder für die Betroffenen? Ich höre immer aus meiner Partei, wir müßten stärker an der Basis arbeiten. Die Basis der Lösung sind die Erfahrungen der Betroffenen. Betroffen sind in erster Linie die Pflegebedürftigen und ihre Familien. Für mich heißt Strategie, die Probleme meistern und Antworten geben auf Fragen der Gesellschaft, ob's ins parteitaktische Kalkül paßt oder nicht. Wenn die CDU den Herzton der Gesellschaft nicht erwischt, dann kann sie weitere 22 Strategiekommissionen einsetzen, und trotzdem wird sie keine Zustimmung bekommen.

**SPIEGEL:** Hört der Bundeskanzler auch denselben Herzton der Gesellschaft wie der Sozialpolitiker Blüm? Kohl ist doch nur auf das große Thema „Einheit“ programmiert.

**BLÜM:** Die Pflege gehört zu den großen Themen in den neuen wie in den alten Bundesländern. Deutsche Einheit heißt ja nicht, daß wir einfach den Besitzstand West auf den Notstand Ost übertragen.

* Mit Redakteuren Klaus Wirtgen und Winfried Didzoleit.

Pflegebedürftigkeit gehört zu den Prioritäten des Sozialstaates Deutschland, ist also Teil der Einheit. Deshalb sind Pflege und Einheit kein Gegensatz.

**SPIEGEL:** Wo sind Ihre Verbündeten im Kabinett und in der Koalition?

**BLÜM:** Ich setze auf den gesunden Selbsterhaltungstrieb meiner Partei.

**SPIEGEL:** Ist der Kanzler auf Ihrer Seite?

**BLÜM:** Ich sehe den Kanzler auf der Seite derjenigen, die das Problem jetzt lösen wollen. Ich habe mehrere Diskussionen in Parteigremien und der Fraktion erlebt. Da habe ich mich nicht einsam und verlassen gefühlt, sondern wurde von einer Mehrheit getragen.

**SPIEGEL:** Wer fällt Ihnen außer Fraktionsvize Heiner Geißler noch ein?



**Altenpflege:** „Wir brauchen eine neue Solidarität der Nähe"

**BLÜM:** Die CSU, deren Vorsitzender Finanzminister ist, hat in einer entscheidenden Gesundheitsministerkonferenz meinen Vorschlag unterstützt.

**SPIEGEL:** Warum kann in dieser Legislaturperiode eigentlich nur das Blüm-Modell oder nichts beschlossen werden?

**BLÜM:** Weil es im Bundesrat eine 14 : 2-Mehrheit für das Sozialversicherungsmodell gibt. Wer auf Privatversicherung setzt, der wird in dieser Legislaturperiode keine parlamentarische Mehrheit im Bundesrat finden. Das ist keine Drohung, sondern eine nüchterne Beschreibung der objektiven Lage.

**SPIEGEL:** Sie setzen im Bundesrat auf die SPD-Mehrheit?

**BLÜM:** Auch das unionsgeführte Land Bayern und andere Unionsländer wollen meine Lösung.

**SPIEGEL:** Geißler hofft im Bundestag auf einen parteiübergreifenden Konsens wie seinerzeit bei der Reform der Rentenversicherung.

**BLÜM:** Richtig ist, daß man Fragen von der Tragweite der Pflegeversicherung auf ein breites Fundament stellen sollte. Das kann aber nicht heißen, wir machen es nur, wenn alle zustimmen.

**SPIEGEL:** Also auch wechselnde Mehrheiten?

**BLÜM:** Verwechseln Sie bitte nicht das große Projekt Pflege mit Koalitionsgerangel und Parteitaktik. Unsere erste Aufgabe ist es, eine sachgerechte Lösung zu finden. Das ist die Aufgabe, der die Koalition nicht ausweichen darf.

**SPIEGEL:** Bedeutet das eine Freigabe der Stimmen?

**BLÜM:** Ginge ich dieser Frage auf den Leim, würde ich den Einigungsdruck in meiner Partei wegnehmen. Ich möchte meiner Partei nicht die Chance nehmen, an der Spitze einer Bewegung für die Pflegebedürftigen zu stehen. Es ist kein Gegensatz, zu sagen, Widerstände müssen überwunden werden, aber ich suche breite Mehrheiten.

**SPIEGEL:** Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann hat einen Kompromiß vorgeschlagen, der zumindest das Problem lösen soll, daß die Pflege derjenigen, die in den nächsten 10 bis 15 Jahren pflegebedürftig werden, aus einer auslaufenden Sozialversicherung finanziert wird. Daran sind Arbeitgeber, Beitragszahler und Zuschüsse des Staates beteiligt.

**BLÜM:** Bei dem Kompromißvorschlag kann ich nur eines als positiv werten: Das Umlageverfahren, das in der Sozialversicherung gilt, ist auch für die Arbeitgeber in der Pflege nichts Unschamhaftiges, denn damit wollen sie ja das Problem der Akutfälle und der pflegenahen Jahrgänge lösen. Wenn wir uns auf den Kompromiß zubewegen, dann müssen

## Der Streit um die Pflege

entzweit seit Monaten die Bonner Koalitionspartner CDU/CSU und FDP, doch auch in seiner eigenen Partei hat der christdemokratische Arbeitsminister Norbert Blüm einen schweren Stand. Einig sind die Parteien nur in dem Willen, das derzeit wohl schwierigste gesellschaftliche Problem noch in dieser Wahlperiode zu lösen.

450 000 Alte werden in den alten Ländern in Heimen gepflegt zu Kosten von bis zu 4000 Mark im Monat – bei einer durchschnittlichen Altersversorgung von 1700 Mark. Die Differenz, etwa 6,5 Milliarden Mark im Jahr, zahlt die Sozialhilfe, die aus den Kassen von Städten und Gemeinden gespeist wird. 130 000 Alte werden in Krankenhäusern (meist auf Kosten der Krankenversicherung), etwa 1,2 Millionen in Familien von nahen Angehörigen oder von privat bezahlten Helfern gepflegt und betreut.

Strittig ist die Finanzierung der Reform. Blüm und die SPD schlagen vor, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber je nach Einkommenshöhe Beiträge – analog zur Kranken- oder Sozialversicherung – entrichten. Aus dem Aufkommen von etwa 28 Milliarden Mark soll für die häusliche Pflege ein gestaffelter Zuschuß bis 1200 Mark (Blüm) oder 1500 Mark (SPD), für stationäre Pflege ein Betrag von 2000 Mark (Blüm) monatlich fließen.

Die FDP wie auch der CDU-Mittelstand plädieren dagegen für eine privatwirtschaftlich organisierte, wenn auch obligatorische Versicherung, zu deren Finanzierung Arbeitgeber nichts beitragen. Im Unterschied zu Blüms Solidarmodell ist beim FDP-Vorschlag offen, auf wessen Kosten die schon jetzt akuten Pflegefälle versorgt oder wie jene Bürger behandelt werden, deren bis dann gezahlte Beiträge für eine adäquate Pflege nicht ausreichen. Für diese Fälle empfiehlt etwa der CDU-Mittelstand einen Fonds von 15 bis 20 Milliarden Mark, der sich wesentlich aus Steuergeldern finanzieren soll.



LINTAS:HAMBURG
BRESSO
MIT FEINEN KRÄUTERN DER PROVENCE
60% Fett i.Tr.
BRESSO
Bresso. Mit allen Sinnen genießen.

mir Herr Murmann und alle, die seinem Vorschlag anhängen, erklären, wo denn die Trennlinie ist zwischen denen, die von der Sozialversicherung gesichert werden, und denen, die in Zukunft von der privaten Haftpflicht etwas bekommen. Ein 60jähriger bekäme dann eine Pflegehilfe aufgrund des Umlageverfahrens – also die Jungen zahlen für ihn –, der 59½jährige müßte selbst zahlen.

**SPIEGEL:** Die FDP will einen einheitlichen Beitrag von 35 Mark, während Ihr Modell für Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils bis zu 48 Mark Beitrag kostet.

**BLÜM:** Wie man mit niedrigeren Beiträgen höhere Leistungen finanziert, das schafft nicht Adam Riese, das gelingt nur der FDP. Und wie man mit einem staatlich verordneten Einheitsbeitrag in einer gewinnorientierten, im Wettbewerb stehenden privaten Versicherungswirtschaft das Pflegerisiko absichern will, das gelingt nur einem ordnungspolitischen Rastelli.

**SPIEGEL:** Die CDU-Mittelstandsvereinigung hat in einem vertraulichen Papier Konspiration mit der FDP als Strategie ausgegeben, um Sie in der Koalition in die Minderheit zu bringen.

**BLÜM:** Ein Boxer, der klammert, hat keine Kraft mehr, und eine politische Vereinigung, die durch Hinauszögern ein Problem lösen will, keine Argumente. Tricksen und Taktieren, Hinhalten und Hinauszögern sind jedenfalls das Gegenteil einer offenen, prestigefreien Diskussion zur Sache, wie ich sie meiner Partei wünsche.

**SPIEGEL:** Ihre Widersacher in der FDP und in den eigenen Reihen sähen es am liebsten, wenn die Pflege nicht in dieser Legislaturperiode geregelt würde.

**BLÜM:** Die Hoffnung kann ich niemandem machen. Die Pflegeversicherung muß jetzt kommen. Ich freue mich über soviel Bewegung in der FDP. Gemessen an ihrer Position vor sechs Monaten, sehe ich große Fortschritte. Ich habe noch in den Koalitionsverhandlungen gehört, es gebe nur die Antwort: Ausbau der freiwilligen privaten Vorsorge. Inzwischen sind sie schon bei einer privaten Pflichtversicherung angekommen.

**SPIEGEL:** Ihre Partei ist auf die Liberalen angewiesen.

**BLÜM:** Ich sehe, daß die FDP – auch durch den Zuwachs an Anhängern aus den neuen Bundesländern – nicht mehr die alte FDP ist. Unbestritten: Es gibt viele Widerstände, auch in der FDP. Aber nennen Sie mir mal einen großen sozialen Fortschritt, der nicht über 1000 Hindernisse gebracht werden mußte. Und 800 von den Hindernissen habe ich schon überwunden. Da werden wir den Rest auch noch packen.

**SPIEGEL:** Werden die Krankenversicherungsbeiträge in den nächsten drei Jahren sinken, um Spielraum für eine Pflegeversicherung zu haben?

**BLÜM:** Ich halte es für möglich, die Krankenversicherungsbeiträge in Schach und Proportion zu halten. Dazu muß man die Selbstverwaltung treiben. Wenn die nicht handelt, muß, laut Gesundheitsreform, der Staat als Ersatzmann aufs Spielfeld. Aber ich setze meine Hoffnung keineswegs nur auf die Krankenversicherung. Das beitragsbezogene Umlagesystem in Deutschland umfaßt ein Finanzvolumen von 480 Milliarden Mark. Dazu kommen durch die Pflegeversicherung noch 28 Milliarden. Da sehen wir mal zu, was gespart oder umgeleitet werden kann, bevor ausgerechnet dort gegeizt wird, wo wirklich Not herrscht. Ein Beispiel: Wieso müssen eigentlich alle Umschulungs- und Ausbildungsangebote der Bundesanstalt für Arbeit aus Beiträgen der Arbeitnehmer bezahlt werden? Ich hab' noch nie gehört, daß die Studenten ihre Universitäten mit Beiträgen bezahlen.




**SPD-Versicherungsbefürworter***
„Auf der richtigen Schiene"

**SPIEGEL:** Sie sind doch der für die Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung zuständige Minister. Sie haben es zugelassen, daß jetzt im Zuge des Rentenüberleitungsgesetzes nach der deutschen Vereinigung in beiden Systemen Staatsaufgaben zu einem großen Teil mit Versichertengeldern finanziert werden.



**Blüm-Gegner Murmann**
„Nichts Unschamhaftiges"

**BLÜM:** Ich habe nie behauptet, daß ich alle Probleme des Sozialstaates wie Herkules gemeistert habe. Ich möchte die Kreativität aller Sozialpolitiker darauf lenken, daß die Frage neu gestellt werden muß, wo die Trennlinie zwischen allgemeinen Aufgaben, die vom Steuerzahler bestritten werden müssen, und jenen Ansprüchen verläuft, die auf Beitragsleistungen basieren.

**SPIEGEL:** Sind Sie noch kompromißbereit im Systemstreit um die Pflege?

**BLÜM:** Das ist nicht eine Frage von Kompromißfähigkeit, von gutem oder schlechten Willen oder gar von Bockigkeit, sondern es ist eine Frage der intellektuellen Klarheit. Mischsysteme sind nicht praktikabel. Ich habe aus meiner alten Werkzeugmacherzeit noch einen gewissen handwerklichen Stolz: Ich mache keinen Pfusch. An der Weggabelung Sozial- oder Pflegeversicherung muß sich jeder entscheiden. Dann gibt's eine Menge Kompromißmöglichkeiten, beispielsweise über die Höhe der Beitragsbemessungsgrenze, der Leistung und den versicherten Personenkreis. Die Privatversicherung kann sich weder mit der Sozialversicherung vermischen noch sie ersetzen. Sie kann sie ergän-

* Rudolf Dreßler, Björn Engholm, Hermann Heinemann.

# Zu den 19 Zigaretten bekommen Sie diese hübsche Schachtel ganz umsonst dazu.




**REINE GESCHMACKSSACHE.**

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette der Marke Camel Filters enthält 1,0 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

zen. Da gibt es neue große Möglichkeiten für die Privatversicherungen.

**SPIEGEL:** Die CDU leidet unter Auszehrung bei jungen Leuten. Kann die CDU mit dem Pflegethema die Jugend zurückgewinnen?

**BLÜM:** Bei der Pflegeversicherung geht es auch um die Gesellschaft der Zukunft. Die alte Großfamilie gibt es nicht mehr. Aber an ihre Stelle darf nicht die ellenbogenbewaffnete Gesellschaft der behauptungsstarken Einzelkämpfer treten. Wir brauchen eine neue Solidarität der Nähe. Bahnt sich nicht eine neue Sehnsucht nach einer nachbarschaftlichen Gesellschaft den Weg? Pflege ist ein Teil einer Vision einer Gesellschaft, die sich nicht in der Wüste von Singles verliert, sondern die neue Solidarität in kleinen Kreisen schafft. Ich stelle mir vor, daß Alt und Jung wieder stärker miteinander leben und die Alten nicht einfach ins Altersheim abgeschoben werden. Dazu brauchen wir eine neue Infrastruktur unterstützender sozialer Dienste in der Nähe. Pflegeversicherung ist mehr als Geld verteilen. Sie unterstützt eine neue Kultur des Helfens.

**SPIEGEL:** Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky hat mal gesagt, wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.

**BLÜM:** Vielleicht müßte der behandelt werden, der auf Visionen verzichtet. Ich habe schon einmal gehört, daß Menschen, die keine Träume haben, behandlungsbedürftig sind. Doch ich bin kein Psychotherapeut. Ich bin ganz sicher: Die CDU muß mehr anbieten als nur ein Management der Augenblicksprobleme. Die CDU muß einen Beitrag leisten zu der Frage, wie denn die Gesellschaft im nächsten Jahrtausend aussieht: entweder eine anonyme, graumelierte, gut gemanagte Einheitsgesellschaft oder eine, die neue Identifikationen schafft durch erlebbare Gemeinschaft. Dabei könnte die Pflegeversicherung helfen.

**SPIEGEL:** Im Jahre 1982 mußten Sie gehörige Schnitte ins soziale Netz vertreten, damit die Koalition die Wende schaffte. Werden Sie jetzt zum Märtyrer der zweiten Legislatur?

**BLÜM:** Ich eigne mich nicht für das Experiment, mich auf der Couch selbst zu diagnostizieren. Insofern kann ich Ihre Frage nicht beantworten. Aber richtig ist, daß ich in den neun Jahren im Amt des Arbeitsministers zwei große Aufgaben zu bewältigen hatte: das etablierte Sozialsystem zu sichern und es weiterzuentwickeln. Mir hilft jetzt sehr bei der Lösung des aktuellen Problems, daß wir in der Krankenversicherung das Element Pflege bereits eingeführt haben. Es hat nur damals niemand bemerkt. Ich hätte vieles besser machen können. Aber ich stehe nicht da als Männlein im Walde, verlassen und allein, und bedaure mich. Mit diesem sich selbst bemitleidenden Norbert Blüm kann ich Ihnen nicht dienen.

**SPIEGEL:** Die Koalition hat ihre Finanzspielräume extrem ausgeschöpft. Normalerweise reagiert die konservativ-liberale Koalition durch Sparen im sozialen Bereich. Die Unionsbasis ruft aber nach sozialer Profilierung.

**BLÜM:** Ich bin ja weniger bekannt durch die Spendierhose als durch die Sparbüchse. Da habe ich wohl genug geleistet. Jetzt kann aber das Motto nicht nur Sparen sein. Wir müssen umgestalten. Es kann doch niemand sagen, die Pflege habe bisher nichts gekostet, und weil der Blüm da ist, kostet sie plötzlich was. Die Pflege schlägt allein bei der Sozialhilfe mit neun Milliarden zu Buch. Ich bin es leid: Die einen sagen, der Blüm will immer nur mehr Geld, die anderen beschimpfen mich, weil ich spare.

**SPIEGEL:** Auch Sie brauchen Mehrheiten für Ihre Politik.

**BLÜM:** In der Politik kann man nicht pausenlos berechnen, wie sind die Mehrheiten. Was richtig ist, muß durchgesetzt werden. Wahrscheinlich erscheint Politik der jungen Generation so unappetitlich, weil sie den Eindruck hat, wir makeln den ganzen Tag um Mehrheiten, auch dann schon, wenn wir noch nicht wissen, was wir wollen. Warum können wir uns nicht zuerst auf sachgerechte Antworten auf drängende Fragen konzentrieren?

**SPIEGEL:** Ist der Bundeskanzler der Adressat dieser Mahnung?

**BLÜM:** Nein, aber erst die richtige Antwort, dann stellen sich die Mehrheiten leichter ein.

**SPIEGEL:** Herr Blüm, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Deserteure

# Auf freier Strecke

**In den neuen Bundesländern liefern sich die sowjetische Armee und deutsche Behörden einen lautlosen Kampf um Fahnenflüchtige – Tausende wollen westwärts.**

Die sieben Sowjets in Zivil besetzten zunächst die Eingänge der Dresdner Musikhochschule „Carl Maria von Weber". Dann stiegen einige von ihnen die Treppen hinauf.

Sie sprachen kein Deutsch, hatten aber den Dolmetscher der Dresdner Kommandantur der sowjetischen Armee mitgebracht. Der sagte der Schulrektorin, der Trupp komme vom sowjetischen Geheimdienst KGB und wolle die Musikstudentin Natalja Owtscharenko, 25, verhaften.

Zitternd vor Angst lief die junge Moskauerin durch das Gebäude und suchte nach einem Versteck. Ein Gesanglehrer bugsierte sie in das Zimmer des Prorektors, schloß sie ein und zog den Schlüssel ab.

Die Rektorin ließ die Polizei rufen. Minuten später bremsten schon drei Streifenwagen vor der Musikhochschule. Die Dresdner Polizisten konnten die Sowjetwachen vor den Türen „ohne Konfrontation abdrängen", wie es im Polizeibericht trocken heißt. Dann brachten sie Natalja Owtscharenko ins Revier des Bundesgrenzschutzes am Dresdner Hauptbahnhof. Dort fühlte sich die angehende Pianistin vorläufig




**Ausländerbeauftragter Kupke, Sowjetsoldat (in Halle):** „Lauf bloß weg, hau ab"

sicher vor ihren Landsleuten. Natalja Owtscharenkos Mann Nikolai, 37, war im März aus der Dresdner Garnison seiner Einheit desertiert und nach Lindau am Bodensee geflüchtet. Der sowjetische Greiftrupp wollte die Musikerin verhaften, um ihren Mann „so zur Rückkehr zu bewegen“, vermutet die Polizei.

Nach wie vor machen die Sowjets, die noch rund 330 000 Mann in Ostdeutschland unter Waffen haben, Jagd auf Deserteure und deren Angehörige. „Die Sowjets halten das für legal“, meint Barbara Tewes, 40, Sprecherin im sächsischen Innenministerium, „als wüßten die nicht, daß die Wende stattgefunden hat.“

Das Bonner Innenministerium hat bereits den Ausländerbehörden im Osten, bei denen die Deserteure um politisches Asyl nachsuchen, Richtlinien gegeben. Den Ämtern wird in einem internen Schreiben von Ende Mai empfohlen, die sowjetischen Asylbewerber westwärts in Sicherheit zu bringen.

Das deutsche Verbindungskommando zur Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Strausberg bei Berlin verrät den Sowjets dann zwar, wer um Asyl gebeten hat – nicht aber, wohin der Deserteur gebracht wurde. Die Bundesregierung will jedes öffentliche Aufsehen vermeiden, denn sowjetische Deserteure in deutschen Auffanglagern belasten das Verhältnis zu Moskau.

Über 200 russische Fahnenflüchtige leben jetzt schon in den alten Bundesländern, die meisten in Bayern. Ständig kommen neue hinzu. In den neu eingerichteten Asylantenlagern im Osten wären sie in Gefahr: Die sowjetische Militärpolizei schert sich wenig um deutsche Asylgesetze, weiß Wolfgang Kupke, 51, Ausländerbeauftragter der Bezirksregierung Halle.

„Wenn fahnenflüchtige Asylbewerber hier irgendwo rumlaufen“, meint Kupke, „wird eine Sowjetstreife die sofort schnappen.“ Die zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber in Halberstadt bei Magdeburg beispielsweise liegt direkt neben einer sowjetischen Kaserne.

Am Tag nach dem Überfall auf die Dresdner Musikschule Ende Mai brachten Polizisten Natalja Owtscharenko per Dienstwagen ins bayerische Hof. Sie kehrten erst um, als die Studentin mit dem Zug nach Lindau abgefahren war. „Es bestand Gefahr, daß sie auf freier Strecke wieder abgegriffen wird“, begründet Barbara Tewes den Begleitschutz.

Inzwischen haben manche Deserteure einen direkten Weg in die Obhut der deutschen Polizei entdeckt. Vor drei Wochen brachen zwei 19jährige Soldaten mit viel Radau ein Auto in Merseburg auf. Offensichtlich wollten sie verhaftet werden; sie versuchten nicht zu fliehen, als die Polizei kam. Statt dessen baten sie bei der Vernehmung um Asyl.

Der Trick: Fahnenflucht allein ist ein Fall für das Militärgericht der sowjetischen Armee, Deserteuren drohen Haftstrafen von drei bis sieben Jahren oder Strafbataillon – etwa zum Einsatz an der Atomruine Tschernobyl. Dagegen unterliegen „strafbare Handlungen, die von Mitgliedern der sowjetischen Truppen oder Familienangehörigen begangen werden“, der deutschen Gerichtsbarkeit – so regelt es der Truppenabzugsvertrag zwischen Bonn und Moskau.

Zwar könnten die Deserteure auf dem üblichen Weg Asyl beantragen. Daß sich trotzdem nicht ganze Bataillone bei den Ämtern melden, so Kupke, liege wohl daran, daß die Soldaten von den deutschen Gesetzen keine Ahnung haben.

In den Kasernen werden die Soldaten schikaniert, geprügelt, vergewaltigt. Dazu kommen mieser Sold und düstere Zukunftsaussichten. Kupke: „Denen kann man nur sagen, lauf bloß weg, hau ab.“

Tausende warteten nur auf eine Gelegenheit zur Flucht aus der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, weiß Oleg Ljamin, 52. Der sowjetische Anwalt und Bürgerrechtler ist Mitglied einer Kommission, die im Auftrag des sowjetischen Staatschefs Michail Gorbatschow Mißstände in der sowjetischen Armee untersucht. Das KGB habe, so Ljamin, für die Jagd auf Deserteure eine Spezialeinheit geschaffen, der Greiftrupp operiere sogar in den alten Bundesländern.

„Die denken“, weiß Nikolai Loparjow, Deserteur aus einer Kaserne in Weimar, „mit denen können wir machen, was wir wollen.“ Er berichtet von einem geflohenen Offizier, der aus einem Asylantenlager bei Nürnberg entführt worden sei. „Zwei, drei kräftige Männer“ hätten den Mann, der, nur mit einer Turnhose bekleidet, auf dem Weg zur Dusche war, überwältigt und gekidnappt.

Um Desertion zu verhindern, setzen die Sowjets in Schwerin auch Zivilisten unter Druck: Wenn sie Deutschland nicht sofort Richtung Osten verlasse, so drohten Militärs der Frau eines Soldaten, müßten ihre Angehörigen in der Sowjetunion leiden.

Anderen Soldatenfrauen nahmen die Greifer Ausweispapiere ab oder hinderten sie daran, bei der Ausländerbehörde Hilfe zu suchen. „Da steckt offensichtlich das KGB dahinter“, meint Dietrich Barthel, 52, Sprecher der Stadt, der über die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern klagt: „Das Innenministerium tut nichts.“



**Sowjetanwalt Ljamin in Weimar:** Kidnapping auf dem Weg zur Dusche

Innenminister Georg Diederich (CDU) rechtfertigt sich, sein Haus habe keine Handhabe, den Militärs in die Parade zu fahren. Michael Lindner, Referatsleiter Verfassungsschutz, assistiert, Attacken auf Sowjetfrauen seien eine „rein sowjetische Angelegenheit“.

Ähnlich denkt mancherorts die Polizei: In Wismar verhafteten zwei Wachtmeister einen Deserteur, der in einen Kiosk einbrechen wollte. Am nächsten Tag wurde er den Sowjets ausgeliefert.

Ein Generalmajor vom Oberkommando der 2. Garde-Armee in Fürstenberg reiste eigens an, um sich bei den beiden Polizisten zu bedanken. Auch eine Kopfprämie brachte er ihnen mit – jeweils eine Armbanduhr und ein Set mit drei Kristallgläsern. ◄

# Die Flotte Güterbahn auf dem



Wo kein Land ist, hat die Güterbahn eine Flotte. Mit Schienen natürlich. Da fahren die Güterzüge drauf und setzen über – nach Dänemark und Schweden. EurailCargo ist die Auslandsverbindung der Güterbahn. So wird schon seit Jahren der grenzenlose Güterverkehr gepflegt. Für den Binnenmarkt Europa ist EurailCargo der richtige Partner. Er sorgt für zügigen Warenaustausch. Und seine Logistik-Konzepte lassen die Warenströme in den Produktionsablauf einfließen.


DB

# Annäherung an Wehner

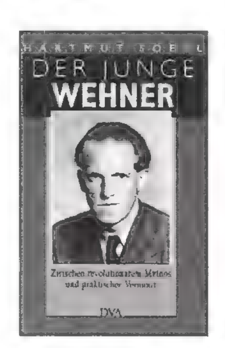
Iring Fetscher über Hartmut Soells Biographie „Der junge Wehner"

Fetscher, 69, ist emeritierter Politik-Professor der Uni Frankfurt. – Soell, 52, ist Historiker an der Uni Heidelberg und seit 1980 SPD-Bundestagsabgeordneter.

Herbert Wehner gehört zu den eindrucksvollsten Gestalten der deutschen Nachkriegspolitik. Seine kantige Persönlichkeit, sein bis zur Geschmacklosigkeit gehender sarkastischer Witz, seine schroffe Gradlinigkeit und seine zuweilen rätselhafte Verschlossenheit sind mir in guter Erinnerung. Wer immer ihm persönlich begegnete, war zutiefst beeindruckt, ob er ihn nun mochte oder nicht. Durch seine Zwischenrufe belebte er die Debatten im Bundestag. Seine – bei einem antipreußischen Sachsen unerwartete – preußische Gewissenhaftigkeit und Disziplin als Fraktionsvorsitzender waren seinen Kollegen oft genug unbequem.

Seine politischen Gegner liebten es, auf den führenden Kommunisten hinzuweisen, der sich erst spät zum Sozialdemokraten konvertiert habe. Andere glaubten in seiner Auffassung von Fraktionsdisziplin noch immer leninistische Züge erkennen zu können. Vielen blieb dieser ernste, kaum zu Selbstironie und Humor fähig scheinende Mensch ein Rätsel. Inmitten eitler Egoisten wirkten seine verbissene Sachlichkeit und sein leidenschaftliches Engagement für soziale Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Verantwortung oft wie ein Fremdkörper. Mit dem Buch von Hartmut Soell über „den jungen Wehner" lernen wir die ersten Lebensabschnitte des 1906 Geborenen kennen, der auf einem langen Weg oder Umweg 1946 nach Deutschland zurückkehrte, bis er, geschmäht und geehrt, 1990 starb.

Die Biographie eines Politikers verlangt mehr als die Beschreibung seines Lebens und seiner Taten. Sie muß eingebettet sein in eine umfassende Darstellung der politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse, in denen der Politiker sich entwickelt und wirkt. Soell wird dieser Anforderung in vorbildlicher Weise gerecht. Vielleicht tut er des Guten eher schon zuviel, wenn er zum Beispiel die Vorgeschichte der Politik in Sachsen bis zur Revolution von 1848 zurückverfolgt und auf Richard Wagners und Michail Bakunins Engagement in Dresden verweist. Sachsen freilich war für die sozialdemokratische Familie Wehners ebensowichtig wie für die Hinwendung des jungen – noch nicht 20jährigen – Wehner zum Anarchismus.




Hartmut Soell:
„Der junge Wehner"
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart
624 Seiten; 68 Mark

So groß auch die Bedeutung der „Festung Familie" für die seelische Entwicklung Wehners war, die gescheiterte Revolution von 1918 und das Versagen der älteren sozialdemokratischen Politiker im Sachsenkonflikt 1923 ließen Wehner sich von der Orientierung seines Elternhauses loslösen.

Offenbar ohne daß es zum schmerzhaften Bruch gekommen wäre, setzt sich Wehner von den etablierten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern ab, um sich – an Bakunin, Fürst Kropotkin, dessen Gefolgsmann Gustav Landauer und Erich Mühsam orientiert – in den Kampf für eine freie, staatslose Gesellschaft zu stürzen.



**Autor Soell**
„Ein großer Dienst"

Seit dem Herbst des Jahres 1923 bekennt er sich zum Anarchismus und veröffentlicht eine ganze Reihe eindrucksvoller Artikel, in denen nicht nur die „verbürgerlichte" Sozialdemokratie, sondern auch die autoritären Kommunisten scharf kritisiert werden. Den deutschen Arbeitern wirft er vor, durch ihre philisterhafte Haltung die Niederlage der sozialistischen Revolution mitverschuldet zu haben.

Zu Bakunins 50.Todestag schreibt er 1926:

> Seit reichlich 50 Jahren hat sich die Arbeiterschaft, soweit sie überhaupt ihre Lage ändern will, fast ausschließlich die Lehren Karl Marx' angeeignet. Diese Lehre duldet aber keine andere neben sich, sie will alles sein, sie will die Gehirne absolutistisch beherrschen.
>
> „Der Mensch ist nicht nur, was die Natur und die Verhältnisse aus ihm gemacht haben, sondern auch das, wozu er sich auf dieser gegebenen Grundlage selbst macht", so sagt Bakunin, und dieser Satz ist so wichtig, daß ihn jeder kennen sollte. Er steht in scharfem Gegensatz zu der bequemen Weisheit, daß der Mensch nichts sei als das Produkt seiner Verhältnisse. Wer alles den „Verhältnissen" überläßt, wer glaubt, der Fortschritt gehe ohne unser Zutun vonstatten, der irrt. Selbständigkeit, Tatkraft, Freiheitsdrang fehlen unseren Arbeitern, ein Eindringen in Bakunins Gedankenwelt würde ihnen helfen.

Während in diesem Artikel offensichtlich die revolutionäre Passivität und der vulgärmarxistische Glaube an die „objektiven Zwänge der Geschichte" kritisiert werden, die namentlich für die Vorkriegs-Sozialdemokratie charakteristisch waren, verurteilt Wehner zur gleichen Zeit die brutale Verfolgung von Anarchisten und Sozialisten in der Sowjetunion: „Staat heißt Unterdrükkung der Freiheit und des Lebens, sei er nun eine Sowjetrepublik oder ein Kaiserreich."

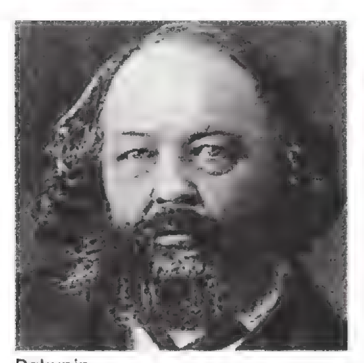
Neben der Hoffnung auf eine künftige deutsche Revolution, die das 1918 Versäumte nachholt, finden sich schon in den frühesten Arbeiten Wehners erstaunlich hellsichtige Beschreibungen der Anziehungskraft des rechtsextremen Nationalismus auch auf Teile der Arbeiterbevölkerung. In einem Artikel „Die Nationalisten rüsten, und wir . . .?" (1926) weist er mit Nachdruck auf die Nazi-Bewegung hin:

Die Lust am Soldatenleben, die Sehnsucht nach dem „starken Mann" und endlich die Verrottung des demokratischen Systems mit seinem Parlamentsfimmel treiben immer neue Scharen in die Reihen der Nationalisten. Es ist nicht richtig, daß man diese Bewegung unterschätzt, und es sind nicht immer lediglich finanzielle Motive, die so viele Arbeiter zu den Rechtsradikalen gehen ließen. Seht euch die Proletarier in ihren meist schäbigen Uniformen an! Den meisten schaut die Rauflust und das Vergnügen am Stechschritt aus den Augen.

Bewegung, der er zuletzt als Sekretär Erich Mühsams diente, zum Kommunismus ein Rätsel dar.

Soell deutet zwei Erklärungen für diesen Schritt an. Eine hängt mit Wehners früher Ehe mit der kommunistischen Schauspielerin Lotte Loebinger zusammen, die bei Mühsam zur Untermiete wohnte und womöglich Wehner zur Mitwirkung an Agitproptheater-Aufführungen bewogen hat. Die andere weist auf eine Enttäuschung Wehners hin, der in Erich Mühsam einen idealen Revolutionär erblickt hatte und feststellen mußte, sein. Eine Anstellung bei der Dresdner Firma Zeiss-Ikon sollte er jedoch – wegen seiner agitatorischen Tätigkeit im Betrieb – bald wieder verlieren.

Innerhalb der KPD macht der junge Mann rasch Karriere. Von der „Roten Hilfe" geht er zur „Revolutionären Gewerkschaftsopposition", die gegen die sozialdemokratische Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Arbeiter im Betrieb zu gewinnen sucht. Schließlich wird er auch noch der jüngste Abgeordnete im sächsischen Landtag. Seine beachtliche Rednergabe



Bakunin



Mühsam



**Wehners Anarchisten-Vorbilder, Demokrat Wehner im Bundestag (1974):** „Staat heißt Unterdrückung der Freiheit"

Herbert Wehner kennt die Arbeiter, er entstammt ihrem Milieu, und er macht sich keine Illusionen hinsichtlich ihrer Verführbarkeit, aber er selbst hält zäh an seinem freiheitlichen Ideal fest und sucht in den Schriften der Anarchisten oder auch Rosa Luxemburgs Bestätigung.

In einem anarchistischen Blatt schreibt er: „Notwendig ist, daß wir eine Kerntruppe bilden, die fähig ist, den in Bewegung befindlichen Massen Stoßkraft zu geben. Wir müssen den revolutionären Kämpfen Richtung geben, damit sie nicht im Sande verlaufen. Die bewußt handelnde Minderheit wollen wir sein, die, nie ruhend, die Massen zum Siege führt." Diesen Satz hätte auch Lenin schreiben können, dessen „Partei neuen Typs" als Avantgarde die „Massen" führen will. Auch mit seiner Hervorhebung des „subjektiven Faktors" ist Wehner nicht sehr weit von Lenin entfernt. Dennoch stellt sein plötzlicher Übertritt von der anarchistischen daß er zumindest auch Züge eines eitlen bohemehaften Künstlers besaß.

Vor allem aber dürfte den Tatmenschen Wehner die Wirkungslosigkeit der schieren anarchistischen Bewegung entmutigt haben. Im Unterschied dazu schien die KPD Energie und Massenanhang zu besitzen. Aber wenn auch diese Erklärungen den „Übertritt" verständlicher machen, so bleibt doch die Verdrängung der scharfen Kritik an der Sowjetunion und ihrer Innenpolitik schon in den ersten Arbeiten des konvertierten Kommunisten Wehner erstaunlich.

Schon um die Jahreswende 1927/28 wird er Leitungsmitglied der von den Kommunisten organisierten „Roten Hilfe" für die Ortsgruppe Groß-Dresden, wenig später hauptamtlicher Sekretär dieser Organisation für den Bezirk Ostsachsen. Kurz zuvor hatte Wehner seine Ausbildung zum Büroangestellten beendet. Seine Kenntnisse in Stenografie und Maschineschreiben sollten ihm auch für die politische Tätigkeit von Nutzen und seine scharfe Polemik heben ihn deutlich aus der Menge der Abgeordneten heraus. Die Mitgliederfluktuation innerhalb der KPD und die relativ geringe Anzahl qualifizierter Funktionäre trug zum Aufstieg des jungen Ex-Anarchisten bei, dem sicher von Anfang an viele Altgenossen mit erheblichem Mißtrauen begegneten.

In seinen Reden und Artikeln verherrlichte er jetzt die KPD als die wahre Erbin alles Fortschrittlichen in der alten Arbeiterbewegung. Die Sowjetunion lobte er im Oktober 1930 sogar im sächsischen Landtag:

> Das ist das einzige Land, in dem wir keine Krisen haben, weil die Arbeiter und Bauern herrschen; das ist das einzige Land, ein Sechstel der Erde, wo die Rote Fahne mit Sichel und Hammer weht. Wir werden dafür sorgen, daß wir Anschluß an dieses Sechstel der Erde bekommen . . . daß bei uns reiner Tisch gemacht wird mit der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern, wie es in Sowjetrußland der

# ES GIBT NOCH TRÄUME






Und genau danach wollen wir Sie jetzt fragen. Wie stellen Sie sich Ihren Traumwagen vor?

**24 VENTILE, 175 KW (239 PS), TEMPOTRONIC, KLIMAAUTOMATIK – DER SUPRA 3,0 TURBO.**

Eine elegante Linienführung müßte er besitzen. Und mit einem Motor ausgestattet sein, von dem man so gut wie nichts hört – der aber auf leichtesten Pedaldruck seine ganze Kraft eindrucksvoll entfaltet. *Sechs Zylinder, 24 Ventile und Turbolader* müßten genügen. Denken wir auch. Ach ja, für lange Strecken wäre es angenehm, die Geschwindigkeit konstant zu halten. Auf eine *Tempotronic-Anlage* sollte man also nicht verzichten. Genausowenig wie auf einen luxuriösen Innenraum. Hier müßte alles elektrisch funktionieren. Von den Außenspiegeln

# UNTER 400.000 MARK.



*Den Supra 3.0 Turbo gibt's ab traumhaften DM 65.520,– unverbindl. Preisempfehlung (ohne [illegible]*

bis hin zu den Fensterhebern. Und passend zum noblen Ambiente eine noble Ausstattung: *ein abnehmbares Sportdach. Ein Stereo-Cassettenradio. Zur Sicherheit noch A.B.S. Und eine Klimaautomatik,* wenn das Wetter mal gegen das geöffnete Sportdach spricht.

So weit – so gut. Aber muß ein solcher Traumwagen denn auch ein Traum bleiben?

TOYOTA 3 JAHRE GARANTIE BIS 100.000 KM

Wir meinen nein. Darum gibt's den Supra zu einem geradezu traumhaften Preis. Und trotzdem können Sie ihn auch bei der Toyota Leasing GmbH leasen. Oder bei der Toyota Kreditbank günstig finanzieren. Wenn Sie wollen.

TOYOTA

*Nichts ist unmöglich*

Fall gewesen ist; und das Geschrei der Bürgerlichen in Deutschland, unterstützt durch die sozialdemokratische Presse ... das ausbricht, wenn die Herrschaft der arbeitenden Massen in Rußland Schluß macht mit den Saboteuren der Wirtschaft, mit den offenen Feinden des Aufbaus, beweist die schlotternde Todesangst dieser bankrotten bürgerlichen Gesellschaft.

Wie ein unterirdischer Strom zieht sich Wehners freiheitliche Zielvorstellung durch alle Phasen seines politischen Wirkens. Als Anarchist glaubte er Freiheit sozusagen direkt durch moralische Ermahnung und Aufklärung realisieren zu können, als Kommunist nahm er für die Avantgardepartei das Recht in Anspruch, als Führerin der „ausgebeuteten Massen" freiheitliche Verhältnisse durch Bekämpfung des Kapitalismus, der Bourgeoisie und ihrer „Helfershelfer" zu schaffen. Erst als er erkennen mußte, wie demoralisierend die bürokratisch-zentralistische Führung der kommunistischen Parteien und der unvermeidliche Cliquenkampf der unkontrollierten Führungskader ist, wandte er sich vom Kommunismus ab und wurde nun ein um so überzeugterer Anhänger der pluralistischen und parlamentarischen, rechtsstaatlichen Demokratie.

Der Weg zu dieser Einsicht war schmerzhaft und lang. Er führte über Berlin, Paris und Moskau schließlich nach Schweden, von wo aus Wehner die Widerstandsgruppen im Reich organisieren und anleiten sollte. In der Exil-KPD gehörte Wehner dem Zentralkomitee als Vollmitglied und dem Politbüro als Kandidat an. Die Konflikte innerhalb der Führung der KPD zeichnet Soell genau nach. Immer wieder taucht als Gegenspieler Wehners Walter Ulbricht auf, der seit Jahren einer der führenden deutschen Kommunisten war und seit 1938 in Moskau lebte.



**Häftling Wehner in Stockholm**
Abkehr vom Kommunismus

Wehner war an einer effizienten Widerstandspolitik der KPD in Deutschland und am Zusammenwirken mit anderen Nazigegnern interessiert. Ulbricht wollte – nach der Verhaftung Ernst Thälmanns 1933 – selbst an die Spitze der KPD gelangen und lehnte sich aus diesem Grunde der von ihm jeweils als stärker diagnostizierten sowjetischen Führungsgruppe an. Es dauerte einige Zeit, bis Wehner verstand, wie wenig solchen Karrieristen wie Ulbricht an der „Sache", am Erfolg der Partei und des Kampfes gegen die Nazis gelegen war und wie absolut deren Ehrgeiz alle anderen Überlegungen dominierte.

Die Periode dieses gemeinsamen Kampfes, den Wehner sowohl während der Abstimmung im Saarland – wo er auch mit Erich Honecker zusammenarbeitete – als auch aus dem Ausland in Deutschland führen konnte, war vermutlich seine glücklichste Zeit in der KPD. Soell hebt zu Recht daneben Wehners praktische Arbeit für die politischen Asylbewerber aus Deutschland hervor, denen er durch eine hektographierte Publikation nützliche Hinweise auf Rechtsverhältnisse in den verschiedenen Ländern, Unterstützungsmöglichkeiten und so weiter gab. Von den kommunistischen Greueltaten in Spanien während des Bürgerkrieges scheint Wehner nicht viel mitbekommen zu haben.



**Ex-Genossen Wehner, Honecker (1986)**
„Kampf gegen den Nazismus"

Erst im Hotel Lux in Moskau, das für ausländische Funktionäre der Kommunistischen Internationale reserviert war, wird er auf höchst schmerzliche Weise mit dem System der politischen Bespitzelung, Verleumdung und Verfolgung bekannt gemacht. Im August 1937 werden ihm 42 inquisitorische Fragen über Freunde oder Verbindungen zu Ex-Kommunisten vorgelegt, die er in der Lubjanka, dem Hauptquartier der berüchtigten Geheimpolizei NKWD, beantworten muß. Am schwersten aber wog der Vorwurf, den zwei führende KP-Funktionäre, Leo Flieg und Erich Birkenhauer, gegen ihn vorbrachten: Er habe Ernst Thälmann in die Hände der Polizei zu spielen versucht.

Eine Kommission des Komintern-Exekutivkomitees sprach Wehner von diesem Vorwurf frei, andernfalls wäre er vermutlich in den sowjetischen Lagern auf immer verschwunden. Wehner übte – so sieht es Soell – in der Folge Rache an den beiden Belastungszeugen. Einmal, indem er Einspruch gegen die Anstellung Birkenhauers beim deutschsprachigen Moskauer Rundfunk erhebt, zum anderen dadurch, daß er Wilhelm Pieck, den Vorsitzenden der Exil-KPD und Generalsekretär der Komintern, auf eine Kassiber-Anschuldigung Thälmanns gegen Flieg hinweist, die sich dann auch tatsächlich in den Papieren der Komintern findet. Beide Gegner Wehners werden verhaftet.

Soell nimmt an, daß sich Wehner aus diesem Grunde Vorwürfe gemacht hat. War aber diese „Rache" nicht zugleich eine notwendige Überlebensstrategie? Solange die beiden von der Komintern-Kommission desavouierten Gegner Wehners noch über Einfluß verfügten und entsprechende Verbindungen zu Ulbricht nutzen konnten, blieben sie eine Gefahr für ihn. Wehner hat sein Überleben im Moskauer Dschungel trotz der gegen ihn erhobenen Vorwürfe und trotz des Mißtrauens, das dem Ex-Anarchisten entgegengebracht wurde, vermutlich vor allem Georgi Dimitroff und Wilhelm Pieck zu danken gehabt.

Als er 1941 nach Stockholm geschickt wurde, um von dort aus die Widerstandsgruppen in Deutschland zu unterstützen, war er für diese Abkommandierung „an die Front" dankbar, konnte er doch endlich wieder direkt für die Überwindung des Nazismus kämpfen und war – so hoffte er – den Intrigen der sowjetischen Hauptstadt entronnen.

Noch bevor Wehner, wie beabsichtigt, selbst nach Deutschland gehen konnte, wurde er von der schwedischen Polizei verhaftet und wegen Spionage angeklagt. Die Verhaftung geht – so nimmt Soell an – auf die Unvorsichtig-


TEAM/BBDO
LBS
Bausparkasse der Sparkassen
Unglaublich, aber Vario.
Wann Sie am Ziel sind,
entscheiden jetzt Sie.
Vario
LBS Vario. Das neue
Bausparen, bei dem Sie
wählen können:
• Ihre Spar-Rendite.
• Ihr Bauspar-Tempo.
• Ihre Zinsen für die
Finanzierung.
So paßt sich Vario ganz
Ihren Wünschen an.
Wir geben Ihrer Zukunft
ein Zuhause. LBS und
Sparkasse: Unternehmen
der Finanzgruppe.

keit sowjetischer Botschaftsangehöriger zurück, die über schwedische Kommunisten direkt Kontakt zu Wehner aufgenommen hatten. Wehner hatte diese Kontakte strikt abgelehnt und fühlte sich hintergangen. Die Aufforderung einer Komintern-Beauftragten, in Deutschland Sabotagetrupps zu bilden, lehnte er als selbstmörderisch ab.

Die früher kolportierte These, die sowjetische Führung oder die KP-Führung in Moskau habe Wehner wegen dessen Eigenwilligkeit denunziert, hält Soell für unbewiesen. In erster Instanz kommt Wehner, der sich geschickt verteidigt, relativ glimpflich davon. Der Staatsanwalt geht jedoch in die Berufung, und vor dem Oberlandesgericht wird Wehner schließlich wegen des Versuchs, als führender KP-Funktionär die Regierung eines „mit Schweden freundschaftlich verbundenen Landes" zu stürzen, zu einem Jahr Zwangsarbeit verurteilt.

Kein Wunder, daß sich Wehner während der Haft vom Kommunismus zu lösen beginnt. Auf seinen Wunsch erhält er Schriften von Schopenhauer und Kierkegaard. Die Kritik an Hegels Geschichtsphilosophie mag ihm bei der Abkehr vom marxistisch-leninistischen Geschichtsdeterminismus geholfen haben. Vor allem befreit er sich von der Illusion, eine hierarchisch-bürokratische Organisation, die jede Freiheitsregung und jede Individualität unterdrückt, könne „Instrument" der Befreiung sein.

Zu den erschütterndsten Passagen des Buches gehören die Ausführungen über Wehners Verteidigung vor dem schwedischen Gerichtshof. Tief hat ihn der Vorwurf getroffen, gegen das deutsche Volk gekämpft zu haben, ein Vorwurf, der in der Bundesrepublik gelegentlich aufgewärmt worden ist. Dagegen betont Wehner, es werde einmal die Zeit kommen, da die „im Kampf gegen den Nazismus gefallenen Märtyrer als Ehrenbürger der Nation noch im Tode geehrt werden".

Die Arbeiterklasse habe die Mission gehabt, „vom deutschen Volk die ihm angetane Schmach zu tilgen und im deutschen Volk den Grundstein für eine Zusammenarbeit in Frieden und nationaler Selbstbestimmung mit all den Völkern zu legen, die durch das in Deutschland zur Macht gelangte Regime so schwer haben leiden und bluten müssen". Was Wehner in Schweden im Jahr 1942 vor Gericht zu Protokoll gab, ist erst heute ein akzeptierter Gemeinplatz deutscher Politiker. In diesem Sinne war Herbert Wehner ein Wegbereiter des neuen, demokratischen Deutschlands.

Hartmut Soell hat der Annäherung an ihn einen großen Dienst erwiesen. Herbert Wehner bleibt ein Mensch in seinem Widerspruch. Wie sonst könnte er lebendig sein?

Umwelt

# Sehr mysteriös

**In der Nähe zweier norddeutscher Atomanlagen erkranken ungewöhnlich viele Kinder an Leukämie.**

Als der Bonner Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) am Dienstag letzter Woche das Kernkraftwerk Krümmel bei Hamburg besuchen wollte, war dem obersten deutschen Atomaufseher zunächst der Eintritt versperrt: Vor dem Tor des Reaktors hatten sich aufgebrachte Väter und Mütter mit ihren Kindern postiert.

Für die Häufung machen die Elbmarscher vor allem zwei Atomanlagen verantwortlich, die nur wenige Kilometer entfernt auf dem gegenüberliegenden Flußufer arbeiten: neben dem schleswig-holsteinischen Atomkraftwerk Krümmel, das 1984 in Betrieb ging, auch das Forschungszentrum der „Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt" (GKSS) gleich daneben.

Die GKSS hatte in den achtziger Jahren mehrmals Schlagzeilen gemacht. So entwich 1983 aus dem Labor an zwei Tagen beinahe fünfmal mehr radioaktives Jod in die Umwelt, als im ganzen Jahr zulässig gewesen wäre. Im Juni 1987 bestätigte der Hamburger Senat bis dahin geheimgehaltene Informationen, daß auf dem GKSS-Gelände in Geesthacht der hochradioaktive Reaktordruckbehälter des ehemaligen Atomschiffes „Otto Hahn" in einem Betonschacht lagert.




**Umweltminister Töpfer, protestierende Eltern*:** „Sofort abschalten"

Die Familien waren vom anderen Elbufer angereist, aus der gegenüber dem Kraftwerk gelegenen niedersächsischen Gemeinde Elbmarsch. In der Ortschaft sind während der letzten Monate auffällig viele Kinder an Leukämie erkrankt. Uwe Harden, Sprecher der Elterninitiative: „Hier geht schon Panik um."

Bereits im vergangenen Januar hatte der Mediziner Eberhard Forkel die Behörden alarmiert. Der Arzt wollte nicht mehr an Zufall glauben, als er seinerzeit bei der zweijährigen Nicole Jürgens Leukämie feststellte – in der 8700-Einwohner-Gemeinde Elbmarsch war es das vierte Leukämiekind innerhalb eines Jahres gewesen.

Mittlerweile werden unter den 1400 Kindern im Ort 5 Leukämiefälle gezählt. Laut Statistik erkranken im Bundesdurchschnitt jährlich 4,3 von 100 000 Kindern an dieser Krankheit.

Im selben Monat inspizierten Mitglieder der Umweltschutzorganisation Robin Wood eine Halle auf dem GKSS-Gelände, in der strahlender Schrott aus dem Atomkraftwerk Brunsbüttel zersägt wurde. Es bestehe der Verdacht, so Robin Wood anschließend in einer Strafanzeige, daß dabei radioaktiver Staub „ungehindert in die Luft und in den Boden gelangt". Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lübeck stellte das Verfahren jedoch ein halbes Jahr später ein; außerhalb des Geländes sei keine Strahlenbelastung nachgewiesen worden.

Auch Umweltminister Töpfer („Ich nehme die Dinge sehr, sehr ernst") wehr-

* Am Dienstag vergangener Woche vor dem Kraftwerk Krümmel.

*Discover gold*

## *Sie sind auf dem besten Weg, einen Mini Cooper zu gewinnen.*

„Als er den Flugplan auf seinem Bett fand, mußte er den Abschiedsbrief nicht mehr lesen, um zu begreifen, was passiert war.

Auf der Fahrt nach Edinburgh hatte er viel Zeit, über das ‚Warum' nachzudenken – doch sein Versuch, sie rechtzeitig zu erreichen, mißlang. Am Flughafen angekommen, konnte er nur noch der aufsteigenden ALITALIA-Maschine nachblicken, und er dachte wieder an ihren Abschiedsbrief..."



*Diesen Mini Cooper können Sie gewinnen.*

Mit Ihrem Durchblick müßten Sie jetzt folgende Fragen beantworten können:

*Wo befindet sich der Abschiedsbrief?*

- ○ auf dem Bett in seiner Wohnung
- ○ in der Innentasche seines Jacketts
- ○ im Auto

*Obwohl er sie nur „Darling" nannte, war ihr Name:*

○ Lilly ○ Margaret ○ Susan

Die richtigen Antworten ergeben sich durch kleine, versteckte Hinweise und geschicktes Kombinieren.

Unter allen richtigen Lösungen, die uns bis zum 20. September 1991 erreichen, verlosen wir als Hauptpreis einen schönen grünen Mini Cooper und außerdem 3.000 Pakete mit einer Überraschung und einer Packung Benson & Hedges. Bitte ausfüllen, ausschneiden, oder die Lösung auf eine Postkarte schreiben und einsenden an Benson & Hedges B, Postfach 3050, W-5880 Lüdenscheid.

Name Alter

Adresse

Der Rechtsweg, Personen unter achtzehn Jahren und Mitarbeiter der B·A·T sind wie immer ausgeschlossen.

**BENSON & HEDGES**



**Leukämiekind Nicole Jürgens, Mutter:** „Hier geht schon Panik um“

der Elbmarsch „strahlenbedingt“ sind. Eine so „drastische Häufung, zeitlich scharf begrenzt“, sei „anders nicht vorstellbar“.

Im Auftrag des niedersächsischen Sozialministeriums, das mittlerweile eine „Arbeitsgruppe Leukämie in der Elbmarsch“ eingerichtet hat, untersucht die Spezialistin für Strahlenschäden, ob sich in den weißen Blutkörperchen der Kinder strahlenbedingte Chromosomenschäden zeigen. Das Ergebnis soll in etwa zwei Monaten vorliegen. Dann werden auch die Resultate der Boden-, Wasser-, Nahrungsmittel- und Luftanalysen erwartet, die von den Behörden zusätzlich angeordnet worden sind.

Bis dahin wird wohl eine Forderung unerfüllt bleiben, die beunruhigte Elbmarsch-Eltern vergangene Woche dem Umweltminister vortrugen: Töpfer, selber Vater von drei Kindern, solle „Krümmel sofort abschalten“.

te vergangene Woche jede Verknüpfung mit den Nuklearanlagen ab: Bisher sei „kein Zusammenhang zwischen den Erkrankungen und dem Kraftwerk festgestellt“ worden. Hingegen gehen Mediziner wie der Kasseler Kinderarzt Matthias Demuth davon aus, daß die Leukämieerkrankungen der Kinder „am ehesten durch radioaktive Emissionen“ hervorgerufen wurden.

Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik sei „in einem so engen zeitlichen Rahmen“ und in einem „so kleinen Gebiet“ eine derart hohe Zahl von Blutkrebsfällen beobachtet worden, schrieb der Kinderarzt in einer Studie für seinen Elbmarscher Kollegen Forkel. Demuth: „Die ungewöhnliche Erhöhung der Leukämiefallzahlen, noch dazu in direkter Nähe eines Kernkraftwerkes, halte ich für sehr beunruhigend.“

Erhöhte Blutkrebsraten in der Umgebung von Nuklearbetrieben waren in der Bundesrepublik auch schon früher registriert worden. Für die Region um Würgassen hatte der Kasseler Demuth 1988 herausgefunden, daß dort doppelt so viele Kinder wie im Bundesdurchschnitt an Leukämie erkrankten. Ähnliche Ergebnisse brachten Untersuchungen in der Nachbarschaft der inzwischen geschlossenen Anlage zur Uran-Aufbereitung im rheinland-pfälzischen Ellweiler.

Schreckensmeldungen kommen auch aus Großbritannien: Vor allem im Umkreis älterer Meiler erkrankten britischen Studien zufolge ungewöhnlich viele Kinder an Leukämie. Den Rekord hält die englische Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield: Dort leiden bis zu zehnmal mehr Kinder an Leukämie als im Landesdurchschnitt.

Dennoch ist ein Zusammenhang zwischen den Nuklearbetrieben und der Krankheitshäufung wissenschaftlich nicht zweifelsfrei nachgewiesen. Lediglich für Sellafield gibt es nach Untersuchungen des Medizinstatistikers Martin Gardner Belege.

Der Professor an der Universität Southampton verglich die Geburtsdaten der kranken Kinder mit der Strahlenbelastung der Väter, die in der Atomfabrik arbeiteten – und erkannte einen deutlichen Zusammenhang. Gardners Fazit: Die radioaktive Strahlung habe die Samenzellen der Erzeuger geschädigt.

Doch in der niedersächsischen Elbmarsch arbeiten die Väter der kranken Kinder weder in Krümmel noch bei der GKSS. Merkwürdig ist zudem, daß die Krankheitshäufungen nur vom südlichen Ufer der Elbe gemeldet werden, nicht aber aus dem gegenüberliegenden Geesthacht in Schleswig-Holstein.

Auffällig viele Leukämiefälle geben den Statistikern auch anderswo Rätsel auf, etwa in Regionen ohne Atomanlagen wie dem Gebiet um das niedersächsische Sittensen. Seit mehr als einem Jahr versuchen die Behörden dort, dem Krankheitsverursacher auf die Spur zu kommen (SPIEGEL 21/1991) – bisher ohne Ergebnis.

In Sittensen waren zuletzt als krebserregend geltende Dioxinverunreinigungen in Verdacht geraten – doch damit ist die Gemeinde auch nicht schlimmer belastet als andere Regionen.

Das sei „alles sehr mysteriös“, meint denn auch die Physikerin Inge Schmitz-Feuerhake, Professorin an der Bremer Universität. Dennoch ist sie davon überzeugt, daß die Erkrankungen in

## Gegendarstellung

Zu Ihrem Artikel „Affären – So etwas Seriöses“ in der Ausgabe DER SPIEGEL Nr. 9/1991 vom 25. Februar 1991 (Seiten 56, 57, 61).

Sie haben behauptet:

„Mit Leins Empfehlung bekam den Auftrag“ (für die Verkabelung von 70 000 Wohnungen der Firma GGG mbH in Chemnitz) „schließlich die Süweda AG.“

Hierzu stelle ich fest:

Ich habe auftragsgemäß sowohl mit der Süweda AG als auch mit einer weiteren Kabelbetriebsgesellschaft Verhandlungen geführt, und zwar bis zur Vergabereife.

Eine Empfehlung zugunsten der Süweda AG habe ich *nicht* abgegeben. In meinem Schreiben vom 22. 10. 1990 an die GGG mbH habe ich vielmehr ausdrücklich vorgetragen: „Empfehlung erfolgt mündlich.“

Zu der Aufsichtsratssitzung der GGG mbH am 30. 11. 1990, auf welcher die Vergabe an die Süweda AG beschlossen worden ist, war ich weder eingeladen noch anwesend.

Düsseldorf, den 8. März 1991

Ulrich H. Lein
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Steuerrecht

**LORENZINI**

Das Hemd, das seinen Namen trägt, findet man nur bei führenden Herrenausstattern

Handwerkliche Kunstfertigkeit steht in Italien in einer lebendigen Tradition. Mit viel Geschick, Kreativität und einem in Jahrhunderten gewachsenen Gefühl für Proportionen entstehen in Werkstätten und Manufakturen die schönen Dinge, die in der Welt als italienische Spezialitäten bekannt und berühmt sind. Die Herren-Hemden von Lorenzini zählen dazu.

Herren-Hemden, die den Namen Lorenzini tragen, sind echte Italiener. Diese Hemden werden im norditalienischen Städtchen Merate in einer Weise gefertigt, die selten geworden ist in unserem industriellen Zeitalter:

Jede Naht verrät die Sorgfalt ihrer Entstehung. Es werden nur hochwertige Naturfaserstoffe verarbeitet: reine Baumwolle, reines Leinen, reine Seide oder deren Mischungen. Charakteristisch sind die subtilen Farb-Nuancen und die aparten Dessins. Die Knöpfe sind aus echtem Perlmutt. Italienische Mode im besten Sinne ist der Schnitt: *»confortevole«*. Ihre Qualität und ihr Stil haben die führenden Herrenausstatter der Bundesrepublik so begeistert, daß sie die Herren-Hemden von Lorenzini nicht nur ihren Kunden empfehlen, sondern diese Hemden auch selber tragen.

Wenn Sie einen dieser Herrenausstatter kennenlernen wollen – es gibt in Deutschland allerdings nicht mehr als etwa einhundert dieser führenden Spezialisten – *schreiben Sie ein Kärtchen an Herrn Rolf Kassuba, Schulze-Delitzsch-Str. 50, 7000 Stuttgart 80. Oder rufen Sie ihn unter der Nummer 0711/7801081 an.* Das deutsche Büro der Lorenzini S.p.A. gibt Ihnen die Adresse des für Sie nächsten »Deposito Lorenzini«.

Vielleicht gehören auch Sie bald zu den wenigen, die Herren-Hemden von Lorenzini tragen.

CLAUS A. FROH


SYMBOL SPANISCHER
Lebensfreude
Tio Pepe. Eine geistreiche und anregende Art,
den Zauber Andalusien's
eiskalt und voller Genuß als Aperitif
zu erleben.
From the House of
GONZALEZ BYASS
KÜHL
UND VOLLER SONNE.
TIO PEPE
TIO PEPE
GONZALEZ BYASS
JEREZ
EXTRA DRY
Producto de
ESPAÑA
Jérez-Xérès-Sherry

# „Revolutionär für den Frieden“

Gerhard Mauz im Prozeß gegen den ehemaligen DDR-General Schütt und andere in München

Den Berliner Rechtsanwalt Dr. Alexander Ignor kennt jeder, auch wenn er ihm noch nie begegnet ist und nie von ihm gehört hat. 37 Jahre jung, schmal, ordentlich kurz frisiert, unauffällig korrekt gekleidet. Was er sagt, davon ist er überzeugt. Er neigt dazu, Taktik für unredlich zu halten.

In der Schule ist man ihm begegnet. Man mußte ihn respektieren, ohne daß man ihm deswegen böse sein konnte. Denn seine Art hatte etwas Selbstverständliches. Auch an der Universität, im Seminar, kam nie Zweifel daran auf, daß aus ihm etwas werden würde. Für ihn war, das spürte man, das Recht eine Landschaft ohne Niederungen, eine hohe, prächtige Ebene, man mußte nur den Blick dafür haben und sich nicht hinabziehen lassen.

Er war ein Idealist, ohne daß das peinlich oder auch nur ärgerlich wurde. Er war einfach zutiefst davon überzeugt, daß alles wohlgeordnet ist und daß sich keiner dieser Ordnung entziehen wird, wenn man ihn nur freundlich und höflich an sie erinnert.

Man kennt ihn, den in die Theorie verliebten (mitunter lebenslangen) Jungakademiker. Und wie man ihn am 3. Juni dieses Jahres vor dem 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts erlebt – betrachtet man ihn mit Sympathie.

Alexander Ignor beantragt die Abtrennung und Einstellung des Verfahrens gegen Harry Schütt, den Generalmajor a. D. der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des früheren DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der von 1977 bis 1990 die HVA-Abteilung IX („Aufklärung gegnerischer Dienste“) leitete.

Spionage sei die „älteste Form der zwischenstaatlichen Beziehungen“, trägt er vor. Niemand mache beispielsweise Präsident Bush einen Vorwurf daraus, daß er einmal Chef der CIA war. Genauso wie man Bundesjustizminister Kinkel nicht vorwerfe, daß er früher den Bundesnachrichtendienst (BND) geleitet hat. „Das wissen Sie!“ sagt Alexander Ignor zum Gericht, während er ein weiteres Mal die randlose Brille mit dem rechten Zeigefinger hochschiebt. Er sagt das nicht vorwurfsvoll. Er erinnert nur. Die Erinnerung wird schon Wirkung tun.

Man betrachtet Alexander Ignor nicht nur mit Sympathie; es schwingt auch ein wenig Rührung mit. Sein Antrag wird natürlich abgelehnt, so viele rechtlich bedeutsame, gescheite Hinweise er auch enthält. Das Recht ist keineswegs eine Ebene ohne Niederungen. Doch es bewegt einen schon, wie da ein Strafverteidiger meint, es genüge, daran zu erinnern, wie es sein sollte.

Für den 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts ist es Rechtens, daß sich in Alfred Spuhler, 50, und seinem Bruder Ludwig Spuhler, 63, zwei Bundesbürger für ihre Spionagetätigkeit für die ehemalige DDR zu verantworten haben – und daß zugleich mit ihnen ihre Auftraggeber, also Harry Schütt, 60, und der ehemalige MfS-Oberstleutnant Günter Böttger, 52, vor Gericht sitzen.

Angeklagter Schütt
Freies Geleit für Markus Wolf?

Und so hat er seit dem 3. Juni überaus gründlich verhandelt und sich bis in die vorletzte Woche hinein durch nichts irritieren lassen. Am Freitag dieser Woche, so hatte der Vorsitzende Richter Ermin Brießmann, 54, unmißverständlich zu erkennen gegeben, wollte der Senat sein Urteil verkünden.

Daß das Berliner Kammergericht, bei dem die Bundesanwaltschaft den letzten DDR-Spionagechef Werner Großmann (den Nachfolger von Markus Wolf) und vier seiner Mitarbeiter angeklagt hat, darüber grübelte, ob die Strafverfolgung der ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter der DDR-Spionagedienste mit dem Grundgesetz vereinbar sei, störte den Münchner Senat nicht. Eher ist wahrscheinlich, daß der Senat des Bayerischen Obersten einer eventuellen Vorlage der Berliner beim Bundesverfassungsgericht seine Auffassung – möglichst gleichzeitig – in einem Urteil entgegenstellen wollte.

In der vergangenen Woche ist bekanntgeworden, daß der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin nun tatsächlich das Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung über zwei Rechtsfragen angerufen hat. In der eindrucksvollen Begründung der vorgelegten Fragen heißt es beispielsweise:

> Unter der Eigenstaatlichkeit der DDR waren die Angeschuldigten vor Strafverfolgung durch die Bundesrepublik Deutschland geschützt. Ungeachtet der Tatsache, daß ihre nachrichtendienstliche Tätigkeit hier strafbar war, konnten sie vor Strafverfolgung sicher sein, solange sie sich nicht in die Hoheitsgewalt der Bundesrepublik Deutschland begaben. Erst dadurch, daß sich die Hoheitsgewalt der Bundesrepublik Deutschland auf das Gebiet der DDR ausgedehnt hat, ohne daß dies von ihnen zu beeinflussen gewesen wäre, haben sie diesen Schutz verloren. Auf dessen Wirksamkeit durften sie aber vertrauen.

Dieser Vorlage beim Bundesverfassungsgericht wird so schnell kein Münchner Urteil entgegenstehen. Es wird weiter verhandelt vor dem Bayerischen Obersten. Und daran hat ausgerechnet der Verteidiger Alexander Ignor keinen geringen Anteil – er, den es so sehr

**Hewlett-Packard-Computer und VDO**

# "Unsere Qualitätssicherung kommt jetzt auf Hochtouren."

„Unser Ziel ist es, ein weltweites, computergestütztes Qualitätsleitsystem einzuführen. Hewlett-Packard erfüllt unsere Ansprüche optimal. Denn mit moQuiss arbeiten wir mit einem modularen Qualitäts- und Informationssystem auf der Basis von Unix*. moQuiss ermöglicht eine flexiblere Qualitätsprüfung, Kosteneinsparung und schnellste Prüfergebnisse. Dadurch sind wir in der Lage, höchste Qualitätsansprüche an die Vorlieferanten objektiv zu bewerten und den hohen Qualitätsanforderungen der Autohersteller zu genügen."

**Herbert Füller, Direktor, Leiter Zentrales Qualitätswesen, VDO Adolf Schindling AG, im Gespräch mit Rainer Lorger, Hewlett-Packard.**

Hewlett-Packard bietet auch Ihnen maßgeschneiderte Computerlösungen.

Hewlett-Packard GmbH
Hewlett-Packard-Straße
6380 Bad Homburg

* Unix-Betriebssystem ist ein eingetragenes Markenzeichen von AT & T.





**Angeklagter Alfred Spuhler**
„Die Angst der Bevölkerung geschürt“

entsetzt hatte, wie wenig die Beweisaufnahme über die unmißverständliche Auffassung des Senats vermochte.

Egon Krenz, 54, als Zeuge. Beruf? „Bin ohne Beschäftigung.“ Ein umgänglicher, jovialer Mann. Ein Fotograf geht auf ihn zu. Krenz weist auf ein Schild, demzufolge das Fotografieren hier verboten ist. Der Fotograf läßt sich nicht beirren: „Das gilt nicht für Sie, Herr Krenz.“ Krenz selbst lacht als erster. (Beiläufig: Der Fotograf hat ihn schon einmal vor der Kamera gehabt, als Krenz sein Buch vorstellte.) Umgänglich, jovial – ja, aber als er Macht hatte, meint einer.

Krenz wird gehört, der Vorsitzende hat ihn belehrt: „Mir drängt sich nicht auf, daß Sie sich strafbar gemacht haben könnten.“ Dennoch wird Krenz vorsorglich auf sein Recht hingewiesen, die Aussage zu verweigern. Seit 1983 hat er dem Politbüro und dem Verteidigungsrat angehört. Ob das von den Spuhlers gelieferte Material dem Verteidigungsrat vorlag, weiß er nicht. Es dürfte in Berichten aufgegangen sein. Die DDR habe stets nur eine Verteidigungs-, keine Angriffsstrategie gehabt. Krenz gibt nach seiner Befragung eine persönliche Erklärung ab. Harry Schütt sei auf die Verfassung der DDR vereidigt gewesen: „Alles, was er tat, unterlag den Gesetzen der DDR.“

Der Senat hört Sachverständige, zum Beispiel den Oberregierungsrat Gerd Nowak, 49, einen Experten des Verfassungsschutzes für die Arbeitsweise anderer Dienste. Er beginnt damit, daß er seine Laufbahn und seine Funktion erläutert, weil die meisten hier beteiligten Verteidiger noch nicht mit ihm zu tun hatten. Der Sachverständige bringt etwas Neues: Bei der Entstehung nachrichtendienstlicher Beziehungen zu Bürgern der Bundesrepublik seien DKP-Funktionäre sehr aktiv gewesen, „zu unserer eigenen Überraschung“, man höre das immer häufiger in letzter Zeit. Die Tätigkeit der Brüder Spuhler sei „besonders komfortabel ausgestattet“ gewesen, man habe „professionell und auf sehr hohem Niveau gearbeitet“. Honoriert worden sei „im Spitzenbereich“.

In der Befragung verblaßt vieles. Harry Schütt soll sich stets die Führung der Spuhlers vorbehalten haben. Wie Schütt die „Federführung“ während der zwei Jahre gehabt haben könne, während derer er in Moskau und auf Kur war, möchte Verteidiger Ignor erfahren. Der Sachverständige weiß von dieser Abwesenheit Schütts nichts. Die Bezüge sprechen dem Sachverständigen zufolge für die „Hochkarätigkeit“ der Spuhlers in den Augen der DDR. Verteidiger Dr. Günther Ossmann, München, weist darauf hin, daß sich die Bezüge immerhin auf 18 Jahre verteilten.



**Zeuge Krenz:** „Das gilt nicht für Sie“

Was der Senat hört, veranlaßt ihn nicht zu Fragen, offenbar weil es für ihn ohne Bedeutung ist oder weil es in seine Vorstellung paßt. Doch am Donnerstag, dem 25. Juli, wird der Vorsitzende Richter Ermin Brießmann plötzlich sehr aktiv. Verteidiger Alexander Ignor begründet den Antrag, Markus Wolf als Zeugen zu laden. Auch begründet er einen zweiten Antrag, den auf Ladung des Zeugen Wladimir Budachin, der von 1980 bis etwa 1987 Chef-Verbindungsoffizier des KGB bei der HVA gewesen ist.

Der Zeuge Wolf werde bekunden, daß es „im gesamten Zeitraum seiner Leitertätigkeit (1952 bis 1987) keine Dienstanweisung für die Aufklärung“ gab, nach der „von sämtlichen operativ beschafften Materialien eine Kopie an einen Verbindungsoffizier des KGB zu übergeben sei“.

Auf diese beiden Anträge reagiert der Vorsitzende Richter Ermin Brießmann unverzüglich. Er regt den Verzicht auf die Ladung von Markus Wolf an. Seine Fürsorgepflicht gegenüber dem Angeklagten Harry Schütt zwinge ihn dazu. Gebe man diesem Antrag statt, so unwahrscheinlich es sei, daß Markus Wolf einer Ladung nachkommen werde, so könne sich das Verfahren gegen Schütt derart in die Länge ziehen, daß man es von dem gegen die drei Mitangeklagten abtrennen müsse. Die Verteidigung des Angeklagten Schütt möge, so empfiehlt es ihr der Vorsitzende, diese Überlegung hinsichtlich dieser und eventueller weiterer Anträge prüfen.

„Das soll nicht ein Druck sein auf die Rücknahme des Antrags“, sagt der Vorsitzende Richter Brießmann, der nun jedoch erfährt, daß die Anträge Markus Wolf und Wladimir Budachin von den acht Verteidigern *aller* Angeklagten getragen werden – und daß es sich nur bei einem dritten, ergänzenden Antrag, den Verteidiger Ignor jetzt vorträgt, um einen Antrag der Verteidiger von Harry Schütt handelt.

Montag, 29. Juli: Die beiden Vertreter der Bundesanwaltschaft sollen zu den Beweisanträgen Stellung nehmen. Aus materiellen Gründen, so Oberstaatsanwalt Ekkehard Kohlhaas, 47, könne der Antrag für Schütt nicht abgelehnt werden. Bei dem KGB-Zeugen sei

**Sein Erfolg ist der Geschmack.** Feine Zungen haben es längst herausgefunden, daß die Natur diesem Mineralwasser etwas Besonderes mitgegeben hat: den besonders guten Geschmack. Wer es kennt, bleibt dabei. Kein Wunder, denn Wasser ist nicht gleich Wasser.



„naheliegend“, daß er unerreichbar sein werde. Dabei sei allerdings die ständige Rechtsprechung des BGH zu bedenken. Er habe sich an den Bundesminister der Justiz gewandt, ob politische Bedenken solchen Anträgen entgegenstünden.

„Zu meinem nicht geringen Erstaunen“ habe man keine Bedenken gegen eine Weiterleitung, auch nicht im Außenministerium. Man sehe das heute offenbar anders als bisher. „Wir haben das zu respektieren – und ich tue das auch.“ Später fragt der Vorsitzende Richter nach der Stellungnahme der Anklage zu den Anträgen der drei anderen Angeklagten. Oberstaatsanwalt Kohlhaas sieht keine Möglichkeit, ihnen entgegenzutreten.

Dienstag, 30. Juli: Der Senat weist Anträge zurück, die gestellt wurden, nachdem bekannt geworden ist, daß das Kammergericht Berlin einen Vorlagebeschluß in Sachen Großmann und andere gefaßt hat. Keine Haftverschonung für Schütt (Großmann und andere befinden sich auf freiem Fuß), keine Aussetzung des Verfahrens bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Der Antrag auf Ladung von Markus Wolf wird hinsichtlich der Brüder Spuhler und des Angeklagten Böttger zurückgewiesen.

Doch was den Antrag des Angeklagten Harry Schütt auf Ladung von Markus Wolf betrifft, so zieht sich der Senat noch einmal zur Beratung zurück. Die dauert ein wenig länger – und endet damit, daß diese Ladung versucht werden muß. Am 9. August, dem Tag, an dem man verkünden wollte, wird man zwei zusätzlich beantragte Zeugen hören. Am 9. September sollen dann die Zeugen Wolf und Budachin erscheinen. Der 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten ist im Gespräch wie kein anderer Strafsenat der Bundesrepublik. Er gewährt einen offenen Ton und Umgang, weil er in seiner Überzeugung nicht zu irritieren ist. Hier ist nun allerdings einmal etwas dazwischengekommen – und man hat sich dem denn doch, nach längerer Beratung, gestellt.

Markus Wolf ist für Hamburg freies Geleit verwehrt worden. Doch da sollte es nur um eine zivilrechtliche Auseinandersetzung gehen. Von ihm könnte ausgesagt werden, daß das von den Spuhlers übermittelte Material nicht an den Warschauer Pakt oder das KGB weitergegeben wurde. Der Münchner Senat hat die Anklage gegen Schütt und Böttger korrigiert, wegen Beihilfe eröffnet, nicht wegen Mittäterschaft. Er hat die Problematik der Strafverfolgung ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter der DDR-Dienste dadurch zu umgehen versucht; eine Problematik, von der der Senat des Berliner Kammergerichts *nicht* meint, daß sie sich so bewältigen läßt:

Die Strafverfolgung der Angeschuldigten läßt sich überzeugend nicht mit der Erwägung rechtfertigen, daß die Aufklärung von Art und Umfang der durch die Hauptverwaltung Aufklärung gegen die Bundesrepublik ausgeübten Spionagetätigkeit auch im Hinblick auf die an die Staaten des Warschauer Paktes vermittelten Erkenntnisse ein erhebliches Interesse besteht . . . Ein derartiges Aufklärungsinteresse ist zwar berechtigt; die Durchführung eines Strafverfahrens ist aber nicht geeignet, dieses Interesse durchzusetzen.

Warum kein freies Geleit für Markus Wolf? Und wenn man das nicht will: Man könnte den internationalen Haftbefehl aufheben, so daß er in Wien gehört werden könnte (oder in Stockholm, wie Ulrich Bauschulte, Düsseldorf, einer der Verteidiger von Alfred Spuhler, außerhalb der Sitzung nicht ohne sanfte Bosheit anmerkt – denn in Stockholm hat Markus Wolf, als er noch im Amt war, mindestens einen Bundesbürger geheim getroffen). Endlich: Warum nicht Markus Wolf in Moskau hören? Alle können heute getrost nach Moskau reisen, auch Bundesanwälte.

Der Angeklagte Alfred Spuhler hat sich ausführlich zu seinen Beweggründen erklärt. 1972 habe er sich entschlossen, zu einem „Revolutionär für den Frieden“ zu werden. Er arbeitete seit 1968 beim BND. Es stand für ihn fest, „daß es dem Westen nicht um die Herstellung des militärischen Gleichgewichts ging. Vielmehr galt der Ausspruch eines amerikanischen Präsidenten: ‚Wir werden sie an die Wand rüsten, bis sie quietschen.‘“ Im Westen sei „die Angst der Bevölkerung vor einer angeblichen östlichen militärischen Überlegenheit“ geschürt, den Menschen „ständig eine östliche Angriffsgefahr“ vorgegaukelt worden.

Die Dienste der Bundesrepublik sind Verlierer der Vereinigung. Was haben sie alles nicht bemerkt, nicht entdeckt, nicht gewußt. Gegen die Spione, die nach der Vereinigung gestellt werden konnten, wird nicht in einer Ruhmeshalle der Dienste verhandelt. Alfred Spuhler konnte sich in Dresden und in Budapest mit den Generalen Wolf und Großmann treffen und diskutieren und sogar seinen Bruder mitbringen, der als sein Kurier fungierte. Möchte man es denen von der HVA heimzahlen, daß sie so furchtbar erfolgreich waren?

Energie

# Ohne Tank in den Busch

**Mit einem Solarboot erregt ein süddeutscher Forscher weltweit Aufsehen bei Naturschützern und Schiffahrtsunternehmen.**

Leise summend gleitet das Boot über den Bodensee, vorbei an den Seglern, denen kein Lüftchen in die Takelage weht. Am Steuerrad sitzt, bei strahlender Sonne, ein bärtiger Professor: Christian Schaffrin, 43, der Erfinder des Solarboots.

Mit dem fast lautlosen Wasserfahrzeug, das bis zu sechs Passagiere beför-



**Solarboot-Prototyp „Korona“:** „Sie kommen immer wieder nach Hause“

# ENDLICH REAGIE
# MENSCHLICH.



# RT ELEKTRONIK

Mit der Dynax 7xi haben Sie ein Steuerungssystem zu einer neuen Perfektion von Bildern in der Hand.

Denn sie ist die erste einer neuen Generation von Autofokus-Spiegelreflexkameras, gesteuert durch Fuzzy-Logic-Control.

Fuzzy-Logic ist eine Revolution in der Mikroelektronik und bedeutet, daß Computersysteme nicht nur eindeutige Steuerbefehle wie ja oder nein verarbeiten.

Künstliche Intelligenz kann jetzt erstmals ähnlich reagieren wie die menschliche: Informationen gegeneinander abwägen und flexibel entscheiden.

Das heißt, der Mikrocomputer der Dynax 7xi verarbeitet die elektronischen Signale von Autofokus- und Belichtungsmessung zu viel differenzierteren Steuerbefehlen.

Und das bedeutet, daß Sie und Ihre Kamera auch auf unvorherzusehende Situationen ungeahnt schnell und präzise reagieren können: Auf plötzliche Tempoänderungen des Motivs. Und – was bei Autofokuskameras bisher undenkbar war – auch auf plötzliche Richtungsänderungen.

Kaum auszudenken: Mit all dieser hochentwickelten Elektronik funktioniert sie so einfach, daß jeder Mensch damit umgehen kann.

MINOLTA




DYNAX 7xi

dern kann, schippert Schaffrin im Sommer mehrmals wöchentlich mit Besuchern los. Fährunternehmer und Naturschützer, Stromkonzerne und Universitäten interessieren sich für seine 7,2 Meter lange „Korona“.

Seit drei Jahren erforscht Schaffrin an der Fachhochschule Konstanz, projektgünstig am Bodenseeufer gelegen, die nautische Nutzung der Solarenergie. Mit seinem Wasserfahrzeug, nach dem Strahlenkranz der Sonne benannt, hat der Professor für Elektrische Energietechnik und Leiter des Instituts für Innovation und Transfer den weltweit ersten serienreifen Prototyp eines Solarbootes geschaffen.

Noch in diesem Sommer kommt eine nach Schaffrins Erkenntnissen gebaute Solaryacht für 100 000 Mark auf den Markt. In Österreich und der Schweiz, in Japan, Afrika und Amerika sollen Sonnenboote nach dem Muster der „Korona“ eingesetzt werden. „Es kommen laufend Anfragen“, sagt Schaffrin, „wir sind weltweit an der Spitze.“

Längst beschäftigen sich nicht nur Kellertüftler und Garagenbastler mit der Fortbewegung per Sonnenkraft:

- ▷ Im letzten Sommer schickte der japanische Solarzellen-Hersteller Sanyo Electric den Sonnensegler „Sun Seeker“, der seinen lichtbetriebenen Propeller nur zum Aufstieg nutzt, auf einen Langstreckenflug über 3000 Kilometer von Kalifornien nach North Carolina.
- ▷ Im elsässischen Mülhausen läuft seit Februar der erste Solarbus. Er transportiert 50 Fahrgäste mit Tempo 25 und einer Reichweite von 75 Kilometern.
- ▷ In Kassel und dem schweizerischen Örtchen Liestal bei Basel öffneten die ersten Solartankstellen für Elektromobile, denn Strom statt Sprit wird mehr und mehr gebraucht: Konzerne wie General Motors, Peugeot, Citroën und BMW entwickeln E-Mobile – für den Fall, daß die Innenstädte für herkömmliche Autos gesperrt werden.
- ▷ Der japanische Automobilkonzern Toyota (Werbespruch: „Nichts ist unmöglich“) hat ein 210 Kilo leichtes einsitziges Solarauto („RaRa II“) entwickelt, das eine Höchstgeschwindigkeit von 44 Stundenkilometern erreicht und derzeit bei Solarmobil-Rennen getestet wird.

Das Boot, meint Schaffrin, eigne sich noch besser für den fotoelektrischen Antrieb: Die Fortbewegung im Wasser erfordere, wegen der geringen Reibung und des Fehlens von Höhenunterschieden, den geringsten Energieaufwand. Und Fläche für die Fotozellen sei auf einem Schiff in Fülle vorhanden.



**Solarboot-Erfinder Schaffrin:** „Wir sind weltweit an der Spitze“

Die zahlreichen Anfragen zeigen, meint Schaffrin, ungeahnte Einsatzmöglichkeiten. In Berlin und auf den Brandenburger Gewässern, wo gut 50 000 Boote liegen, will ein Wohnboot-Vermieter ins Solargeschäft einsteigen, um bei den zunehmenden Verboten von Kraftstoffmotoren auf Binnengewässern für Freizeitkapitäne Alternativen zu bieten.

Die Transportunternehmer im untergangsgefährdeten Venedig interessieren sich für sonnenbetriebene Gondeln, die an die Stelle der lärmenden und stinkenden Linienboote („Vaporetti“) treten könnten. In der Türkei sollen emissionslose Schiffe nach Schaffrins Muster ein geschütztes Lagunengebiet befahren.

Solare Chancen sieht der Forscher auch für Ausflugs-, Forschungs- und Patrouillenschiffe in bedrohten Öko-Revieren. Und in der Dritten Welt, etwa in den endlosen Wassern des Amazonas, sei ein von Sonnenenergie angetriebenes Boot dank unbegrenzter Reichweite konkurrenzlos: „Auch wenn es keine Tankstelle gibt, können Sie in den Busch fahren und wissen, Sie kommen wieder nach Hause.“

Die meisten Boote auf Binnengewässern, sagt Schaffrin, seien „solarfähig“: Passagierschiffe für bis zu 50 Personen, kleine Lastkähne, Fischerboote – „da sind erhebliche Potentiale drin“.

Sein eigenes Wasser-Vehikel ist führerscheinfrei zu steuern, dank eines 3-PS-Elektromotors. Das Boot hat Erfinder Schaffrin eigens für den Sonnenbetrieb konstruiert, stromsparend bis hin zum handbetriebenen Scheibenwischer. Der Rumpf wurde widerstandsarm ausgelegt, ein Computer steuert die Stromversorgung aus Kollektoren und den zehn Batterien. Bei einer Kollektoren-Fläche von knapp zehn Quadratmetern erreicht die „Korona“ eine Höchstgeschwindigkeit von zwölf Stundenkilometern. Mit Batteriestrom kommt sie 70 Kilometer weit, bei Sonnenschein ist die Reichweite unbegrenzt.

Daß Schaffrin mit seiner Technik richtigliegt, beweisen die Pokale in seinem Büro: Die „Korona“ gewann 1988, gegen eine starke Konkurrenz von Freizeit-Tüftlern, die erste Solarboot-Regatta der Welt auf dem Neuenburger See in der Schweiz, ein Sonnenboot-Rennen 1989 auf dem Lago Maggiore und eine Drei-Seen-Tour in der Schweiz im vergangenen Jahr. Nur einmal, bei der schweizerischen Tour de Sol 1989, wurde sein Sonnenschiff von einem für Rennzwecke konstruierten Solarkanu geschlagen.

Die Vorzüge seiner Konstruktion sieht Schaffrin in den Langstrecken-Qualitäten: 4500 Kilometer hat die „Korona“ in den letzten drei Jahren schon zurückgelegt – „ohne jeden technischen Ausfall“. Und das nicht nur bei strahlender Sonne: Zwei Drittel der Solarenergie, die in hiesigen Breiten die Erde erreicht, kommen an bedeckten Tagen hernieder, reichen aber dennoch aus, ein Solarboot zu betreiben.

Deshalb war Schaffrin auch nicht erstaunt, als er mit Solarboot-Fans aus der südenglischen Wasserlandschaft The Broads über den Bodensee schipperte. Den sonnigen Optimismus der Briten („Die haben sich das ernsthaft überlegt“) fand er keineswegs spleenig. Selbst im regnerischen Inselreich sei ein Sonnenboot zu bewegen: „Ich hab' da keine Bedenken.“

# „Oma darf nichts wissen“

In Deutschland leben 20 000 bis 30 000 Kinder drogensüchtiger Eltern – kaum jemand kann ihnen helfen

Als seine Mutter noch an der Nadel hing, fand Andreas, 13, das Leben gar nicht so schlecht: „Wenn sie breit war, war's mir recht, ich konnte dann machen, was ich wollte.“

Nachts blieb der Junge auf der Straße, solange er wollte. Das Abendessen, am liebsten Pommes, holte er sich vom Kiosk unweit der Dortmunder Stadtwohnung, wo er mit seiner Mutter lebte. Wenn die 32jährige Frau, die einen Job als Warenkontrolleurin hatte, nach Hause kam, brachte sie ihrem Sohn immer noch einen Videofilm mit, Horror oder Komödie, ganz wie er es wünschte.

Die Zeiten sind vorbei. Andreas lebt gemeinsam mit seiner heroinsüchtigen Mutter in einem Therapiezentrum – ein seltener Fall.

Kinder drogensüchtiger Eltern sind in Deutschland meist mit sich allein gelassen. Auf 20 000 bis 30 000 schätzen Experten ihre Zahl. Machtlos müssen Sozialarbeiter und Pädagogen zusehen, wie der Fixer-Nachwuchs verwahrlost und, nicht selten, selber in die Drogenszene hineingezogen wird.

Es ist die erste Nachfolgegeneration seit Beginn der Drogenwelle Ende der sechziger Jahre. Die Junkies, die sich damals erst mit Shit und dann mit härteren Sachen volldröhnten, wollten mit einem bürgerlichen Familienleben nichts zu schaffen haben.

Doch auch sie bekamen Kinder. Die Ältesten sind heute 15 bis 20 Jahre alt.

Als Andreas zur Welt kam, glaubte seine Mutter, sie habe ihre Drogensucht lange hinter sich gelassen. Als Jugendliche hatte sie ein paar Jahre lang Heroin gespritzt. Dann aber lebte sie zehn Jahre lang ohne illegale Drogen.

Vor vier Jahren wurde die Frau rückfällig. Sie arbeitete tagsüber in der Fabrik, nachts beschaffte sie sich das Geld für den Stoff. Dem meist unbeaufsichtigten Sohn, der im Alter von elf Jahren abends allein ins Bett ging und morgens allein aufstand, sich allein anzog und auf den Weg in die Schule machte, erzählte sie Ausreden.

Eines Tages entdeckte Andreas, daß seine Mutter süchtig ist. Er traf sie in der Küche, als sie die Spritze noch am Arm hatte. So kam alles heraus.

Von da an gab es keine Heimlichkeiten mehr. Andreas, selber nicht süchtig, wußte bald, daß 60 Mark „teuer für ein Päckchen“ ist und wie der Stoff in einem Löffel gemischt und aufgekocht wird. Und er kennt einige der Fixer, die regelmäßig „auf der Platte“ herumhängen, wie der Dortmunder Szene-Treff am Platz von Leeds heißt.

Die Kids, die sich da herumtreiben, sind schon fast verloren. Sozialarbeiter wissen, daß den Kindern nur zu helfen ist, wenn den Eltern geholfen wird. Doch die wenigsten von ihnen lassen sich zu einer Therapie bewegen.

Die Erwachsenen fürchten, bei einem Abbruch automatisch als Süchtige und damit als Risikoeltern erfaßt zu werden. Aus Angst davor, daß sie das Erziehungsrecht für ihre Kinder verlieren, versuchen sie, „unauffällig“ zu bleiben um jeden Preis: nur nicht als Drogenkonsument oder Prostituierte aufgegriffen werden, nur nicht in die Dateien der Behörden geraten.

Gegenüber der Isolation, in die sich solche Familien in ihrer Not begeben, sind Jugendämter machtlos. Relativ selten bekommen Jugendbehörden Hinweise auf gefährdete Kinder – etwa wenn Krankenhäuser melden, eine süchtige Frau habe bei ihnen entbunden. Auch besorgte Nachbarn und Familienangehörige wenden sich zuweilen an die zuständigen Sozialarbeiter.

Doch Nachfragen bei den Eltern führen meist nicht weiter. „Es wird bagatellisiert, verheimlicht, gelogen“, berichtet Claudia Maaser, 41, im Jugendamt zuständig für den Hamburger Stadtteil St. Georg. Bis abhängige Eltern tatsächlich das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren, muß viel passieren. Oft dauert es Jahre, bis Sozialarbeiter die Ergebnisse regelmäßiger Besuche und Befragungen vorlegen und gerichtskundig machen, daß „für das Wohl des Kindes Gefahr im Verzug ist“, wie es amtlich heißt.

Erika Watzka, Sozialarbeiterin in St. Georg, sagt ihren Klienten denn auch unverblümt, wie die Dinge stehen: „Die Drohung, das Kind wegzunehmen, ist ein pädagogisches Mittel. Damit ist es mir sehr ernst.“

Kinder, die von ihren süchtigen Eltern getrennt werden, kommen bei den Großeltern, bei Pflegeeltern oder im Heim unter. Adoption gilt als eines der letzten Mittel.

In Hamburg zum Beispiel haben seit Anfang



**Kind in der Drogenszene***: Spiele mit abgebundenem Arm

* Im städtischen „Café Fix“ im Frankfurter Bahnhofsviertel.

## ES GIBT VIELLEICHT EINE ALTERNATIVE, DIE STEHT ABER SCHON FAST VOR JEDER VILLA.




**turbo ds** Limousine und Station-Wagon
4-Zylinder, Turbo-Diesel
2500 cm³, 85 kW (115 PS), 195/190 km/h

**i.e.** Limousine
4-Zylinder
1995 cm³, 85 kW (115 PS), 190 km/h

**i.e. 16v** Limousine und Station-Wagon
16-Ventiler, 4-Zylinder
1995 cm³, 104 kW (141 PS), 202/200 km/h

**turbo 16v** Limousine und Station-Wagon
16-Ventiler, 4-Zylinder
1995 cm³, 130 kW (177 PS), 222/212 km/h

Leonhardt & Kern

3103200 Sonderausstattung: Metallic-Lackierung, Leder-Innenausstattung, Radio

# „Habe Angst, sie stirbt“

SPIEGEL-Interview mit der zehnjährigen Sina

**SPIEGEL:** Seit wann weißt du, daß deine Mutter Drogen nimmt?

**SINA:** Zum erstenmal hab' ich's gesehen, da war ich fünf. Wir haben bei Bekannten übernachtet. Ich habe gespielt und dann heimlich durch die Wohnzimmertür geguckt. Da hatten sie die Spritzen und alles. Erst dachte ich, da ist ein Arzt, und das sind Medikamente, und jemand ist krank. Am nächsten Tag habe ich die Mama gefragt, was das war.

**SPIEGEL:** Was hat sie dir geantwortet?

**SINA:** Sie sagte, daß ich noch nicht alt genug bin, um mir das zu erklären. Da habe ich gedacht, daß das was Gefährliches ist.

**SPIEGEL:** Hast du jemandem davon erzählt?

**SINA:** Ich hab's niemandem verraten. Auch nicht meiner besten Freundin. Wer weiß, was sie sonst von mir denkt.

**SPIEGEL:** Woran hast du denn gemerkt, wenn deine Mutter Drogen genommen hat?

**SINA:** Ich hab's sofort gesehen, wenn sie so mit dem Kopf genickt hat. Sie hat mich dann weggeschickt. Da war ich sauer. Ich wollte lieber bei ihr sein.

**SPIEGEL:** Was heißt das für dich, wenn einer Drogen nimmt?

**SINA:** Daß man immer Geld braucht, um sich die zu kaufen. Meine Mutter kannte eine Frau, die das verkauft hat. Das war in der Nähe von einem Eisladen. Die Mama hat mir dann immer vier Mark gegeben und gesagt, kauf dir ein Eis und komm ganz langsam zurück. Sie hat nicht gesagt, warum, aber ich wußte es ja sowieso.

**SPIEGEL:** Glaubst du, daß du jemals Drogen nehmen wirst?

**SINA:** Ich habe mir fest vorgenommen, nicht zu rauchen und keine Drogen zu nehmen. Mama hat gesagt, daß es furchtbar schwer ist, damit wieder aufzuhören. Ich glaube das auch. Das ist eine Sucht, davon kann man nicht loskommen. Aber die Mama hat einen Freund, der ist doch davon losgekommen. Deshalb glaube ich, daß es vielleicht doch geht.

**SPIEGEL:** Was hast du gemacht, wenn es deiner Mutter schlechtging?

**SINA:** Ich wollte ihr immer helfen. Sie hat mir so leid getan. Ich habe ihr dann Tee gebracht oder eine Tomate aufgeschnitten.

**SPIEGEL:** Gibt es etwas, wovor du dich in der Zukunft fürchtest?

**SINA:** Wenn die Mama die Therapie abbricht, weiß ich schon, was kommt. Ich weiß zwar nicht genau, wie gefährlich das genau ist, aber ich habe Angst, daß sie stirbt, wenn sie wieder anfängt. Sie hat mir ganz doll versprochen, daß sie's nicht wieder tut.

**SPIEGEL:** Gefällt es dir hier in Hohehorst?

**SINA:** Am Anfang wollte ich gleich wieder weg. Meine Freundinnen sind ja alle in Berlin, und ich kann mich nicht mit ihnen verabreden. Aber ich hatte auch Angst, daß die Mama geht. Sie muß doch dableiben, wegen der Therapie.

**SPIEGEL:** Was hat sich für dich hier geändert?

**SINA:** Ich bin in der Schule ganz schlecht geworden. Dafür ist die Mama jetzt öfter da. Sie erlaubt jetzt mehr und meckert nicht mehr soviel.

**SPIEGEL:** Freust du dich auf die Zeit, wenn die Therapie vorbei ist?

**SINA:** Ich stelle mir vor, daß es dann bei uns so ist wie bei meiner Freundin. Daß wir ein Auto haben und eine Wohnung mit richtigen Möbeln.

letzten Jahres acht Kinder drogenabhängiger Mütter per Adoption neue Eltern gefunden. Vier Adoptionen setzte das Jugendamt gegen den Willen der Frauen durch.

Aus Angst, ihre Eltern zu verlieren, schweigen auch die Kinder. Selbst die Größeren seien „total loyal“, berichtet Josh von Soer, Leiter der Hamburger „Palette“, wo viele süchtige Eltern betreut werden, denen der Arzt regelmäßig eine Ersatzdroge verschreibt. Die Kinder der Klienten, sagt Soer, würden sich oft „wie Komplizen“ verhalten. Niemand erfährt etwas von ihnen – „auch die Oma darf nichts wissen“.

Nicht selten geht die Komplizenschaft bis zum Rollentausch. Die Kleinen sorgen für die Großen. Diesem Phänomen, das sich ähnlich bei Kindern von Alkoholikern und Tablettensüchtigen zeigt, sind der Drogentherapeut von Soer, 44, und die Journalistin Irene Stratenwerth, 37, bei Recherchen für ihr Buch „Süchtig geboren“, das im Herbst erscheint, immer wieder begegnet**.



**Milieukinder Sina, Andreas, Dennis*:** „Wie Komplizen“

Die Kinder wußten zum Beispiel, wo die Spritze und Medikamente lagen. Für „Notfälle“ hatten sie kleine Mengen Heroin gebunkert. Sie verwalteten nicht selten das Geld und pflegten die Eltern gesund, wenn die krank wurden.

Die verdrehten Verhältnisse bringen nach Beobachtungen von Sozialarbeitern bei vielen der Kinder das Erwachsenenbild völlig durcheinander. Gegenüber den Großen sind solche Kinder

* Im Therapiezentrum Hohehorst bei Bremen.

** Josh von Soer / Irene Stratenwerth: „Süchtig geboren – Kinder von Drogenabhängigen“. Rasch und Röhring-Verlag, Hamburg; 208 Seiten; 28 Mark.

entweder übertrieben mißtrauisch oder vollkommen distanzlos.

Bei Kleinkindern aus dem Drogenmilieu beobachteten Betreuer oft Verwahrlosungserscheinungen. Sie kennen keine Spiele und Farben und wissen nicht mit Schere und Papier umzugehen. Eine Therapeutin: „Von den Kleinen waren manche noch nie außerhalb eines Gitterbetts."

Das Verhältnis zwischen suchtkranken Eltern und ihren Kindern zu verbessern, wird nur von wenigen therapeutischen Einrichtungen versucht. Von den 200 therapeutischen Wohngemeinschaften Deutschlands, in denen Junkies von Sozialarbeitern betreut werden, sind nur etwa 20 Einrichtungen zur Aufnahme von Kindern bereit. Für sie stehen nach Angaben des Fachverbandes für Drogen und Rauschmittel in Hannover insgesamt 150 Plätze zur Verfügung.

„Sind die Kinder schon schulpflichtig", berichtet der Hamburger Sozialarbeiter Hans-Jürgen Thiesen, „wird es besonders schwierig, einen Platz zu ergattern." Die Wartezeit beträgt nicht, wie sonst in der Bundesrepublik, drei Monate, sondern nicht selten ein Jahr.

In einem der wenigen Therapiezentren für Eltern und Kinder, in Hohehorst bei Bremen, kam auch der Dortmunder Andreas mit seiner Mutter unter. In der Klinik gibt es ein richtiges „Kinderhaus", wo Erzieher zur Zeit 13 Kinder betreuen.

Die Kinder, die dort aufgenommen werden, so Hanni Renken, 40, therapeutische Leiterin in Hohehorst, haben fast ausnahmslos „süchtige Verhaltensmuster entwickelt".

**Heroinsüchtige mit Baby:** Zittern, Schwitzen, schrilles Schreien

Bei manchen äußert sich das im Spiel. Der Hohehorster Erzieher Thomas Meyer, 28, berichtet von Heimkindern, die „dealen" oder „Druck setzen" spielten – mit abgebundenem Arm.

Kleine Heimlichkeiten der Kinder sind nach den Erfahrungen der Betreuer oft ein Indiz für latente Drogenanfälligkeit. So entdeckte ein Erzieher bei Sina, 10, eine angerauchte Zigarette in der Nachttischschublade. Dabei hatte das Mädchen, dessen 34jährige Mutter nicht nur drogensüchtig, sondern auch HIV-positiv ist, fest versprochen, „nie zu rauchen und keine Drogen zu nehmen" (siehe Interview Seite 72).

In „ganz frühen Störungen" hat der Suchttherapeut und Theologe Helmut Schwehm aus Lustadt in der Pfalz immer schon starke Mitverursacher der Sucht seiner Klienten gesehen. Schwehm ist überzeugt: „Die Wahrnehmung der Lebensumstände der abhängigen Mutter prägt von Anfang an. Da wächst ein gestörtes Weltbild."

Tatsächlich werden viele Kinder von Beginn an schonungslos mit der Droge konfrontiert. In Frankfurt beispielsweise sind bei den bis zu 600 Junkies der Szene „plötzlich auch immer ein paar kleine Kinder dabei", wie die Sozialarbeiterin Birgit Wichelmann-Werth, Leiterin der Drogenberatungsstelle „Kassandra", seit einem Jahr registriert. In Berlin und Hamburg ist es nicht anders.

Viele dieser Kinder wurden wegen der schlechten körperlichen Verfassung ihrer Mutter zu früh geboren. Die meisten kamen süchtig auf die Welt und litten in den folgenden Tagen und Wochen unter Entzugserscheinungen. Typische Anzeichen bei Neugeborenen: Unruhe, Zittern, Schwitzen und schrilles Schreien.

Heroinbabys gelten als anfälliger für Krankheiten und Infektionen und bleiben in den ersten Jahren sogenannte Risikokinder. Die meisten einschlägigen Erfahrungen in der Bundesrepublik hat bisher die Universitätsfrauenklinik in Berlin-Charlottenburg gesammelt. Das erste Baby einer Drogensüchtigen wurde dort 1972 versorgt. Seither haben die Ärzte etwa 160 Kinder betreut. Die meisten der kleinen Patienten waren selber süchtig.

Häufig verschweigen werdende Mütter in der Klinik ihre Sucht. Die Frauen reduzieren den Drogenkonsum während der Schwangerschaft, so gut es geht. Anzeichen eines solchen Entzugs werden nach der Geburt von den Ärzten oft nicht erkannt.

Doch das Risiko für die Babys solcher Mütter ist nach Einschätzung des Münchner Gynäkologen Manfred Stauber, in der Uniklinik Spezialist für heroinsüchtige Schwangere, besonders hoch: „Mir ist unwohl, sie den Müttern wegzunehmen. Aber eine süchtige Frau kann ihr Kind nicht versorgen."

Betreuungseinrichtungen für heroinabhängige Mütter und deren Kinder sind mit Erfolg zuerst in der Drogenmetropole Amsterdam erprobt worden. Bereits 1986 eröffnete dort das erste Büro für „Kinder drogenabhängiger Eltern" (KDO).

Im Büro koordiniert Ankie Baller, 44, die Zusammenarbeit von Ärzten, Jugendamt, Drogenberatung, Polizei und Justiz in einem „eng vernetzten System". Wird ein Kind nicht mehr zu den vereinbarten Kontrollen gebracht, organisiert das KDO eine „Konferenz" zwischen allen Beteiligten, um die „Basisversorgung" zu garantieren. Heute gibt es KDOs in beinahe jeder größeren Stadt des Landes.

Um sogenannte Untertaucher, Eltern, die nicht vom KDO erreicht wurden, aufzufangen, eröffnete in Amsterdam vor einem Jahr auch das „Dagcentrum voor Ouders en Kinderen", ein Tageszentrum für Eltern und Kinder. Dort sollen Junkies den Umgang mit Kindern lernen. Ien Jansen, 40, Chefin des Hauses: „Die Kinder müssen im Leben der Eltern an die erste Stelle rücken, vor die Droge."

Der Versuch, das Amsterdamer Modell nachzumachen, stieß in Hamburg zunächst auf amtliche Widerstände.

Nun aber werden Mitarbeiter der Drogenhilfe „Palette" doch vom nächsten Jahr an spezielle Hilfe anbieten. Der Lustadter Therapeut Schwehm ahnt, welche Hilfsangebote sonst für die allein gelassenen Kinder bereitstehen: „die Dealer und Zuhälter des Straßenstrichs". ◄

Affären

# Verführt zum Falschspielen

**Zweifelhafte Zockerkontakte, Urlaub auf Unternehmerkosten, dubiose Doktorehren – Stuttgarts Wirtschaftsminister Hermann Schaufler (CDU) gerät ins Trudeln.**

Schön schummrig ist es in der „Madame-Bar" zu Reutlingen am Fuße der Schwäbischen Alb: Rotlicht, kleine Nischen, aus den Lautsprechern haucht es: „Shalala, I love you."

Auf der kleinen Bühne neben dem Eingang lassen die Damen des Hauses bisweilen die Hüllen fallen. Wenn es nach Hermann Schaufler, 44, gegangen wäre, heute Wirtschaftsminister im nahen Stuttgart, hätte das Personal noch ein bißchen freizügiger sein dürfen.

Der Christliche Demokrat setzte sich 1977 dafür ein, daß in dem Lokal, das früher für seine köstlichen Schnecken bekannt war und in dem zuweilen gegrillte Ameisen gereicht wurden, auch die Mädchen hinter der Theke unbekleidet werkeln dürfen. Doch das Ordnungsamt lehnte ab – aus hygienischen Gründen.

Rein rechtlich betrachtet, war Schauflers Vorstoß als Anwalt des Barbesitzers nicht ganz sauber: „Ein klarer Verstoß" gegen die Gemeindeordnung und das anwaltliche Standesrecht, urteilt Rüdiger Zuck, 59, Professor für öffentliches Recht und „Berufsrechtspapst" in anwaltlichen Standesfragen. Denn Schaufler war seinerzeit zugleich CDU-Gemeinderat, als solcher dem Gemeinwohl verpflichtet, und er hätte, um Interessenkollisionen zu vermeiden, niemanden gegenüber der Stadt vertreten dürfen.

Das Votum des Standesrechtlers, abgegeben in der vorigen Woche, trifft einen Minister, der in letzter Zeit durch einige weitaus gravierendere Vorwürfe ins Zwielicht geraten ist. Seit er durch die Enthüllungen über seine Rolle in der baden-württembergischen Kasino-Affäre angeschlagen ist (SPIEGEL 28/1991), wird Schaufler fast täglich mit neuen Vorwürfen konfrontiert.

Letzte Woche lieferte er seinen Kritikern gar noch selbst neue Munition: Schaufler enttarnte einen Journalisten, der kritisch über ihn berichtet hatte, als ehemaligen verdeckten Ermittler des Landeskriminalamts (LKA) – und erweiterte damit die Front seiner Gegner. Die Polizeigewerkschaft kritisierte die ministerielle Denunziation als „unverantwortlich und skandalös", das LKA leitete eine Untersuchung ein, ob Schauflers Geheimnisverrat den Ex-Kollegen gefährdet.

Als grobe Unwahrheit erweist sich jetzt, was Schaufler noch am Mittwoch letzter Woche auf einer Rechtfertigungspressekonferenz behauptet hatte: „Weder als Anwalt noch als Abgeordneter oder als Mitglied der Landesregierung habe ich etwas Rechtswidriges getan."

„Bruder Leichtfuß" (CDU-Spott) hatte sich offenbar voreilig exkulpiert. Denn als Anwalt in Reutlingen hat er, nicht nur im Falle der „Madame-Bar" und seines Zocker-Mandanten Mihail Sainidis, der Zentralfigur der aktuellen Spielkasino-Affäre, über Jahre hinweg Mandate gegenüber der Stadtverwaltung wahrgenommen und damit gegen Gemeindeordnung und Standesrecht verstoßen.



**Stuttgarter Wirtschaftsminister Schaufler**
„Der ringt sich leicht aus jeder Fahr und Not"

Als Minister hat Schaufler es überdies versäumt, Firmenhonorare vorschriftsmäßig dem Landtagspräsidenten anzuzeigen. Und zu derlei Verstößen gegen Gesetze und Vorschriften, für sich genommen eher Bagatelldelikte, gesellen sich Merkwürdigkeiten und Ungereimtheiten, die dem CDU-Politiker mit dem akkurat gestutzten Vollbart zunehmend Probleme bereiten.

Um den Zockerkönig Sainidis etwa, der 1984 wegen illegalen Glücksspiels verurteilt worden war, kümmerte sich Schaufler auf äußerst merkwürdige Weise – auch außerhalb des bezahlten Mandats, das sich auf Gesellschaftsverträge, Konzessionen und baurechtliche Genehmigungen bei diversen Gemeinden bezog und mit dessen Hilfe Sainidis sein illegales Imperium aufbaute.

Darüber hinaus wirkte Schaufler als Headhunter: Der Politiker vermittelte Sainidis einen ehemaligen CDU-Mitarbeiter und Studienfreund als Geschäftsführer (SPIEGEL 30/1991). In seiner Rolle als Abgeordneter wiederum hat sich Schaufler „persönlich bemüht", für einen Sainidis-Bruder einen Studienplatz in Deutschland zu finden.

Weil Schaufler, der mehrmals wöchentlich mit Sainidis Kontakt hielt, bald merkte, daß in den Kasinos nicht alles mit rechten Dingen zuging, wandte er sich voller Sorge ums Wohlergehen seines Mandanten ans Bundeskriminalamt: Der Politiker setzte sich für eine Modifizierung der Vorschriften ein, „weil deren Regeln die Leute geradezu zum Falschspielen verführen".

Kritik ruft in Stuttgart neuerdings auch Schauflers akademisches Streben hervor: Er bemüht sich seit Jahren um den Titel eines Honorarprofessors. Immerhin ist der Minister alle Semester mal wieder mit einem zweistündigen Lehrauftrag an der Reutlinger Fachhochschule für Technik und Wirtschaft zugegen, über „Öffentliches Recht" beispielsweise. Doch der frühere Wissenschaftsminister Helmut Engler stoppte den Kabinettskollegen: Für einen Professorentitel seien „gewisse Voraussetzungen nötig", und die seien leider „nicht erfüllt".

Jetzt hat Schaufler doch noch einen Titel bekommen. Er ist seit Juni Ehrendoktor der amerikanischen „City University", einer Aktiengesellschaft, deren Deutschland-Beirat er seit 1989 angehört. Bei den Angaben zu seiner Person im Landtagshandbuch hat er diese Mitgliedschaft schamhaft verschwiegen – ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung des Parlaments.

Statt Ehre erntete der Honorardoktor Spott: Die Deutschland-Filiale der „Hochschule" residiert in einem Geschäftshaus in der Mannheimer Fußgängerzone, auf der dritten Etage in Büro Nr. 4 neben der Filiale eines Budapester Fleischwarenwerks und neben einer Handelsagentur. Die Kurse (Englisch für Anfänger, Marketing Management) finden, mangels eigener Räume, im Holiday Inn Hotel statt.

Die Universität verleiht keine normalen Doktortitel, sondern führt im besten Fall zum Grad eines „Master of Business Administration". Selbst den darf in Deutschland niemand führen, weil die Ausbildung nach dem Urteil der Kultusministerkonferenz „auch im weitesten Sinne nicht als wissenschaftsfähig oder hochschuladäquat anzusehen" ist.

Schaufler war recht leicht zu seinem Ehrendoktorgrad gekommen: Er mußte nur im Hochschul-Hauptquartier in Seattle im US-Staat Washington einen Festvortrag vor Studenten halten. Den geistigen Höhepunkt bildete ein Zitat aus Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“: „Wer frisch umherspäht mit gesunden Sinnen, auf Gott vertraut und die gelenkte Kraft, der ringt sich leicht aus jeder Fahr und Not.“

Gottvertrauen scheint Schaufler nun kaum mehr zu helfen. Denn mittlerweile sind Umstände publik geworden, die zusätzliche Zweifel an der Lauterkeit der Ehrenpromotion wecken: Schauflers Ministerium hat sich im Vorfeld der Ehrung auffallend intensiv um einen Zuschuß für ein 300 000-Mark-Projekt der „City University“ bemüht.

Zwar ließ Ministerpräsident Erwin Teufel Ende letzter Woche noch verlauten, er halte an seinem lädierten Wirtschaftsminister fest. Doch die Solidarität mit ihrem Skandalminister fällt den Christdemokraten zunehmend schwer.

Vorige Woche wurde zu allem Überfluß auch noch bekannt, daß Schaufler regelmäßig in der südfranzösischen Villa von Carl-Heiner Schmid urlaubt, einem Freund, Empfänger öffentlicher Gelder und Inhaber des größten Malerbetriebes Europas (fast 1800 Beschäftigte). Da fühlten sich baden-württembergische Kommentatoren doch stark an ihren früheren Ministerpräsidenten erinnert: „Wie seinerzeit bei Späth fügt sich eins zum andern“, notierte die *Stuttgarter Zeitung*.

Späth mußte sechs Tage nach seiner letzten Rechtfertigungspressekonferenz zurücktreten.

Prozesse

# Civil Eng. PH 150

**Kurz vor dem zweiten Prozeß um die Lieferung einer deutschen Giftgasfabrik an Gaddafi werden merkwürdige Justiz-Machenschaften publik.**

Die Besuchergruppe im Städtischen Krankenhaus von Braunschweig hatte es am Donnerstag letzter Woche besonders eilig. Am Krankenbett präsentierte der Mannheimer Staatsanwalt Oskar Gattner dem ehemaligen Geschäftsführer der Salzgitter Industriebau GmbH, Andreas Böhm, 59, den Haftbefehl.

Böhm wurde sofort wegen „Flucht- und Verdunkelungsgefahr“ in die Justizvollzugsanstalt Braunschweig gebracht.



**Hippenstiel-Imhausen, Anwalt Kullen:** Mit Taktik und Tricks ans Ziel

Er sei „dringend verdächtig“, eröffneten ihm die Beamten, von Mitte 1984 bis Ende 1988 an der „Planung und Errichtung“ der Giftgasfabrik im libyschen Rabita (Kodename: „Pharma 150“) „maßgeblich mitgewirkt“ zu haben. Zu jener Zeit gehörte die Salzgitter Industriebau (SIG) noch dem Bund.

Manager Böhm soll darüber hinaus von Jürgen Hippenstiel-Imhausen (Spitzname: „Hippi“), dem damaligen Chef der Imhausen-Chemie (IC) in Lahr, Schmiergelder für Projekte erhalten haben, die IC gemeinsam mit der SIG abgewickelt habe. Das begründe, so der Mannheimer Oberstaatsanwalt Peter Wechsung, den Verdacht der Untreue.

So überwies Hippenstiel-Imhausen, der wegen seiner Beteiligung am Bau der Giftgasanlage in Rabita rechtskräftig zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt worden ist, seinem Duzfreund Böhm offenbar regelmäßig Gelder auf dessen Konto 680 497 beim Schweizerischen Bankverein in Zürich.

Insgesamt 407 500 Mark seien, stellten die Fahnder fest, in den Jahren 1983 bis 1987 auf Böhms Schweizer Konto geflossen, am 10. Oktober 1986 waren es beispielsweise 170 000 Mark – angewiesen mit dem Stichwort: „Civil Eng. PH 150“.

Weil bei einigen Zahlungen schon mal „1. Rate“ vermerkt war, vermuten die Ermittler, daß Böhm noch weitere Geldbeträge auf andere, bislang unbekannte Konten erhalten hat.

Doch nicht nur der SIG-Manager wurde von Hippenstiel-Imhausen bedacht. Auch einige leitende Angestellte von IC sollen bei dem kriminellen Geschäft mit dem libyschen Präsidenten Muammar el-Gaddafi kassiert haben, darunter die Prokuristen Eugen Lang, 47, und Friedrich Schöffel, 68. Diplom-Chemiker Lang soll 450 000 Mark, Maschinenbau-Ingenieur Schöffel 121 500 Mark erhalten haben.

Lang, Schöffel und Rüdiger Berndt, 50, einem weiteren Ex-IC-Prokuristen, sei, so die Ermittler, die „maßgebliche Rolle der Chefkonstrukteure“ von Rabita zugefallen. So war Schöffel der Baustellenleiter in Libyen. Lang, der noch in Untersuchungshaft sitzt, hatte den mit den Libyern abgeschlossenen Vertrag über das Projekt in Wien im September 1984 mitunterzeichnet (SPIEGEL 24/1990).

Alle drei müssen sich von dieser Woche an vor dem Mannheimer Landgericht als Mittäter von Hippenstiel-Imhausen wegen Verstoßes gegen das Au-



**Ex-Salzgitter-Chef Böhm**
„1. Rate“ auf ein Schweizer Konto

ßenwirtschaftsgesetz verantworten – Höchststrafe: drei Jahre.

Anders als im Fall Hippenstiel-Imhausen, dessen Prozeß ganze elf Verhandlungstage dauerte, steht diesmal ein Mammut-Verfahren an. 27 Verhandlungstage sind bereits terminiert, die Staatsanwaltschaft hat mehr als 80 Zeugen vorgesehen.

Langs Verteidiger, der Freiburger Honorarprofessor Gerhard Hammerstein, hegt den Verdacht, daß die Anklage besonderen Eifer an den Tag legt, weil „die Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit unter Druck steht". Auch Schöffels Anwalt Herbert Kutschera will nicht einsehen, daß „bei den einfachen Angestellten jetzt so vorgegangen wird".

Der Lahrer Rechtsanwalt glaubt, „daß die Staatsanwaltschaft jetzt das gutmachen will, was im ersten Verfahren versäumt worden ist". Tatsächlich wies das Hippenstiel-Verfahren Merkwürdigkeiten auf, deren Ausmaß jetzt nach und nach publik wird.

Klammheimlich hatten sich Anwälte, Staatsanwaltschaft und Gericht schon vor Beginn der Hauptverhandlung im Juni vergangenen Jahres darauf verständigt, den „Händler des Todes" (Staatsanwalt Hans-Heiko Klein) zu schonen – die Vereinbarung ist zum Teil sogar in internen Handakten vermerkt.

Für sein „Geständnis", das zuvor mehrmals redigiert wurde, handelte sich der Angeklagte Hippenstiel nicht nur ein „mildes Urteil" ein, wie der baden-württembergische SPD-Landtagsabgeordnete Walter Caroli kritisiert. Die Staatsanwaltschaft verzichtete bei Hippi auch auf weitere Ermittlungen in Sachen „Pharma 150", obwohl sich in einem internen Vermerk Beamte des Bundeskriminalamtes gegen ein solches Vorgehen ausgesprochen hatten. Selbst den Verzicht auf Rechtsmittel verabredeten die Parteien vor der Verhandlung.

Zwar sind Gespräche zwischen den Prozeßbeteiligten zu jeder Zeit außerhalb der Hauptverhandlung möglich, doch Urteilsabsprachen im engeren Sinn, bei denen der Angeklagte der Staatsanwaltschaft sogar ein Geständnis in Aussicht stellt, sind nach Ansicht des Richters am Bundesgerichtshof, Alfons Zschockelt, „nach der zur Zeit geltenden Strafprozeßordnung unzulässig".

„Maßgebliche Grundsätze des Strafverfahrens werden durch den Deal verletzt", argumentiert der frühere BGH-Präsident Gerd Pfeiffer, „oder es wird wenigstens gegen sie verstoßen: Öffentlichkeit, Mündlichkeit, Wahrheitsfindung." Bei einem Handel mit der Gerechtigkeit, glaubt Zschockelt, entstehe leicht der Eindruck, „auch vor Gericht komme man am besten mit Taktik und Tricks ans Ziel".

Mittlerweile bemüht sich auch ein Untersuchungsausschuß in Baden-Württemberg um die Aufklärung des Deals im Prozeß gegen Hippenstiel-Imhausen. Der SPD-Abgeordnete Caroli ist sich „sicher, daß die Prozeßabsprachen mit dem Justizminister abgestimmt waren".

Zwar wies Mannheims Leitender Oberstaatsanwalt Holger Preisendanz vor dem Untersuchungsgremium einen Deal („Das Wort liebe ich gar nicht") in den Bereich der Fabel – doch er hätte es besser wissen müssen.

Am 1. August vergangenen Jahres schrieb Hippi-Verteidiger Rainer Kullen an Oberstaatsanwalt Wechsung: „Ich wiederhole deshalb meine Bitte, die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision entsprechend unserer Verständigung möglichst umgehend zurückzunehmen, damit auch die Verteidigung die Revision zurücknehmen kann."

Stuttgarts damaliger Justizminister Heinz Eyrich (CDU), dessen Haus über alle wesentlichen Schritte im ersten Rabita-Verfahren unterrichtet worden war, teilte den Abgeordneten schriftlich mit, die zunächst eingelegte Revision sei erst nach „eingehender Prüfung" zurückgenommen worden. Der Sozialdemokrat Caroli, der auch im Untersuchungsausschuß sitzt, glaubt nun: „Der will uns wohl Märchen erzählen."

Behördenchef Preisendanz sieht Gerichtsverhandlungen eher von der sportlichen Seite. „Der Gegner", doziert der Mannheimer Chefankläger, „muß nicht immer 5:0, 6:0, 7:0 nach Hause geschickt werden. Auch ein 1:0-Erfolg bringt zwei Punkte in der Tabelle."

Kriminalität

# Altes Geraffel

**Justiz und Polizei scheitern an einer neuen Aufgabe: der Eindämmung von Filz und Vereinigungskriminalität.**

Der Kripo im geeinten Berlin bescherte die neue Zeit neues Handwerkszeug. Lauter „schöne Wartburgs" und „champagnerfarbene Trabis", spottet ein Polizist, schmücken nun den dienstlichen Wagenpark.

Hinzu kommt der Barkas-Transporter, ein im Zweitakt plöterndes Behördenvehikel aus DDR-Tagen, das nun unter der Last beschlagnahmter Aktenkisten ächzt wie seine frustrierten Be-



**Kripo-Fuhrpark in Berlin:** „Mit Steinschleudern gegen High-Tech"

nutzer. Ein Beamter: „Machen Sie mal Dienstreisen in so einer Krücke."

Dabei fallen lange Fahrten, personalaufwendige Kommandounternehmen und ergiebige Beschlagnahmen neuerdings häufiger an. Ende vorigen Jahres wurden 40 Berliner Polizisten zu einer Sonderkommission (SoKo) zusammengefaßt. Die Beamten sollen Delikte einer Spezies bekämpfen, die erst seit dem Fall der Mauer auftritt: die sogenannte Vereinigungskriminalität.

Über Arbeit hat die Sondereinheit nicht zu klagen. Mal hatten die Polizisten 40 Durchsuchungsbefehle an einem Tag zu vollstrecken, mal galt es, aus den Beschlagnahmen an drei Tagen hintereinander 1240 Leitzordner wegzukarren. Meist geht es um Devisenbetrug, illegale Ausschlachtung ehemals Volkseigener Betriebe (VEB)


**Berliner Justizsenatorin Limbach**
Bitte um Personalhilfe aus dem Westen

oder Vermögensschacher unter Ex-Größen der DDR.

Mit der Mauer war für geraume Zeit auch die Strafverfolgung weggebrochen, die Wirtschaftskriminalität konnte ziemlich ungestört erblühen. Schon Anfang des Jahres lagerten bei der Berliner Justiz einschlägige Ermittlungsakten in „mehreren hundert“ Umzugskartons mit je 20 Ordnern à 200 bis 500 Blatt – Tendenz: zunehmend.

Immer öfter fährt die Kripo mit ihrem alten Geraffel den Gaunern hinterher. Die schlecht ausgestatteten Fahnder kommen sich manchmal vor, so ein Beamter, als kämpften sie mit der „Steinschleuder gegen High-Tech“. Obwohl sich die Sonderkommission ausschließlich mit Einheitskriminalität befaßt, gelingt es den Beamten selten, die Delikte auszurecherchieren.

155 Strafverfahren waren bis Ende letzter Woche eingeleitet. Die Täter sollen mehr als 4,5 Milliarden Mark Schaden angerichtet haben. Sichergestellt wurden bisher nur knapp 700 Millionen Mark.

Die hohen Summen sind nicht nur durch zahlreiche kriminelle Großgeschäfte zu erklären, wie sie etwa ein Reichsbahner mit der Veräußerung von 200 Waggons versuchte. Es ist das bisher einzige der Strafverfahren, das, in erster Instanz wenigstens, mit einer Verurteilung endete.

Der größte Anteil an der Gesamtbeute wurde durch sogenannte Transferrubel-Gewinne erwirtschaftet – polizeilich enttarnt sind allerdings erst 57 solcher Deals mit einer Beute von rund 1,5 Milliarden Mark. Nach Ansicht der Staatsanwälte stammt sogar ein großer Teil der 15 Milliarden Mark Überschuß, die im Außenhandel der damaligen DDR mit der Sowjetunion im letzten Jahr erwirtschaftet worden waren, aus Transferrubel-Betrügereien.

Das Schwindelgeschäft mit der im Osten üblichen Verrechnungseinheit für internationale Geschäfte wurde durch eine Schwachstelle im Vertrag über die Währungsunion möglich. Die Lieferung von DDR-Produkten an sowjetische Empfänger aus laufenden Verträgen sollte sichergestellt und zugleich gegen den sowjetischen Währungsverfall geschützt werden. Deshalb durften DDR-Firmen für einen befristeten Zeitraum ihre Transferrubel-Einnahmen zum Kurs 1:2,34 bei der staatlichen Deutschen Außenhandelsbank in D-Mark tauschen.

Das bot Gaunern mit spontan gegründeten Schwindelfirmen die Chance, durch gefälschte Verträge Transferrubel zu schöpfen und hohe Summen der verfallenden Währung in harte Mark zu tauschen. Wie flott es beim Abkassieren ging, zeigt etwa ein Exportgeschäft, das ein jugoslawischer Hilfsschweißer mit einem sächsischen Staatswissenschaftler anschob.

Der Wissenschaftler war Angestellter beim VEB Geophysik Leipzig und als Geschäftsmann bis dahin nur nebenberuflich erprobt: Er unterhielt für ein homosexuelles Publikum eine Kontaktvermittlungsagentur.

Mit Informationen aus seiner Intim-Kartei und über die Angestellten der Technikfirma bediente er darüber hinaus auch noch das Ministerium für Staatssicherheit: Der vielseitige Aufsteiger arbeitete als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) für die Stasi.


**Berliner CDU-Politiker Finkelnburg**
Der Treuhand die Miete verweigert

Mit ihrer neugegründeten Exportfirma landeten der Schweißer und der Offizier dann ein mächtiges Luftgeschäft. Auf fingierten Geschäftspapieren wurde ein Großposten Computer aus der DDR als Ostexport deklariert und abgerechnet. Doch die Computer stammten nicht, wie behauptet, aus DDR-Produktion, sondern aus Singapur. Und die Rechner kamen beim vorgeblichen Empfänger auch gar nicht erst an. Statt auszuliefern, stellte das Duo die Geräte der östlichen Partneradresse lediglich in Rechnung.

Stolzer Scheinerlös, bei der Außenhandelsbank umgerubelt: 143 948 079 Mark. Knapp zwei Drittel davon half der OibE, bei der Polizei geständig, später wieder heranzuschaffen. Die Suche nach dem Rest blieb vorerst ebenso ergebnislos wie die nach den mutmaßlichen Hintermännern.

Bei solchen Delikten mit Stasi-Umfeld sehen sich die Ermittler oft genug im Hintertreffen. Da sei „ein Haufen Krimineller“ am Werke, der „darin ausgebildet wurde, schulmäßig die Bundesrepublik zu schädigen“, klagt ein Staatsanwalt.

Amtliches Mißtrauen konzentriert sich deshalb sofort auf frisch etablierte Geschäftsleute wie einen ehemaligen Generalmajor, der im Handelsregister die Gründung der Berliner Immobilien-Vermittlungs GmbH, Sitz: Allee der Kosmonauten, bekanntgab. Auch eine Gruppe höherer Stasi-Offiziere, die zur Gründung ihrer Grundstücks-GmbH statt Bargeld Personalcomputer unbekannten Ursprungs als Sacheinlage beibringt, bleibt den Augen der Beamten nicht verborgen.

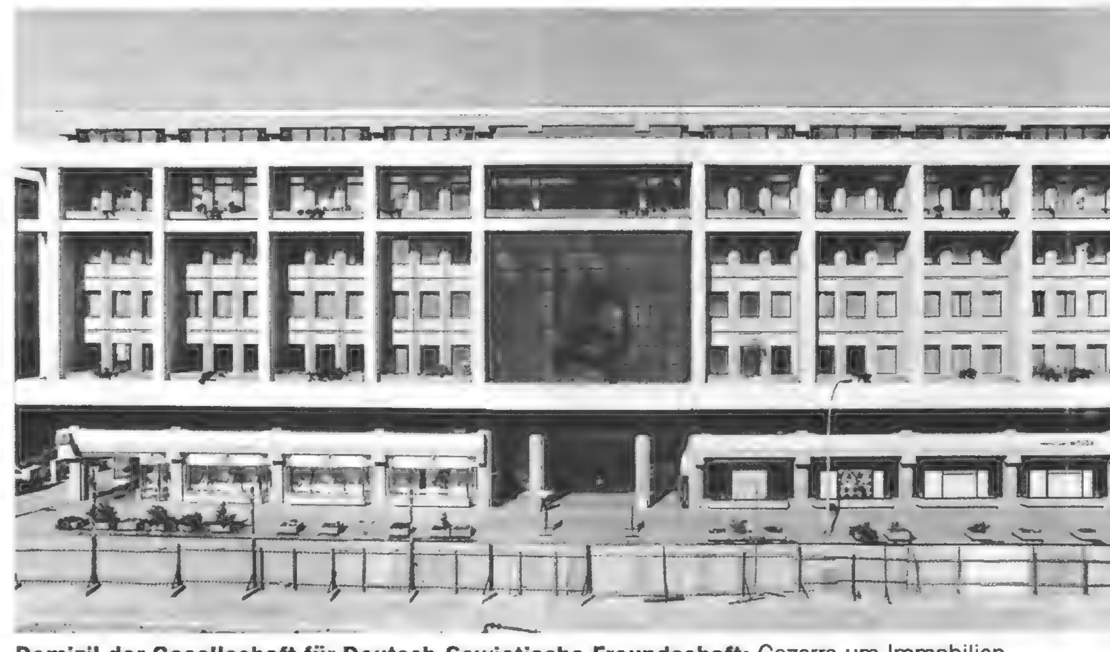
Zu oft schon entpuppten sich die neuen Betriebe als Schutzschilde, hinter denen sich ehemalige Stasi-Leute mit unrechtmäßig abgezweigtem Staatseigentum einrichten.

So ging die Firma Interport aus dem Imperium des einstigen DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski für nur 400 000 Mark an neue Erwerber, obwohl zum Firmenvermögen eine wertvolle Kollektion alter Autos und ein Kontostand von rund 3,5 Millionen Mark gehörten. Hauptzweck des Dumping-Geschäfts: Stasi-Offiziere aus der bisherigen Geschäftsführung sollten in der Betriebsleitung weiterbeschäftigt werden.

Auch illustre Namen aus der West-Berliner Wirtschaft bewegen sich, so ein amtlicher Beobachter, „systematisch ostwärts“ – und geraten nicht selten ins Zwielicht. Es ist der altbekannte Filz, der sich zusammen mit den

halbseidenen Geschäften nach Osten ausbreitet.

So sorgte eine Wiederaufbau-GmbH für Aufsehen: Erst erhielt sie, durch Mithilfe zweier ehemaliger Ost-Berliner Bezirksbürgermeister, Nutzungsrechte an Grundstücken im Zentrum der wiedervereinigten Stadt. Dann verschaffte das Unternehmen den beiden Kommunalpolitikern einen Job und erhielt schließlich noch, durch den Einsatz des früheren Ost-Berliner Oberbürgermeisters Erhard Krack, Zugriff auf ehemals konspirativen Wohnraum der Stasi. Einflußreichster Gesellschafter war die Klingbeil-Gruppe, West-Berlins bekanntester Bauträger.



**Domizil der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft:** Gezerre um Immobilien

Hartnäckig versuchen namhafte Anwälte und Geschäftsleute, den stattlichen Immobilien-Bestand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) ins private Wirtschaftsleben zu bugsieren. Auch die Treuhand-Anstalt, die früheren DDR-Staatsbesitz verwaltet, erhebt seit Monaten Anspruch auf Übernahme des lukrativen Brockens.

Die DSF, die einst über sechs Millionen Mitglieder zählte, brachte im April vorigen Jahres 29 repräsentative Grundstücke in ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Firma Winforma ein, ein buntgemischtes Konsortium ehemaliger Außenhandelsfirmen der DDR.

Eine der Tochterfirmen wird von der mächtigen Frankfurter Bank für Gemeinwirtschaft beherrscht. Gegen eine andere wurde wegen des Verdachts des Transferrubel-Betrugs ermittelt. Und zum Geschäftsführer der Dachgesellschaft, die das DSF-Projekt verwaltet, wurde ein ehemaliger Oberstleutnant der Stasi gemacht.

Die Treuhand kommt an die Einnahmen aus den mittlerweile teuer vermieteten DSF-Häusern nicht heran, obwohl die Immobilien ostdeutsches Staatseigentum waren und die DSF lediglich die Rechtsträgerschaft innehatte. Diese Nutzungsrechte brachte sie als Sacheinlage bei der Firmengründung ein. Den ungewöhnlichen Schritt begründet sie mit einer Expertise, die gleichsam aus dem eigenen Haus stammt: Der Gutachter ist Sozius des Berliner CDU-Politikers und Anwalts Klaus Finkelnburg, der mitsamt Kanzlei im noblen DSF-Domizil Palais am Festungsgraben mitten in Berlin residiert.

Auch Finkelnburg, von Parteifreunden lange Zeit als Chef des künftigen Landesverfassungsgerichts favorisiert, verweigert der Treuhand die Miete: Er zahlt auf ein Hinterlegungskonto.

Daß in Berlin die Aufarbeitung fragwürdiger Geschäfte nicht vorangeht, liegt auch am Personalmangel bei den Gerichten. Die Bitte der Justizsenatorin Jutta Limbach (SPD) um Personalhilfe aus den alten Ländern half bislang nur, die Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Regierungskriminalität aufzustocken.

Die Verfolgung der Einheitskriminalität aber liegt weiter bei der für allgemeine Wirtschaftsdelikte zuständigen Abteilung 23 der Staatsanwaltschaft am Landgericht. Gerade mal sieben Beamte, die zuvor schon kaum mit den Weiße-Kragen-Tätern in West-Berlin zu Rande kamen, sollen nun auch noch die Flut der Einheitskriminalität zusätzlich bewältigen.

Die Zwischenbilanz der Strafverfolger ist denn auch kärglich. Von den „noch offenen Fällen" sind 26 fürs erste einfach beiseite geschoben worden. „Materiellrechtlich gesehen", doziert ein beteiligter Jurist, „könnte man von Strafvereitelung reden."

So bleibt ein Kränzchen verdächtiger Kaufleute einstweilen ungeschoren: Die Herren hatten eine Fracht Elektronikware, die aus importierten Teilen bestand, als Produktion aus der einstigen DDR-Paradefirma Robotron in der Sowjetunion vertrieben und dafür unberechtigt Transferrubel zum Umtausch angemeldet. Staatsanwälte verfaßten zu dem Fall einen Hilferuf auf Amtschinesisch. Auszug:

Die Ausschöpfung aller personellen und organisatorisch/strukturellen Ressourcen der Abteilung 23 und der Hauptabteilung C sowie die äußerst angespannte Geschäftslage der Abteilung 23, in der seit Monaten nur noch mit einem Notplan gearbeitet werden kann, läßt im Hinblick auf die vorrangig zu bearbeitenden Sachen auf unbestimmte Zeit eine Bearbeitung des vorliegenden – neuen – Verfahrens aus dem Komplex der Transferrubel-Verfahren nicht zu.

Es geht dabei immerhin um einen Schaden von 14 Millionen Mark. „Früher", erinnert sich ein Strafverfolger, „wären wir bei solchen Summen erbleicht."

## Gegendarstellung

In der Ausgabe Nr. 25/91 der Zeitschrift DER SPIEGEL wird in dem Artikel „Ein gewisser Schock" unter anderem über mich berichtet. Es heißt, ich hätte am 13. September 1990 den damaligen DDR-Verkehrsminister Horst Gibtner gebeten, beim Aufbau des Raststättennetzes das Hotelunternehmen Van-der-Valk zu berücksichtigen; meine Intervention habe gewirkt, wenig später sei die Hotelkette mit der DDR handelseinig geworden.

Hierzu stelle ich fest: Das damalige DDR-Verkehrsministerium hatte über die Vergabe von Standorten an die Van der Valk-Gruppe bereits am 31. August 1990 in alleiniger Verantwortung und ohne meine Kenntnis entschieden, als über mein Büro am 13. September 1990 die Bitte von Herrn Staatssekretär a. D. Friedhelm Ost um Beschleunigung des Investitionsvorhabens an das DDR-Verkehrsministerium weitergeleitet wurde.

Professor Dr. Günther Krause

Regierungssitz

# Ein Päckchen für Bonn

**In Demos und Aufrufen wehren sich Bonner Bürger gegen die Verlegung des Regierungssitzes.**

Er fühle sich „hilflos, verzweifelt, ohnmächtig“, ruft der junge Mann von der „Meckenheimer Initiative“ über den Bonner Marktplatz. Doch wenn der Sommerurlaub zu Ende sei, spätestens aber nach den nächsten Wahlen, werde man die Stadt von dem schrecklichen Fluch befreien: „Das wird unsere Intifada.“

Bonn ist Jerusalem, und das Rheintal ist der Gaza-Streifen – jedenfalls Donnerstag abends, wenn die Geschäfte langsam schließen.

Dann versammeln sich Tausende Bürger vor der Rathaustreppe, um mit bönnscher Bockigkeit den Aufstand zu proben. „Keinen Finger“ werde man „für die Berliner krumm machen“, versichern sie sich. Und jedem johlen sie zu, wenn er nur feste zetert über die „alten Männer im Wasserwerk“, die ihnen das alles eingebrockt haben.

Petitionen wollen sie schreiben, Klagen führen und „zivilen Widerstand leisten“, damit der unselige Beschluß, der ihr Dasein bedroht, wieder verschwindet. Und jedesmal zum Schluß, alle gemeinsam, stimmen sie mit dem „Vorgebirgs Duo“ in der ortsüblichen Mundart ein trutzig Liedchen an: „Mir blieven, wo me sen, an unserm schöne Ring.“ „De Genscher, de Vogel un de Möllemann“, die könnten „doch jonn“.

Nichts da, auch Genscher und Möllemann sollen in Wahrheit am Rhein bleiben. Von Tag zu Tag glauben die Bonner fester daran, den großen Staatsumzug nach Berlin, den ihnen der Bundestag mit seinem Beschluß vor knapp zwei Monaten eingebrockt hat, doch noch verhindern zu können.

Noch stehe „der Zug im Bonner Bahnhof“, sagt ihnen Klaus Friedrichs, in Personalunion Obermeister der Bonner Baugewerks-Innung, Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung und Organisator der Donnerstags-Demos: „Es liegt an uns, ob er abfährt.“

Damit erst gar nichts ins Rollen kommt, machen die Bonner Druck. Trotz Sommerferien versammeln sich von Donnerstag zu Donnerstag mehr Menschen auf dem Marktplatz. „Auch WIR sind das Volk“, rufen sie dort und fühlen sich wie die Revolutionäre des DDR-Herbstes, die jeden Montag rund um den Leipziger Innenstadtring zogen.

Statt Honecker und Genossen geht es diesmal Weizsäcker und Konsorten ans Leder. Bei den Attacken gegen Berlin-Befürworter, egal wo sie auftauchen, ist man nicht zimperlich.

Das Textilkaufhaus Blömer am Markt zierte seine Auslage einige Wochen lang mit den Konterfeis der schlimmsten Berlin-Protagonisten – von Helmut Kohl über Wolfgang Schäuble bis Willy Brandt – und drapierte sie mit gelbschwarzen Blindenbinden. Eine Werbeagentur nagelte den Porträts dieser Politiker auf einer Schautafel kleine Holzbrettchen vor die Köpfe. Überschrift: „Denn sie wissen nicht, was sie tun.“

Der 20. Juni hat die Bonner zusammenrücken lassen und ihrem Widerstandswillen vielfältige Ausdrucksformen gegeben. Schon einen Tag nach dem Parlamentsvotum hatte die Freiwillige Feuerwehr in einem Bonner Vorort ihre Flagge auf Halbmast gesetzt. In den Ministerien und Behörden wurden schwarz-gerandete Nachrufe auf Bonn verteilt. Ein Bäcker taufte sein „Berliner Brot“ in „Bonner Brot“ um, ein anderer füllte die fettgebackenen „Berliner“ mit Senf statt mit Marmelade.

Bei der Hatz gegen alle Bonn-Gegner wird Pardon nicht mehr gegeben, auch nicht unter Christen. Konsequenterweise forderten die katholischen Kolpingverbände von Bonn, Siegburg und dem Vorgebirge den Rücktritt ihres Zentralratsvorsitzenden Heinz Schemken, weil der in seiner Eigenschaft als CDU-Bundestagsabgeordneter am 20. Juni für Berlin gestimmt hatte.

Das Ziel ist klar: Die Parlamentarier im Bonner Wasserwerk sollen sich so bedrängt fühlen, daß sie ihre Berlin-Entscheidung vom 20. Juni, Bonns „Schwarzem Donnerstag“, zügig revidieren. Nur eine knappe Mehrheit von 18 Abgeordneten hatte damals für das Milliarden-Umzugs-Projekt gestimmt.

Alle Hoffnung setzen die Rheinländer daher auf ein Bonn-Gesetz, das den Juni-Beschluß des Parlaments konkretisieren und die genauen Kosten des Umzugs benennen müßte. „Viele glauben“, so Heinz-Josef Nüchel, Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Rhein-Sieg, „daß den Berlin-Befürwortern dann die Augen überlaufen.“

Manche Bonner kennen keine Schranken mehr. Als CDU-Oberbürgermeister Hans Daniels, ein erwiesener Anti-Berliner, zu sagen wagte, daß die Rheinländer „als Demokraten einen Beschluß, den der Deutsche Bundestag gefaßt hat, akzeptieren“ müßten, kam es aus dem Publikum unmißverständlich zurück: „Der muß weg, der Kerl.“

Längst sind den lokalen Parteifürsten Teile ihrer Basis entglitten. Rund tausend Austritte verzeichneten allein die CDU-Bezirke Bonn und Rhein-Sieg seit Juni. In dieser Szene gilt es als ausgemacht, daß Berlin nur aufgrund schwerer Manipulationen die Mehrheit im Parlament bekam; acht Abgeordnete seien mit 18 Millionen Mark geschmiert worden; und daß es dafür keine Belege gibt, ist Beweis für die Raffinesse der Berliner.

„Wenn wir heute durch Bonns Straßen gehen“, witzelte die linke Stadt-Zeitschrift *Schnüss*, „kommen uns Regierungsräte entgegen, die ihre Tränensäcke kaum mehr tragen können.“ Damit die größte Not beendet werden kann, rief *Schnüss* die Aktion „Helft Bonn – Ein Päckchen für Bonn!“ ins Leben.

Der Spenden-Appell richtet sich vor allem an „die Völker des Ostens“: „Ihr Sachsen und ihr Thüringer, ihr kennt das doch noch mit den Päckchen!“ ◄




**Anti-Berlin-Demo in Bonn:** „Das wird unsere Intifada“


Wir bringen Sie
Wenn es um die Sicherheit seiner Familie geht, ist Karl ganz schön ausgekocht. Sein Geheimrezept: eine feinabgestimmte Versicherung von Wüstenrot für die ganze Familie.
...die Versicherung.
Nur eigener Herd ist Goldes wert. Chefkoch Hubert muß es wissen. Deshalb ist für ihn zur Baufinanzierung auch das Wüstenrot-Ideal-Darlehen das Salz in der Suppe.
...die Bank.


dreimal weiter...
Weil Heinz später nicht gern auf Sparflamme kochen will, legt er seine vermögenswirksamen Leistungen schon jetzt mit einem Wüstenrot-Bausparvertrag an.
...die Bausparkasse.
wüstenrot
Zum Glück berät Sie Wüstenrot.

# „Nur einer sagt, wo's langgeht“

Er wirkt am liebsten unauffällig im Hintergrund, doch auch Wolfgang Schieren konnte nicht verhindern, daß sein Unternehmen in die Schlagzeilen geriet. Auf eigenwillige Weise hat der Allianz-Chef seinen ernannten Nachfolger abserviert. Die Macht, die er so gekonnt zu nutzen versteht, bleibt nun ganz in Schierens Händen.

Es gebe immer verschiedene Möglichkeiten, ein Problem zu lösen, pflegte Wolfgang Schieren zu sagen. „Es darf sich niemand auf den Standpunkt stellen, er allein habe das richtige Konzept.“ Dann lächelte er verbindlich und sah seinen Gesprächspartner mit jenen kalten grauen Augen an, die sich jeden Widerspruch verbitten.

Er nämlich darf es, als einziger offenbar: Der Chef der Allianz hat stets allein die richtige Problemlösung – solange er Schieren heißt jedenfalls.

Das Erstaunliche ist, daß er damit immer wieder und immer noch durchkommt. Wie leicht ihm das fällt, hat Schieren gerade abermals bewiesen, als er seinen bereits bestallten Nachfolger davonjagte, noch ehe der sein Glück so recht fassen konnte. Friedrich Schiefer, 52, hoch gelobter Finanzvorstand des Versicherungskonzerns, wurde von Schieren ausgewählt und von Schieren demontiert.

Es ist ein einzigartiger Fall – beispiellos in der eiskalten Art der Exekution, peinlich für eine Reihe von Beteiligten, enthüllend mit Blick auf das Machtgefüge im deutschen Versicherungs- und Bankgewerbe.

Schieren, 64, der im Oktober vom Vorstand in den Aufsichtsrat wechseln wird, hat bewiesen, daß die Allianz auf ihn zugeschnitten ist und bleibt; die Aufsichtsräte – gestandene Manager aus Banken und Industrie – haben genickt, als Schieren Nicken erbat. Und zusammen haben sie gezeigt, daß es gerade in der sozialen Marktwirtschaft Machtstrukturen gibt, die kaum noch kontrolliert werden können.

Ausgerechnet Schieren, der Mann der diskreten Diktatur, der Wortführer des Schweigens, hat damit die Öffentlichkeit einen Blick auf das erhaschen lassen, was er sonst so gekonnt zu verbergen versteht. Zu erkennen ist eine bestürzende Machtfülle, auf einen Mann konzentriert, und eine Art der Menschenführung, die von Androiden entwickelt sein könnte.



**Allianz-Chef Schieren:** An Widerworte mag er sich nicht gewöhnen

Vielleicht war Schiefer wirklich nicht der Richtige für die Spitze der Allianz; vielleicht hat der Seiteneinsteiger, der Mann von McKinsey, tatsächlich zu wenig Verständnis für die Vertriebsleute, die Verkäufer der Allianz – also das, was Schieren „die Front“ nennt. Niemand, so sagte der Allianz-Boß immer, sollte in seinem Haus eine verantwortliche Führungsposition übernehmen, „der seine besondere Qualifikation und sein Verständnis für die Belange des Außendienstes nicht nachgewiesen hat“.

Nur: Schieren kannte doch seinen Finanzvorstand genau, als er Schiefer im November vergangenen Jahres erklärte, er werde sein Nachfolger. Der Aufsichtsrat, der diesen einsamen Beschluß am nächsten Tag bestätigte, wußte auch, wer Schiefer ist und was er kann.

Ist es denkbar, daß der erfahrene Schieren sich geirrt hat? Ist es möglich, daß er zu jenem gar nicht so kleinen Kreis hoch gelobter Manager gehört, die maßlos überschätzt werden – einfach deshalb, weil niemand genug über sie erfährt?

Wolfgang Schieren ist die auffällig inszenierte Unauffälligkeit, der bescheidene Herr, dessen Gruß schon eine Drohgebärde sein kann. Er wird auf den

meisten Empfängen nicht gesehen, tritt nicht im Fernsehen auf, wimmelt Vorträge ab. Er ist der Mann der leisen Töne, der gewohnt ist und erwartet, daß ihm aufmerksam zugehört wird.

Alles hörte auf sein Kommando, als er Schiefer für den Spitzenposten vorschlug. Und dann rätselten alle, als es „Kommando zurück" hieß.

Sehr schnell wurde das Gerücht gestreut, der Schiefer-Abgang habe etwas mit dessen kranker Frau zu tun. Doch wenn das so wäre, meint ein Allianz-Insider, „müßten die Vorstandsmitglieder deutscher Banken und Industrieunternehmen gleich dutzendweise zurücktreten".

Schiefer war, wie das *manager magazin* in seiner jüngsten Ausgabe berichtet, „wie vom Donner gerührt", als sein Boß ihn am 5. April aufforderte, einer Vertragsauflösung zuzustimmen. Er, Schieren, sei für ein Ende mit Schrekken.

Der gekippte Nachfolger geht nun für Bosch nach Amerika und darf dort weiter rätseln, warum sein Chef ihn verheizt hat. Er muß wohl, wie andere Schieren-Kenner auch, die überraschende Entscheidung allein im Wesen des Allianz-Lenkers suchen.

Offenbar hat sich beim zweiten Nachdenken über den Wechsel an der Spitze bei Schieren mehr und mehr die Erkenntnis verstärkt, daß er mit dem tüchtigen Finanzchef einen zu starken Mann gewählt hat. Er selbst müßte dann künftig als Chef des Aufsichtsrats Widerworte aus dem Vorstand befürchten. Und daran möchte Schieren sich nicht mehr gewöhnen.

Wie kaum ein anderer Wirtschaftsmanager hat Schieren es in den vergangenen 20 Jahren verstanden, Führung und Belegschaft auf seine Person einzuschwören. Mitarbeiter, die dem Chef widersprechen oder die er bei einem Fehler ertappt, läßt er links liegen oder übergeht sie bei anstehenden Beförderungen. „Wer ihm dagegen nach dem Mund redet", berichtet ein Allianz-Mitarbeiter, „macht schnell Karriere."

Außer dem Haftpflicht-Experten Wolfgang Müller muckte in dem siebenköpfigen Gremium kaum jemand auf. Doch Müller verließ Ende vergangenen Jahres den Vorstand. „Jetzt sagt nur noch einer, wo's langgeht, und so passiert's auch", erklärt ein Insider.

Wer ins oberste Führungsgremium des größten europäischen Versicherers (38,3 Milliarden Mark Prämieneinnahmen, 134,4 Milliarden Mark Kapitalanlagen) aufsteigen will, muß erst mal die hausübliche Ochsentour durchmachen. Nach einer Lehrzeit im Außendienst und einem Abstecher in eine Niederlassung wechseln Nachwuchsmanager ins Sekretariat des Vorstandschefs. Dort werden sie von dem Allianz-Chef persönlich getrimmt. Nach einer Bewährungsprobe als Chef eines Konzernunternehmens wandern die übriggebliebenen Anwärter dann, wenn alles gutgeht, in den Holding-Vorstand.

Nicht nur im Vorstand regiert der Allianz-Chef nahezu unangefochten. Auch im Aufsichtsrat seines Unternehmens herrscht „der General", wie Schieren hausintern genannt wird, konkurrenzlos.

In dem 20-Mann-Gremium sitzen Industrievertreter wie Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter und der Bosch-Vorstandsvorsitzende Marcus Bierich. Die Spitzenmanager sollten Schieren eigentlich kontrollieren. Doch nicht sie oder der Aufsichtsratvorsitzende Herbert Grünewald bestimmen die Entscheidungen. In der Regel dominiert der Allianz-Boß, der, anders als andere Vorstandschefs, keine Sitzung ausläßt.

„Bei uns", seufzt ein Teilnehmer resigniert, „überwacht eben entgegen dem Gesetz der Vorstand den Aufsichtsrat." Das Wirtschaftsmagazin *Capital* verhöhnte den Allianz-Aufsichtsrat schon als „prominentestes Ja-Sager-Gremium Europas".

Hätte Schiefer den selbstherrlichen Schieren abgelöst, wäre der Konflikt zwischen Geschäftsführung und Kontrollgremium offen ausgebrochen. Der selbstbewußte McKinsey-Mann hätte kaum akzeptiert, daß der Ex-Allianz-Chef den Konzern als Aufsichtsratsvorsitzender heimlich weiterregiert. Sein jetzt vorgesehener Nachfolger Henning Schulte-Noelle dürfte Schieren dagegen kaum Schwierigkeiten machen.

Schieren selbst muß es zutiefst zuwider sein, daß die Allianz jetzt soviel Anlaß zum Gerede bietet. Er hätte seine Machtspiele, im Hause wie draußen, lieber in aller Stille betrieben.

Ein Musterbeispiel seiner zielstrebigen Politik ist die Beteiligung der Allianz an der Dresdner Bank. Schieren stockte sie, wie vergangene Woche überraschend bekannt wurde, von gut 10 auf 23 Prozent auf. Die Dresdner wiederum ist mit 10 Prozent an dem Versicherungskonzern beteiligt.



**Schieren-Nachfolger Schulte-Noelle**
Kaum Schwierigkeiten zu erwarten

**Schieren-Opfer Schiefer**
„Wie vom Donner gerührt"

Der General schätzt solche Verbindungen. Er kann als größter Einzelaktionär jetzt bei der zweitgrößten deutschen Bank mitreden. Dresdner-Bank-Chef Wolfgang Röller wiederum sitzt im Allianz-Aufsichtsrat und trägt dort zur Verwirklichung von Schierens Strategie bei.

Doch solche persönlichen Allianzen sind nur ein kleiner Nebeneffekt in Schierens großem Spiel. Der eigentliche Grund, sich mit der Bank zu verbünden, liegt viel tiefer. Das Geschäft zwischen Banken und Versicherungen ist längst nicht mehr so fein getrennt, wie es einmal war. Beide kämpfen, mit unterschiedlichen Produkten, um das Geld des Kunden.

Allfinanz hieß vor einigen Jahren das Modewort der Branche. Die Versicherungen wollten Bankgeschäfte anbieten und die Banken Versicherungen. Ein Branchenkrieg schien unausweichlich:

**DIE MACHT DER ALLIANZ**

Die wichtigsten inländischen Beteiligungen der Allianz-Gruppe

✻ = gemeinsam mit der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft

Schwestergesellschaft der Allianz:
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München 25%

seit 1. Juli 1990:
Deutsche Versicherungs-AG, Berlin; hat die Verträge der früheren Staatlichen Versicherung der DDR übernommen 51%




Bayerische Versicherungsbank AG, München 90%✻

Lahmeyer AG für Energiewirtschaft, Frankfurt 24%

DER SPIEGEL

Anteile unter 20 Prozent:

| | | |
|---|---|---|
| Metallgesellschaft AG, Frankfurt ✻ | Heidelberger Druckmaschinen AG Heidelberg ✻ | Hochtief AG, Essen |
| Deutsche Bank, Frankfurt | Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln | Mercedes-Automobil-Holding AG, Frankfurt |
| Commerzbank, Frankfurt | Thyssen AG, Duisburg | MAN AG, München |

Tatsächlich stieg die Deutsche Bank ins Versicherungsgewerbe ein, sie gründete eigens eine Tochtergesellschaft. Das war eine offene Kampfansage an die Allianz. Doch Schieren nahm sie nicht an.

Die Allianz verbündete sich statt dessen mit der Dresdner Bank. Der neue Partner kann die Versicherungen in seinen Filialen vertreiben. Und die Allianz muß keinen teuren Bankapparat aufbauen.

Das Kartellamt ist machtlos, es darf erst bei Beteiligungen von mindestens 25 Prozent eingreifen. So konnte die Allianz unter den Augen der Wettbewerbshüter ihr feingesponnenes Netz über die deutsche Wirtschaft legen.

Der Versicherungskonzern ist inzwischen, direkt und indirekt, an so vielen Firmen beteiligt, daß selbst Insider die Übersicht verlieren. Die Allianz besitzt Anteile an der Thyssen AG und bestimmt die Geschäftspolitik bei MAN. Sie hält 36,5 Prozent an der Chemiefirma Beiersdorf, ihre Schwesterfirma Münchner Rück kontrolliert die Porzellanmanufaktur Hutschenreuther.

Schieren muß es genossen haben, daß die Öffentlichkeit stets die Macht der Banken diskutierte. Von der Allianz redete fast niemand.

Kein Thema ist deshalb bisher, wie Schierens Strategie mit der Marktwirtschaft vereinbar ist. Kaum jemand fragt, wie sehr die Vernetzung der Wirtschaft nach Art der Allianz den Wettbewerb behindert.

Die Allianz hat inzwischen viele Nachahmer gefunden. Die deutschen Wirtschaftsführer haben sich ihr eigenes System geschaffen, sie kontrollieren sich gegenseitig und tun sich nicht weh.

Die deutsche Wirtschaft ist eine geschlossene Gesellschaft geworden. Und ihr Vorsteher heißt Wolfgang Schieren.

Das ist natürlich auch gut fürs Geschäft. Schieren nutzt jede Chance ohne Skrupel. Keine Sekunde zögerte der Allianz-Chef, als er im vergangenen Jahr die alte Monopolversicherung der DDR übernahm. Die negativen Schlagzeilen, das Aufheulen der Konkurrenz konnten Schieren nicht beirren.

Sollte er es etwa ablehnen, daß ihm der Staat auch noch sämtliche Altlasten, die Schulden inklusive, abimmt? Da werden wohl einige Milliarden zusammenkommen. Und sollte er sich beklagen, daß die Allianz für die Neuerwerbung nur 270 Millionen Mark aufzubringen hat?

Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft, ob bei dem Geschäft alles mit rechten Dingen zugegangen ist, und Schieren kann das nicht verstehen. Er verweist auf die hohen Verluste, die seine neue Tochter dem Konzern einbringt.

Den Verlust, in diesem Jahr wohl eine halbe Milliarde Mark, muß die Allianz allerdings nur etwa zur Hälfte tragen, der Staat zahlt mit – die Treuhand ist noch zu 49 Prozent an der Ost-Gesellschaft beteiligt. Zusätzlich muß das Finanzministerium 1,5 Milliarden Mark an die Allianz überweisen, weil die DDR einst mit dem Geld der Versicherten Wohnungen für die NVA und die Sowjetarmee gebaut hatte.

Ein glänzendes Geschäft ist die Ost-Beteiligung allemal. Sie hat der Allianz in den neuen Bundesländern einen strategischen Vorteil eingebracht, den die Konkurrenz kaum mehr aufholen kann. Der Marktanteil des Branchenführers liegt im Osten bei 20 bis 30 Prozent – und damit doppelt so hoch wie in der alten Bundesrepublik.

Schieren hat nun, nach der Expansion der vergangenen Jahre, der Allianz ein langsameres Tempo vorgeschrieben. Die neuen Beteiligungen müssen erst einmal verkraftet werden. Der Allianz-Chef kann wieder, ganz wie er es liebt, im Hintergrund arbeiten.

Aufarbeitung des Erreichten hat die Allianz offenbar auch nötig. An den Börsen fiel die Aktie in der vergangenen Woche durch rutschende Kurse auf. Die Aktionäre sind durch jüngste Zahlen irritiert: Das versicherungstechnische Ergebnis verschlechterte sich von 365 auf 182 Millionen, allein im Inland sackte es von 104 auf 6 Millionen Mark.

Tourismus

# Zweimal verkauft

**Mallorca erlebt einen unerwarteten Boom, die Insel kann die Massen der Touristen gar nicht fassen.**

Der Urlaub war fest gebucht, ein, zwei Wochen auf Mallorca, der Lieblingsinsel der Deutschen.

Nun sitzen sie, auch nicht schlecht, auf Ibiza oder, schlimmer schon, in der Türkei, die bei deutschen Touristen doch gar nicht mehr gefragt ist. Besonders Glückliche allerdings verbringen ihren Urlaub auf Mallorca in einem Edel-Hotel, das sie sich gar nicht leisten können – und das sie auch nicht gebucht haben.

Die Sonneninsel erlebt in diesen Tagen einen Boom, plötzlich und unerwartet. Er ist so groß, daß die Hotels den Ansturm nicht fassen können. „Chaos auf Mallorca" melden die Boulevard-Blätter den Daheimgebliebenen. Die Hotels sind restlos überbucht, viele Touristen werden zu anderen Zielen umgeleitet.

Mit den deutschen Massen hatte auf der Balearen-Insel in diesem Jahr niemand gerechnet. Im vergangenen Jahr entdeckten die Deutschen andere Ziele. Spanien war out und Mallorca ganz besonders. Die Preise seien zu hoch, klagten viele, die Leistung sei katastrophal.

Zu stark hatte die Insel in den vergangenen Jahren auf billigen Massentourismus gesetzt. Nahezu jede Bucht wurde mit Unterkünften zugebunkert. Die anspruchsvollen Gäste blieben zunehmend aus.

Vielen Billig-Touris andererseits waren Spanien und die Balearen inzwischen zu teuer geworden. Der Touristenboom und die überbewertete Peseta hatten dazu geführt, daß Bier und Wein in Palma oder Torremolinos genausoviel kosteten wie in London oder Düsseldorf.

Spanien schien nun die Quittung für die Sünden der Vergangenheit zu bekommen. 1990 reisten insgesamt 18 Prozent weniger Touristen in das Land als im Jahr zuvor. Mallorca, Spaniens größte Ferieninsel, verzeichnete 5,7 Prozent weniger Besucher.

Die Saison in diesem Jahr schien ähnlich schlecht zu werden. Im Januar meldeten die Hoteliers erneut 11 Prozent weniger Buchungen als im Vorjahr. Vor allem auf den Kanaren und den Balearen blieben die Touristen aus. Noch vor acht Wochen waren die Hotels auf Mallorca erst zu 50 Prozent ausgebucht.

Doch dann kam, für alle unerwartet, die Wende. Der Krieg am Golf hatte dazu geführt, daß viele Mitteleuropäer die Reiseziele in Griechenland oder der Türkei mieden. Sie entschlossen sich, durch spanische Werbekampagnen ermuntert, offenbar in letzter Minute zum Trip nach Spanien. Verstärkt wurde der Trend durch die Unruhen in Jugoslawien und durch die zahlreichen Last-Minute-Bucher: Vor allem in Deutschland entschieden sich während des regenreichen Juni immer mehr Sonnenhungrige, ihren Urlaub nach Spanien zu verlagern.

Die Reiseveranstalter nahmen die Buchungen dankbar an. Sie vertrauten darauf, daß die spanischen Hoteliers, wie vereinbart, bis sieben Tage vor der Ankunft der Gäste die reservierten Kontingente freihalten. Doch je öfter der Stichtag nahte, desto häufiger mußten sie feststellen, daß die Hotelbetten bereits ein zweites Mal verkauft waren.

Anfangs konnten die Reiseveranstalter die Überbuchungen durch weitere Zukäufe von Hotelbetten abfangen. Die TUI-Manager ließen auf Mallorca in 70 Hotels zusätzliche Betten reservieren. Mehrere Quartiere, die eigentlich in diesem Jahr geschlossen bleiben sollten, wurden wieder eröffnet.

Doch in der vergangenen Woche waren die Kapazitäten ausgeschöpft. Der TUI-Gebietsleiter mußte in der Zentrale in Hannover einräumen, daß auf Mallorca kein Bett mehr zu finden war. Die Frankfurter NUR schickte ihre Agenten aus, um auf der Nachbarinsel Ibiza zusätzliche Betten einzukaufen.

Aufmerksam verfolgen die Medien auf Mallorca, was die Deutschen über die Zustände auf der Insel berichten. Die Verantwortlichen fürchten, die negativen Schlagzeilen könnten dem Ruf der Sonneninsel weiter schaden.



**Touristen auf der Fähre Barcelona–Palma:** Mit den deutschen Massen ...




... hatte in diesem Jahr niemand gerechnet: **Touristen an der Playa de Palma**

Schuld an den chaotischen Zuständen sind, in den Augen der Einheimischen, die deutschen Reiseveranstalter. Die hätten die Buchungen bis zum letzten Moment zurückgehalten, um günstigere Preise zu erzielen.

Nachdenkliche Stimmen in Mallorca warnen davor, aus dem unerwarteten Boom die falschen Schlüsse zu ziehen. „Wir dürfen jetzt nicht in den Fehler verfallen zu glauben, die Tourismus-Krise sei vorüber“, schreibt der *Diario de Mallorca*, „das Gegenteil ist wahr.“ ◀



US-Truppen in Saudi-Arabien

## Boeing fordert Sanktionen gegen Airbus

Der europäisch-amerikanische Streit um die Subventionen für den Airbus verschärft sich. Bisher wurde der Konflikt vornehmlich zwischen den Brüsseler EG-Beamten und der US-Administration in Washington ausgetragen. Jetzt hat sich auch der US-Flugzeughersteller Boeing eingeschaltet. Der Weltmarktführer im zivilen Flugzeugbau (Boeing-Anteil: 55 Prozent) fordert in einem Strategiepapier die US-Regierung auf, bei der Welthandelskonferenz Gatt ein Verfahren gegen die „unfairen Handelspraktiken" des Airbus-Konsortiums zu beantragen. Als Begründung führt Boeing an, das Airbus-Konsortium habe von den europäischen Regierungen finanzielle Hilfen in Höhe von 26 Milliarden Dollar erhalten. Dieses Geld habe Airbus unter anderem ermöglicht, Flugzeuge „unter Preis" zu verkaufen und sie mit einer Technik auszustatten, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten „nicht gerechtfertigt" sei. Die Leidtragenden dieser Entwicklung, so Boeing weiter, seien auch die Zulieferbetriebe der US-Flugzeughersteller. Der Anteil an US-Komponenten in Airbus-Flugzeugen sei von 35 Prozent auf 10 Prozent gesunken. Den Gesamtverlust für die amerikanische Handelsbilanz schätzt Boeing auf 88 Milliarden Dollar. Das Gegenargument der Europäer, die US-Regierung subventioniere die nationale Flugzeugindustrie durch Rüstungsaufträge und Forschungsprojekte für die Nasa, weisen die Boeing-Manager zurück. „Die Bedrohung durch den Airbus", appelliert Boeing an die Regierung in Washington, „sollte nicht unbeantwortet bleiben."

## Billiger Sieg am Golf

Saudi-Arabien und Kuweit sind die beiden einzigen Staaten unter den Finanziers des Golfkriegs, die ihren Beitrag an die USA, den Anführer der Anti-Irak-Allianz, noch nicht voll geleistet haben. Die beiden Länder, die von den amerikanischen Kriegskosten in Höhe von insgesamt 61 Milliarden Dollar fast 33 Milliarden Dollar übernehmen sollen, schulden ihrer Schutzmacht noch 7,5 Milliarden Dollar. Da weitere Finanziers wie Japan (Beitrag: über 9 Milliarden Dollar) und die Bundesrepublik (6,6 Milliarden Dollar) insgesamt über 21 Milliarden Dollar an die USA gezahlt haben, kostet der Sieg am Golf die Regierung in Washington nur rund 7 Milliarden Dollar. Nach Ansicht mancher Budget-Experten haben die USA sogar am Krieg verdient, weil in die Gesamt-Kriegskosten von 61 Milliarden Dollar normale Ausgaben des Verteidigungsministeriums eingerechnet wurden.

## Japaner sollen Treuhand helfen

Das Nomura Research Institute Ltd., Tochterunternehmen des weltweit größten Investment-Konzerns Nomura Securities, übernimmt exklusiv die Vermarktung von Treuhand-Betrieben in Japan. Als Pilotprojekt wurde am Donnerstag vergangener Woche ein Vertrag zwischen Nomura-Manager Shigeki Kurokawa und dem Dresdner Treuhand-Chef Helmut Wotte abgeschlossen. Über 200 sächsische Unternehmen mit 40 000 Beschäftigten und zwei Milliarden Mark Umsatz sollen in Japan zum Kauf angeboten werden. Die Treuhand zahlt an den Nomura-Konzern, der in den letzten Wochen in Japan wegen dubioser Geschäftspraktiken ins Gerede gekommen ist, für jede vermittelte Firmenübernahme ein Erfolgshonorar. Bisher hatte die Berliner Anstalt versucht, das Auslandsgeschäft allein zu organisieren und dabei wenig Erfolg gehabt.

## Heimlicher Besitz des Staates

Das Beteiligungsvermögen des Bundes an Unternehmen ist doppelt so hoch, wie Bonn angibt. Es betrug 1985 nominal mehr als 13 Milliarden Mark, ermittelte der Berliner FU-Professor Gerhard Huber in einem mehrjährigen Forschungsprojekt. Die Differenz zwischen den offiziellen Angaben und den tatsächlichen Besitzverhältnissen ergibt sich vor allem daraus, daß die Berliner Wissenschaftler neben den direkten auch die indirekten Kapitalanteile des Staates in ihre Rechnung einbezogen. Noch mehr als der Bund sind die Länder an Unternehmen beteiligt, sie hielten ein Nominalkapital von mehr als 16 Milliarden Mark. Während Bonn seinen Unternehmensbesitz in den letzten Jahren verringerte, änderte sich bei den Ländern wenig.

Bundesunternehmen Saarbergwerke

## Bahncomputer streikt

Italien-Reisende haben seit Monaten keine Möglichkeit, bei der italienischen Eisenbahn einen Platz zu reservieren. Der Zentralrechner der italienischen Bahn antwortet auf Anfragen aus dem Ausland mit dem Standardsatz „Keine Buchung möglich". Der Kontakt mit den Kollegen in Rom gelingt der Deutschen Bundesbahn lediglich über Telefon oder Telefax. Doch das reicht nicht, um die zahlreichen Reservierungswünsche zu bearbeiten. Zur Zeit rufen jeden Tag etwa 300 Kunden wegen einer Italien-Buchung bei der Bundesbahn an.

Mittelstand

# Regelrecht ausgeplündert

Die Gewerbemieten explodieren, viele kleine Ladeninhaber müssen aufgeben. Nun soll der Gesetzgeber helfen.

Neukölln zählt nicht zu den feinen Stadtteilen der neuen Hauptstadt, die Hermannstraße ist alles andere als ein Schickimicki-Boulevard. Hier gibt es noch viele kleine Läden, den Bäcker nebenan und den Radiohändler um die Ecke.

Doch die Idylle trügt, die neue Zeit hat auch das alte Arbeiterviertel erreicht. Horst Stenzel mußte die Bäckerei, die sein Vater 1930 gegründet hatte, schließen, das Sportartikelgeschäft Rothe machte dicht, und ob sich der Radiohändler halten kann, ist fraglich.

Die kleinen Gewerbetreibenden können die Mieten nicht mehr bezahlen. Bäcker Stenzel sollte plötzlich das Doppelte, 4000 Mark im Monat, aufbringen, dem Sporthändler wurde die Miete von 1700 auf 7500 Mark erhöht.

„Miethaie fressen die Hermannstraße", schimpft Wolfgang Dudek, Sprecher der lokalen Händler-Vereinigung. Die Straße ist durch den Fall der Mauer aus der alten Randlage ins neue Stadtzentrum gerutscht. Die Immobilien- und Hausverwaltungsfirmen wittern, wie überall in Berlin, das große Geschäft.

Die neue Hauptstadt werde „eine Immobilienstadt mit Weltformat", meint Robert S. Orr vom Beratungsbüro Jones Lang Wootton. Während der vergangenen zwölf Monate verdoppelten sich im Schnitt die Mieten für „Einzelhandelsflächen" in Berlin. Selbst Steigerungen von 300 Prozent, die sogar gutverdienende Apotheken in den Ruin treiben, sind keine Seltenheit mehr. Und der Trend nach oben hält weiter an.

Viele Gewerbetreibende bangen inzwischen um ihre Existenz. Im Eiltempo beschloß das Berliner Abgeordnetenhaus, im Bundesrat eine Gesetzesinitiative einzubringen, um „die Mieter von Gewerberäumen vor existenzvernichtenden Kündigungen und extremen Mieterhöhungen" zu schützen.

Der Zeitpunkt ist günstig. Auch in anderen deutschen Ballungsräumen werden die Ladenhüter unruhig. Schritt für Schritt nähern sich die Gewerbemieten bundesweit der Marke, die für viele Kleinunternehmer das Aus bedeutet.

Rund um Fressgass' und Goethestraße in Frankfurt erreichen die Mietpreise so schwindelerregende Höhen, daß selbst Edel-Boutiquen aufgeben müssen. Am Münchner Marienplatz und in der Theatinerstraße, in der Düsseldorfer Königsallee und in der Schadowstraße, in der Hohen Straße und der Schildergasse in Köln „geht kaum noch was unter 300 Mark pro Quadratmeter", weiß der Makler Paul-Otto Kemper.

„Wir sind doch Freiwild", meint Boutique-Betreiber Wolfgang Dudek. „Wir haben keine Lobby und keine Gesetze, die uns vor der Willkür der Hauseigentümer und Immobilien-Firmen schützen."


Berliner Bäcker Stenzel: „Immobilienfirmen diktieren Brotpreise"

Anders als bei Wohnungen, für die der Gesetzgeber Rahmenvorschriften für alle Arten von Mietverträgen vorgegeben hat, gilt bei Gewerberäumen das Prinzip der absoluten Vertragsfreiheit: Es liegt ganz allein an Pächter und Eigentümer, was sie vereinbaren.

Solange Angebot und Nachfrage ausgeglichen waren, behandelten sich beide Seiten als gleichberechtigte Partner. Doch seit in deutschen Großstädten Ladenräume knapp werden, ist von Partnerschaft keine Rede mehr. „Wir werden regelrecht ausgeplündert", klagt Gabriele Jahn von der Aktionsgemeinschaft Bahnhofstraße in Berlin-Lichtenrade.

Die Hauseigentümer können jetzt fast alle Forderungen durchsetzen. Die meisten Ladenmieter haben vor langer Zeit einmal Fünf-Jahres-Verträge abgeschlossen. Werden sie nicht, wie in der Vergangenheit, von Jahr zu Jahr verlängert, laufen sie einfach aus.

Die Mittelständler wollen diese Praxis per Gesetz ändern. Gewerbemietverträge, so ihre Forderung, sollen nach der Mindestlaufzeit von fünf oder gar neun Jahren zweimal um die gleiche Spanne verlängert werden, wenn der Mieter das wünscht – und zwar zu den gleichen Vertragsbedingungen.

Die Berliner Gesetzesinitiative will Mieterhöhungen während der gesamten Laufzeit des Mietvertrages „an die Veränderung des Lebenshaltungskosten-Indexes" koppeln. Derartige Preisbindung von Gewerberaum ist umstritten.

Eine solche Lösung, mahnen die Gegner regulierter Preise, würde das Problem nur verschärfen. Sie fürchten, daß die Bereitschaft sinken könnte, in gewerbliche Immobilien zu investieren.

Die Befürworter verweisen auf Frankreich. Dort schützt der Staat die Ladenbetreiber durch ein umfangreiches Gewerbemieten-Gesetz.

„Das französische Modell zeigt doch", meint Ernst Wüst von den Selbständigen in der SPD, „daß Marktwirtschaft und regulierte Mieten sehr wohl zusammenpassen." In Deutschland drohe, weil der Gesetzgeber geschlafen habe, nun die Zerstörung ganzer Einkaufsstraßen und die Verödung bisher gut durchmischter Wohngebiete.

Doch knapp zwei Jahre nach Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftssystems ist die Neigung bundesdeutscher Politiker und Verbandsvertreter gering, künstliche Preise zu schaffen.

Bessere Mietverträge werden die Mittelständler künftig wohl bekommen; die derzeitige Spekulation mit Gewerberäumen zwingt Bonn zum Handeln. Aber die Hoffnung der Einzelhändler auf dauerhaft niedrige Mieten wird sich kaum erfüllen.

Am Ende, weiß Bäckermeister Stenzel, trifft das auch die Verbraucher, an die der Händler die Preissteigerungen weiterreicht. „Und dann", prophezeit Stenzel, „diktieren die Immobilien-Firmen die Brotpreise." ◄

## Wir scheuen keine Vergleiche:

## Postbank Giro ist konkurrenzlos günstig.



Girokonto im Monat?

Ihr Kreditinstitut

........... DM

...x 1 DM =........... DM

........... DM

........... DM

........... DM

DM

**Haben Sie schon mal ausgerechnet, was Sie Ihr Girokonto so im Monat kostet?**

Vergleichen Sie doch einfach mal Ihr Konto mit Postbank Giro anhand der nebenstehenden Vergleichstabelle. Wenn Sie durchschnittlich weniger als 6 oder mehr als 15 Buchungen im Monat haben, schicken wir Ihnen eine maßgeschneiderte Kostenübersicht.

Senden Sie den Coupon an:

Infoservice Postbank
Postfach 30 31
6600 Saarbrücken 9

- [ ] Bitte schicken Sie mir nähere Informationen zum Postbank Girokonto.
- [ ] Bitte sagen Sie mir genau, was mich Postbank Giro kosten würde. Ich habe pro Monat ca. ... Buchungen.
- [ ] Bitte schicken Sie mir unverbindlich die Unterlagen für die Einrichtung eines Postbank Girokontos.

Vor- und Zuname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Telefon 10 SP

Informationen auch über Btx: ⋆ 20 000 111 #
Oder rufen Sie an: 01 30 08 80. Bundesweit zum Nulltarif.

**Die clevere Alternative.**




SEA 1.710

# „Herrscht jetzt Anarchie?“

Wahrhaft Revolutionäres geschieht derzeit in allen deutschen Opel-Werken. Der Konzern führt, als erstes deutsches Automobilunternehmen, Gruppenarbeit ein. Das gewaltige Experiment soll die Produktivität in den Fabriken gewaltig steigern und die Qualität der Arbeit erhöhen. Doch die Umstellung fällt allen Beteiligten schwer.

In diesem Backsteinbau wird, Tag für Tag, aus einem Menschen ein Roboter. Die Hände greifen sich zwei Benzinleitungen, sie senken sich. Die Leitungen tauchen in Schmierseife ein. Die Arme drehen sich. Die Leitungen rutschen durch eine Öse. Die Hände greifen sich wieder zwei Benzinleitungen.

Die Hände sind nicht aus Stahl, der Arbeiter ist kein Roboter. Er heißt Slawomir Obertowski, ist gelernter Kfz-Mechaniker. Vor dem jungen Polen zieht, zwischen 5.45 Uhr und 14 Uhr, das Fließband Blechkarossen von Opel vorbei.

Seit Wochen schon verrichtet er diese Arbeit. Und er müßte, Woche für Woche, auch künftig Leitungen montieren. Bis zum Urlaub und danach von neuem.

Nun aber soll alles ganz anders werden. Obertowski und 13 Kollegen können, an einem Freitag vormittag, ihre Arbeitswelt verändern. „Die Leute wollen eine andere Aufteilung der Arbeit“, sagt sein Kollege Frank Rau. Und dann teilen die Bandarbeiter ihre Arbeit neu ein.

„Ich meine, am ersten Tag muß der Bremsschlauch sein, am zweiten die kurze Leitung, dann wäre die lange Leitung dran . . .“

„Also zwei Tage Leitungen geht nicht. Ich hab' nicht so lange Arme wie du. Ich muß mich ganz schön strecken. Das geht gewaltig aufs Kreuz.“

Die Zusammenkunft hat einen Namen – Gruppengespräch. Es ist ein typisches Element der neuen Zeit, die gegenwärtig in allen deutschen Opel-Werken anbricht: Als erste Automobilfirma des Landes stellt Opel die gesamte Produktion um, bis Ende nächsten Jahres wird für rund 20 000 Beschäftigte die Gruppenarbeit eingeführt.

Louis Hughes, der amerikanische Vorstandschef bei Opel, übertreibt kaum, wenn er sagt: „Die Gruppenarbeit wird für Beschäftigte und Unternehmen, für Gewerkschaften und Arbeitgeber vergleichbare Auswirkungen haben wie einst die Einführung des Fließbandes.“

Zum erstenmal entscheiden die Arbeiter selbst, wie sie arbeiten. Warum sollen sie tagelang fingerdicke Leitungen in Plastikhalterungen stecken? Die Männer können sich abwechseln. „Also dann machen wir doch einen Tag Vormontage und einen Tag Bremsschlauch dazwischen.“

„In Ordnung“, sagt Frank Rau. Er ist Bandarbeiter wie die anderen am Tisch, die ihn zum Gruppensprecher gewählt haben. Sie sitzen in einer Baubude, trinken Kaffee, diskutieren, planen, entscheiden. Rau lenkt die De-




**Gruppengespräch im Opel-Werk Rüsselsheim:** „Die Leute wollen eine andere Aufteilung der Arbeit“





**Opel-Arbeiter Rau, Obertowski:** Die Bandarbeiter verschafften den Ingenieuren ein denkwürdiges Erlebnis

batte, er stellt die Fragen: „Und wann fangen wir damit an?“

„Am besten gleich am Montag“, sagt einer. Nächste Woche also wird die Arbeitswelt für die „Fertigungsgruppe 2b“ eine andere sein: Nach einem Plan, den die Arbeiter selbst austüfteln, wechseln sie sich täglich ab.

Für Frank Rau und seine Kollegen ist die Gruppenarbeit eine gewaltige Umstellung. Für ihren Meister gewiß auch. Bis vor kurzem bestimmte er, wie die Arbeit seiner Männer aufgeteilt wird, alle hörten auf sein Kommando. Jetzt haben ihn die Arbeiter nicht einmal zum Gruppengespräch eingeladen.

Was ist los bei Opel? Die meisten Versuche zur Gruppenarbeit in Deutschland (Motto: „Humanisierung der Arbeitswelt“) sind längst beendet. Und die Gruppenarbeit bei Saab und Volvo entlockte deutschen Automanagern bisher nur ein spöttisches Lächeln (siehe Kasten).

Die große Umgestaltung wurde nicht erkämpft, nicht mal gefordert von den Frauen und Männern am Band. Die Revolutionäre sitzen im ersten Stock des Verwaltungsgebäudes, hinter Mahagonitüren mit kleinen Messingschildern, auf denen ganz schlicht ein Name steht: Peter Enderle beispielsweise.

Grauer Zweireiher, glattrasiertes Gesicht: Enderle, im Vorstand für die Produktion verantwortlich, wirkt nicht wie ein Sozialreformer. Wenn er über Gruppenarbeit spricht, geht es *auch* um humane Arbeitsplätze. Enderle redet aber vor allem über Produktivität und Qualität, über Fehlzeiten und, immer wieder, über die Japaner.

Ein halbes Jahr lang besichtigte der Opel-Manager im Auftrag des Konzerns Fabriken in Japan, den USA und Europa. Das Ergebnis dieser Tour trägt Enderle im Stenogrammstil vor: „Wir produzieren Autos nach *einem* System. Die Japaner machen es nach einem *anderen*. Deren Methode ist sehr viel effektiver. Und ein Teil des japanischen Systems ist die Gruppenarbeit.“

So einfach ist das? – So einfach.

„Wir sagen dem Arbeiter auf die Sekunde und den Millimeter genau, was er zu tun hat. Aber keiner weiß so gut wie der Mann am Band, wie die Arbeit vielleicht besser oder schneller erledigt werden könnte.“

In den meisten Autofabriken der Welt ist kein Platz für diese schlichte Einsicht. Seit Henry Ford vor knapp 80

# Konkurrenz für Betriebsräte

Gruppenarbeit in der Automobilindustrie

Schweden: Bei Saab und Volvo wurde die Gruppenarbeit auch deshalb eingeführt, weil die Abwesenheitsquoten in den Fabriken bei 20 bis 25 Prozent lagen. Mit Gruppenarbeit sollten die Beschäftigten besser motiviert und die Fehlzeiten verringert werden. Das Ziel wurde meist erreicht, im Volvo-Werk Uddevalla sank die Rate der fehlenden Arbeitnehmer auf 8 Prozent. In diesem Werk montiert jede Arbeitsgruppe einen kompletten Wagen, doch pro Jahr laufen nur 34 000 Autos vom Band. Auf deutsche Fabriken mit einer durchschnittlichen Jahresfertigung von 200 000 Wagen ist eine solche Form der Gruppenarbeit kaum zu übertragen.

Japan: Gruppenarbeit in japanischen Autofabriken verstärkt den ohnehin großen Leistungsdruck auf jeden einzelnen Arbeiter. Es werden Ranglisten der Arbeiter einer Gruppe geführt. Die Gruppe soll disziplinieren. Aber sie ermöglicht es den meist gut ausgebildeten Arbeitern auch, ihre Kreativität in die Produktion einzubringen.

Deutschland: Versuche zur Gruppenarbeit liefen während des Regierungsprogramms „Humanisierung der Arbeitswelt“ seit 1974. Die meisten Versuche wurden beendet, als es keine Zuschüsse mehr gab. Gewerkschaften fordern Gruppenarbeit zwar seit Jahrzehnten, aber sie kämpfen nicht dafür. Ein Grund: Gewählte Gruppensprecher könnten zur Konkurrenz der Vertrauensleute oder Betriebsräte werden. Nun haben die Firmenleitungen bei Mercedes-Benz, Audi und VW einige Pilotprojekte mit Gruppenarbeit eingeführt. Sie erhoffen sich eine höhere Effizienz. Am weitesten geht die Umstellung auf Gruppenarbeit bei Opel.

# Was trauen Sie uns zu?



Die Elpro AG ist ein dynamisches und leistungsfähiges Unternehmen.

Mit einem großen Sprung stellen wir uns der Herausforderung, mit 3000 qualifizierten Mitarbeitern unsere Leistungsfähigkeit in den Märkten der Zukunft zum Einsatz zu bringen.

Sie können uns zutrauen, daß wir komplexe Aufgabenstellungen mit Intelligenz und Technik umsetzen. Dann sehen Sie auch, daß wir wichtig füreinander sind und bald den Weg zueinander finden sollten.

Die Elpro AG ist ein modernes Großunternehmen. Über 100 Jahre Erfahrung und ausgeprägtes technologisches Know-how haben eine schnelle Orientierung am Markt möglich gemacht.

In vier Kernbereichen verwirklichen wir den Anspruch, Mensch und Technik zusammenzuführen:

- Energietechnik
- Automatisierungstechnik
- Informations- und Kommunikationstechnik
- Umwelttechnik

Trauen Sie uns viel zu.
Fragen Sie uns.
Alles weitere zum Ortstarif.

**0130 – 83 87 87**

Unternehmensbroschüre auf Abruf.

**Elpro AG**

Rhinstraße 100, O-1140 Berlin

SISYPHOS

Jahren das Fließband in die Autoproduktion einführte, gilt das Prinzip der Arbeitsteilung in der Branche als oberste Maxime.

Arbeiter werden in den Fabriken wie Roboter eingesetzt. Schon nach kurzer Zeit können sie die wenigen, immer gleichen Handgriffe automatisch ausführen. Denken ist nicht nötig, nachdenken eher unerwünscht.

Für Vorstand Enderle liegt da „ein ungeheures Potential brach“. Das hat er natürlich ausgelotet, bevor nun die gesamte Produktion auf Gruppenarbeit umgestellt wird.

Die Produktivität steigt, der Krankenstand sinkt, die Zahl der Verbesserungsvorschläge verdoppelt oder verdreifacht sich. Das sind Erkenntnisse aus den Pilotprojekten bei Opel. Genaueres mag Enderle nicht sagen. Die Konkurrenz soll nicht zu viele Details erfahren.

Manager von Volkswagen und Ford, Mercedes und BMW verfolgen gespannt die große Umgestaltung. Für Opel ist es der Ernstfall, für die anderen der große Test: Kann der Vorsprung der japanischen Hersteller mit Gruppenarbeit eingeholt werden? Wie lassen sich die großen Fabriken, in denen täglich mehr als 1000 Autos montiert werden, auf Gruppenarbeit umgestellen?

In Halle K 40 bei Opel sind die Zeichen der neuen Zeit, die hier nun anbrechen soll, kaum wahrnehmbar. Klein und unscheinbar wirken die roten Buden für Gruppengespräche zwischen den großen Maschinen. Das Fließband zieht, in immer gleichem Tempo, die Karosserien der Modelle Omega und Senator durch die Fabrik.

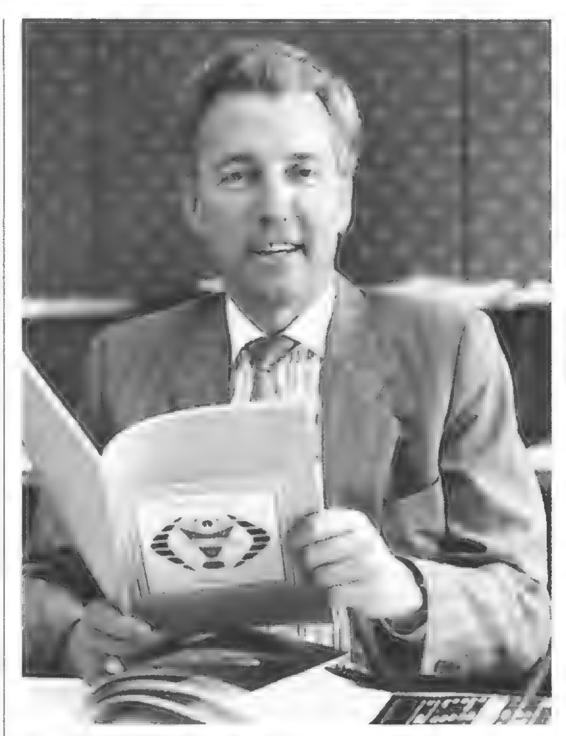
Slawomir Obertowski nimmt auch am Montag wieder zwei armlange Benzinleitungen aus dem Regal. Er taucht sie kurz in Schmierseife ein, steckt sie durch eine Öse . . .

Das soll Gruppenarbeit sein?

„Gemach, gemach“, sagt Manfred Hildmann, „wir werden keine Palmen in die Fabrik stellen und keinen Springbrunnen einbauen.“ Hildmann will keine Illusionen wecken. Er will das Machbare vorführen. „Programmleiter Fertigungsgruppenkonzept“ steht auf seiner Visitenkarte. Hildmann bringt, mit vielen Helfern, die Gruppenarbeit in die Fabrik.

Aus lauter Einzelarbeitern am Band werden Gruppen von 8 bis 15 Leuten gebildet. Das Arbeitsziel bleibt gleich. 360 Wagen müssen fertig sein bis 14 Uhr, wenn die Spätschicht übernimmt.

Bislang hieß das für einen wie Obertowski: 360mal Benzinleitungen einsetzen. Nun muß seine Gruppe dafür sorgen, daß 360 Wagen Benzinleitungen und Bremsschläuche, Lenkhebel und



**Opel-Vorstand Enderle**
„Ungeheures Potential liegt brach“

Automatikleitungen bekommen, daß in der Vormontage Halterungen und Klipse aufgesteckt werden. Wie sie die Arbeit untereinander aufteilt, bleibt der Gruppe überlassen. „Sie sollten mal sehen“, sagt Hildmann, „was das für eine Kreativität freisetzt.“

Obertowski ist nicht mehr der Mann für die Benzinleitung. Der junge Pole hat die Arbeiten vor und hinter seinem Platz gelernt, damit er sich demnächst mit den Kollegen abwechseln kann. Und dabei ist den Bandarbeitern einiges aufgefallen, was bislang offenbar noch kein Ingenieur und kein Fertigungstechniker entdeckte.

Die Holzkisten mit Material, die an ihrem Bandabschnitt stehen, sind viel zu groß. Sie nehmen nur Platz weg, obwohl nie so viele Leitungen und Schläuche für eine Schicht gebraucht werden. Also fordern die Arbeiter: weniger Vorräte, kleinere Behälter.

Kleine Kisten, große Kisten – hier geht es um mehrere zehntausend Mark. 35 Quadratmeter Platz könnten freigeräumt und sinnvoller genutzt werden. In der Fabrik, in der alles seinen Preis hat, wird ein Quadratmeter mit über 2000 Mark monatlich kalkuliert.

Aufgefallen sind die großen Kisten Obertowski und Kollegen zuvor sicher auch schon. Doch warum soll sich einer, der nur für ein paar Handgriffe eingesetzt wird, Gedanken um Vorratslager machen? Mit wem soll er darüber reden und wann?

Mitunter wächst das Selbstbewußtsein der Arbeiter nun schon in einem Maße, daß die strenge Hierarchie der Fabrik gehörig durcheinandergewirbelt wird. Mancher Meister, mancher Ingenieur hat das schon zu spüren bekommen.

„Wir sind keine Bandochsen“, sagen die Arbeiter. Sie wollen mitentscheiden, wie die Arbeit verrichtet wird.

Bei Frank Raus Gruppe kamen immer wieder Reklamationen der Inspek-




**Opel-Projektleiter Hildmann:** Die Bremser sitzen auf allen Etagen


REINES RIESLING-
VERGNÜGEN
FEIST
EXTRA
TROCKEN
Riesling
Sekt
EXTRA TROCKEN
FEIST Riesling
DER RIESLING-SEKT MIT DEM REGENBOGEN

tion an. Die Verdampferleitung sprang aus den Halterungen. Früher hätte der Meister seine Leute aufgefordert, nicht so schlampig zu arbeiten.

Die Arbeiter setzten sich zusammen und überlegten, warum die Leitung herausspringt. Einfaches Ergebnis: Sie ist zu stark gekrümmt und kann nicht halten.

Zum nächsten Gruppengespräch luden sie die Fachleute vom Technischen Entwicklungs-Zentrum ein, die für die Produktion der Leitungen verantwortlich sind. Und dann verschafften die Bandarbeiter den Ingenieuren ein denkwürdiges Erlebnis.

Die Fachleute legten ihre Zeichnungen und Berechnungen auf den Tisch, nach denen alles bestens paßt. Frank Rau gab nicht nach. „Die Herren mit Schlips und Kragen" mußten mit ans Band gehen. Und dort erkannten die studierten Experten den Unterschied zwischen Zeichnung und Realität. Nun wollen sie die Leitungen ändern.



**Gruppenarbeit bei Volvo**
Mitarbeiter mobilisieren, Fehlzeiten senken

Für Manfred Hildmann sind das Erfolgserlebnisse, von denen er zehrt. „Wie ein Wanderprediger", so sieht er sich selbst, ist er in der Fabrik unterwegs und verbreitet die Botschaft von der Gruppenarbeit. Hildmann ist von ihr überzeugt. Und er versteht es, andere zu überzeugen, ruhig und mit scheinbar grenzenloser Geduld.

Mitunter aber, wenn Hildmann gegen allzu viele Mauern läuft, muß auch er einmal Dampf ablassen. Er wird dann nicht laut, er schimpft nicht und brüllt nicht. Er verläßt die Halle K 40 und läuft einmal rund um die Fabrik.

Die Bremser sitzen auf allen Etagen der Hierarchie. Die Meister wurden zwar zu Schulungen geschickt und sorgsam darauf vorbereitet, daß sie künftig nicht mehr unumschränkte Herrscher am Band sind. Aber was soll man einem Meister antworten, der fragt: „Herrscht jetzt Anarchie?" Und was soll man mit einem Ingenieur machen, der sagt: „Laßt mich in Ruhe mit eurem neumodischen Kram"?

Mit anderen Worten, mit anderen Argumenten begründen einige Manager ihre Abneigung gegen die Gruppenarbeit.

Da sind die Betonköpfe: Für sie ist Gruppenarbeit „Sozialklimbim". Eine Fabrik muß wie eine Militäreinheit funktionieren; einer befiehlt, alle gehorchen. So lief es immer schon, und es lief doch nicht schlecht. Opel erwirtschaftet seit zwei Jahren Rekordgewinne.

Die Skeptiker: Gruppenarbeit sollte man in einem neuen Werk einführen, in dem nur Arbeiter und Führungskräfte eingestellt werden, die von der Idee überzeugt sind. Aber in Fabriken mit einer in Jahrzehnten verfestigten Hierarchie kann die große Umstellung nur schwer gelingen.

Vorstand Peter Enderle weiß, daß es knirscht und kracht, wenn eine so große Maschinerie auf ein neues System umgestellt wird. Er weiß, daß dies „nicht per Knopfdruck" geschehen kann. Aber er sieht „keine andere Chance, wenn wir auf Dauer wettbewerbsfähig sein wollen".

Die Unruhigen, die schnelle Erfolge sehen wollen, muß Enderle vertrösten. Zunächst einmal kostet die Einführung der Gruppenarbeit den Konzern Geld. Weil die Gruppenarbeiter sich weiter qualifizieren, auch die Arbeit der Kollegen lernen, verdienen sie mehr.

Die Lohnkosten werden schon in diesem Jahr um einen zweistelligen Millionenbetrag steigen. Die Erfolge der Gruppenarbeit dagegen werden sich erst in ein, zwei Jahren messen lassen.

Erste Erfahrungen aus Halle K 40 stimmen Enderle sehr optimistisch. Rund 50 Meter von dem Band entfernt, an dem Frank Rau und seine Gruppe arbeiten, bessern Reparateure kleine Fehler an den kompletten Fahrzeugen aus. Auf den Inspektionskarten, die hinter den Scheibenwischern hängen, sind merklich weniger Fehler angekreuzt.

Nun machen sich die Reparaturleute bereits Gedanken, ob einige von ihnen vielleicht Opfer der Gruppenarbeit werden. Vor Monaten noch mußten sie bei den gleichen Produktionszahlen Überstunden fahren. Jetzt können sie pünktlich nach Hause gehen. Und was ist, wenn die Autos demnächst mit noch weniger Fehlern vom Band laufen?

Gruppenarbeit als Jobkiller?

„Niemand verliert seinen Arbeitsplatz bei Opel", verspricht Peter Enderle, „wenn Mitarbeiter dafür sorgen, daß die Produktivität oder Qualität steigt."

Sollte ein Arbeitsplatz überflüssig werden, muß eine neue Beschäftigung für den Mann gesucht werden. Er soll, verspricht der Vorstand, möglichst in einem anspruchsvolleren Job eingesetzt werden mit besserer Bezahlung.

„Aber so weit, daß wir uns darüber schon Gedanken machen müssen", fügt Enderle schnell an, „sind wir noch lange nicht." Die kleine Revolution hat gerade erst begonnen.

Konzerne

# Private Goldader

**Der Daimler-Konzern hat für Dornier-Firmen viel Geld ausgegeben, doch das Sagen hat er nicht.**

Edzard Reuter bleibt stets gelassen, Gefühle lassen sich in seinem kantigen Gesicht nur schwer erkennen. Doch die Frage, die ihm ein Aktionär auf der Hauptversammlung von Daimler-Benz stellte, war dem Konzern-Chef sichtlich unangenehm.

Ob denn, so wollte der vorwitzige Aktionär wissen, der Stuttgarter Konzern von den Dornier-Erben aufs Kreuz gelegt worden sei. „Aufs Kreuz

# Leicht tragbar.

# Gut stapel

Schon immer hat der Getränkekarton durch sparsamste Verwendung von Verpackungsmaterial dazu beigetragen, so wenig Müll wie möglich zu verursachen. Und nun ist es sogar gelungen, ihn in seine Bestandteile (Papier, Kunststoff, Aluminium) zu trennen und neue Produkte daraus herzustellen. In mehreren Versuchsprojekten wurden Kartons gesammelt, aufbereitet und zum Beispiel zu Papieren




verschiedenster Art oder zu Pressplatten verarbeitet, die zukünftig in der Bau- und Möbelindustrie eingesetzt werden können.
Demnächst können Sie am grünen Punkt auf der Packung erkennen, daß Getränkekartons im Rahmen des Dualen Systems gesammelt und dem Material-Recycling zugeführt werden.

TETRA PAK

**Mehr Verpackung muß nicht sein.**

gelegt zu werden mag in manchen Situationen mal ganz hübsch sein", antwortete Reuter, „aber in diesem Zusammenhang werden wir uns ganz sicher nicht aufs Kreuz legen lassen."

Die Antwort ließ manchen schmunzeln, sie löste aber kein einziges der vielen Rätsel, die es im Zusammenhang mit der Flugzeugfirma Dornier gibt. Seit Daimler-Benz 1985 bei der Firma einstieg, reiht sich eine Merkwürdigkeit an die nächste.

Das Ergebnis dieser Kette läßt nur einen Schluß zu: Daimler-Benz wurde ganz gewaltig aufs Kreuz gelegt, und das nicht nur einmal. Der Stuttgarter Konzern hat inzwischen mehr als eine Milliarde Mark für die Firma Dornier bezahlt. Die Daimler-Tochtergesellschaft Deutsche Aerospace (Dasa) hält 57,552 Prozent der Anteile, doch das Sagen hat sie nicht.



Dornier-Tiefenthaler



Reuter




Liener

**Dornier-Verhandlungspartner:** Warum bürgte Daimler für die marode Firma?

Die verzweigte Sippe der Dorniers kann alle wichtigen Entscheidungen blockieren. Und von dieser Möglichkeit macht sie reichlich Gebrauch.

Derzeit verhindert Silvius Dornier, der über 6,25 Prozent der Stimmrechte verfügt, daß die Fabrik in Neuaubing mit 1200 Mitarbeitern an die Deutsche Airbus in Hamburg verkauft wird. Doch nur so könnten wohl Fabrik und Arbeitsplätze erhalten werden. Die Aufträge schrumpfen rapide. Die Deutsche Airbus hat genügend Arbeit, sie würde das Werk und die Mitarbeiter gern übernehmen.

Silvius Dornier geht es angeblich ums Grundsätzliche. Er will vor Gericht klären lassen, wieviel Rechte der Mehrheitsgesellschafter Dasa hat und wo dessen Grenzen liegen.

Dornier-Betriebsrat Oscar Pauli hat seine eigenen, sehr leidvollen Erfahrungen mit den Dorniers gemacht. Er weiß, daß es den Dorniers in diesem Fall, wie in allen vorherigen, „nur um eines geht: Kasse machen".

In dieser Disziplin hat die untereinander völlig zerstrittene Familie bislang schon so viele Erfolge erzielt, daß man ihr einen gewissen Respekt kaum verwehren kann. Die Erben von Claudius Dornier (Christian, Camilo, Sandra, Conrado) und Silvius Dornier behandeln Daimler-Benz, als sei der größte deutsche Konzern ihre ganz private Goldader: Wenn die Dorniers mal wieder etwas brauchen, bedienen sie sich.

Erschlossen hat sich die Familie ihre Bonanza in einer Nacht im Jahre 1985. Es war, wie sich ein Beteiligter erinnert, so gegen drei Uhr morgens, als Daimler-Chef Reuter und dessen Kompagnon Werner Niefer ihre Unterschriften unter den ersten folgenschweren Vertrag mit den Dorniers setzten.

Für 440 Millionen Mark erwarb der Stuttgarter Konzern Anteile an der Flugzeugfirma. Gegenüber den weiterhin am Unternehmen beteiligten Dorniers zeigten sich die Daimler-Manager außerordentlich großzügig. Sie sicherten ihnen eine Mindestdividende von zehn Prozent zu, ganz gleich, ob die Firma Gewinne erwirtschaftet oder Verluste macht.

Reuter und Niefer garantierten den Dorniers zudem, daß sie wichtige Entscheidungen mit einer Sperrminorität jederzeit verhindern können. Und von diesem Recht machte die Familie schnell Gebrauch, als Daimler-Benz bei Dornier das Kapital erhöhen wollte.

Die Kapitalerhöhung war nötig, um die Entwicklung eines neuen Flugzeugs, der Do 328, zu finanzieren. Die Erben aber sperrten sich. Und so mußte Daimler-Benz 300 Millionen Mark allein einzahlen, um die Kapitalkraft der Firma zu stärken. Der Anteil der Dorniers an der Firma blieb aber weiterhin bei 42,45 Prozent.

Spätestens zu dieser Zeit übernahm eine Frau, die inzwischen eine gewisse Berühmtheit erlangt hat, eine entscheidende Rolle in dem Stück: Martine Dornier-Tiefenthaler, 36, Rechtsanwältin und Ehefrau von Conrado Dornier.

Die Juristin führte die Verhandlungen mit Edzard Reuter und dessen Finanzvorstand Gerhard Liener. Die beiden Daimler-Manager wollten den ersten Dornier-Vertrag, der ihnen so viele Probleme bereitete, durch einen zweiten ersetzen.

Bei diesen Gesprächen gelang der Dornier-Gattin ein ganz erstaunliches Kunststück. Sie brachte Gerhard Liener dazu, einen Vertrag zu unterschreiben, der Daimler-Benz nochmals 300 Millionen Mark kostete – und der den Erben weiterhin Blockaderechte bei der Firma garantiert.

Für 300 Millionen wurden die Stimmrechte der widerspenstigen Mitgesellschafter zwar von über 40 auf 12,5 Prozent verringert. Zudem erhielt Daimler-Benz die „industrielle Führung" bei Dornier.

Aber in dem Vertrag garantiert die Daimler-Benz AG, „daß sie anstrebt, die gewachsenen Strukturen und die spezifischen Arbeitsgebiete der Dornier-Gruppe zu respektieren". Und damit ermöglichen die Stuttgarter den

# Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Es faxt mit Tinte auf Normalpapier.




**Das neue Panafax UF-300** faxt scharf auf ganz normalem DIN-A4-Papier. Und es ist für ganz normale Leute erschwinglich, weil es mit Tintenstrahltechnik arbeitet – als erstes Faxgerät der Welt. Wo Sie damit mal probefaxen können, erfaxen Sie unter **040/85 49-28 56.** Oder Sie greifen zum Hörer: **040/85 49-27 79.**

**Panasonic**

PANASONIC. WARUM NICHT GLEICH.

Erben, die Geschäftspolitik bei Dornier auch künftig zu blockieren. Wann immer einer aus der Sippe die „gewachsenen Strukturen“ bedroht sieht, kann er klagen.

Nachdem Einzelheiten des Vertrags bekannt wurden, schimpfte ein Daimler-Benz-Aufsichtsrat: „Nun haben wir Dornier zum zweitenmal gekauft, aber die Firma gehört uns noch immer nicht.“

In der Stuttgarter Zentrale begann das Rätselraten darüber, warum Liener einen solchen Vertrag unterschrieben hat. Die Juristen des Konzerns mußten sich vorwerfen lassen, sie hätten schlampig gearbeitet. Völlig zu Unrecht, wie einer der Rechtsexperten inzwischen verrät: „Wir haben Herrn Liener dringend abgeraten, dieses Papier zu akzeptieren.“

Noch heute kann oder will niemand erklären, warum der Finanzvorstand den Dornier-Vertrag dennoch unterzeichnete.

Die Kette der Merkwürdigkeiten war damit noch nicht beendet. Martine Dornier-Tiefenthaler, mit der Reuter und Liener doch so heftig im Clinch gelegen hatten, zog zur Überraschung vieler in den Aufsichtsrat von Mercedes-Benz ein. Dort sitzt sie seitdem einträchtig neben Edzard Reuter. Die beiden duzen sich inzwischen.

Während der Verhandlungen mit Reuter und Liener muß der Rechtsanwältin noch ein weiteres Kunststück gelungen sein. Der Daimler-Chef stellte ihr in Aussicht, daß der Konzern sich mit 20 Prozent an einer kleinen Privatfirma beteiligt, die ein Wasserflugzeug namens „Seastar“ entwickelt. Das Unternehmen gehört Martines Ehemann Conrado.

Experten bei der Daimler-Tochter Deutsche Aerospace halten nicht viel von dem Wasserjet. Sie müssen Reuter wohl überzeugt haben, daß ein solches Flugzeug kaum Chancen hat. Die Beteiligung kam nie zustande.

Anfang Juni erwies Daimler-Benz der kleinen Firma aber eine andere Gefälligkeit. Der Stuttgarter Konzern übernahm die Bürgschaft für einen Kredit des Seastar-Unternehmens bei der Privatbank Reuschel & Co. in Höhe von rund 18,5 Millionen Mark. Die Firma hatte zu dieser Zeit nur noch eine geringe Lebenserwartung. Gut einen Monat später mußte sie Konkurs anmelden.

Warum Daimler-Benz die Bürgschaft in dieser Phase noch übernahm, erklärt Martine Dornier-Tiefenthaler so: Nachdem Daimler sich nicht an dem Seastar-Unternehmen beteiligt habe, müsse Konzern-Chef Reuter wohl „ein schlechtes Gewissen“ geplagt haben.

Gewissenlosigkeit wird Edzard Reuter sicher niemand vorwerfen. Äußerst zweifelhaft aber erscheint, daß der Konzern-Lenker aus Gewissensgründen mal eben eine 18,5-Millionen-Bürgschaft für eine marode Firma übernimmt. Seine Aktionäre hätten für solche Aktionen sicher wenig Verständnis.

Auf der nächsten Hauptversammlung von Daimler-Benz wird die dubiose Bürgschaft sicher Anlaß für einige Fragen an den Konzernlenker und dessen Finanzvorstand sein. Die beiden werden ihren Aktionären dann wahrscheinlich ein weiteres Geschäft mit der Familie Dornier erklären müssen. Wenn Silvius Dornier mit seiner Klage gegen den Verkauf des Werks Neuaubing Erfolg hat, müssen die Daimler-Manager einen dritten Vertrag mit der streitbaren Familie aushandeln.

Daimler-Benz kann die Neuordnung der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie nicht davon abhängig machen, ob die Dornier-Erben mal wieder Einspruch erheben. Reuter bleibt keine Wahl: Er muß den Minderheitsgesellschaftern die Blockade-Möglichkeiten abhandeln. Und das wird sicher nicht ganz billig.

Dornier-Betriebsrat Oscar Pauli weiß genau, was auf den Stuttgarter Konzern zukommt: „Daimler muß Dornier nun zum drittenmal kaufen.“

Luftfahrt

# Für zwei viel zu klein

**BMW will zusammen mit Rolls-Royce ein Triebwerk für Regionaljets bauen. Zahlt sich die Milliarden-Investition aus?**

Auf den internationalen Automobil-Ausstellungen in Genf, Frankfurt oder Tokio war Eberhard von Kuenheim immer zu finden. Der Auftritt in der Glitzerwelt neuer Modelle war für den Chef der Bayerischen Motoren Werke Pflicht und Vergnügen. Auf der Pariser Luftfahrtmesse erschien er in diesem Jahr zum ersten Mal.

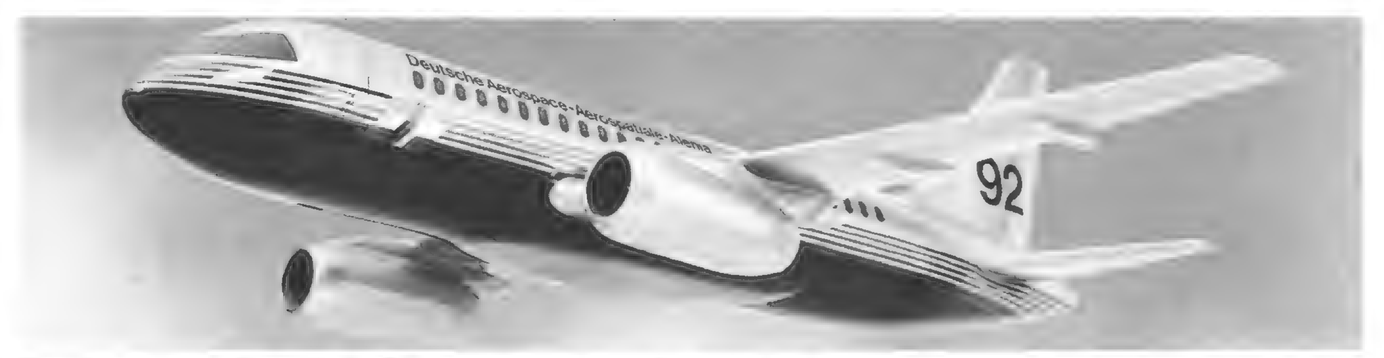


**Triebwerk-Wartung bei BMW Rolls-Royce*:** Millionen fürs Know-how

Doch es war für ihn offenbar die reine Routine. Von Kuenheim besichtigte die Ausstellungsräume in Le Bourget, plauderte mit den Vertretern der Hersteller und dinierte mit den Chefs der Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie. Er schwärmte von den „Zukunftschancen“ der Branche.

Diese Chancen will auch von Kuenheim nutzen. Im vergangenen Jahr erwarb BMW für 100 Millionen Mark die KHD Luftfahrttechnik in Oberursel und brachte sie in ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem britischen Triebwerkhersteller Rolls-Royce ein. Obendrein zahlten die Deutschen ein paar hundert Millionen Mark, damit Rolls-Royce der neuen Firma Know-how und Fertigungs-

* In Oberursel.




**Dasa-Regionaljet (Modell):** Ein Triebwerk aus dem Haus des Konkurrenten?

aufträge überläßt. Die Bayerischen Motoren Werke, deren Firmenemblem einen rotierenden Propeller darstellt, hatten 1916 als Flugmotorenpionier begonnen und 1944 das erste Serien-Strahltriebwerk der Welt gebaut. Mit Hilfe der Briten will von Kuenheim nun an die glorreichen Zeiten anknüpfen. Die Firma BMW Rolls-Royce AeroEngines soll der „führende europäische Hersteller" von Triebwerken für Verkehrsflugzeuge werden.

Briten und Deutsche wollen eine neue Generation von Triebwerken entwikkeln, die besonders leise, sauber und effizient sind. Die geplante „BR 700 Familie" wird das veraltete Tay-Programm von Rolls-Royce ablösen, das Aggregate mit einem Schub von 14 000 bis 20 000 Pfund anbot. Triebwerke dieser Größenordnung treiben Verkehrsflugzeuge wie die Fokker 100 oder Business-Jets wie Gulfstream an.

Im BMW-Entwicklungszentrum im bayerischen Lohhof sind bereits etwa 80 Ingenieure damit beschäftigt, das Kernstück des Aggregats zu entwickeln. Einige der Antriebsspezialisten hat Entwicklungschef Günter Kappler in der Nachbarschaft – bei der zum Daimler-Konzern gehörenden MTU – abgeworben, andere kommen von Rolls-Royce.

In zwei Jahren soll das Triebwerk auf dem Prüfstand laufen. Der allerdings wird nicht in Lohhof stehen, sondern in einer neuen Fabrik, die in Dahlewitz bei Berlin gebaut wird. Dort sollen von 1996 an etwa 1000 Techniker die ersten Triebwerke der neuen Serie fertigen. In Dahlewitz, ehemals DDR, erwarten die BMW-Manager Investitionshilfen und Steuervorteile.

Von Kuenheims Leute drücken aufs Tempo: Das Triebwerk soll fertig sein, wenn die von verschiedenen Herstellern geplanten Regionaljets mit etwa 100 Sitzen auf den Markt kommen. Albert Schneider, Chef der deutsch-britischen Gemeinschaftsfirma, rechnet damit, daß allein von 1996 bis zum Jahr 2003 etwa 1300 Flugzeuge dieser Klasse mit Motoren ausgestattet werden müssen.

Der ehemalige BMW-Manager weiß allerdings auch, daß seine Firma nicht der einzige Anbieter von passenden Aggregaten sein wird. Der härteste Konkurrent ist die Münchner MTU, die ebenfalls schon mit den Vorarbeiten für ein neues Triebwerk, genannt RTF 180, begonnen hat. Der amerikanische MTU-Partner Pratt & Whitney will den Deutschen bei diesem Motor erstmals die Systemführung überlassen.



**BMW-Manager von Kuenheim**
An glorreiche Zeiten anknüpfen

Die MTU-Ingenieure sind allerdings nicht nur aus diesem Grund besonders motiviert. Die Münchner Triebwerkbauer strengen sich auch deswegen mächtig an, weil der größte Abnehmer für das RTF 180 vermutlich der von der Daimler-Holding Dasa geplante Regionaljet sein wird – also ein Flugzeug aus dem eigenen Konzern. Das wird das Geschäft für von Kuenheim nicht leichter machen. Doch der BMW-Chef hatte klar erkannt, daß der Pakt mit den Briten die letzte Chance für sein Unternehmen war, nach mehr als 20 Jahren Pause in das Geschäft mit Flugmotoren zurückzukehren.

Die Kosten für die Entwicklung von Triebwerken sind so hoch, daß nur noch wenige internationale Konsortien in der Lage sind, auf den heißumkämpften Märkten mitzuhalten. Doch die beiden Marktführer haben bereits feste Partner, die US-Firma General Electric hat sich mit der französischen Snecma verbündet, Pratt & Whitney mit der deutschen MTU. Nur Rolls-Royce, der Branchen-Dritte, suchte noch einen Kompagnon.

Die Briten brauchten Geld, um ihr Spitzenprodukt Trent, ein Triebwerk für Großraumflugzeuge, zu entwickeln. Im Gegenzug verschaffen sie BMW den Einstieg in den Markt der kleineren Triebwerke, den Rolls-Royce mit einem Anteil von 75 Prozent beherrscht.

Branchenkenner sind skeptisch, ob von Kuenheims Rechnung aufgeht. Das Geschäft mit Flugzeugantrieben ist überaus riskant. Die Hersteller hängen auf Gedeih und Verderb vom Erfolg der Flugzeugmuster ab, für die sie ihre Motoren auslegen. Nur wenn das Flugzeug ein Bestseller ist, kommt auch der Triebwerklieferant auf seine Kosten.

Überdies hat sich BMW mit Rolls-Royce einen Partner ausgesucht, der seit einiger Zeit mit Schwierigkeiten kämpft. Die Triebwerkfirma, die mit dem gleichnamigen Autohersteller nichts mehr zu tun hat, muß mindestens 6000 Leute entlassen; für die 34 000 Beschäftigten wollte Rolls-Royce einen Lohnstopp durchsetzen. „Wer ist Rolls-Royce?" fragen denn auch die Daimler-Manager süffisant, wenn es um die Beteiligungspolitik ihres Konkurrenten BMW geht.

Offen ist auch, ob BMW genügend finanzielle Reserven für sein neues Unternehmen hat. Die Autofirma wird insgesamt etwa zwei Milliarden Mark in das Triebwerkunternehmen stecken müssen, doch es kann 15 Jahre dauern, bis die Gewinnschwelle erreicht ist.

Daimlers Luftfahrtmanager Jürgen Schrempp, als Dasa-Chef auch für die MTU zuständig, glaubt denn auch, daß der Markt für zwei Hersteller in der Schubklasse bis 20 000 Pfund viel zu klein ist. BMW-Rolls-Royce-Chef Schneider sieht es genauso.

Zu einer Schlußfolgerung hat die gemeinsame Erkenntnis noch nicht geführt: Bisher ist keiner von beiden bereit, auf sein Vorhaben zu verzichten. ◀



**Gutes Design muß gerade sein? Gerade nicht.**

Gutes Design lebt nicht nur vom rechten Winkel und von strengen Linien. Sondern ebenso von der Phantasie und dem Mut, anders zu sein als andere – eigenständig.

Wie Tarbo von COR. Seine Form kommt aus dem Radius, der Tarbo an allen Ecken und Enden ein unverwechselbares Profil gibt. Zu sehen in einer Vielzahl unterschiedlicher Sitz elemente, die Sie wie ein Puzzle kombinieren können. Als Sessel, Couch oder Elementgruppe Mit asymmetrischen Formen, schwungvollen Bögen und weichen Rundungen. Mit niedrigen

oder schulterhohen Armlehnen zum gemütlichen Anlehnen und mit Sitzflächen in vielen Breiten und Tiefen. Zu der Vielzahl an Formen kommt die Vielzahl an Farben, die Sie für die Wechselbezüge (aus Stoff oder Leder) und für die Kegelfüße wählen können. Tarbo überzeugt auf der ganzen Linie durch seine hohe Qualität bei Material und Verarbeitung. Sehen Sie selbst – auf geradem Weg erhalten Sie Prospekt und Händlernachweis von *COR, SP 32, 4840 Rheda-Wiedenbrück.*




Design: Peter Maly + Team

Leonhardt & Kern





**Co Thi Rens Ehemann Hu im Haus seiner Mutter, Agent-Orange-Einsatz während des Vietnamkrieges:** Auf jeden Einwohner

# Der Tod aus Ingelheim

SPIEGEL-Reporter Cordt Schnibben über den größten Chemie-Versuch an Menschen und dessen Folgen (II)

Das Haus von Co Thi Ren ist leer. Auch am Sonntag muß ihr Mann, der wie sie Lehrer ist, auf dem Feld arbeiten, um genügend Geld zusammenzubekommen.

Sein Bruder schickt eines seiner neun Kinder, um ihn holen zu lassen, die anderen trommelt er zusammen, um zu zeigen, wie gesund sie alle sind. Er weiß von seiner schwangeren Schwägerin Co Thi Ren nur, daß ihr ungeborenes Baby krank sei und sie deshalb schon seit vier Monaten in Saigon liege.

Inmitten seiner Lieben und deren Kinder thront er wie der Gott der Fortpflanzung und stößt durch seine Zahnlücken ein paar neckische Spitzen über seinen kleinsten Bruder, den Spätentwickler, aus.

Seine Mutter sei so froh gewesen, daß ihr Jüngster doch noch eine Frau gefunden habe. Am Tage der Verlobung habe die Aufregung sie umgebracht. Eigentlich hätte sein Bruder deshalb noch drei Jahre mit der Hochzeit warten müssen. Aber Braut und Bräutigam seien ja schon so alt gewesen.

Nur zwei Monate konnten Co Thi Ren, 36, und ihr Mann zusammen in dem Haus der Verstorbenen leben. Es ruht auf alten, schwarzen Holzpfählen, ist groß und kühl. „Platz für viele Kinder", lobt der Bruder und zeigt auf die breite Holzfläche des Bettes.

In der Mitte des Wohnraumes türmen sich die Säcke der Reisernte.

40 000 Dong, also fünf Dollar, verdient Hu, so heißt Co Thi Rens Mann, als Lehrer. Wieviel das Krankenhaus für die Behandlung seiner Frau haben will, weiß er noch nicht.

Der 36jährige Hu neigt augenscheinlich nicht zum Selbstmitleid, aber das frische Unglück hat sein optimistisches Gesicht mit schreiendem Jammer überzogen. Von all den Fragen, die er sich nicht beantworten kann, ist die nach der Ursache der Krankheit noch die kleinste.

Auf dem Weg zur Hütte seiner Schwiegermutter erzählt er, daß er in den sechziger Jahren auch ein paarmal in diese klebrigen Wolken geraten sei, „aber außer großer Müdigkeit war doch nichts".

In einem Nachbardorf wurde 1970 bei den Frauen bis zu 480mal mehr Dioxin in der Muttermilch gemessen als üblich; in den stark mit Agent Orange besprühten Provinzen lag der TCDD-Level in der Milch zehnmal über dem Niveau der anderen Bezirke.

Co Thi Rens Schwester kann sich an die Zeit erinnern, als die Blätter von den Palmen fielen und ihre Mutter sie aus den Bombenkratern zerrte, in denen sie badete. „Aber ich habe doch drei gesunde Kinder zur Welt gebracht."

Sie sitzt an dem hohen, gekerbten Tisch in der Mitte der Hütte, verlegen am grünen Tee nippend; ihre Mutter hockt schwerhörig lächelnd hinter ihr auf dem Bett; daneben im Schneidersitz Hu, dem der Schmerz nun die Tränen in die Augen treibt – alle drei versunken in die rätselhafte Gewalt der Vergangenheit.

„Ob in dem Wasser, das du getrunken hast", erzählt Michael Landesman, „das Zeug vom Himmel schwamm, war dir doch da draußen egal. So egal, wie die Frage, ob der Vietnamese, den du umgelegt hast, wirklich ein Vietcong war."

Fünf Orden erkämpfte Landesman in Vietnam, wenn auch nicht die glorreichsten. Er weiß nicht, wo er sie hat.

Um den Kommandeur glücklich zu machen, habe man eben zwölf Leute am Tag umgebracht, „auch wenn man nur drei Soldaten finden konnte". Landesman spricht mit rauher Stimme und jener Freude an der Desillusionierung, die sich aus urtiefer Enttäuschung speist.

Gelegentlich schnappt er nach Luft, als würden die mächtig geschwollenen Lymphknoten den Hals langsam zudrücken. Er fresse einfach zuviel, beruhigt er, seit einigen Jahren schaufele er rein, was er kriegen könne. Der 48jährige sieht so gewollt dick aus wie ein Schauspieler, der mit Gewalt Fett



der Provinz 15 Liter dioxinhaltige Säure angehäuft hat, um Marlon Brando spielen zu können.

Als schlanker Mann war Landesman in seinem Bataillon dafür zuständig, die Gefallenen zu identifizieren; die Hälfte seiner Einheit fiel.

Nach der Rückkehr aus Vietnam wollte der Veteran da weitermachen, wo er vor dem Krieg aufgehört hatte, sein Studium beenden und Manager werden. Doch Landesman blieb ein Kriegsgefangener. Erst zogen ihn die Erinnerungen herunter; die Träume, die Abstürze, die Trips. Dann packte ihn die Müdigkeit, der unendliche Schlaf. Schließlich ließ er sein Blut untersuchen, zehn Jahre nach seiner Mission in Vietnam. Krebs. Leukämie.

Wiederum zehn Jahre später schrieb seine Schwester einen verzweifelten Brief an die „Veterans Administration“, an die Behörde, die in den USA die Kriegsveteranen betreut. Deren Ärzte behandeln die Krieger im Ruhestand kostenlos.

„Mein Bruder ist so gebildet wie ich“, schrieb die Wirtschaftslehrerin, „und er war so fleißig wie ich. Heute zwingt er meine Mutter zu arbeiten, um ihn zu unterstützen, obwohl sie 74 Jahre alt ist.“

Michael sei unehrlich geworden, er schere sich nicht mehr um die Folgen seines Tuns, wenn er überhaupt etwas tue. Bei Familienessen schließe er sich in sein Zimmer ein. Der Krieg habe „sein Leben in eine Abwärtsspirale verwandelt“.

Die chemischen Bomben, die Landesman alle zwei Wochen einwirft, haben seine Knochen so morsch gemacht, daß vor drei Monaten sein linker Knöchel wegbrach, einfach so beim Laufen, und nur langsam zusammenwächst. Die Krücken tun seiner Lebenslust nicht gut.

„Ich bereue nichts“, sagt Michael Landesman gelegentlich; es klingt wie der stille Schwur, nicht ein jammernder Krüppel sein zu wollen. „Ich mache niemanden verantwortlich, nicht mal den Präsidenten. Ich klage nur mich an, so naiv gewesen zu sein.“

Natürlich sitze er manchmal da und denke an das andere Leben, das auf ihn wartete, bevor er nach Vietnam ging. Landesman hat Angst, diesem Leben auf der Straße zu begegnen, irgendwann Freunde aus diesen Jahren zu treffen. Noch mehr fürchtet er, nach Kriegskameraden zu forschen: 200 000 seien bei der Veteranenbehörde als Agent-Orange-Opfer registriert; welche Soldaten schon an Krebs gestorben sind, möchte er nicht erfahren.

Metastasen in der Lunge haben Co Thi Rens Bettnachbarin getötet. Die 32jährige lebte in den Slums am Saigoner Hafen, stammte aber aus der Provinz Phuoc Long, mit 10,6 Millionen Litern der meist besprühte Landstrich Vietnams.

Sie ist im Krankensaal die zweite Krebstote der Woche.

Co Thi Ren hat Glück, daß das Krankenhaus für sie genügend Methotrexat und Dactinomycin auftreiben konnte. Die teuren Krebspräparate haben ihren Tumor soweit schrumpfen lassen, daß die Kurve des Krebsindikators auf irgendwo unter „500“ gesunken ist. Genauer zu messen kann sich das Krankenhaus nicht leisten.



**Dschungel nach Sprühangriff:** „Wertvolle Investition“

Weil meist die Medikamente fehlen, müssen die krebskranken Frauen ohne begleitende Chemotherapie operiert werden. Bei der 22jährigen Tran Anh Tuyet, die rechts neben Co Thi Ren liegt, hat sich die Wunde obendrein entzündet, nachdem ihr die faustgroße Geschwulst aus der Gebärmutter geschnitten worden war.

Je jünger die Frauen sind, desto wilder wuchert der Tumor. Die meisten Patientinnen rund um Co Thi Ren sind 20 bis 25 Jahre alt. Sie haben das Dioxin in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre

über den Mutterkuchen und die Muttermilch aufgenommen. Das Gift hat ihre Eierstöcke so geschädigt, daß jetzt, wenn die Eier befruchtet werden, das Chorionkarzinom zu wachsen beginnt.

„Wir behandeln sie, so gut wir können", sagt die Krankenhaus-Ärztin Nguyen Thi Ngoc Phuong. „Aber wir sagen nicht, wie ernst es ist." Wer wisse, daß er vergiftet sei, habe kein schönes Leben mehr.

Die Ärztin hat aufgegeben, in der Öffentlichkeit auf das Schicksal dieser Kriegsopfer hinzuweisen, weil sie ihnen damit nicht helfen konnte. „Wenn wir zuviel Krach machen um die Frauen, dann ist das schlecht für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Vietnam", sagt die Ärztin Phuong, die als Abgeordnete in der Nationalversammlung sitzt.

Sie hofft, daß der ehemalige Kriegsgegner die 1973 zugesagten Reparationen vielleicht in aller Stille zu zahlen anfange, jetzt, da die Völkergemeinschaft dem Irak 33 Milliarden Dollar Wiedergutmachung abgetrotzt habe.

1967, auf dem Höhepunkt des chemischen Bombardements, wurden die Verantwortlichen vor den Folgen des giftigen Regens erneut gewarnt – von den Verfassern einer Studie, die die Forschungsabteilung des Pentagon in Auftrag gegeben hatte. Der Herbizid-Einsatz wurde darin als „kontraproduktiv" bezeichnet, weil die Reisvernichtung den Vietcong nicht wirklich treffe, die Bauern gegen die Amerikaner aufbringe und das Gift in dem Pflanzenkiller eine für Kinder und Greise „tödliche Schwelle" erreiche.

Auf Pressekonferenzen ließ die Army die chemischen Waffen weiterhin als vollkommen harmlos verkaufen. „Sie sind nicht giftiger als Aspirin." Es sei allerdings möglich, daß einige Tiere „wegen des Mangels an Vegetation" in andere Gebiete flüchteten.

Im Joint Chiefs of Staff, Führungsstab aller Vietnam-Operationen, setzte man den Säure-Regen gezielt ein – nicht, um Tiere, sondern um Bauern umzusiedeln, aus kommunistisch beherrschten in regierungskontrollierte Bezirke.

Die Eltern von Duong Thi My Hanh flohen zu spät. Damals war die Tochter gerade geboren, heute glaubt sie im fünften Monat schwanger zu sein. Die 23jährige Hanh liegt Co Thi Ren gegenüber. Als sie ins Krankenhaus gebracht wurde, war sie halbseitig gelähmt. Auf dem Röntgenbild erkannte die Ärztin kleine schwarze Löcher im Schädel; Metastasen, die Teile des Gehirns blockierten. In der Gebärmutter fand sie ein Chorionkarzinom.

Hanhs Mutter hat ihre Tochter aus der Küstenprovinz Go Cong nach Saigon begleitet. Nachts liegt sie bei ihr im Bett, tags besorgt sie Lebensmittel und



**Dioxin-Kranke Co Thi Ren, Hanh, Tuyet:** Metastasen im Gehirn

kocht. Sie verkauft ihre Mahlzeiten an Co Thi Ren und andere Patienten, für die keine Verwandten kochen.

Zu Hause in ihrem Dorf hätten zwei junge Frauen dieselbe Krankheit gehabt, erzählt sie. Von der Ärztin will sie wissen, wann sie ihre Tochter wieder mit nach Hause nehmen könne. Sie müsse bald zurück. Die Reisernte! Phuong lächelt zuversichtlich. „Bald!"

Wenn die Ärzte sehen, daß es zu spät ist, schicken sie die Krebskranken nach Hause. Zwar konnte Hanhs Lähmung mit Cyclophosphamid gemildert werden, aber das Medikament ist aufgebraucht.

Im Geburtsjahr von Hanh, 1967, plagte die Kommandeure der U. S. Army vor allem eine Sorge: Woher noch mehr 2,4,5-T-Säure nehmen, um noch mehr Landstriche Vietnams entlauben und entvölkern zu können? „Die beste Waffe, die wir haben, aber wir können nicht genug kriegen", heißt es in einem Papier des U. S. Military Assistance Command in Vietnam. Jeder „tactical commander" bewundere die Wirkung dieser Waffe und frage nach größeren Mengen.

Verteidigungsminister Robert MacNamara ordnet an, mit den Planungen für den Bau einer eigenen Giftfabrik der Army zu beginnen.

Im April 1967 wird die gesamte jährliche T-Säure-Produktion der USA durch die Militärs beschlagnahmt. Zusätzlich zapft die Army ausländische Quellen an. Da auch das bei weitem nicht reicht, um den Bedarf von inzwischen jährlich 45,2 Millionen Litern zu decken, versucht Dow Chemical, den Strategen der Army Ersatzgifte zu verkaufen.



**Krebs-Patientinnen im Saal des Saigoner**

Das Mittel „Tordon 101", das keine T-Säure enthält, töte zu langsam und sei „weniger zerstörerisch", finden die Pentagon-Tester vom Department für chemische, biologische und nukleare Operationen. Und „Super Orange", das weniger T-Säure braucht als Agent Orange, habe zwar bei Tests in Puerto Rico „wegen seiner langanhaltenden Wirkung überzeugt", müsse aber erst noch in Vietnam ausprobiert werden.

Dow Chemical wendet sich an die Firma Boehringer in Ingelheim, bittet um Hilfe. Die Deutschen schreiben zurück, man sei mit „einer Erweiterung des Abkommens vom 19. März 1965 einverstanden", weise aber darauf hin, daß bereits eine andere US-Firma „die Anfrage nach unserem Know-how für den gleichen Regierungszweck" gestellt habe.

Diese schwierige Gewissensentscheidung läßt man, wie zwischen ehrlichen Geschäftspartnern üblich, das Geld treffen: Dow werde die Hilfe und das Wissen der Deutschen erhalten, „wenn Ihre Vorschläge für eine Abfindung für die zusätzlichen Mengen für die Regierung, vor allem aber für den Fall, wenn diese zusätzlichen Mengen später für Handelszwecke zum Einsatz kommen, annehmbar sind". Auf deutsch: Für die zusätzlichen Kriegsmengen wollen wir einen Aufschlag, und wenn die nicht in Vietnam versprüht werden, wollen wir einen Auf-Aufschlag.

Zufrieden heißt es zwei Wochen später in einem hausinternen Bericht an den Produktionschef: „Solange der Vietnamkrieg andauert, sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten."

Nach dem Krieg wird Boehringer erklären, man habe nicht zur Entlaubungsaktion in Vietnam beigetragen. „Wir sind nicht für die Entscheidungen der amerikanischen Armee verantwortlich." Niemand könne eine Aussage darüber machen, wird der Leiter des Hamburger Werkes versichern, „wohin Produkte gelangen, die im Weltmarkt vertrieben werden". Boehringer dürfe ruhigen Gewissens behaupten, „die U. S. Army in Vietnam zu keinem Zeitpunkt auf direktem Wege beliefert zu haben". Diese Gewissenhaftigkeit haben deutsche Unternehmer immer wieder, zuletzt im Nahen Osten, bewiesen.

„Mit großer Betroffenheit" habe er erst Jahre nach seiner Tätigkeit bei Boehringer von Agent Orange erfahren, sagt Richard von Weizsäcker, damals Geschäftsführer und Mitinhaber, heute. „Inwieweit und wann anderen in der Firma die Tragweite eigener Produktionsvorgänge bekannt wurde, die erst bei anderen Firmen zur Herstellung der einschlägigen Mittel dienten und deren Folgen durch den Einsatz der sogenannten Entlaubungsmittel erst allmählich offenbar wurden", darüber wisse er nichts zu sagen.

Während des Krieges in Vietnam, als immer mehr Kessel bei Boehringer dampfen, als alle Produktionsrekorde purzeln, als Tausende Tonnen Tetra-, Tri- und T-Säure auf dem vollkommen unübersichtlichen Weltmarkt zwischen Saigon und Hanoi versickern, möchte einer von Boehringers Direktoren „die derzeitige günstige Verkaufssituation ausgenutzt" sehen, „um die Qualitätsforderungen aufzulockern".

Harri Garbrecht, 54, kann sich erinnern, daß „die Amerikaner" sich dennoch beschwerten über die Qualität der neuen Ware. „Wenn in der T-Säure zuviel Dioxin drin war, wurde es einfach der Produktion wieder zugeführt, also quasi verdünnt, da wurde nichts weggeworfen."

In Garbrechts Abteilung, aber auch in der Tetra-Station und der thermischen Zersetzung fliegt wegen des Booms noch mehr Dioxin-Staub durch die Hallen. Manchem Arbeiter reichen die zwei Kopfschmerztabletten pro Schicht nicht mehr, die sich jeder beim Pförtner abholen darf. Kollegen aus kopfschmerzfreien Abteilungen werden vorgeschickt und tauschen ihre Pillen anschließend gegen Bier.

Von „erheblichen gewerbehygienischen Belästigungen" berichtet der Produktionsleiter dem Vorstand in Ingelheim. „Die Belastung für die Belegschaft" sei „so unhaltbar geworden", daß „ein Neubauprojekt im wesentlichen mit dem Ziel einer hygienisch vertretbaren Arbeitsweise" nötig sei. Das wird „wegen der Höhe seiner Investitionskosten" abgelehnt.

Personalvorstand Richard von Weizsäcker verläßt am 1. Juni 1966 die Firma C. H. Boehringer Sohn. Sein Förderer Ernst Boehringer ist, im Alter von 68 Jahren, gestorben und damit für Weizsäcker die Aussicht, Firmenchef werden zu können. Die Nachkommen drängen auf einen Nachfolger aus dem Kreis der Familie.

Richard von Weizsäcker zieht als Rechtsanwalt nach Bonn, wird Bundesvorstandsmitglied der CDU und Kirchenfunktionär. Er leitet als Präsident die Kirchentage in Hannover („Der Friede ist unter uns") und in Stuttgart („Hungern nach Gerechtigkeit"). Dort, 1969, appelliert er an die Gläubigen, neue Antworten zu suchen auf die „Bedrohung des Lebens durch Vernichtungswaffen".

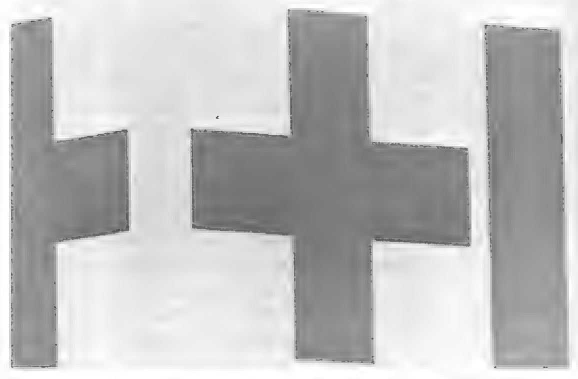
Im Dezember desselben Jahres bekräftigt die Vollversammlung der Vereinten Nationen, aufgeschreckt durch alarmierende Berichte über Totgeburten in Vietnam, daß Herbizide zu den durch die Genfer Konvention geächteten chemischen Waffen zählten. Amerikanische Regierungsvertreter erklären, daß dieser Beschluß nicht die internationale Meinung widerspiegele und die Vollversammlung sowieso Fragen des internationalen Rechts nicht per Mehrheit entscheiden könne.

Vietnamesische Zeitungen veröffentlichen Bilder von totgeborenen und gräßlich mißgebildeten Babys, von Kindern ohne Augen, ohne Nase, von Kindern mit Wasserköpfen und Gesichtsspalte. In den besprühten Gebieten war die Zahl der Mißgeburten um mehr als das Zehnfache gestiegen.

Bei Mäusebabys versiebenfache die T-Säure das Auftreten von Mißbildungen, findet die Forschungsabteilung von Boehringer heraus. „Zur Absicherung des Werkes Hamburg gegenüber eventu-

**Krankenhauses:** Je jünger die Frauen, desto wilder wuchert der Tumor





**Kirchentagspräsident von Weizsäcker (1969)**
„Bedrohung durch Vernichtungswaffen"

Was für die Generäle nichts weiter war als die kostengünstige Desinfektion einer Nation, erweist sich für die internationale Chemie als aufschlußreicher Großversuch. 10 Millionen Menschen auf 2,2 Millionen Hektar mit 15 verschiedenen Herbizid-Cocktails zu besprühen, das bringt viele neue Erkenntnisse.

Nach dem lauten Ende des neunjährigen, ungestörten Experiments fürchten die beteiligten Chemieunternehmen allerdings, daß diese Erkenntnisse in die falschen Hände geraten beziehungsweise die falschen Leute die richtigen Konsequenzen ziehen.

Seit Boehringer 1956 das Dioxin entdeckt hatte, war es den Chemiefirmen gelungen, das Wissen über die giftigste Substanz, die Menschen je geschaffen haben, der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Angesichts der Bilder aus Vietnam befürchten die Hersteller Fragen nach dem Gift in der 2,4,5-T-Säure.

ellen Schadensersatzansprüchen aus dem Kreis der Belegschaft" solle die Personalkartei durchgesehen werden, nach möglichen Parallelen. „Diese Untersuchung sollte rein intern und ohne Beunruhigung der Belegschaft erfolgen."

Da das Krebsforschungszentrum der USA bei Rattenversuchen feststellt, daß 2,4,5-T Fehlgeburten und Mißbildungen auslöst, und Präsident Richard Nixon die U. S. Army sowieso langsam aus Vietnam zurückziehen will, wird den enttäuscht murrenden Militärs der Hahn zugedreht. Am 7. Januar 1971 steigt zum letztenmal ein Sprüh-Flugzeug in den Himmel über Vietnam.

Bis zum Ende dieses zweiten großen Chemiewaffen-Einsatzes der Geschichte sind 91 Millionen Kilogramm Herbizide versprüht. Eine Fläche von der Größe Israels war verseucht und blieb es. In den stärker besprühten Landstrichen, wie etwa in Co Thi Rens Provinz, waren auf jeden Einwohner 15,9 Liter dioxinhaltige Säure gefallen.

Das tote Holz könne zu Holzkohle verarbeitet werden, schlägt das Headquarter der Air Force in seinem Auswertungsbericht vor. Das Land sei nun gründlich gesäubert, zu einem Hektarpreis von elf Dollar. „Was im Moment wie eine vollkommen zerstörerische Aktion erscheint", so trösten die Militärs, „dürfte sich für das Volk von Vietnam tatsächlich als wertvolle Investition erweisen."

Dow Chemical belebt deshalb die deutsch-amerikanische Freundschaft und schlägt Boehringer im April 1971 vor: „Die Kooperation kann beiden Firmen helfen, die Opposition gegen die 2,4,5-T-Säure zu besiegen." Wie Generäle ziehen die Manager Bilanz. Boehringer nimmt zur Kenntnis, daß „die bei Dow installierte Kapazität nach Wegfall der Regierungsaufträge zur Zeit mit nur 50 Prozent ausgelastet werden kann". Der Krieg ist zu Ende. Boehringer beklagt den „Ausfall von Watkins", seinem neuseeländischen Großabnehmer, und sieht für 2,4,5-T „auf Sicht nur noch geringe Verkaufsmöglichkeiten" und einen „spürbaren Erlösverfall für T-Säure".

„Die Kampagne gegen den Einsatz der T-Säure verflacht sich", heißt es bald darauf in einem Boehringer-Papier.

Erst das Unglück von Seveso bringt dem Mega-Gift 1976 die verdiente Popularität: Die Öffentlichkeit entdeckt – 20 Jahre nach seiner Entdeckung – voller Entsetzen das Dioxin.

Doch erst als zwei Jahre später ein Amerikaner im Fernsehen erklärt: „Ich starb in Vietnam, aber ich wußte es nicht", beginnt das letzte, wenn auch noch nicht abgeschlossene Kapitel dieser häßlichen, verschlungenen, langen Geschichte.

Paul Reutershan heißt der Vietnam-Veteran, der seinen Magen- und Darmkrebs auf die Vergiftung durch Agent Orange zurückführt. Als Hubschrauber-Pilot mußte er oft durch die Herbizid-Schwaden fliegen.

Sein Aufschrei findet in den USA ein 200 000faches Echo: So viele Veteranen melden Entschädigungsansprüche an. Die Liste der rund 140 Leiden, die sie dem Agent Orange anlasten, reicht von Appetitlosigkeit über Hautkrebs bis zu Chromosomen-Schäden.

Selbst wenn unter den Leidenden der eine oder andere sein mag, der nie mit Agent Orange in Berührung gekommen war, so scheint doch nun eine Erklärung dafür gefunden, warum viele von den jungen Männern, die man als die kräftigsten und gesündesten ihrer Generation in den Krieg schickte, seit ihrer Rückkehr zu den Kranken und Gebrechlichen gehören.



**Agent-Orange-Opfer in Vietnam**
„Tragweite eigener Produktionsvorgänge"

Das Dioxin, einmal in das Fettgewebe und die Leber eingedrungen, vergiftet jahrelang den ganzen Körper, schädigt über die Blutbahn viele Organe, tötet Helferzellen im Blut, schwächt das Immunsystem. Blutkrebs, Gelbsucht, Chlorakne, chronischer Durchfall, Nierenversagen, Nervenkrankheiten – die Gebrechen dieser Armee von Dioxin-Kranken sind unübersehbar, obwohl die Amerikaner eigentlich an Vietnam nicht erinnert werden möchten.

Seit dem Ende des Krieges hatte die Veterans Administration, für die ärztliche Betreuung zuständig, die Kranken wie Simulanten behan-

delt. Ob man sich Ketchup in den Urin geschüttet habe, wurden Soldaten mit Blut in der Harnprobe gefragt. Ob man vor dem Krieg in einer chemischen Fabrik gearbeitet habe, fragten die Ärzte, wenn bei Blutproben Dioxin und andere Substanzen gefunden wurden.

Als 1979 eine grobe Schätzung des besorgten amerikanischen Bundesrechnungshofes ergibt, daß allein im Militärbezirk I, also dort, wo Michael Landesman lag, über 40 000 Marines in den giftigen Regen gekommen waren, werden die Leiden ernst genommen.

10 oder 15 Jahre nach ihrem Einsatz in Vietnam beginnen Soldaten wie Arthur Adams, Paul Sutton oder Truman Gleason zu begreifen, daß sie aus dem Dschungel mehr mit nach Hause gebracht haben als unruhigen Schlaf und schlechte Erinnerungen.

Arthur Adams leidet zunächst nur unter Magenschmerzen und ständiger Übelkeit. Dann beginnen Afterblutungen. Die Leber entgiftet nicht mehr genügend Blut. Adams bekommt obendrein Diabetes. Er sitzt nur noch zu Hause im Stuhl und liest. Die Schmerzen im Unterleib sind chronisch. Nach zehnjährigem Martyrium stirbt er 1989 an Bauchspeicheldrüsenkrebs. Seine Witwe Mary Ann Adams findet heraus, daß das Wasserreservoir von Long Binh – dort war Adams in Vietnam stationiert – durch große Mengen Agent Orange verseucht war.

Nach zweijährigem Vietnam-Einsatz wird Paul Sutton Vater von drei behinderten Kindern: Ein Sohn kommt ohne Geschlechtsorgane zur Welt; ein anderer stirbt 93 Tage nach der Geburt an seinen Mißbildungen; der dritte ist geistig behindert. Bei etwa 4000 Kindern von US-Soldaten wird Agent Orange als Ursache von Mißbildungen angenommen.

Truman Gleason, mit dem Orden für Scharfschützen dekoriert, entdeckt eines Tages einen Knoten am Hals. Diagnose: Non-Hodgkin-Lymphom. Inzwischen greift der Krebs die Knochen an. In beiden Hüften hat Gleason ein Gelenk aus Plastik.

Die Empörung darüber, daß amerikanische Generäle Amerikaner behandelt haben, als wären sie Vietnamesen, bringt den ansonsten ungeliebten Vietnam Veterans breite öffentliche Unterstützung. Die Dioxin-Opfer verklagen jene Chemiefirmen, die das Agent Orange geliefert haben.

In großer Not – eine Schadensersatzforderung von 45 Milliarden Dollar wird erwartet – wendet sich Dow Chemical an Boehringer. Die Deutschen sollen bezeugen, „daß die US-Regierung zum Zeitpunkt der Bestellung von Agent Orange denselben Kenntnisstand über die T-Säure und ihren Gehalt an TCDD hatte wie die chemische Industrie“.





**Agent-Orange-Kranker Gleason*:** Hüftgelenk aus Plastik



**US-Soldaten im Agent-Orange-Gebiet:** „Ich starb in Vietnam, aber ich wußte es nicht“

Der Hamburger Werksleiter von Boehringer beklagt in seiner Stellungnahme, daß „die Regierung heute von all dem nichts mehr wissen will“. Die Entscheidung zum Einsatz von Agent Orange sei schließlich „unmittelbar im Weißen Haus“ zustande gekommen. „Daß diese Entscheidung auf so hohem Niveau fiel, läßt nach Dow vermuten, daß man sich über die kritische Nähe der Worte ‚Chemikalien‘ und ‚Kriegsführung‘ bewußt war.“

Paul Reutershan, der Soldat, der als erster die Schlacht gegen das Dioxin-Kartell aufnahm, stirbt an Krebs, bevor sein Prozeß gegen Dow Chemical und andere eröffnet wird.

Seine Kriegskameraden einigen sich im größten Entschädigungsverfahren der amerikanischen

* 1968 in Vietnam. 1991 vor seinem Haus in Glenns Falls (New York).

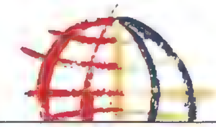
# COME TOGETHER

*and learn to live as friends*

Peter Stuyvesant

TOP INTERNATIONAL QUALITY

SCHOLZ & FRIENDS



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,8 mg Nikotin und 12 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).



**Agent-Orange-Opfer Adams**
Zehnjähriges Martyrium

Geschichte mit den Chemiefirmen auf die Zahlung von 180 Millionen Dollar. Das macht die 14 000 Kläger nicht reich, die Chemiefirmen aber glücklich: Sie lassen sich im Vergleich bescheinigen, daß die Leiden der Veteranen nicht durch Agent Orange verursacht seien. Das Dioxin ist vorerst freigesprochen.

Den Chemiefirmen geht es längst um mehr als um Vietnam und eine Handvoll Dollar. Wenn Dioxin schuldig gesprochen wird, Krebs zu verursachen, dann wäre das der Ruin nicht nur der chemischen Industrie: Dioxin ist „omnipotent", wie eine Kommission des amerikanischen Kongresses schreibt.

**Witwe Adams:** Dioxin im Trinkwasser

So praktisch es war, ein Land zum Labor und ein Volk zum Kaninchen zu machen, so heimtückisch sind nun die Laborberichte. Präzise wie deutsche Vernichtungsbürokraten haben die Militärs jeden der 9495 Sprüheinsätze protokolliert. Deren Wirkung auf die Reisbauern läßt sich statistisch nicht erheben, die haben andere Sorgen, aber was die US-Soldaten abbekommen haben, ist zu ermitteln: Ihre Bodenbewegungen sind in den Truppenberichten dokumentiert, ihre Gebrechen speichert die Veteranen-Behörde.

Diese einmalige Gefahr für die Chemie, diese einmalige Chance für die Medizin löst einen einmaligen Krieg um die Wahrheit aus, bei dem es vor allem um Fälschungen geht.

Wahr ist bis jetzt nur, daß Vietnam-Veteranen häufiger an bestimmten Tumoren sterben als andere Amerikaner im gleichen Alter. Verschiedene Studien über Kriegsteilnehmer aus Massachusetts, West Virginia, Wisconsin und Washington belegen eine erhöhte Rate von Non-Hodgkins-Blutkrebs und Soft-Tissue-Sarkom. Diese Studien erhoben die Bundesstaaten; Studien der Army oder der Veterans Administration kommen zu weniger eindeutigen oder entgegengesetzten Ergebnissen.

Die Army findet bei den 1200 Soldaten, die das Agent Orange persönlich über Vietnam versprühten, erst in einer zweiten Studie erhöhte Krebsraten und mehr mißgebildete Kinder als üblich, nachdem ein Senator die erste Studie „eine Fälschung" genannt hatte. Die beteiligten Wissenschaftler gaben zu, vorher unter Druck gesetzt worden zu sein.

Als daraufhin auch ältere Studien überprüft werden, die die Ungefährlichkeit von Dioxin behauptet hatten, entdeckt man, daß mindestens zwei wichtige Untersuchungen manipuliert sind: die Studien über die Folgen der Dioxin-Unfälle 1949 bei Monsanto in Nitro (USA) und 1953 bei der BASF in Ludwigshafen.

In den Erhebungen waren vergiftete und nicht vergiftete Arbeiter so lange vertauscht worden, bis die Raten der Krebstoten in beiden Gruppen annähernd gleich waren.

1982 verfügt der amerikanische Kongreß, die Agent-Orange-Studie der verschlafenen Veterans Administration zu entziehen und der Gesundheitsbehörde (CDC) zu übergeben.

Die CDC, von Ronald Reagans Sparkommissaren stark bedrängt, zeigt in den folgenden vier Jahren wenig Neigung, dem Präsidenten durch folgenschwere Forschungsergebnisse Schwierigkeiten zu machen.

Für Reagans Administration sind die Dioxin-Soldaten „eine der sensibelsten Angelegenheiten der achtziger Jahre", da eine Anerkennung ihrer Ansprüche auch zivile Dioxin-Opfer in die Lage versetze, Entschädigungen zu bekommen. „Enorme finanzielle Folgen, bis zu Hunderten von Milliarden Dollar", prophezeit das Office of Management and Budget (OMB) 1983 in einem Memorandum an den Präsidenten. Deshalb sei es enorm wichtig, „daß wir unsere Haltung und Reaktion organisieren".

Die Agent Orange Working Group des Weißen Hauses und das OMB nehmen in den folgenden Jahren Einfluß auf Agent-Orange-Studien, so auch auf die schon erwähnte manipulierte Untersuchung der Air Force.

Als die Gesundheitsbehörde (CDC) im Juli 1986 Veteranen auf Dioxin im Blut untersuchen will, schlägt das OMB Alarm und ermutigt in einer Anweisung den CDC-Direktor, vorsorglich klarzustellen, „daß ein bestimmter Dioxin-Gehalt im Blut weder Auskunft über die Ursachen der Vergiftung noch über den Zusammenhang von Vergiftung und Erkrankung gebe".

In der Erforschung der vergifteten Soldaten zeigt die CDC bis dahin erstaunliche Zurückhaltung. Der Ansprechpartner der Forscher im Pentagon, Lieutenant Colonel Richard Christian, bombardiert die Wissenschaftler mit 300 000 Meldungen über Truppenbewegungen, 23 000 Berichten über Sprüheinsätze, mit 800 Tonnen Kriegsgeschichte.

Den CDC-Leuten ist das stets zu wenig, sie kritisieren die Lücken, die das Material läßt.

Christian liefert immer detailliertere Unterlagen, die zeigen, welche Einhei-


OMEGA

ten besonders viel und welche kein Agent Orange abbekommen haben.

Die GIs des Base Camps Phuoc Vinh hatten beispielsweise 742 Giftregentage in vier Jahren; in der Nähe lebte Co Thi Ren. Chu Lai, wo Michael Landesman stationiert war, kam auf 272 Sprühtage.

Doch die CDC verändert die Kriterien ihrer Studie immer weiter, „bis schließlich möglichst wenig besprühte Soldaten übrigbleiben", wie Christian vermutet. GIs, die länger als sechs Monate im Kampf waren, sind ebenso ausgegrenzt wie solche, die bei Unfällen in heftige Dioxin-Schauer gerieten.

Richard Christian, 25 Jahre Soldat in Korea und Vietnam, Träger des Tapferkeitsordens Purple Heart, inzwischen Chef von 73 Männern, die damit beschäftigt sind, die CDC mit Informationen zu füttern, gewinnt den Eindruck, daß die Angestellten der Gesundheitsbehörde „nicht wollen, nicht können, nicht dürfen".

Ende 1985 erklärt die CDC die Studie, auf die Hunderttausende Dioxin-Opfer warten, für gescheitert. Die Behörde macht „die schlechte Qualität" der Daten verantwortlich. Es sei nicht möglich, aus ihnen die tatsächliche Berührung der Soldaten mit Agent Orange zu ermitteln.

Das Institute of Medicine (IOM) kommt nach Durchsicht der Pentagon-Daten zur entgegengesetzten Auffassung und kritisiert, daß die CDC ihre Untersuchung falsch begrenzt habe.

Der Bericht des IOM geht auf dem Weg ins Weiße Haus irgendwie und irgendwo verloren. Verteidigungsminister Caspar Weinberger beauftragt zwei hohe Militärs, das Urteil der CDC zu überprüfen. Der eine Prüfer wird kurz darauf überführt und verurteilt, „sexuelle Bestechung" angenommen zu haben, um einer Soldatin die militärische Laufbahn zu ebnen.

Der andere, Major General John E. Murray, letzter Militärattaché in Saigon, liefert nach fünf Monaten Untersuchung einen launigen, 100seitigen Bericht, der mit der bedauernden Feststellung beginnt: „Vietnam wurde nicht als epidemiologisches Labor angelegt."

Er habe sechs Bände mit Studien gelesen, schreibt der General, „beginnend mit einer deutschen Studie von 1957", um etwas über die Giftigkeit der Herbizide zu erfahren. In Südostasien seien sie „hochgeschätzte Kriegswaffen" gewesen, wenn auch „zweischneidige Schwerter". Die Propaganda des Gegners spreche von 1500 Toten und 1,5 Millionen Vergifteten. Wenn sich eine giftige Wirkung der Herbizide herausstelle, dann „könnte das Uncle Sam in große Schwierigkeiten bringen". Murray lobt die Arbeit von Christians Datensammlern, sie sei von „unschätzbarem Wert". Die Daten würden seiner Meinung nach ausreichen, um die Studie der CDC fertigzustellen, aber als Nichtwissenschaftler fühle er sich nicht kompetent, die Einwände der Wissenschaftler zu tadeln.

Im Oktober 1987 fordert das Weiße Haus die Gesundheitsbehörde auf, die bis dahin 43 Millionen Dollar teure Studie zu stoppen.

Im August 1990, nach zwei Hearings und 14monatiger Ermittlung, verurteilt der Regierungsausschuß des Repräsentantenhauses den Vorgang als „einen Fall von unsauberer Wissenschaft und politischer Manipulation".

Die CDC-Studie sei vom Weißen Haus „kontrolliert und behindert" worden. Das Weiße Haus habe Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen den Krankheiten der Vietnam-Soldaten und Agent Orange „unterdrückt", da die Reagan-Administration „Entschädigungen bei militärischen und zivilen Vergiftungsfällen" verhindern wolle.




**US-Präsident Reagan***
Studie behindert und kontrolliert



**Veteranen-Denkmal in Washington:** „Wer wird den nächsten Krieg führen?"

* 1983 auf einer Versammlung der Veteranenvereinigung „American Legion".



**Protestierende Vietnam-Veteranen in New York***
*„Sie warten darauf, daß wir tot sind"*



**Soldaten-Forscher Christian**
*„Nicht wollen, nicht dürfen"*

9 der 15 Republikaner im 39köpfigen Regierungsausschuß tragen dieses Urteil mit.

Der Kampf ums Dioxin ist nicht zu Ende: Zwei Veteranenverbände, American Legion und Vietnam Veterans of America, haben inzwischen die Vereinigten Staaten und ihre CDC verklagt, die unendliche Studie doch noch zu beenden.

Richard Christian hat die Front gewechselt. Er dient der American Legion mit seinem Know-how. „Wenn wir uns nicht um unsere Veteranen kümmern, wer wird dann den nächsten Krieg führen?" gab er immer zur Antwort, wenn man ihn nach dem Grund seiner sturen Spurensuche fragte. Als der nächste Krieg gekommen war, hatten der Präsident und alle Abgeordneten beider Häuser ein Einsehen: Drei Wochen vor Beginn der Bodenoffensive am Golf wurde einstimmig ein Gesetz beschlossen, das zumindest den 2350 Veteranen, die an Chlorakne, Non-Hodgkins-Krebs oder Soft-Tissue-Sarkomen leiden, eine Rente zusichert.

Der Präsident sei begeistert von diesem Gesetz, hieß es in der Kongreß-Debatte, man wolle so „den Truppen am Golf die Botschaft zukommen lassen, daß man die Versprechen ihnen gegenüber genauso halten werde".

Herbizide und Dioxin seien allerdings nicht verantwortlich für die Leiden der Veteranen. Die National Academy of Science wurde mit einer Studie beauftragt.

„Sie warten darauf, daß wir tot sind", sagt Michael Landesman lächelnd. Da sein Blutkrebs kein Non-Hodgkins-Lymphom ist, sondern ihm nur ähnelt, muß er abwarten, ob sein Krebs nach Ende der Studie offiziell als Kriegskrebs anerkannt wird.

Bisher bekommt Landesman monatlich 71 Dollar Rente, wegen „posttraumatischer Ausfallerscheinungen", wie ihm die Veterans Administration geschrieben hat. „America is No. 1 – Thanks to our Veterans" steht neuerdings auf den Briefen der Behörde.

Die Frage nach Entschädigung versteht Co Thi Ren zuerst gar nicht, dann antwortet sie, nein, sie wisse noch nicht, wie sie das Geld für das Krankenhaus aufbringen solle, aber ihr Mann habe begonnen, zusätzlich Erdnüsse anzubauen.

120 Mark Werksrente bekommt Harri Garbrecht von Boehringer; 75 Mark davon seien eine freiwillige Zahlung des Unternehmens, hat ihm die Firmenleitung geschrieben, „die jederzeit gestrichen werden kann".

„Wir sind versichert, wenden Sie sich an die Berufsgenossenschaft", hörte Garbrecht, als er Boehringer wegen seiner Dioxin-Gebrechen verklagen wollte. Seine Versicherung verweigerte den Rechtsschutz, weil „der kausale Zusammenhang zwischen der Erkrankung und der Arbeit bei Boehringer schon seit 1962 bestehe, der Versicherungsschutz aber erst seit 1965".

Garbrechts Kollegen Joachim Voß, seit neun Jahren ohne Kehlkopf, sagte man bei der Berufsgenossenschaft: „Daraus wird nichts", als der ärztliche Gutachter seinen Krebs dem Dioxin zuschrieb. Seit fünf Jahren hört Voß, wenn er sich nach dem Stand seines Falls erkundigt: „Noch ein bißchen Geduld, bitte!" Daß Dioxin Krebs erregt, bestreitet die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie bisher. Die „statistische Signifikanz" fehle: Es sind noch zuwenig Arbeiter, die mit Dioxin hantierten, an Krebs gestorben.

Nun gibt es genug Krebstote: 115 bei Boehringer in Hamburg. Der Arbeitsmediziner Professor Alfred Manz hat sie ausfindig gemacht. Finanziert vom Hamburger Senat und unterstützt von detektivisch begabten Mitarbeitern, auch ehemaligen Boehringer-Arbeitern, erforschte Manz die Todesursache aller bisher verstorbenen Boehringer-Beschäftigten. Ein Drittel hatten Krebs.

Die Firmenleitung und die Berufsgenossenschaft boykottierten anfangs die Untersuchung, so daß Manz über Friedhöfe, Sterberegister und 400 Interviews dem Tod auf die Spur kommen mußte. Erst kurz vor Abschluß seiner Untersuchung erhielt er von Boehringer eine Personalliste.

Die in der Bundesrepublik einzigartige Studie, die im Herbst vom Hamburger Senat veröffentlicht wird, zeigt, daß Arbeiter, die 20 Jahre bei Boehringer beschäftigt waren, doppelt so häufig an Krebs erkranken wie andere Deutsche. Besonders diejenigen, die in Harri Garbrechts T-Säure-Abteilung den hohen Dioxin-Mengen ausgesetzt waren, zeigen eine „deutliche Übersterblichkeit" von 240 Prozent.

Die Selbstmordrate ist um 62 Prozent überhöht.

Da Dioxin etwa 20 Jahre braucht, um im Körper Krebs wuchern zu lassen, gibt die Studie zu bedenken, daß für die „jüngeren" Boehringer-Jahrgänge erst „im Verlaufe der nächsten Jahre mit einem weiteren Ansteigen der Krebshäu-

---

* 1984 vor dem Gerichtsgebäude, in dem über die Klage von Agent-Orange-Opfern gegen amerikanische Chemiefirmen verhandelt wird.

# Von Flensburg bis

MICHAEL SCHIRNER







**T-Säure-Halle im Hamburger Boehringer-Werk (nach Demontage), Garbrecht:** Noch zu wenige an Krebs gestorben

figkeit zu rechnen" sei. Manz und seine Mitarbeiter erforschen nach den toten nun die lebenden 1200 Boehringer-Arbeiter. Leberschäden, Bronchitis, Herzinfarkt, Hirnschrumpfung, Depression – die Liste der Leiden verspricht kein schnelles Ende.

Erbschäden stehen auch auf dieser Liste, verdächtige Zufälle wie die unheilbare Darmerkrankung, die Garbrechts Tochter 1964 mit auf die Welt brachte.

„Sie sind ja verrückt", hört Harri Garbrecht gelegentlich von Krankenschwestern, denen er verbissene Vorträge über das Teufelszeug namens Dioxin hält. Wer würde an seiner Stelle nicht verrückt werden?

Eine Bombe wollte er gelegentlich bei Boehringer legen, aber als Garbrecht vor zwei Monaten, am Tag der offenen Tür, seinem seit 1984 verschlossenen Arbeitsplatz gegenübersteht, spürt er so etwas wie Mitleid. Das Unternehmen will zeigen, wie sorgfältig es die vergiftete Fabrik zertrümmert.

Jedes Rohr wird in kleine Ringe zersägt, belasteter Boden ausgehoben, jede Maschine zerlegt und (fast) alles darin befindliche Dioxin in einer gigantischen Anlage bei 1200 Grad zerstört. So einfach wie im Backofen, sagt der Fremdenführer. „Backpulver", murmelt Garbrecht.

Harmlos wie Backpulver war 1962 angeblich die T-Säure, Dioxin machte nur Pickel. Heute warnt das Umweltbundesamt vor 0,000 000 000 001 Gramm Dioxin; das sei die gerade noch tolerierbare tägliche Belastung je Kilogramm Körpergewicht. Doch jeder Deutsche, auch Harri Garbrecht, nimmt inzwischen jeden Tag fast das Doppelte auf; ein Säugling das 80- bis 90fache. In der Muttermilch, in der Milch, im Fisch, in Computern, auf Sportplätzen, in der Luft ist Dioxin. Aus Müllverbrennungsanlagen, aus Metallbetrieben, aus Chemieanlagen, aus Mülldeponien, aus Papierwerken, aus dem Autoauspuff kommt Dioxin.



**Entgiftung im Boehringer-Werk**
Harmlos wie Backpulver

Wo immer bestimmte Chlorverbindungen stark erhitzt werden, entsteht Dioxin. Und es verschwindet nicht wieder.

Drei Jahrzehnte zu lang konnte das Dioxin wuchern, geschützt durch ein Kartell des Schweigens, durch diese seltsame Allianz von Dow Chemical bis Boehringer, von Lübke bis Weizsäcker, von Kennedy bis Reagan, von Chemie bis Politik, von Kalkül bis Leichtsinn.

Jetzt fordert das Umweltbundesamt Maßnahmen, um die tägliche Dioxin-Dosis zu halbieren. Aber gleichzeitig muß es einräumen, daß bisher nicht einmal die Dioxin-Messung funktioniert.

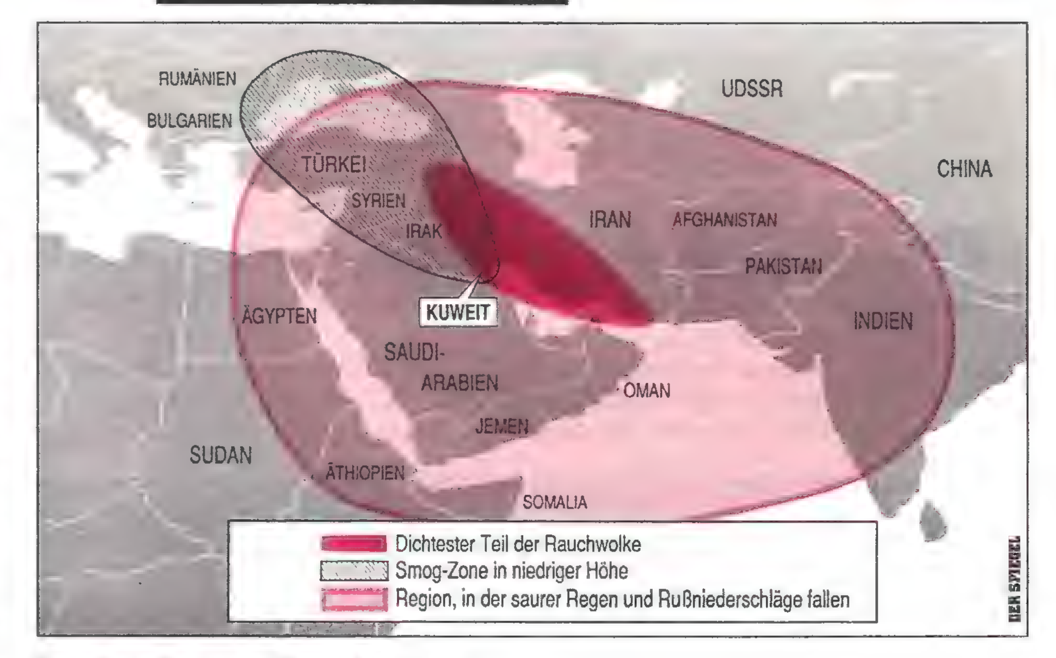
Dies Gebäude da sei hoch belastet, sagt der Sicherheitsingenieur, der die Schaulustigen über das Boehringer-Gelände führt. Er zeigt auf einen ehemals roten, verwitterten Klinkerbau. „Poröse Materialien wie Klinker wirken auf Dioxin wie ein Schwamm, da kann es gut eindringen."

Ein Zaun schützt den alten Bau, der so schön ist wie Gemäuer aus dem Frühkapitalismus, vor Neugierigen. Dort drinnen stieß der Hautarzt Schulz auf die schaufelnden Arbeiter und ihre Chlorakne. Durch zerschlagene Fenster sieht Harri Garbrecht, daß die Innereien gründlich zertrümmert wurden, so sorgfältig, daß er seinen Arbeitsplatz nicht mehr wiedererkennt. „Vorsicht, nicht weiter!" hört er.

Männer in Schutzanzügen, die aussehen, als würden sie im Atomkraftwerk arbeiten, schleichen um das immer noch stinkende Museumsstück. „Die Arbeitskleidung wird jeden Abend weggeschmissen", lobt der Sicherheitsingenieur. Er sieht Garbrechts tadelnden Blick. „Na ja, mit Wasser und Seife kriegt man Dioxin doch nicht wieder heraus", sagt der Führer und lächelt über soviel Unwissenheit.

## Frankreichs Spiel auf Madagaskar

Die einstige Kolonialmacht Frankreich möchte ihrem angeschlagenen Schützling in Madagaskar, Didier Ratsiraka, 54, einen ehrenhaften Abgang verschaffen: Der Präsident soll formal seinen Titel behalten, aber einen Großteil seiner Macht an die Opposition abgeben, die in täglichen Massendemonstrationen Ratsirakas Rücktritt fordert. Der Plan wird sich schwerlich verwirklichen lassen. Denn Madagaskars mächtige Demokratiebewegung akzeptiert den von Paris geförderten Oppositionspolitiker Manandafy Rakotonirina nicht; und der Präsident lehnt den Kompromiß ab, weil er an Frankreichs Unterstützung „keine Minute zweifelt". Ratsiraka, Absolvent der französischen Marine-Akademie, genießt die Protektion von Jean-Christophe Mitterrand, Präsidentensohn und Afrika-Berater im Elysée. Ohne dessen Rückhalt wäre der seit 1975 regierende Ratsiraka nach Meinung der Opposition längst gefallen.




## Rauchwolke über Kuweit wächst

Die Ölbrände in Kuweit sind immer schwieriger unter Kontrolle zu bringen. Von insgesamt 732 Bohrstellen, die von den Irakern entzündet wurden, stehen laut jüngstem Zählstand noch immer 533 in Flammen – ohne daß es bisher gelungen wäre, auch nur eine der unter hohem Gasdruck stehenden Quellen zu löschen. Inzwischen brennen auch mehrere der Ölseen samt ihren Seitenarmen und Nebenflüssen, die immer größere Teile der acht Ölfelder Kuweits bedecken. Das Desaster greift auch auf den Untergrund über: Die Förderrohre, die bis in zweieinhalb Kilometer Tiefe reichen, haben wegen des unkontrollierten Ausstoßes von Öl begonnen, immer stärker zu vibrieren – mit der Gefahr, daß sie bersten. Die Sommerhitze hat derweil die Rauchwolke über dem Golf bis auf 7000 Meter Höhe angehoben, meldet die National Science Foundation in Washington. Damit ist sie mehr als doppelt so hoch wie noch während des Frühjahrs. Eine Zunahme von elementarem Kohlenstoff – Ruß, der aus Kuweit stammt – wird nun auch aus Nord-Japan gemeldet. Sowjetische Wissenschaftler berichten von saurem Regen noch nie dagewesener Intensität. Das Washingtoner Worldwatch Institute geht davon aus, daß derzeit monatlich 2,5 Millionen Tonnen Ruß, eine Million Tonnen Schwefel und 100 000 Tonnen Stickoxide aus Kuweit aufsteigen. Das entspricht dem Zehnfachen der Schadstoffmenge, die US-Industrie und alle amerikanischen Kraftwerke zusammen an die Atmosphäre abgeben.

## Exodus polnischer Zigeuner

Die schwedischen Grenzbehörden sind beunruhigt über den Zustrom polnischer Zigeuner, die mit Fähren nach Malmö und Ystad kommen und dort um politisches Asyl bitten. Nach Angaben des polnischen Grenzschutzes haben in den letzten zwei Wochen täglich rund 50 Zigeuner das Land in Richtung Schweden verlassen. Als Grund für die Ausreise nennen die Zigeuner Verfolgungen, denen sie in Polen ausgesetzt seien. Tatsächlich kam es Ende Juni in der polnischen Provinzstadt Mlawa zu pogromähnlichen Ausschreitungen gegen dort lebende Zigeunerfamilien, die von der Polizei erst nach zwei Tagen eingedämmt werden konnten. Doch auch in Schweden sind die Zigeuner nicht willkommen. Wie die Stockholmer Tageszeitung *Dagens Nyheter* berichtet, wurden die ersten Asylanträge bereits abgewiesen.



**Zigeunerfamilie auf einer Müllkippe bei Stettin**

## China: Waffen-Deal mit Israel

Die politische Annäherung zwischen Israel und China ist begleitet von einem geheimen Rüstungsgeschäft. Nach Informationen westlicher Militärattachés in Peking liefert Tel Aviv den Chinesen Technologie für Kampfflugzeuge. Im Gegenzug erhalten die Israelis Rohstoffe für Metalle, die bei der Herstellung von Granaten verwendet werden. Mit dem Handel riskieren die Chinesen, ihre arabischen Freunde und Rüstungspartner, etwa Irak und Syrien, zu verstimmen. Aus Rücksicht auf die Araber hat die chinesische Regierung nach jahrelanger Feindschaft bislang noch keine diplomatischen Beziehungen zu Israel aufgenommen. Beide Staaten unterhalten allerdings Verbindungsbüros.

# „Das ist eine Invasion"

An allen Fronten trieben die Serben und die mit ihnen verbündete jugoslawische Bundesarmee die Kroaten zurück. Deren Präsident Franjo Tudjman ordnete eine Teilmobilmachung an. Doch die Rettung für seine Nation erhoffte er sich von draußen – von der Europäischen Gemeinschaft, die abermals zu schlichten versuchte.




**Straßensperre der Bundesarmee in Slawonien:** „Verbrechen gegen die Menschlichkeit"

An manchen Stellen war die Front nur noch 50 Kilometer entfernt. In der kroatischen Hauptstadt Zagreb drohte Ende voriger Woche eine Massenpanik auszubrechen.

Eine Welle von mehreren tausend Flüchtlingen, die von den vorrückenden Serben aus ihren Dörfern südlich von Zagreb vertrieben worden waren, brachte Erzählungen von Greueln und Tod in die Stadt, deren Bürger noch Tage zuvor so sorglos gelebt hatten, als könne der Bürgerkrieg sie nie erreichen.

Jetzt begann vielen Kroaten zu dämmern, daß sie bald nur noch die Wahl haben würden zwischen einem totalen Krieg gegen die jugoslawische Bundesarmee und die serbischen Milizen – oder der Kapitulation, dem Ende des Traums von der Souveränität.

Jugoslawien zerfällt, die Trümmer erbt Großserbien, seine Truppen marschieren. Am vorigen Donnerstag rollte ein Panzerverband, der aus der serbischen Vojvodina kam, östlich der Stadt Osijek auf kroatische Dörfer zu und schoß auf alles, was sich bewegte. Die Polizeistation des Dorfes Dalj, wo sich noch 2500 Kroaten aufgehalten hatten, wurde zerstört. Sogar Flußboote der Donau-Marine griffen mit Geschützfeuer in die Kämpfe ein.

Der slawonische Nachbarort Erdut fiel an die Armee, die Stadt Osijek, deren Vororte schon unter Beschuß lagen, war umzingelt. „Das ist eine regelrechte Invasion", meldete Bürgermeister Zlato Kramarić in einem Telefongespräch nach Zagreb und bat flehentlich um Hilfe gegen die Übermacht.

Die in Kroatien angeblich als „Puffer" stationierten Kampfeinheiten der Armee waren in der letzten Woche immer offener dazu übergegangen, den Guerillakrieg der aufständischen Serben gegen die kroatische Nationalgarde mit ihrer massiven Feuerkraft zu unterstützen.

Und sie beschränkten sich nicht mehr darauf, Kroaten aus den überwiegend serbisch besiedelten Gebieten zu vertreiben, sondern griffen wie in Osijek auch rein kroatische Orte an. Bereitete sich die Armee darauf vor, so fragten

* Bei der Bergung eines verletzten Kindes am vorigen Freitag.



**Serbischer Milizionär*:** Totaler Krieg

sich viele Kroaten mit Bangen, die abgefallene Republik völlig zu überrennen?

„Das sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von der ganzen Welt verurteilt werden sollten“, erregte sich der katholische Primas von Kroatien, Kardinal Franjo Kuharić.

Schon in der Nacht zum Mittwoch war die Kleinstadt Kostajnica, nur 70 Kilometer südöstlich von Zagreb an der Grenze zu Bosnien, von der Luftwaffe sturmreif gebombt worden. Schule und Kindergarten verbrannten. Aber in der Nacht zum Freitag eroberte die kroatische Nationalgarde die Stadt zurück. Die Zahl der Toten und Verwundeten ging nach Augenzeugenberichten in die Hunderte.




Die Kampfgruppen der Serben in der Region Krajina unter dem Befehl eines ehemaligen Söldners mit dem Kriegsnamen „Kapetan Dragan“ kontrollieren inzwischen die gesamte Region Banija bis zur Grenze zu Bosnien.

Dragan, der schon mehrfach verkündet hat, daß er „keine Gefangenen macht“, erklärte die Operationen in der Krajina denn auch für abgeschlossen. Nun wolle er mit seinen Heckenschützen über den freigekämpften Korridor nach Norden vorstoßen: „Dort muß Ordnung geschaffen werden.“

Im Nordosten der bedrängten Republik, in Slawonien, wo die Serben nur knapp 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, morden die Tschetniks des Radikalen Vojislav Šešelj, der von einem Großserbien träumt (siehe Seite 124).

An einem Waffenstillstand, zu dem das jugoslawische Staatspräsidium wie auch die Europäische Gemeinschaft aufgerufen hatten, zeigten die triumphierenden Serben kein Interesse.

Durch die Hiobsbotschaften von der Front alarmiert, rief Kroatiens Präsident Franjo Tudjman Donnerstag abend eine Sondersitzung des Sabor, des kroatischen Parlaments, ein. Er forderte die Bildung eines Kriegskabinetts, in dem alle politischen Parteien in einer Koalition der nationalen Rettung vertreten sein sollten.

Kroatien müsse sich einem Eroberungskrieg stellen, rief Tudjman: „Der serbische Chauvinismus und Expansionismus trachtet danach, einige Teile Kroatiens an Serbien anzuschließen. Das werden wir nicht zulassen.“ Die Jugoslawische Volksarmee sei „zum Aggressor auf dem Boden unserer Republik geworden“.

Mit großer Mehrheit stimmten die Abgeordneten einer Teilmobilmachung zu und riefen alle wehrfähigen Männer in den Krisengebieten zu den Waffen; sie sollen Selbstschutzverbände bilden. Fahrzeuge und Gerät können nach Bedarf requiriert werden.

Für die totale Volksmobilisierung, so der Präsident, der unter Tito selbst Partisanengeneral gewesen war, fehlten der Republik leider die nötigen Waffen: „Wir müssen mit Mut und Vaterlandsliebe ersetzen, was uns an Kriegsausrüstung fehlt.“

Zum Chef des Krisenstabes wurde der bisherige kroatische Premier Jošip Manulić ernannt. Den erst seit wenigen Wochen amtierenden Verteidigungsminister Sime Djodan, einen Falken, der aber über keinerlei militärische Erfahrung verfügte, löste Tudjman ab. Auch Innenminister Onesin Cvitan, der für den unentschlossenen Abwehrkampf und das Chaos im Land verantwortlich gemacht wird, mußte gehen.

In der stürmischen Nachtsitzung forderte der kroatische Abgeordnete Joško Kovać, der zum rechten Flügel von Tudjmans Regierungspartei gehört, Serbien zum Angreifer zu erklären, die Armee als Kollaborateur zu verdammen: „Serbien ist kein moderner Staat. Es benimmt sich wie eine mittelalterliche byzantinische Schöpfung.“

So zutreffend diese Anklagen gewiß sind – Tudjman hat mit seiner Unnachgiebigkeit zweifellos dazu beigetragen, daß Kroatien in eine scheinbar ausweglose Lage geriet. Zu spät hatte er versucht, zumindest die gemäßigten Serben in seiner Republik mit Gesprächen über eine begrenzte Autonomie ruhigzustellen.

So schrieb die kroatische Zeitung *Vjesnik*, die kroatische Politik habe sich von „begrenzten Stammesinteressen“ leiten lassen. Tudjman treffe geheime Absprachen, über deren Inhalt niemand etwas wisse, und komme seiner Aufgabe, den



**Zerbombtes kroatisches Haus in Vukovar:** Vertreibung aus den Dörfern

Dialog nicht nur mit den Serben in Kroatien, sondern auch mit Serbenpräsident Slobodan Milošević zu erneuern, nicht nach: „Das wird sich bitter rächen."

Und die Zeitung *Danas* warf dem Präsidenten vor, zu einseitig auf den Westen gesetzt zu haben. Tudjman werde immer mehr zu einer „tragischen Figur". Seine Hilferufe an die EG seien „Akte der Verzweiflung".

Doch der Kroatenpräsident, militärisch ohne Chance, hatte gar keine andere Wahl, als weiterhin auf internationale Hilfe zu hoffen. Am vorigen Freitag machte die Troika der EG-Außenminister – der holländische Außenminister Hans van den Broek als Ratspräsident, der Luxemburger Jacques Poos und der Portugiese João de Deus Pinheiro – auf ihrer vierten Reise nach Jugoslawien binnen vier Wochen in Zagreb Station: Zum erstenmal verhandelten die EG-Vertreter statt nur mit dem zerstrittenen Staatspräsidium und der ohnmächtigen Bundesregierung direkt mit einer Konfliktpartei.

Wirksame Hilfe konnten sie kaum bieten. Die Möchtegern-Großmacht EG, uneins und konzeptionslos, zeigte sich durch das nationale Erdbeben auf dem Balkan heillos überfordert. Die Friedensstifter aus Brüssel schlugen vor, die Zahl ihrer Beobachter von 50 auf 500 aufzustocken – doch in der Krajina drohten serbische Partisanen schon, auch die EG-Emissäre anzugreifen, falls diese sich schützend vor die Kroaten stellen sollten.

In den westlichen Hauptstädten wird erstmals über die Entsendung einer Interventionstruppe diskutiert – unrealistisch, so das Urteil des Bonner Außenministers Hans-Dietrich Genscher. Naiv auch die Idee, gemischte Patrouillen aus je einem EG-Beobachter, einem kroatischen Nationalgardisten und einem Offizier der Bundesarmee zur Überwachung der Waffenruhe einzusetzen.

Nicht nur Tudjman, auch ein anderer Hoffnungsträger hat die Erwartungen der Kroaten enttäuscht: Stipe Mesić, der nur auf Druck der EG gewählte jugoslawische Staatspräsident.

In der Parlamentssitzung am Donnerstag mußte Mesić mit anhören, wie sein Freund Tudjman und alle kroatischen Abgeordneten die Forderung nach sofortiger Entwaffnung ihrer Nationalgarde als „unannehmbar" zurückwiesen – den Befehl dazu hatte die Mehrheit des Staatspräsidiums gegeben.

Freunde hatten Mesić schon vor dem offenen Ausbruch des Bürgerkriegs davor gewarnt, sein Amt anzunehmen. Denn im achtköpfigen Staatspräsidium – das eine kroatische Zeitung mit „acht Skorpionen in einem geschlossenen Glas" verglich – sind die beiden Vertreter der abgefallenen Republiken Kroatien und Slowenien gegen den serbischen Block stets in der Minderheit.

Am vorigen Dienstag beschlossen die Vertreter von Serbien, Kosovo, Vojvodina und Montenegro, diesmal sogar unterstützt durch die Stimmen aus Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, den Montenegriner Branko Kostić zum Vorsitzenden einer Staatskommission zu ernennen, die den Waffenstillstand in Kroatien überwachen soll.

Dieser Kostić hatte noch am Vortag bei einem Besuch im umkämpften Krajina-Gebiet die serbischen Freischärler für „die tapfere Verteidigung gegen die kroatischen Faschisten" gepriesen.

Für die Sitzung am Freitag hatte sich die Mehrheit im Präsidium eine neue Demütigung ihres Vorsitzenden ausgedacht. Sie beschloß, daß in der eroberten Krajina weder die kroatische Nationalgarde noch die selbsternannte Polizei der serbischen Minderheit für Ordnung sorgen solle, sondern – erstmals auf dem Kriegsschauplatz – die Bundespolizei.

Die hatte sich schon im Kosovo gegen die aufständischen Albaner als guter Bundesgenosse der Serben erwiesen.

# „Dann nehmen wir alles"

SPIEGEL-Interview mit dem serbischen Tschetnik-Führer Vojislav Šešelj




**Tschetnik-Anführer Šešelj**
„Die Kroaten sind Feiglinge"

Šešelj, 36, ist Führer der serbischen Radikalen Partei und Chef der Tschetnik-Freischärler. Im kommunistischen Jugoslawien verbrachte der Soziologiedozent wegen „feindseliger Propaganda" 22 Monate in Haft.

**SPIEGEL:** Wenn Sie serbischer Präsident wären, was würden Sie jetzt tun?

**ŠEŠELJ:** Sofort alle Serben mobilisieren, Kroatien in einem Blitzkrieg amputieren, anschließend die internationale Gemeinschaft über die neuen serbischen Grenzen informieren.

**SPIEGEL:** Und was wären dann diese Grenzen?

**ŠEŠELJ:** Zum jetzigen Serbien einschließlich der Provinzen Vojvodina und Kosovo müßten auch die Republiken Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro gehören, dazu die serbisch besiedelten Gebiete Kroatiens mit den Grenzen Karlobag, Karlovac, Virovitica.

**SPIEGEL:** Das würde bedeuten, Kroatien auf rund ein Drittel seines bisherigen Territoriums zu reduzieren.

**ŠEŠELJ:** Auf soviel, wie man vom Turm der Zagreber Kathedrale aus übersehen kann. Wenn den Kroaten das nicht reicht, dann nehmen wir eben alles. Und jene 200 000 Serben, die in Zagreb leben, und die 30 000 aus Rijeka müssen wir natürlich umsiedeln.

**SPIEGEL:** Den Moslems aus Bosnien haben Sie mit Rache gedroht, sollten diese mit den Kroaten dort eine Koalition eingehen. Wäre Widerstand gegen eine serbische Okkupation nicht vollkommen verständlich?

**ŠEŠELJ:** Die Moslems in Bosnien sind islamisierte Serben, und ein Teil der sogenannten Kroaten sind katholische Serben. Tito hat nach dem Krieg eine Million katholischer Serben in ganz Jugoslawien gezwungen, sich als Kroaten zu bekennen.

**SPIEGEL:** Und wenn sich die Moslems ihrer Entnationalisierung widersetzen?

**ŠEŠELJ:** Dann werden wir sie aus Bosnien vertreiben.

**SPIEGEL:** Wohin?

**ŠEŠELJ:** Nach Anatolien.

**SPIEGEL:** Wohin wollen Sie denn die Mazedonier schicken, die sich ebenfalls für souverän erklären wollen?

**ŠEŠELJ:** Das werden wir nicht zulassen. Mazedonien gehörte schon vor der Gründung Jugoslawiens zu Serbien.


**Patrouille serbischer Tschetniks:** „Wir würden alle umbringen"

**SPIEGEL:** Was für eine Staatsform schwebt Ihnen für Ihr unabhängiges Großserbien vor?

**ŠEŠELJ:** Früher waren wir für die Monarchie. Aber das Benehmen von Prinz Alexander paßt uns nicht. Der überschlägt sich mit Huldigungen an die slowenische und kroatische Demokratie, sieht in Serbien offenbar nur Bolschewisten. Also haben wir uns für eine Republik entschieden.

**SPIEGEL:** Könnte Jugoslawien in einer Konföderation weiterbestehen?

**ŠEŠELJ:** Wir kämpfen für die Abschaffung Jugoslawiens als Staat. Nirgendwo auf der Welt gibt es eine Konföderation, da werden doch nicht ausgerechnet wir das Versuchskaninchen spielen.

**SPIEGEL:** Wie wollen Sie sich Ihr künftiges Großreich denn erobern?

**ŠEŠELJ:** Unser Vorschlag war, Slowenien von Jugoslawien abzutrennen. Das ist vollzogen. Jetzt muß sich die Armee auch aus Zagreb zurückziehen, bis zu jenem Grenzstrich, wo Serben leben und der unsere serbische Westgrenze sein wird.

**SPIEGEL:** Die 100 000 Mann starke kroatische Polizeiarmee beunruhigt Sie nicht?

**ŠEŠELJ:** Sie sehen doch, wie die Kroaten reihenweise fallen. Das sind Feiglinge, wir sind stärker. In Borovo Selo haben 22 Serben 300 Kroaten besiegt.

**SPIEGEL:** Hassen Sie die Kroaten?

**ŠEŠELJ:** Kroaten sind kein historisches Volk. Nehmen Sie die Deutschen und Tschechen. Tscheche ist ein Synonym für Feigling, die Deutschen sind ein Kriegervolk. So ist es auch mit den Serben und Kroaten. Die Kroaten sind ein verdorbenes Volk. Ich habe noch keinen anständigen Kroaten getroffen.

**SPIEGEL:** Was halten Sie vom kroatischen Präsidenten Tudjman?

**ŠEŠELJ:** Tudjmans Regime wankt. Er kann schon bald stürzen, weil er an allen Fronten Verluste hinnehmen muß. Die tatsächliche Zahl der Toten wurde bislang nicht veröffentlicht.

**SPIEGEL:** Angeblich sind darunter auch viele Ausländer.

**ŠEŠELJ:** Vor allem Albaner aus dem Kosovo. Aber die kehren meist nur als Leichen zurück. Tudjman läßt pro Söldner 1500 Mark bezahlen, das ist viel Geld. Mein Gehalt als Parlamentsabgeordneter ist geringer. Außerdem kämpfen in Tudjmans Garden auch Kurden, Ungarn, Polen und Deutsche.

**SPIEGEL:** Das hat die deutsche Botschaft dementiert.

**ŠEŠELJ:** Beim Angriff auf die Raketenbasen vor zwei Wochen kamen mindestens 40 deutsche Militärfachleute um. Aber die waren wohl nicht im Auftrage Bonns dort, sondern privat engagiert worden.

**SPIEGEL:** Sie sind Oberster Befehlshaber Ihrer Freiwilligen-Armee. Was ist Ihre Strategie?

**ŠEŠELJ:** Ich bin Woiwode. Diesen Titel hat mir der älteste noch lebende Tschetnik-Führer, Momčilo Djujić aus Kalifornien, verliehen. Ich organisiere die Einsätze unserer Guerilla-Organisation, bestimme die Angriffsziele und Punkte, die zu erobern sind.

**SPIEGEL:** Also greifen Ihre Truppen auch rein kroatische Dörfer an?

**ŠEŠELJ:** Nein. Wir verteidigen nur serbische Dörfer.

**SPIEGEL:** Wie stark ist Ihre Armee?

**ŠEŠELJ:** Stark genug!

**SPIEGEL:** Woher rekrutieren Sie die Kämpfer?

**ŠEŠELJ:** Das sind alles Serben. Viele stammen allerdings auch aus dem Exil. Wenn wir sie an die Front schicken, nehmen sie unbezahlten Urlaub in ihren Firmen.

**SPIEGEL:** Ein Teil Ihrer Waffen stammt von der Bundesarmee?

**ŠEŠELJ:** Ein Teil – aber nur ausrangierte deutsche Knarren. Dann haben wir Thompsons aus dem Zweiten Weltkrieg mit dem großen Kaliber und großem Druck. In Borovo Selo wurde ein Ustascha damit so unglücklich am Kopf getroffen, daß beide Augäpfel heraussprangen. Die Kroaten behaupteten, wir hätten die Leiche verstümmelt.

**SPIEGEL:** Haben Sie auch ausländische Waffen gekauft?

**ŠEŠELJ:** Natürlich, sogar in Ungarn. Wir fanden einen ungarischen Minister, den wir bezahlten und der uns Waffen schickte.

**SPIEGEL:** Wo kämpfen Ihre Leute denn jetzt?

**ŠEŠELJ:** Wir schicken sie von Belgrad aus in die Krisengebiete. Wenn sich in jedem Dorf 20 oder 30 Tschetniks befinden, reicht das bereits aus, um dort die Leute zu ermutigen.

**SPIEGEL:** Die Bundesarmee besteht zu 80 Prozent aus Serben. Warum überlassen Sie der nicht die Verteidigung der Serben?

**ŠEŠELJ:** Weil diese Armee uns Serben bisher nicht geschützt hat. Die Militärs mischen sich nur ein, wenn Serben gegen Kroaten kämpfen. Wir ziehen uns sofort zurück, wenn die Armee auftaucht. Da gibt es nämlich noch einige alte kommunistische Kommandeure


**Kroatischer Präsident Tudjman**
„Sein Regime wankt"

mit Vorurteilen gegenüber den Tschetniks.

**SPIEGEL:** Stört es Sie nicht, daß Ihr Radikalismus Serbien in die Isolation führen wird?

**ŠEŠELJ:** Das wäre nicht das erste Mal in der serbischen Geschichte. Serbien hat auch Anfang dieses Jahrhunderts einen Zollkrieg von seiten Österreichs und Ungarns überstanden.

**SPIEGEL:** Was machen Sie, wenn Europa oder die USA den von Serbien bedrohten Republiken Beistand leisten?

**ŠEŠELJ:** Wenn ihr Lust habt zu sterben, nur munter zu! Dann habt ihr eben aus der Geschichte keine Lehren gezogen. Wir sind in der Guerilla-Taktik erfahren, wir sind keine Araber, hier ist nicht der Irak. Käme es zu einer ausländischen Intervention, werden wir sie alle umbringen – wo immer wir sie erwischen.

**SPIEGEL:** Wer ist wir?

**ŠEŠELJ:** Die Mehrheit der Serben. Die USA und Europa haben sich unsere Sympathien endgültig verscherzt. Sie haben Kroatien und Slowenien geholfen, nur weil diese katholisch und wir orthodoxen Glaubens sind. Wir werden niemals diese Demütigung vergessen, als drei EG-Minister auf einer Sitzung des Staatspräsidiums die Wahl des Kroaten Stipe Mesić zum Vorsitzenden erpreßten.

**SPIEGEL:** Hat der Westen nicht auch geholfen, Osteuropa vom Kommunismus zu befreien?

**ŠEŠELJ:** Jugoslawien wurde das kommunistische Regime aufgezwungen. Churchill verriet den Tschetnik-Führer Draža Mihajlović und König Peter, indem er Tito anerkannte. Ein halbes Jahrhundert half der Westen Tito, und niemand fragte, ob wir Freiheit und Demokratie hatten und warum wir in den Gefängnissen saßen. Jetzt, wo wir freier leben als je zuvor, werden wir als Bolschewisten beschimpft.

**SPIEGEL:** Werden Sie vom serbischen Präsidenten Milošević bezahlt? Es heißt, Sie seien in Wirklichkeit sein Erfüllungsgehilfe.

**ŠEŠELJ:** Wenn ich an die Macht komme, werde ich Milošević wahrscheinlich verhaften. Aber solange die Amerikaner versuchen, Milošević zu stürzen, indem sie den verrückten Vuk Drašković und die Demokratische Partei von Mićunović unterstützen – so lange werde ich Milošević helfen. Denn serbische Politik darf nicht in Washington gemacht werden.

Supermächte

# Splitter im Hintern

**Kümmerliche Wirtschaftshilfe, aber starke Worte für die Moskauer Zentrale: Angst vor dem Zerfall der UdSSR einte die Gipfelpartner Bush und Gorbatschow.**

Schwärmerischen Ausblicken in die Zukunft erklärtermaßen abgeneigt, hatte der Präsident der USA eine Vision. Schon bald, trug George Bush im Institut für internationale Beziehungen am Südwestrand von Moskau vor, würden Tausende US-Studenten ins ehemalige „Reich des Bösen“ (Amtsvorgänger Ronald Reagan) ausschwärmen, um „Ihre Vergangenheit zu erforschen und mit Ihnen zusammen die Zukunft zu erleben“.



**Gipfelpartner, Ehefrauen in Moskau*:** „Jeden Tag neue Allianzen“

Von der sowjetischen Gegenwart war nicht die Rede.

Der explosiven Misere beim zum Partner geläuterten Super-Feind von gestern begegnete der amerikanische Präsident wie einer, der unerschütterlich hofft, es werde schon nicht so schlimm kommen. Dem internationalen Sozialfall Sowjetunion bleibe, so die Washingtoner Illusion, noch immer genügend Zeit, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen.

Was Bush den Sowjets als Morgengabe mitbrachte, den 1951 während des Koreakriegs gestrichenen Meistbegünstigungsstatus für sowjetische Exporte in die USA, kann der zusammenbrechenden Wirtschaft jedenfalls in nächster Zukunft nicht aufhelfen: Moskau hat kaum noch etwas anzubieten, was im Westen loszuschlagen wäre.

Das sowjetische Sozialprodukt verringerte sich im ersten Halbjahr 1991 um zehn Prozent. Für das ganze Jahr rechnen Moskaus oberste Planbehörde, die Weltbank und die CIA einträchtig mit einem noch weit größeren Verfall.

Zwar meinen US-Wirtschaftsexperten, die besseren Zoll- und Steuerkonditionen für Waren aus der UdSSR könnten zu einer Verdoppelung oder gar Verdreifachung der Importe aus der Sowjetunion führen. Doch gegenwärtig geht lediglich ein Prozent des sowjetischen Exports in die USA, weniger als nach Finnland oder nach Italien. Wert der Ausfuhren nach Amerika 1990: 1,1 Milliarden Dollar – ein Drittel für Silber und Platin, ein Drittel für Wodka, Kaviar und Pelze und ein weiteres für Erdöl, dem Washington jedoch schon seit langem Meistbegünstigungstarife eingeräumt hat.

Setzt sich der Niedergang fort, so wird Moskau seinen wertvollsten Rohstoff schon bald selbst importieren müssen: Bereits im vergangenen Jahr fiel die Ölproduktion um sechs Prozent, bis 1995 rechnen sowjetische Experten noch ein-

* Gorbatschow, Bush, Barbara Bush, Raissa Gorbatschowa, Jelzin am vorigen Dienstag im Kreml.

mal mit Einbußen in gleicher Höhe.

„Während die Menschen hier nicht wissen, ob sie im nächsten Winter noch genug zu essen haben werden", bemerkte ein US-Diplomat mit langjähriger Sowjetunion-Erfahrung, „wird bei uns noch immer über die Frage gestritten, ob wir auf Gorbatschow und die Erhaltung einer Rumpf-UdSSR setzen sollen oder besser auf den Zerfall und den Nationalismus der Republiken."

Zwei Tage vor Gipfelbeginn ließ Bush einen seiner engsten Mitarbeiter erklären: „Die Sowjetunion kann zusammenbleiben oder auseinanderfallen. Wir wollen uns da raushalten. In dieser Frage werden wir so lange auf dem Zaun sitzen bleiben, bis wir Splitter im Hintern haben."

Sorgfältig bemühte sich der US-Präsident, mit Hilfe des Gipfelprotokolls die Balance zu wahren: Zwar war eine Ansprache vor dem Parlament der Ukraine (mit kommunistischer Abgeordnetenmehrheit) vorgesehen, um die viel eher absprungbereiten Republiken im Kaukasus und im Baltikum aber sollte er – ganz Vorsicht – einen weiten Bogen machen. Es galt, weder die Moskauer Zentrale noch die nach Unabhängigkeit strebenden Republiken zu verprellen.



**Getöteter Grenzbeamter in Medininkai:** Druck von rechts

Wiederholt ließ Bush seinen Gastgeber Gorbatschow als großen Mann hochleben, der „Respekt und Bewunderung" verdiene. Aber der von den Sowjets erhoffte „Go East"-Aufruf an die amerikanische Wirtschaft blieb aus. „Uns hätte schon gereicht", klagte ein Moskauer Reform-Ökonom nach Bushs Abreise, „wenn er seine früheren Kapitalisten-Kollegen ermuntert hätte, in unserem Fall ausnahmsweise einmal langfristigen Gewinnerwartungen den Vorzug zu geben."

Auf die unübersichtlichen Machtverhältnisse der sowjetischen Innenpolitik, in der, so der Gast, „an jedem Tag neue Allianzen entstehen", reagierte Bush mit einem risikolosen Orakel: „Amerika steht zu den Kräften von Freiheit und Reform, wo immer sie sich finden."

Rußlands Präsident Boris Jelzin demonstrierte als erster seine Autorität aus eigenem Recht und erzwang eine fast einstündige Bush-Audienz, obwohl das Programm ursprünglich nur zehn Minuten vorgesehen hatte. Störrisch war der bullige Ex-Kommunist einer erweiterten Verhandlungsrunde mit den Amerikanern ferngeblieben, zu der Gorbatschow ihn eingeladen hatte. Das war seine Art, dem Besucher den Machtzerfall der zentralen Sowjetinstitutionen vorzuführen.

Im Nachrichtenkanal CNN begründete er seinen Eigensinn: Gorbatschow sehe „viele Delegationen, viele Präsidenten", und er, Jelzin, sei nicht „verpflichtet, an diesen Verhandlungen teilzunehmen" – zumal „diese Delegationen und Führer sich sowieso auch mit mir treffen".

Später beim Staatsdiner im Kreml spielte Jelzin weiter den Selbstbewußten: In die an Michail Gorbatschow und Frau Raissa vorbeidefilierende Schlange mochte er sich nicht einreihen. „Ich muß mich nicht anstellen", verschmähte er gegenüber einem Vertrauten die Hauptbeschäftigung seiner Mitbürger, „ich bin selbst ein Präsident." Lieber wartete er vor dem Eingang, bis ihm Späher das Ende des Vorbeimarschs meldeten.

Am Beispiel des ehemaligen Außenministers und heutigen Oppositionspolitikers Eduard Schewardnadse konnten die US-Besucher ebenfalls miterleben, wie rasch die Moskauer Verhältnisse zwischen Kooperation und Konfrontation schwanken können. Als Schewardnadse zum Gastmahl im Kreml-Facettenpalast erschien, bemerkte Präsidentengattin Raissa ebenso liebenswürdig wie spitz: „Eduard Amwrossijewitsch, wir haben Sie ja schon lange nicht mehr gesehen; warum besuchen Sie uns nicht wieder einmal?"

Der Machtkampf wird nicht nur mit Nadelstichen ausgetragen. In der Provinz versuchten Gorbatschow-Gegner, die Gipfel-Eintracht der beiden Supermacht-Führer mit blutigen Provokationen zu stören: Im Kaukasus explodierten Bomben; in Medininkai, an der Grenze zwischen Litauen und Beloruß-land, ermordeten Unbekannte bei einem Überfall sieben litauische Grenzwächter.

Der nach fast zehnjährigem zähen Ringen unterschriftsreife Start-Vertrag, die gemeinsame Erklärung zum Zerfall Jugoslawiens, der Schulterschluß für eine Friedenskonferenz im Nahen Osten – die ganze mühsam präparierte außenpolitische Gipfelbilanz drohte unter den Schlagzeilen aus dem Baltikum begraben zu werden.

Beide Präsidenten gerieten unter Druck von rechts: Die mit hohen Militärs durchsetzte Großmachtfraktion der KPdSU hatte ohnehin schon gemurrt, Bush führe sich bereits wie der Herr im sowjetischen Hause auf und demütige Staat wie Staatschef. Nun meldeten sie angebliche Erkenntnisse, wonach die CIA in Medininkai mitgeschossen habe, um dem litauischen Präsidenten Vytautas Landsbergis einen separatistischen Durchbruch zu ermöglichen.

Im Bush-Lager dagegen wurden Stimmen laut, „auf Irak-Kurs zu gehen", so ein US-Delegationsmitglied, „und prinzipienfest zu bleiben": Beim Grenzzwischenfall, wollten amerikanische Geheimdienstler wissen, habe die Moskauer Zentrale die Hand im Spiel gehabt – er gehe nachweislich aufs Konto der Sondereinheiten des konservativen Vize-Innenministers und Afghanistan-Generals Boris Gromow.

Die Krise konnte vermieden werden: Gorbatschow zog die Untersuchung an sich und versprach eine strenge Bestrafung der Täter; Bush erklärte öffentlich, es sei „unfair", die Bluttat ungeprüft mit den politischen Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Vilnius in Verbindung zu bringen.

Die Schüsse von Medininkai und das Dilemma seines Gipfelpartners verführten den Gast aus Washington am Ende sogar dazu, die vorsichtige Neutralität gegenüber den sich befehdenden Machtzentren in der Sowjetunion aufzugeben. Ursprünglich sei der amerikanische Präsident entschlossen gewesen, streuten Mitglieder der US-Delegation, sich bis zum Rückflug nach Washington nicht

zum Machtkampf zwischen Moskau und den Republiken zu äußern. Nun gab Bush die Zurückhaltung auf.

In Kiew, wo nationalistische Demonstranten mit Plakaten wie „Die UdSSR ist ein Werk des Teufels“ aufmarschiert waren, ergriff Bush zugunsten seines Partners Partei: „Selbstmörderischer Nationalismus“ könne nicht auf US-Unterstützung rechnen, Freiheit sei nicht „dasselbe wie Unabhängigkeit“.

Vor den ukrainischen Parlamentariern warb Bush für Gorbatschows neuen Unionsvertrag, den drei von neun Republiken (Rußland, Kasachstan und Usbekistan) schon am 20. August unterzeichnen wollen. Der „Weg in die Isolation“ dagegen sei „hoffnungslos“. Er jedenfalls werde an „den bestmöglichen Beziehungen zur Regierung des Präsidenten Gorbatschow“ festhalten.

Die freundlichen Worte zugunsten der Moskauer Zentrale, Bushs bedeutsamstes Gastgeschenk, entsprangen einer Furcht, die beide Präsidenten eint: Die kaum noch beherrschbaren Nationalitätenkonflikte der Sowjetunion könnten bei einem endgültigen Zerfall in offene Kriege umschlagen; die südlichen, von Moslems bewohnten Sowjetrepubliken könnten ins Lager islamischer Fundamentalisten abdriften.

„Wir müssen heute die Schwäche einer auseinanderfallenden Sowjetunion mehr fürchten als einen monolithischen Staat“, erkannte Arnold Horlick, Sowjetspezialist der Rand Corporation aus Kalifornien. „Wovor wir wirklich Angst haben, das ist ein Jugoslawien mit Kernwaffen.“

Schewardnadse warnte gar, Chaos und Hunger könnten in eine Diktatur führen – und die in einen dritten Weltkrieg.

Nahost

# Sieg der Sturheit

**Die Palästinenser sind die Verlierer der Friedensbemühungen in Nahost, sie werden Israels Bedingungen akzeptieren müssen.**

Auf der Bühne des Ost-Jerusalemer Hakawati-Theaters kam der als Schauspieler ungeübte Palästinenserführer Feisal el-Husseini, 50, am vergangenen Freitag schnell ins Schwitzen. Nach „sehr ernsten“ Gesprächen mit US-Außenminister James Baker mußte Husseini im Scheinwerferlicht Dutzender Kameras erklären, warum die Palästinenser plötzlich eingeknickt waren – und dabei auch noch so tun, als würde die endgültige Entscheidung erst noch von der PLO-Führung in Tunis getroffen.



**US-Außenminister Baker, PLO-Vertreter Husseini, Aschrawi:** Volle Kapitulation

Dabei hatten Husseini und seine beiden Gefährten, die mehr als vier Stunden lang im US-Konsulat verhandelt hatten, längst das Einverständnis aus Jassir Arafats Hauptquartier bekommen. Um die für Oktober geplante Friedenskonferenz nicht zu gefährden, willigte die PLO-Führung nach langem Sträuben in die wichtigsten Bedingungen Israels und der USA ein.

Das bedeutendste Zugeständnis: Beim ersten Zusammentreffen von Israel mit seinen arabischen Nachbarn werden die Araber aus den besetzten Gebieten mit einer gemischten jordanisch-palästinensischen Delegation erscheinen – ohne Vertreter aus Ost-Jerusalem, das 1967 von Israel annektiert worden war, das aber auch von den Palästinensern als ihr spirituelles und politisches Zentrum reklamiert wird.

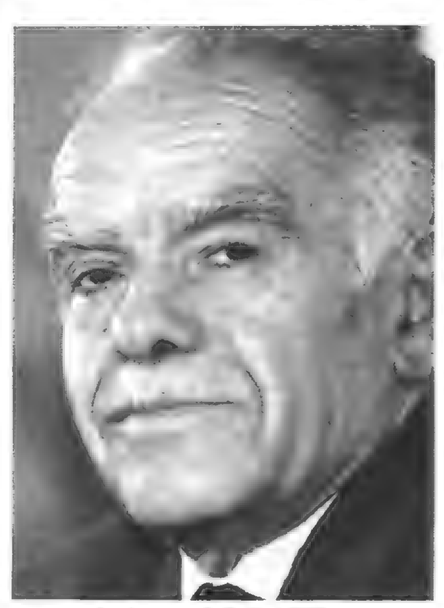
Monatelang hatte deshalb Husseini – offiziell Direktor des Zentrums für arabische Studien, aber auch Jassir Arafats wichtigster Vertreter vor Ort – darauf bestanden, daß auch Palästinenser aus Ost-Jerusalem an den Friedensverhandlungen teilnehmen müßten.

„Das ist die rote Linie“, lehnte Husseini noch vor einer Woche jedes Entgegenkommen ab. Am vergangenen Freitag aber kapitulierten die Palästinenser. „Die USA erwarten von uns, daß wir eine Delegation zusammenstellen, die von allen anderen Teilnehmern akzeptiert wird“, erklärte Hanan Aschrawi, die neben Husseini mit Baker verhandelt hatte.

Es war zugleich eine Verzichtserklärung in eigener Sache: Husseini und Frau Aschrawi, die beiden prominentesten Führer aus den besetzten Gebieten, bleiben – auf Druck Israels – einstweilen von den Verhandlungen ausgesperrt: Sie wohnen im Ostteil Jerusalems. Die Konzession war notwendig. Nur so konnte Israels Ministerpräsident Jizchak Schamir dazu gebracht werden, sich auf das Wagnis einer internationalen Friedenskonferenz einzulassen. „Sturheit siegt“, schrieb die Tageszeitung *Maariv* anerkennend über die harte Haltung des Jerusalemer Regierungschefs, der sein Ja so teuer wie möglich verkaufte.

Eindeutige Verlierer sind die Palästinenser. Ihre Vertreter hatten dem US-Außenminister in Mahnschreiben und Memoranden immer wieder ihre Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht vorgetragen und den sofortigen Baustopp jüdischer Siedlungen verlangt. Erreichen konnten sie nichts.

Zwar verärgerte der demonstrative Neubau von Wehrdörfern in den besetz-



**Israelischer Premier Schamir**
Harte Haltung

ten Gebieten auch Baker. Aber Israels Regierung ließ sich von der Schutzmacht USA in ihrer Siedlungspolitik nicht aufhalten.

Vage konnte Baker den Palästinensern nur versprechen, daß sich die USA für die Teilnahme eines Ost-Jerusalemer Vertreters einsetzen würden, sobald die konkreten Gespräche über den zukünftigen Status des Westjordanlands und des Gazastreifens beginnen. Doch das ist frühestens in drei Jahren soweit.

Gemäßigte Palästinenser in Ost-Jerusalem fürchten schon, daß die Verbitterung über den nachgiebigen PLO-Kurs bald einen blutigen Bruderkrieg unter den Palästinensern auslösen könnte. Eine zunehmende Zahl von Aktivisten, selbst innerhalb von Arafats Fatah-Bewegung, sieht sich in ihrem Verdacht bestätigt, daß sich hinter den amerikanischen Friedensbemühungen nur ein Plan für die „Kapitulation vor dem zionistischen Erzfeind" verbirgt.

Linke Extremisten und religiöse Fundamentalisten widersetzen sich gleichermaßen dem Friedensprozeß. In einem gemeinsamen Flugblatt warnten etwa Georges Habaschs Volksfront zur Befreiung Palästinas und die radikale islamische Bewegung Hamas, daß Palästinenser, „die den amerikanischen Lösungen hinterherlaufen, am Ende nur eine schwächliche Autonomie" erreichen würden. Die beiden Organisationen verlangten statt dessen einen totalen Verhandlungsboykott.

Den aber konnte sich Arafat kaum noch leisten. „Wenn wir den Vorschlag ablehnen", kommentierte die Ost-Jerusalemer Tageszeitung *An-Nahar*, „wird man uns vorwerfen, die letzte Gelegenheit zum Frieden zu unterminieren. Aber wenn wir die israelischen Bedingungen akzeptieren, wird Israel den Arabern und Palästinensern die Kapitulation aufzwingen. Das palästinensische Volk, die arabische Nation und alle, die auf ihrer Seite stehen, befinden sich in einem wirklichen Dilemma."

Arafat war klar, daß er sich mit einem Nein nur weiter in die Isolation begeben hätte und am Ende als Gesprächspartner von niemandem mehr ernst genommen worden wäre. Syrien und Jordanien hatten der Konferenz bereits zugestimmt, und auch die Sowjetunion, früher stets wichtigster Bundesgenosse der PLO, bot keine Hilfe mehr: Moskau steht kurz vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel.

„Die Sowjetunion würde die Konferenz nicht torpedieren, wenn die PLO ausgeschlossen wird", schrieb die *Prawda* während des Gipfeltreffens zwischen Gorbatschow und Bush, „die Sowjetunion braucht Amerika nötiger als die PLO."

Irak

# Rotzfreche Bengel

**US-Präsident Bush würde Saddam Hussein nach wie vor gern loswerden – aber wie?**

Der Diktator hatte Grund zu feiern, und das ganze Volk sollte an seiner Genugtuung teilhaben. „Wir haben nicht das Gefühl, in dem großen historischen Duell nicht siegreich gewesen zu sein", verkündete Saddam Hussein vergangene Woche seinen 18 Millionen Untertanen.

So unbegründet war die Prahlerei zum Jahrestag des Überfalls seiner Truppen auf Kuweit nicht. Zwar hat sich sein Traum von der Führerrolle in der arabischen Welt endgültig zerschlagen. Aber daß Saddam die schmähliche Niederlage seiner hochgerüsteten Armee überhaupt physisch wie politisch überleben konnte, scheint so phantastisch wie ein orientalisches Märchen – was am wenigsten Saddams mächtigster Widersacher, US-Präsident George Bush, fassen kann.

Wie souverän der irakische Präsident ein Jahr nach seinem abenteuerlichen Invasionsbefehl in Bagdad herrscht, konnte Bush einer CIA-Studie entnehmen, die ihm kurz vor der Abreise zum Moskauer Gipfel übergeben wurde. Darin stellten die geheimdienstlichen Nahost-Experten fest, daß Saddams Machtposition derzeit größer sei als bei Ende des Golfkriegs. Ein Nachfolger, zumal ein den Amerikanern genehmer Putsch-General, sei nicht in Sicht.




Chicago Tribune

Bush, der den Sturz des Despoten persönlich zum inoffiziellen Kriegsziel erhoben hatte, muß sich zu seiner Erbitterung von konservativen Kritikern daheim den Vorwurf gefallen lassen, seine Sache nur halb erledigt zu haben. Bush-Berater denken schon mit Unbehagen an die Möglichkeit, daß die Kontrahenten ihres Präsidenten im Wahlkampf 1992 die provozierenden Allüren des Irakers gegen den Golfkrieg-Sieger ausspielen könnten.

Wie unverfroren Saddam Hussein die Supermacht USA weiterhin herausfordert, belegte vergangene Woche Rolf Ekeus, Vorsitzender der Uno-Sonderkommission zur Überwachung und Zerstörung der irakischen Massenvernichtungswaffen. Seine Inspektoren hatten 46 000 Schuß chemische Munition und 3000 Tonnen Chemikalien zur Herstellung von Kampfstoffen aufgespürt – Bagdad hatte nach Ende des Golfkriegs der Uno lediglich 11 000 bis 12 000 Chemiegeschosse und den Besitz von 650 Tonnen Chemikalien eingestanden.

Die meisten Waffen fanden die Uno-Experten in einem 70 Gebäude umfassenden Areal bei Samarra, 110 Kilometer nördlich der Hauptstadt. In dem heruntergekommenen Komplex entdeckten sie Bomben, Raketen und Granaten, die unter anderem mit Senf- und Nervengas gefüllt waren. Auch von den Irakern nie eingesetzte chemische Sprengköpfe für Scud-Raketen seien dabeigewesen, berichtete Kommissionsleiter Ekeus.

Er klagte, daß „die Iraker immer noch nicht genügend mit uns zusammenarbeiten" – schon gar nicht bei der Aufklärung ihrer nuklearen Rüstungsanstrengungen. Ein Mitglied der Uno-Delegation: „Die irakischen Behörden be-



**Unter Uno-Aufsicht zerstörte irakische Scud-Raketen:** Mangelnde Kooperation

nehmen sich wie rotzfreche Bengel. Erst behaupten sie, uns alles gezeigt zu haben. Wenn wir dann doch neue Waffen finden, sehen sie uns mit großen Augen an und zucken nur mit den Schultern."

Das vom Weltsicherheitsrat verhängte Ultimatum ließ Saddam Hussein Ende Juli einfach verstreichen. Die Androhung der Amerikaner, seine Atomanlagen erneut zu bombardieren, nahm der Diktator wenig ernst. Saddam ahnte, daß der US-Präsident ihn wohl kaum attackieren würde, solange er an seinem Plan einer Friedenskonferenz für den Nahen Osten arbeitete.

Zwar sprach Bush dräuend von dem „enormen Fehler", den sein Gegenspieler durch die Mißachtung der Uno-Beschlüsse begehe. Aber züchtigen konnte der Führer der westlichen Welt den irakischen Herrscher nicht. Dabei liegen dem Weißen Haus seit einigen Wochen fertige Pläne für eine erneute militärische Aktion gegen Bagdad vor.

Amerikanische Militärs haben jüngst englische und französische Regierungsstellen in ihre strategischen Pläne eingeweiht. Sie sehen nicht nur die Zerstörung irakischer Nuklearanlagen vor, sondern auch den Angriff auf „Führungsziele". Wie schon sein Vorgänger Ronald Reagan, der im April 1986 das Hauptquartier des libyschen Revolutionsführers Muammar el-Gaddafi bombardieren ließ, will sich Bush die Möglichkeit vorbehalten, den Diktator mit einem gezielten Schlag zu töten.

Doch die Pentagon-Pläne stießen bei den Verbündeten auf wenig Gegenliebe. So gut sich die internationale Allianz während des Golfkriegs bewährt hatte – nach der Beseitigung der irakischen Bedrohung sind sich die Partner über das weitere Vorgehen uneins. Bush beschönigend: „Es gibt unterschiedliche Grade an Begeisterung, auch einen Mangel an Begeisterung, aber es gibt keine Meinungsunterschiede darüber, daß diese Lügereien und die Zurückhaltung von Material gestoppt werden müssen."

Auch bei Michail Gorbatschow traf Bush vergangene Woche mit seinen Bomben-Plänen auf skeptische Zurückhaltung. Am Rande des Gipfels soll der Kreml-Chef, so berichteten amerikanische Delegationsteilnehmer, seine stillschweigende Billigung einer Militäraktion mit der Zusage konkreter Wirtschaftshilfe verknüpft haben.

Die Verbündeten im Nahen Osten fanden ebensowenig Gefallen an „Bushs Wildwest-Manieren" (ein ägyptischer Diplomat). Präsident Husni Mubarak äußerte in Kairo „tiefe Besorgnis" über weitere Luftangriffe gegen den Irak. Saudi-Arabien verlangte vor einem erneuten Schlag erst einmal die Wiederaufstellung der längst abgezogenen Patriot-Raketenbatterien, um Städte und Flughäfen vor irakischen Scud-Vergeltungsschlägen zu schützen.

Nato-Partner Türkei besteht auf „detaillierten Informationen" über Militäraktionen, die von Stützpunkten auf türkischem Boden ausgehen. Auch Ankara fürchtet sich vor der Rache Saddam Husseins.

Und Israel möchte von Washington mindestens 72 Stunden vor einem Angriff informiert werden, um seine Armee in Alarmbereitschaft versetzen zu können. Außerdem müsse zuvor der heiße Draht von Jerusalem ins Pentagon, den die Amerikaner im Frühjahr gekappt hatten, wieder installiert werden.

Die einzige realistische Möglichkeit, den Druck auf Saddam Hussein weiter zu verstärken, sieht Bush deshalb in der Fortsetzung des Wirtschafts- und Handelsboykotts. Doch selbst diese Waffe erwies sich bislang als stumpf: Unter dem Embargo leidet überwiegend die Bevölkerung, vor allem im kurdischen Norden und im schiitischen Süden des Landes.

Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten hat sich mittlerweile so verschlechtert, daß nach dem Uno-Sonderbeauftragten Sadruddin Aga Khan vergangene Woche auch die französische Regierung für eine „teilweise Aufhebung" der Wirtschaftssanktionen plädierte. Der Irak solle eine begrenzte Menge Öl exportieren dürfen, um mit den Einnahmen die Not des Volkes zu lindern.

Bagdad hatte die Uno erst vor kurzem gebeten, Öl im Wert von 1,5 Milliarden Dollar verkaufen zu dürfen, um vor allem Lebensmittel und Medikamente einzuführen.

Wenn auch die Mehrheit der Iraker ins Elend sinkt – ihrem Herrscher und seiner Clique fehlt es an nichts. Täglich rollen Hunderte vollbeladener Lastwagenzüge aus dem benachbarten Jordanien über die Wüstenautobahn nach Bagdad. Sie bringen Frischfleisch, Gemüse, Bier und Whisky sowie japanische Elektronikwaren für die Angehörigen der weitverzweigten Sippe des Präsidenten, hohe Funktionäre der Baath-Partei und die Spitzen der Armee. Mit Luxus hält Saddam Hussein die Träger seines Unterdrückungsapparats bei Laune.

Geld dafür ist immer noch reichlich vorhanden. Nach Schätzungen westlicher Finanzexperten verfügt der Irak in Europa, vor allem in der Schweiz, über zahlreiche geheime Konten mit Milliardenbeträgen. Als Verwalter des Reichtums gilt Iraks Uno-Botschafter in Genf, Saddams Halbbruder Barsan el-Takriti.

Davon hat das irakische Volk nichts. Bei einer Inflation von 2000 Prozent ist der Mittelstand in den fünf Monaten seit Kriegsende fast völlig verarmt. Viele verscherbeln mittlerweile den Familienschmuck, um überleben zu können. Der Unmut über den Despoten droht in Verbitterung über den Westen, vor allem Amerika, umzuschlagen. Saddam schürt diese Emotionen. „Schaut, wie sie euch hassen", rief er in einer Ansprache: „Der Westen kümmert sich mehr um seine streunenden Katzen und Hunde als um die 18 Millionen Menschen im Irak."

Der Bagdader Universitätsprofessor Walid Nadhimi kann den Zorn des Volkes nachfühlen. Die Menschen hätten verstanden, daß die Alliierten Saddam eliminieren wollten: „Aber sie haben es nicht auf dem Schlachtfeld geschafft. Warum lassen sie es jetzt an uns aus?"

# „Öl, das die Geschäfte schmiert“

Bestechlichkeit und eine unkontrolliert wuchernde Vetternwirtschaft haben Argentinien eine endlose Serie von Skandalen beschert. Drogenhändler und Geldwäscher machen sich die Verhältnisse zunutze. Berater des peronistischen Präsidenten Carlos Menem und sein Familien-Clan stecken mit im Sumpf der Korruption.

Rosa Galasi, 44, ist eine arme Frau. Die Schwerbehinderte – ihr linker Arm ist durch Kinderlähmung verkrüppelt – verkauft Heiligenbilder in der U-Bahn von Buenos Aires und hält Socken feil. Die staatliche Eisenbahngesellschaft hat ihr und ihren beiden Söhnen kostenlos ein Häuschen im Vorort Burzaco überlassen.

Da staunten die Nachbarn, als eines Morgens vor Señora Galasis Hütte plötzlich ein prächtiges Auto stand: ein nagelneuer silbergrauer BMW 520i, offizieller Preis in Argentinien: etwa 60 000 Dollar.

Rosa Galasi hat zwar keinen Führerschein, und auf die Frage, wie viele Heiligenbilder und Socken man denn verkaufen müsse, um sich so ein Auto zu leisten, mochte sie nicht antworten. „Aber ich bin absolut die einzige Besitzerin“, beteuert sie.

Alberto Lotero, Richter für Wirtschaftsdelikte in Buenos Aires, sieht das etwas anders. Er konfiszierte den BMW und reihte ihn in seine Sammlung von mehreren hundert Luxuswagen vorwiegend europäischer und japanischer Produktion ein, die er in einer Tiefgarage bewachen läßt.

Die Halter dieser Autos haben alle etwas mit Rosa Galasi gemeinsam: Sie sind behindert. Darum durften sie die Wagen auch einführen, ohne die Luxussteuer in Höhe von 300 Prozent zu bezahlen. Die Versehrten machten aus ihrem Sozialprivileg ein Geschäft: Wohlhabende Bürger prellten den Fiskus, indem sie einen Schwerbehinderten als Strohmann beim Kauf eines begehrten Mercedes, BMW oder Nissan einsetzten. Bis zu 5000 Dollar kassierten die Behinderten für ihre Dienste.

Viele Käufer ließen sich den Deal sogar notariell beglaubigen. Offiziell durften die Behinderten ihre Autos zwar erst nach vier Jahren weiterverkaufen. Aber niemand scherte sich um Vorschriften. Der Handel mit den „Auto truchos“, wie die Gaunerei im Straßenjargon von Buenos Aires genannt wird, galt als Kavaliersdelikt.

Nicht so bei Richter Lotero, der darin schlicht Schmuggel sieht. Und darauf steht eine Geldstrafe vom 4- bis 20fachen des Wagenwerts sowie Gefängnis bis zu drei Jahren. Im März ließ der Richter den ersten Autokäufer festnehmen – Constancio Vigil, ein erfolgreicher Verlagschef und enger Freund von Staatspräsident Carlos Menem, hatte seinen gehbehinderten Liftboy benutzt, um einen weißen Mercedes 230 steuerfrei zu importieren.



**Behinderte Galasi, Familienangehörige*:** Luxusauto im Slum



**Präsident Menem**
„Höchst labiler Charakter“

In der Oberschicht von Buenos Aires geht seither die Furcht vor dem Finanzamt um. Denn kaum ein Reicher hat sein Auto legal erworben. Den Fernsehstar Ricardo Darín, der sich einen Nissan Pathfinder importieren ließ, nahm Richter Lotero ebenso fest wie José Steimberg, Chef eines teuren Autohauses.

Insgesamt ließ Lotero 500 bis 600 verdächtige Autokäufer verhaften. Aus Furcht vor der Justiz stellten viele Autobesitzer daraufhin den Behinderten, deren Namen sie beim Kauf benutzt hatten, die auf sie zugelassenen Autos vor die Tür.

In der Provinzstadt Rosario fand ein Krüppel einen Mercedes 190 D vor seinem Haus, in Córdoba freute sich ein Blinder über ei-

* Vor ihrem inzwischen beschlagnahmten BMW 520i.

nen Nissan Pathfinder. Auch Rosa Galasi war auf diese Weise zu ihrem BMW gekommen, meint Richter Lotero: „Wir sind wohl das einzige Land auf der Welt mit so reichen Behinderten."

Die Autoschiebereien wurden zu einem Dauerbrenner in der schier endlosen Serie von Korruptionsskandalen, die Argentiniens Presse Tag für Tag genüßlich vor ihren Lesern ausbreitet. Zwar ist das Fehlen von Unrechtsbewußtsein bei den Mächtigen kein Privileg des La-Plata-Staates. „In allen lateinamerikanischen Ländern ist Korruption das Öl, das die Geschäfte am Laufen hält", erkannte ein japanischer Diplomat in Buenos Aires. „Aber Argentinien ist einfach zu schmierig."

Das fand auch US-Botschafter Terence Todman. Im Dezember vergangenen Jahres brachte der Diplomat, gewöhnlich ein Vorbild an Diskretion, die Skandalwelle ins Rollen. In einem Brief an den argentinischen Wirtschaftsminister beschwerte er sich, daß Swift-Armour, Tochterfirma des US-Lebensmittelkonzerns Campbell Soups, wichtige Ersatzteile und Maschinen nicht vom Zoll freibekomme, weil hohe Regierungsbeamte immer neue Schmiergeldforderungen stellten.

Präsident Carlos Menem, der das sogenannte Swiftgate zunächst nicht ernst nehmen wollte, mußte handeln. Ein Staatssekretär wurde wegen des Verdachts auf Korruption verhaftet. Präsidentenberater Emir Yoma, ein Bruder der Menem-Gattin Zulema, hatte angeblich gar ein Flugzeug als „Schmierstoff" von Swift-Armour gefordert.

Die Affäre spornte die Presse an, noch mehr in der plötzlich aufgeplatzten Eiterbeule zu stochern. Vor allem die Recherchen der linksliberalen Tageszeitung *Página 12* schienen alle Vorurteile über die Skandalrepublik Argentinien zu bestätigen. So verschoben korrupte Zollbeamte über den internationalen Flughafen von Buenos Aires Waren im Wert von 200 Millionen Dollar.

Richter trieben einen blühenden Handel mit beschlagnahmten Autos. Polizisten und Militärs überfielen Lastwagenfahrer und preßten ihnen Wegezoll ab. Firmen betrogen den Staat um schätzungsweise 400 Millionen Dollar, indem sie Steuervorteile bei Investitionen in der Entwicklungsregion Feuerland mißbrauchten.

Diese Fälle sind aber noch Kleinkram im Vergleich zu den Delikten, die sich bei Staatsanwalt Luis Moreno Ocampo stapeln. Er geht Geldschiebereien im Gesamtvolumen von rund 50 Milliarden Dollar nach – das ist fast soviel wie die Auslandsverschuldung Argentiniens. „In diesem Land wird niemand durch Arbeit reich", hatte schon im vergangenen Jahr Gewerkschaftschef Luis Barrionuevo befunden, der selbst von der Vetternwirtschaft profitierte. „90 Prozent unserer Verwaltungsakte fußen auf Korruption", klagt auch Argentiniens Justizminister León Arslanian. Der Präsident des Banco Rural kanzelte die Nation pauschal als „Kleptokratie" ab.

Die niedrigen Einkommen vieler Staatsangestellter – ein Lehrer verdient etwa 300 Dollar – sind nicht der einzige Grund für den Sittenverfall. Die Weichen wurden bereits unter der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 gestellt, die viele Argentinier als die Epoche des „süßen Geldes" in Erinnerung haben.

Der damalige Wirtschaftsminister Martínez de Hoz erließ Finanzgesetze, die zur Spekulation mit Staatsanleihen geradezu einluden. Der Handel mit den Papieren war einträglicher als Investitionen oder die Produktion von Gütern. Allein Schnelligkeit und „viveza", Gerissenheit, zählten im Rennen um das leichte Geld.

„Die Logik des Marktes funktioniert in Argentinien nicht", sagt der Wirtschaftsexperte Jorge Schvarzer. „Das Spekulantentum hat jegliche Ethik zerstört; nicht der ehrliche Arbeiter, sondern der Spekulant wurde zum Vorbild für diese Gesellschaft."

Weil Staat und Wirtschaft in Argentinien traditionell eng verflochten sind – seit Peróns Aufstieg zum Präsidenten 1946 setzten die Regierenden immer auf den Staat als Motor der nationalen Entwicklung –, war der Nährboden für Korruption und Nepotismus fruchtbarer als in anderen Ländern Lateinamerikas. Staatsunternehmen, Bürokratie und Regierung wuchsen zu einem unkontrollierbaren Monstrum zusammen.



**Präsidentenbruder Eduardo Menem**
Wächter über den Hofstaat



**Präsidentengattin Zulema, Schwägerin Amira Yoma**
Machenschaften im Serail

„Nicht nur die Beziehung des Bürgers zum Staat basiert auf Korruption, sondern auch das Verhältnis der Bürger untereinander", bekennt Justizminister Arslanian. „Die Bestechlichkeit der Staatsangestellten ist nur der Ölfilm auf dem Wasser."

Wie ein Virus hat die Korruption die gesamte Gesellschaft infiziert. Schon Kinder lernen, daß sie keine Kinokarte kaufen können, ohne das Personal zu bestechen. Internationale Telefonanschlüsse legt die Fernmeldegesellschaft nur für ein kräftiges Schmiergeld. Für Gefälligkeitsartikel in der Presse fragen die Parteibonzen routinemäßig bei Redakteuren an, auf welches Konto sie das Honorar überweisen sollen.

Für den Psychoanalytiker und Schriftsteller Germán García wurzelt Argentiniens Korruption in einer kollektiven Neurose. Zwischen den reichen Vororten des Nordens und dem Elendsgürtel im Süden der Metropole drängt sich die wohl komplexeste Gesellschaft Lateinamerikas – elf Millionen Nachfahren europäischer Einwanderer, denen eine bessere Zukunft verheißen worden war, die ihre neue Heimat aber nie einlöste.

Das Land, das die Einwanderer betraten, war bereits unter der kreolischen

Oligarchie aufgeteilt, der Treck nach Westen begann und endete für die meisten in den Vororten von Buenos Aires. „Wir haben Argentinien als aufgeklärten Rechtsstaat nur erfunden, aber nicht wirklich begründet", sagt García. „Wir leben in einem Zustand dauernder Imitation und Verheißung. Von Europa haben wir die äußeren Formen der Macht übernommen, von den USA die Verfassung – aber das ist eine leere Hülle, eine schlechte Imitation, so wie die Architektur in Buenos Aires die Innenstädte von Madrid, Paris und Rom kopiert."

Unter der pompösen Fassade des Nationalstaats, der sich mit einer demokratischen Verfassung schmückte, lebte die alte feudalistische Ordnung fort, wuchs tiefes Mißtrauen in die Politik. „Die Argentinier glauben nicht an Politik, sie ist eine schlechte Inszenierung, eine Burleske", sagt Psychoanalytiker García.

Die Hauptrolle in dieser Schmierenkomödie spielt seit zwei Jahren der Präsident selbst. Bei seinem Amtsantritt 1989 präsentierte er sich mit wallenden Koteletten als Nachfahre des historischen Gauchoführers Facundo Quiroga. Der ehemalige Provinzfürst Menem, ein „höchst labiler Charakter", so seine Biographin Gabriela Cerruti, tritt abwechselnd als Tangotänzer, Frauenheld, Rennfahrer und Tennisspieler auf.

Seine Ehestreitigkeiten verfolgen die Argentinier wie eine unterhaltsame Seifenoper. Im November ließ er sich von einem italienischen Industriellen einen roten Ferrari schenken, brauste mit 200 Stundenkilometern in das Seebad Mar del Plata und reagierte beleidigt, als die Opposition ihn aufforderte, das Auto zurückzugeben, da es ein Staatsgeschenk sei. Inzwischen kaufte es ein Freund und überließ es ihm zur Nutzung.

Im März zog der Präsident sich für zwei Wochen in ein Kloster zurück, anschließend trat er mit geschwollenem Gesicht und geschorenem Backenbart einen Staatsbesuch in Deutschland an – die argentinische Presse vermutete, Menem habe heimlich sein zerknittertes Gesicht liften lassen. Der Präsident erwiderte wenig überzeugend, eine Wespe habe ihn gestochen.

Personalentscheidungen kungelt der Präsident gern mit Freunden in Luxusdiskotheken und -restaurants aus. Sein Bruder, Senator Eduardo Menem, und Wohlfahrtsminister Eduardo Bauzá betreuen den umfangreichen Hofstaat, in dem sich neben wechselnden Freundinnen allerlei dubiose Gestalten tummeln. „Das Zelt des Ali Baba" nannten acht peronistische Dissidenten ein Buch über die Korruptionsaffären der Regierung Menem.

„Schon vor Menem war dieses Land einer neurotischen Phantasie verfallen, dieser Präsident ist die logische Folge", kommentiert Jacobo Timerman das Treiben im Serail. Der weltweit angesehene Publizist und Verleger, von den Militärs verfolgt und gefoltert, ist einer der schärfsten Kritiker des peronistischen Präsidenten.

1988 hängte Menem dem ungeliebten Nestbeschmutzer eine Verleumdungsklage an. In einer Talk-Show hatte Timerman den Präsidenten bezichtigt, die internationale Drogenmafia nach Argentinien zu locken. Menem wollte damals eine Insel im Río de la Plata zur Freihandelszone machen – „ein Paradies für Geldwäscher", so Timerman.

Heute sieht sich der Verleger in seinen schlimmsten Befürchtungen bestätigt. „In Argentinien gibt es eine tiefe Sehnsucht, an der Korruption teilzuhaben – der ideale Nährboden für die kolumbianischen Drogenbosse. Argentinien ist das Kernstück des neuen Kolumbien."

Tatsächlich beobachten Drogenfahnder seit geraumer Zeit, daß die kolumbianischen Drogenkartelle ihre traditionellen Handelsrouten verlagern. Ihr Hauptaugenmerk haben sie auf Venezuela und Argentinien gerichtet.

Buenos Aires ist heute eine der wichtigsten Drehscheiben für Drogentransporte nach Europa. Kokain wird in sogenannten Ravioli – flache Einzelpakkungen in Stanniolpapier – oder in größeren Paketen über die Nordwestprovinzen Salta, Tucumán und Jujuy in das Riesenland geschmuggelt. Bestechliche Zollbeamte und Polizisten erleichtern den Dealern das Geschäft.

Allein 1990 wurden in Argentinien 1200 Kilogramm Kokain beschlagnahmt, fast dreimal soviel wie im Jahr zuvor. Das meiste war für den europäischen Markt bestimmt. „Die Mentalität der Argentinier ist optimal für die Drogenhändler", sagt ein westlicher Drogenexperte in Buenos Aires. „Wenn sie nicht aufpassen, haben sie hier in fünf Jahren Zustände wie in Kolumbien."

Schon jetzt hat die Drogenmafia nach Erkenntnissen von Experten Millionen von Kokaindollars im argentinischen Immobilienmarkt investiert. Im teuren Norden von Buenos Aires kaufen ihre Strohmänner Villen und Apartments auf, die Immobilienpreise explodieren. Im Nordwesten des Landes erwerben die Drogenpaten Landgüter. Feudale Familienclans, die in vielen Provinzen herrschen, empfangen die Mafia mit offenen Armen.



**Richter Lotero, beschlagnahmte Schmuggelware:** „Sehnsucht nach Korruption"

Auch als Absatzmarkt wird Buenos Aires für die Drogenkartelle immer interessanter. Dealer verteilen Kokainproben vor Schulen. Im April stürzte Fußballidol Diego Maradona, als die Polizei ihn high in einem Apartment eines Freundes in Buenos Aires fand, wo auch Kokain versteckt war.

Präsident Menem fordert kühn die Todesstrafe für Drogenhändler, um sein angeschlagenes Image aufzubessern – dabei ist seine eigene Familie womöglich tief in das Kokaingeschäft verwikkelt. Ende Juni beantragte der spanische Richter Baltazar Garzón die Verhaftung der Menem-Schwägerin Amira Yoma.

Ein panamaischer Drogenhändler hatte in Madrid über die argentinische Connection ausgepackt. Demnach war die attraktive Ex-Sekretärin des Präsidenten Mitglied einer internationalen

Bande von Geldwäschern, zu der auch Amiras Ex-Mann Ibrahim Al Ibrahim gehörte.

Dieser Oberst der syrischen Armee spricht zwar kaum Spanisch, aber Menem hatte ihm trotzdem zu einem Job als Leiter der Zollabfertigung auf dem internationalen Flughafen von Buenos Aires verholfen. Dort sorgte er mehrmals dafür, daß seine Ex-Frau ungehindert passieren konnte. In Koffern brachte Amira mehrere Millionen in bar aus New York, die das Paar anschließend mit dem Auto nach Montevideo schaffte – die Hauptstadt des benachbarten Uruguay ist aufgrund der liberalen Bankgesetze ein Zentrum für internationale Geldwäscher.

Zu der Bande gehörten neben Amira und ihrem ehemaligen Mann noch der Chef des Amts für Wasserwirtschaft, Mario Caserta, sowie der Freund des Menem-Sohns Carlitos, Mario Anello.

Die Machenschaften in Menems Dunstkreis haben die Popularitätswerte des Präsidenten tief in den Keller getrieben. Nur noch 25 Prozent der Befragten unterstützten im April dieses Jahres ihren Präsidenten – im Dezember 1989 waren es über 80 Prozent gewesen.

Im Oktober muß Menem die wichtigsten Wahlen bis zur Präsidentschaftswahl 1995 durchstehen – die meisten Provinzregierungen werden dann neu bestimmt. Auch darum hat er den Kampf gegen die Korruption jetzt zum Staatsziel erklärt.

Einen Helden hat er dabei schon gefunden: den früheren Offizier Carlos Sánchez Toranzo, der jetzt als Direktor im Innenministerium für die Ausrüstung der Polizei von Buenos Aires zuständig ist. Anfang März hatte er einen 30-Millionen-Dollar-Auftrag ausgeschrieben, um die Polizisten mit 110 000 neuen Pistolen zu bewaffnen. Acht Firmen, darunter der deutsche Waffenproduzent Heckler & Koch, Sig-Sauer aus der Schweiz und Smith & Wesson aus den USA, bewarben sich um den Großauftrag. Bei einem Treffen Anfang April gaben die Firmen ihre Angebote ab. Der Repräsentant des brasilianischen Waffenherstellers Taurus ließ Sánchez Toranzo mitteilen, er wünsche noch ein Einzelgespräch. Am 16. April traf sich Sánchez Toranzo mit dem Geschäftsmann.

Der kam gleich zur Sache: Zehn Prozent, rund 3,3 Millionen Dollar, bot er dem Beamten, wenn Taurus den Zuschlag bekomme. Der Offizier lehnte ab – und rief seine Sekretärin und einen Notar ins Zimmer, die nebenan das Gespräch auf Tonband aufgezeichnet hatten.

Menem pries den Unbestechlichen als Lichtgestalt, doch der gibt sich bescheiden: „Wir habe lange genug im Mief der Korruption gelebt“, meint er. „Heute werden endlich die Fenster geöffnet und frische Luft hereingelassen.“

Türkei

# Unter jedem Stein

**Folter und staatlich gedeckte Massaker treiben viele Kurden in den Untergrund – zu den Terroristen der PKK.**

Jeden Tag nach dem Mittagsgebet versammeln sich an die 50 Männer im Haus der Familie Kelekçi. Dort sitzen sie stundenlang im Salon auf den goldbemalten Sesseln im imitierten Empirestil. Sie rauchen und trinken süßen Tee aus winzigen Gläsern.

Seit fast drei Wochen kommen täglich neue Besucher, Hunderte waren es schon, um dem Geschäftsmann Ramazan Kelekçi, einem der angesehensten Bürger der Stadt Diyarbakir, ihr Beileid auszusprechen: Ramazan Kelekçi trauert um seinen Sohn Nevzat, 19, den Sicherheitskräfte erschossen haben.

„Nevzat war nicht wirklich politisch interessiert", sagt sein Vater. Anklagend hebt er seine Hände: „Sie haben ihn verscharrt wie einen Hund, unter falschem Namen und ohne seine Familie."

Obwohl der Junge bei seinem Tod Ausweis, Kreditkarte und Führerschein bei sich trug, dazu am Arm ein goldenes Band mit eingraviertem Namen, begrub die Polizei Nevzat in aller Eile als „Mehmet Angar aus Silvan". Erst nach vier Tagen führte der Tip eines Beamten die Familie auf die Spur ihres Sohnes.

Familienmitglieder, die den Vermißten gesucht hatten, machten ihre eigenen Erfahrungen mit den türkischen Polizisten. Drei der Männer im Salon – alle um die 60, ruhig und gesetzt – heben ihre Oberhemden hoch. Ihre Rücken sind von blauen Striemen überzogen.

Nevzat Kelekçi ist eines von acht identifizierten Opfern, die auf der Beerdigung des kurdischen Oppositionspolitikers Vedat Aydin am 10. Juli in Diyarbakir erschossen wurden. Der Kurdenführer, lokaler Vorsitzender der von den Sozialdemokraten abgespaltenen Arbeitspartei des Volkes (HEP), war allem Anschein nach von Todesschwadronen der türkischen Sicherheitskräfte ermordet worden.

Der Mord an Aydin und das Blutbad bei dessen Begräbnis markieren einen neuen Höhepunkt in der jahrelangen Unterdrückung der türkischen Kurden. Die Türkei, die sich an der alliierten Eingreiftruppe zum Schutz der irakischen Kurden beteiligt, hat die Repression gegen zwölf Millionen Kurden im eigenen Land brutal verschärft. Und die Vorfälle in Diyarbakir, so fürchten viele Kurden, seien nur ein Anfang.

In der fast 2000 Jahre alten Stadt am Ufer des Tigris hat sich die Lage zwar äußerlich wieder entspannt: Alle Läden sind geöffnet, in den Teehäusern sitzen schwatzende Männer, Wasserverkäufer klappern auf Kundenfang in der drükkenden Hitze mit ihren Bechern. Ein paar Rucksacktouristen klettern auf der kilometerlangen Stadtmauer aus dem 11. Jahrhundert herum.

**Trauernder Vater Kelekçi**
„Verscharrt wie einen Hund"

Bei genauem Hinsehen aber wird sichtbar: In Diyarbakir ist der unerklärte Krieg zwischen der Bevölkerung und den Sicherheitskräften nur ausgesetzt, jede Minute kann er wieder aufflackern.

Vor der Großen Moschee drängen sich beim Freitagsgebet mehr Geheimpolizisten als Gläubige. Erkennbar tragen sie Maschinenpistolen unter ihren Sommerjakken. Mehrmals in den vergangenen Monaten hatten sich nach dem Gebet Demonstrationszüge gebildet. Die sind in den elf kurdischen Provinzen verboten.

Die Parkwächter an der Karawanserei zeigen auf Blutflecken am Boden. Dort wurden die zum Begräbnis angereisten HEP-Parlamentarier aus Ankara beinahe zu Tode geprügelt. Drei Stockwerke eines Hauses, in dem sich die Büros des Menschenrechtsvereins und einer kurdenfreundlichen Zeitschrift befanden, sind völlig zerstört.

In den vier Krankenhäusern der Stadt liegen noch immer Verletzte. „Viele Verwundete wagen sich nicht her", erzählt ein Arzt. „Wir haben nur die wirklich schweren Fälle." Vesile Ükmen, 33, liegt mit gebrochener Wirbelsäule im



**Grab des ermordeten Kurdenführers Aydin in Diyarbakir:** Nachts von Männern abgeholt



*Ernst M., 45, Hotelier, und sein schnurloses Hagenuk.*

# Hagenuk CCS. Die erste schnurlose Telefonanlage.

## So leicht anzuschließen wie eine Minibar.

Jetzt hat sich der Marktführer für schnurloses Telefonieren etwas Neues einfallen lassen: CCS, die erste schnurlose Telefonanlage.

Speziell für kleine und mittlere Unternehmen bietet CCS alle Vorteile schnurlosen Telefonierens. Plus der vielseitigen Möglichkeiten einer kompletten Telefonanlage.

Anschließen können Sie insgesamt 8 Geräte. 4 davon schnurlos über die zentrale Funkstation. Einstecken genügt – schon sind Sie verbunden. Aufwendige Verkabelungsarbeiten fallen gar nicht erst an.

Nähere Informationen erhalten Sie von:
Hagenuk Multicom GmbH,
Postfach 23 45, 2300 Kiel 1.
Telefonisch unter: 04 31/30 13-22
oder per Fax: 04 31/30 13 90.

**CCS. Die Anlage, die Sie unabhängig macht.**




Ein Unternehmen der Preussag-Gruppe

städtischen Hospital. Als die Polizei gegen die Menge anstürmte, war die junge Frau wie Hunderte andere am Mardin-Tor in einen zehn Meter tiefen Abgrund gestürzt. Nurettin Dagtan, 17, wird – falls er überlebt – gelähmt bleiben. In seinem Rücken steckt eine Kugel. Erst nach Tagen hatte sich die Familie ans Krankenbett getraut. Geheimpolizisten wachen bis heute an den Eingängen.

Die Polizisten verprügelten die bei der Beerdigung Festgenommenen mit Schläuchen und mit Ketten; dabei mußten die Gepeinigten die türkische Nationalhymne singen und schreien: „Welch ein Glück, ein Türke zu sein.“ Das berichtet der Anwalt Niyazi Yalçin, der eine Nacht mit 150


**Militäraktion gegen türkische Kurden:** „Unsere Demütigungen werden nicht aufhören"


**Polizei-Opfer Dagtan**
Kugel im Rücken

Mitgefangenen im Keller des Polizeipräsidiums von Diyarbakir verbrachte.

Im zwei Autostunden entfernten Batman wurde der Student Cengiz Attum, 23, drei Tage lang gequält, weil er einen Protest-Boykott der Ladenbesitzer organisieren wollte. Die Folterer banden Attum zusammen mit dem Journalisten Hayrettin Çelik, 24, an einen Balken. Stundenlang ließen sie ihre Opfer baumeln, quälten sie mit Elektroschocks an Zähnen, Ohren und Genitalien.

„Mehrmals steckten sie mir eine Pistole in den Mund und taten, als ob sie abdrücken würden“, berichtet der Student der Technischen Hochschule. „Sie sagten: Jetzt foltern wir euch, später werden wir euch Kurden mit Giftgas umbringen, so wie Saddam Hussein es tat.“

In Batman gibt es zur Zeit keinen Arzt, der es wagen würde, einen medizinischen Bericht über die Folterspuren zu schreiben. Den Menschenrechtsverein der Stadt schlossen die Behörden unter dem Vorwand, er verbreite separatistische Propaganda.

HEP-Aktivisten, Mitglieder des Menschenrechtsvereins, Anwälte aus Istanbul und ein paar aus dem Ausland herbeitelefonierte Besucher versuchten, jene Arbeit nachzuholen, die eigentlich Aufgabe von Polizei und Staatsanwaltschaft gewesen wäre: Aussagen und Beweismittel über den Mord an Aydin und das Blutbad bei seiner Beerdigung zu sammeln.

Die Witwe des Getöteten, Şükran Aydin, 35, berichtet, ihr Mann habe die Männer, die ihn nachts abholten, gekannt: „Sonst wäre er niemals mitgegangen. Wir werden beweisen, daß der Staat hinter dem Mord an meinem Mann steckt.“

Nachdem die Leiche 80 Kilometer von Diyarbakir an einer Landstraße gefunden worden war – der Körper von Schüssen durchsiebt, der Schädel zertrümmert, Arme und Beine gebrochen –, hatten die türkischen Sicherheitsbehörden nichts Eiligeres zu tun, als die noch nicht identifizierte Leiche auf dem nahen Dorfanger zu begraben.

Noch 14 Tage danach entdeckten Besucher am Tatort Patronenhülsen. Die Anwälte Aydins haben gegen das Innenministerium Anzeige erstattet. Sie vermuten, daß Aydins Mörder ebenso wie Spezial-Teams, die maskiert bei der Beerdigung auftauchten und in die Menge der fast 50 000 Demonstranten feuerten, unter dem Oberbefehl der Sicherheitskräfte standen.

Der paramilitärische Apparat sei im Südosten der Türkei zu einem Staat im Staat angewachsen, warnte kürzlich HEP-Präsident Fehmi Işiklar. Anwälte in Diyarbakir befürchten „lateinamerikanische Verhältnisse“ im Nato-Land Türkei.

Jeder Gefolterte, jeder Tote nützt der verbotenen PKK, der Arbeiterpartei Kurdistans, die der türkischen Armee seit 1984 einen erbitterten Guerillakrieg liefert. Schon macht die türkische Zeitschrift *Aktüel* die „PKK unter jedem Stein“ aus. Funktionäre der HEP hoffen dagegen noch auf ein Einlenken der Regierung in Ankara. Cabbar Leygara: „Wir kämpfen mit legalen Mitteln für die Autonomie. Aber wenn die Regierung uns verbieten sollte, dann bleibt nur eine Alternative – in die Berge zu gehen.“

Selbst die besonnenen Kaufleute im Haus der Familie Kelekçi glauben nicht mehr an die Verwirklichung ihrer Rechte innerhalb des türkischen Staates. „Unsere Demütigungen werden nicht aufhören“, sagt ein Stoffhändler. Sei-

LINTAS:HAMBURG 005/91

*Er hält mehr von Fanta*

*spielt am liebsten nach e*



*weil Genuß*

**24 Millionen Raucher mit Sinn für Genuß. Die deutsche Tabakwirtschaft.**

*sie als von Bürokratie,*




*igenen Noten und raucht*

*Teil seines Lebens ist.*

ne Freunde erzählen von dem alten Mann in Mardin, dem die Türken den Gürtel durchschnitten, weil er in den kurdischen Farben (rot, gelb, grün) gewirkt war, und den sie ohne Hosen über den Dorfplatz trieben; vom Nachbarn, der drei Tage lang geprügelt wurde, weil er seinen beiden Töchtern die kurdischen Namen Sozan (Sommerweide) und Beriwan (Melkendes Mädchen) gegeben hatte; von den Schimpfwörtern, mit denen Soldaten und Polizisten sie verhöhnen, etwa Kürro für Kurde. Das Wort aber bedeutet gleichzeitig auch Eselfohlen.

„Früher wollten wir die Autonomie, aber nach allem, was jetzt geschehen ist, gibt es für uns nur noch einen Ausweg – den eigenen Staat", sagt Ramazan Kelekçi.

Sowjetunion

# Inseln der Ordnung

**Noch immer sind weite Teile des sowjetischen Territoriums für Fremde gesperrt.**

Wer sich ohne den richtigen Paß aus der sowjetischen Hauptstadt nach Osten hinauswagt, tut gut daran, auf eine imaginäre Linie von Nikolskoje über Kutschino nach Iwanowka-Schdanowskoje zu achten. Denn dahinter, an irgendeinem Polizeiposten, auf irgendeinem Milizrevier, kann der Fremde leicht zum illegalen Eindringling werden – barsch verhört, zu Protokollaussagen genötigt, gesetzlich von Ausweisung bedroht.



**Parabolantenne im Sperrgebiet Tscholkowo:** „Die Zeit ist noch nicht reif"

Vom Perestroika-Jubilanten zum Polizeistaatsopfer ist es immer noch buchstäblich nur ein Schritt. Allen Gelöbnissen größerer Weltoffenheit zum Trotz präsentiert sich die Sowjetunion auch im siebenten Jahr ihrer demokratischen Umgestaltung als bizarrer Flickenteppich mit einer Unmenge „geschlossener Gebiete" – mit dem größten Ausländer-Getto Moskau mittendrin. Ein kanadischer Geschäftsmann fühlt sich in ein modernes Hühner-KZ versetzt: „Wir sollen große goldene Eier legen, aber man gewährt uns nicht mal freien Auslauf."




**Ausländer-Getto in Moskau:** „Ohne freien Auslauf"

Während Michail Gorbatschow den Bau des europäischen Hauses projektiert, mit möglichst offenen Türen in Ost-West-Richtung, sind immer noch anderthalb Millionen Quadratkilometer des eigenen Landes für Ausländer tabu. Die Terra incognita ist viermal so groß wie das vereinigte Deutschland, angeblich voll von Militäranlagen und anderen Objekten „nationaler Sicherheit".

Statt wie international üblich nur geheimhaltungsbedürftige Werks- und Kasernengelände zu sperren, riegeln die Sowjets ganze Gebiete ab. „Früher, im Kalten Krieg, war weit mehr als ein Viertel des Landes zu", tröstet Igor Chalewinski, Vize-Chef der Konsularabteilung im sowjetischen Außenministerium.

Zu den verbotenen Zonen gehören reizvolle Landschaften: Die Kurische Nehrung zwischen Klaipeda (Memel) und Kaliningrad (Königsberg) ist ebenso gesperrt wie das malerische Vulkan-Panorama der Pazifik-Halbinsel Kamtschatka, die Amur-Niederung um Komsomolsk oder der einst von Stalins Häftlingen erbaute Weißmeer-Kanal.

Selbst offiziell zugängliche Regionen kann der mit ordentlichem Visum und Aufenthaltsgenehmigung ausgestattete Fremde keineswegs freizügig erreichen. Die Erlaubnis zum Fahrkartenkauf erteilt die Bürokratie erst, wenn der Bittsteller mindestens 48 Stunden vorher schriftlich Auskunft über „Marschrut" und Zwischenstopps gegeben hat.

Oft bleibt nicht einmal die Wahl des Transportmittels dem Zufall überlassen. Der Flottenstützpunkt Kaliningrad ist von Moskau mitunter nur per Zug erreichbar – aus dem Flugzeugfenster könnte womöglich Verbotenes erspäht werden. Die Industriestadt Kursk dage-

gen dürfe nur nachts angesteuert werden, klagt ein deutscher Chemie-Spezialist, welcher der Lederindustrie der Heldenstadt aufhelfen soll.

Der dichte Dschungel behördlicher Verordnungen und Verbote ist für die Betroffenen nicht mehr zu durchdringen. Die amtliche „Aufzählung der gesperrten Städte und Gebiete“ gibt weder Auskunft über die Zuständigkeit einzelner Ministerien noch enthält sie Durchführungsbestimmungen.

Allein in Moskau blockiert ein Großaufgebot von Polizisten sämtliche Ausfallstraßen, um ausländischen Bewegungsdrang im Anlauf zu ersticken. Raketen, Radaranlagen, Regierungsdatschen – alles gilt es vor unbefugten Blicken zu schützen. Spezielle Autonummern für Diplomaten (rot), Geschäftsleute und Journalisten (gelb) signalisieren auch dem schläfrigsten Wächter sofort die anrollende Gefahr.

Vor der groben Willkür der Aufpasser bewahrt auch kein prophylaktisches Kartenstudium: Keiner aus der mehrtausendköpfigen Beamtenschaft, die ihr Brot durch Beobachtung von Ausländern rund um die Uhr verdient, ist zu verläßlicher Auskunft über Erlaubtes und Verbotenes bereit.

Jedes Ministerium kann die Sperrung eines Gebiets beantragen und das Verbot mit „Sicherheitsinteressen“ begründen. So verfuhr beispielsweise das damalige Ministerium für allgemeinen Maschinenbau, Auftraggeber der Raketenindustrie, bevor es im „Maschinenbauwerk“ von Wotkinsk am Ural die Wunderwaffe SS-20 produzieren ließ.

Das Ministerium für Atomenergie verfügt über „Nummern-Städte“, die auf Karten selten verzeichnet sind: In Arsamas-16, südlich von Nischni Nowgorod, bastelte der spätere Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow an der ersten sowjetischen Atombombe. Auch Tscheljabinsk-70 im Ural ist ein Tabu-Produkt der fünfziger Jahre – als der Atomkrieg mit den USA für Moskaus Führer unausweichlich schien.

Ebenso eifersüchtig wacht die Armee über ihre Sperrzonen: Als unlängst der Greenpeace-Dampfer „Rainbow Warrior“ die fernöstliche Bucht von Awatschinsk ansteuerte, um gegen das Versenken radioaktiver Abfälle im Pazifik zu protestieren, wurde er von Sowjetschiffen abgedrängt; den nahen Hafen von Petropawlowsk, einen der drei größten Stützpunkte für Atom-U-Boote, darf kein Ausländer erblicken – obwohl amerikanische Spionage-Satelliten jeden Quadratzentimeter schon hundertmal in Großaufnahme vermessen haben.

„Nicht einmal das Parlament weiß, was sich in den Wäldern wirklich verbirgt“, klagt Rußlands Abgeordneter Sergej Kowaljow. Er beneidet seine US-

DER OPEL VECTRA

# WER REITET SO SPÄT DURCH NAC




Beim Zeus – wenn das Wetter tobt, als ob einem gleich der Himmel auf den Kopf fällt, fühlt man sich im Opel Vectra CD sicher aufgehoben. Dann merkt man, daß sein fortschrittliches Design dem Wind nur wenig Angriffsfläche bietet. Dann merkt man, daß seine Motoren besonders temperamentvoll sind. Dann merkt man, daß sein modernes Fahrwerk auch zu nassen Straßen sicheren Kontakt hält und er genauso spurstabil bremst – durch serienmäßiges ABS. Zum ent-

# HT UND WIND? NA, WER WOHL?




Leichtmetallräder und Metalliclackierung auf Wunsch.

spannten Fahren bietet der Vectra CD z. B. Servolenkung, einen höhenverstellbaren Fahrersitz und ein Stereo-Cassetten-Radio. Voraussage für die Zukunft: Wetter unberechenbar, Vectra weiterhin beständig. Probefahrt bei jeder Witterung, beim freundlichen Opel Händler. OPEL

DER OPEL VECTRA. TECHNIK, DIE BEGEISTERT.

Kollegen, „die über jedes Militärobjekt abstimmen können".

Am großzügigsten hat sich das KGB bedient: Entlang der 60 000 Kilometer langen Staatsgrenze reservierten sich die Staatsschützer einen Sperrgürtel, der manchmal 5, oft aber 100 Kilometer breit ist.

Dort wird nicht nur Ausländern der Zutritt verwehrt, sondern auch fast allen Sowjetbürgern. Große Flächen der karelischen Seenlandschaft an der Grenze zu Finnland sind allein den KGB-Grenzschützern zugänglich. Sie stoppten sogar Sergej Sirotkin, Abgeordneter im russischen Parlament: „Ich war mit Freunden zum Angeln und bin weit im Hinterland verhaftet worden – wegen Fluchtversuchs in den Westen."

In der Nickel-Stadt Norilsk stehen die Grenzer bereits auf dem Flugfeld, wenn eine Maschine niedergeht. Dabei sind es von dort bis zum Nördlichen Eismeer und zu eventueller Feind-Berührung noch 600 Kilometer – quer durch die Tundra.

Jegliche Orientierung im Lande hat die Sowjet-Stasi für Ausländer wie Einheimische gleichermaßen erschwert. Selbst Karten des Maßstabs 1:1 000 000 trugen bis 1986 den Aufdruck „Geheim". Erst seit kurzem darf der „Große Sowjet-Atlas" aus den dreißiger Jahren eingesehen werden – aber nur in Bibliotheken. „Sollen wir mit dem Globus zum Jagen in die Taiga fahren?" beschwerte sich Fernost-Bürger Metscherjakow in der Armee-Zeitung *Roter Stern*. Der Chef des topographischen Dienstes, Generalmajor Lossew, konterte ungerührt: „Die Zeit ist noch nicht reif, Karten im Maßstab 1:100 000 frei zu verkaufen."

Längst hat die Sperr-Mentalität von Militär und KGB die übrige Beamtenschaft zur Nachahmung ermuntert. Ganze Regionen sind so im Ressortinteresse abgeschottet worden: Uran-Bergbau oder Öko-Katastrophen, Rüstungsschmieden oder Regierungsdatschen, Straflager oder Goldförderung – jeder Anlaß reichte aus für großzügige Landnahme.

Das seien alles „Gegenden, die sich außerhalb ziviler Kontrolle befinden", beschwert sich Sirotkin. Im hohen Norden könne die Armee völlig ungestört wüten: „Die pflügen mit ihren Raupen die empfindliche Tundra zu Tode, Hirsche werden rudelweise abgeknallt, die seltenen Atlantik-Lachse abgefischt – das geht dann per Flugzeug in den Moskauer Generalstab."

**Greenpeace-Sympathisantin in Awatschinsk***
Für Fremde tabu

Wegen „Spuren von Atomversuchen" (Kowaljow) sperren sich die Militärs auch gegen die Öffnung der 1000 Kilometer langen Eismeer-Inseln Nowaja Semlja. Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew hat allein zehn Millionen Hektar seiner Republik als atomare Testgebiete ausgemacht: „70 Prozent der Bevölkerung leben wie im Getto."

Wie ausländische Investoren und Unternehmer vor Ort die Trümmer 70jähriger Mißwirtschaft ohne Freizügigkeit abräumen sollen, bleibt schleierhaft. Ein halbes Jahrzehnt Perestroika hat nur bewirkt, daß die Klagen teilnahmsvoller zur Kenntnis genommen – und dann wie früher ignoriert werden. Der Vertreter einer bayerischen Maschinenbaufirma wollte jüngst nach Swerdlowsk reisen, ins Zentrum der sowjetischen Rüstungsindustrie. Obwohl die Stadt offiziell längst „geöffnet" ist, mußte den „zuständigen Organen" erst eine Einladung des Swerdlowsker Oberbürgermeisters vorgelegt werden.

In Nischni Nowgorod (früher Gorki) drohten deutsche Monteure gar mit Streik: Sie wollten die Renovierung eines Konfektionsbetriebes abbrechen, wenn sie nicht endlich reibungslos Visa für die nur 300 Kilometer von Moskau entfernte Wolga-Stadt bekämen, die paradoxerweise vom Fluß her zugänglich ist – für Teilnehmer von Intourist-Kreuzfahrten.

Die Moskauer BASF-Vertretung entsendet einmal wöchentlich einen Russen mit unverfänglicher einheimischer Nummer am Auto ins gesperrte Tscholkowo, wo es frisches Fleisch und Thüringer Rotwurst zu kaufen gibt.

Ausländern ist die Zufahrt zum deutsch-russischen Metzger-Unternehmen untersagt, weil dort – 20 Kilometer von der Hauptstadt entfernt – auch die Parabolschüsseln von Swjosdny Gorodok stehen, der Kosmonauten-Zentrale.

Um Ärger zu dämpfen, hat die Unionsregierung jüngst ein Placebo verabreicht. Danach können Ausländer vom 1. Juli an leichter Mehrfach-Visa erhalten, bei Reisen innerhalb des Landes sind die Polizeibehörden nur noch schriftlich zu informieren – damit sie ihre Objekte nicht völlig aus dem Auge verlieren.

Selbst die Tür zu den Sperrzonen soll sich einen Spaltbreit öffnen: Ministerien und Unternehmen, sogar Kooperativen können Ausländer direkt dorthin einladen, wenn sie zuvor beim KGB mit Erfolg antichambriert haben.

Oftmals sträubt sich aber auch, von konservativen Medien angeleitet, der einfache Sowjetbürger gegen die gewünschte Liberalisierung – aus Angst vor weiterer Verschlechterung der Versorgungslage und totalem Ausverkauf.

Die Kriminalität werde mit fortschreitender Freizügigkeit gewaltig ansteigen, prophezeien die Gegner der Öffnungspolitik. Schon jetzt müssen im Spätsommer verstärkt Polizeieinheiten auf die erst kürzlich von den lokalen Behörden geöffnete Insel Sachalin im Fernen Osten beordert werden, um das massenweise Abfischen der Lachse zu verhindern.

Kein Wunder, wenn sich das Hausblatt der KP-Traditionalisten, *Sowjetskaja rossija*, als Verteidiger aller Sperrzonen aufspielt: „Dies sind Inseln der Ordnung im tosenden Meer der Destruktion – saubere Städte, in denen es selbst zu Perestroika-Zeiten ausreichend zu essen gibt, wenig Verbrechen und keine sinnlosen Massen-Meetings." ◄

* Protest gegen das im Fernsehen gezeigte Abdrängen des Umweltschutz-Dampfers Rainbow Warrior.

# GRÜNE WELLE STATT BLEIFUSS.



# „Don Quijote der Völker“

## Warum die Schweiz nur in der Europäischen Gemeinschaft überleben kann / Von Jean Ziegler

Sozialdemokrat Ziegler, 57, ist Nationalrat und Professor für Soziologie in Genf. Mit seinen Bestsellern „Eine Schweiz – über jeden Verdacht erhaben“ und „Die Schweiz wäscht weißer“ machte er sich zum berühmtesten Nestbeschmutzer der Eidgenossenschaft.

Die Regierung uneins, die Verwaltung überfordert, die Wirtschaft gespalten, das Volk ohne Orientierung: In diesem Sommer, in dem krampfhaft der Mythos einer 700jährigen Demokratie zelebriert wird, treibt der eidgenössische Staatsdampfer steuerlos im Nebel.

Im Juni, zum Schluß der Parlamentssession, hatte der Bundesrat eine feierliche Erklärung über den Beitritt zum künftigen Europäischen Wirtschaftsraum der EG- und Efta-Länder, dem EWR, angekündigt. Dabei blieb's: Statt im Parlament aufzutreten, verkrochen sich die beiden Unterhändler, der Wirtschafts- und der Außenminister, nach der Rückkehr von einer weiteren fehlgeschlagenen Verhandlungsrunde in Brüssel abgekämpft und ausgepumpt in ihren Büros.

Dabei ist ein klares Wort überfällig. Letzte Umfragen belegen achselzuckende Hilflosigkeit im Volk. Ein Riß geht durchs Land: 57 Prozent der Französischsprachigen, aber nur 33 Prozent der Deutschschweizer wollen sich auf das Integrationsabenteuer einlassen. Auch die Parteien sind gespalten: die bürgerlichen sowieso, aber auch die grundsätzlich Europa-freundlichen Sozialdemokraten. Der ökologische SP-Flügel will nur mitmachen, wenn sich die Brüsseler Eurokraten auf eine umweltbewußte Politik festlegen.

Zerstritten sind auch die Wirtschaftsoligarchen. Der größte Multi des Landes, Nestlé, setzt auf die Europa-Karte – im Gegensatz zur Chemieindustrie. Die braucht keine Europapolitik, sie macht sie selbst.

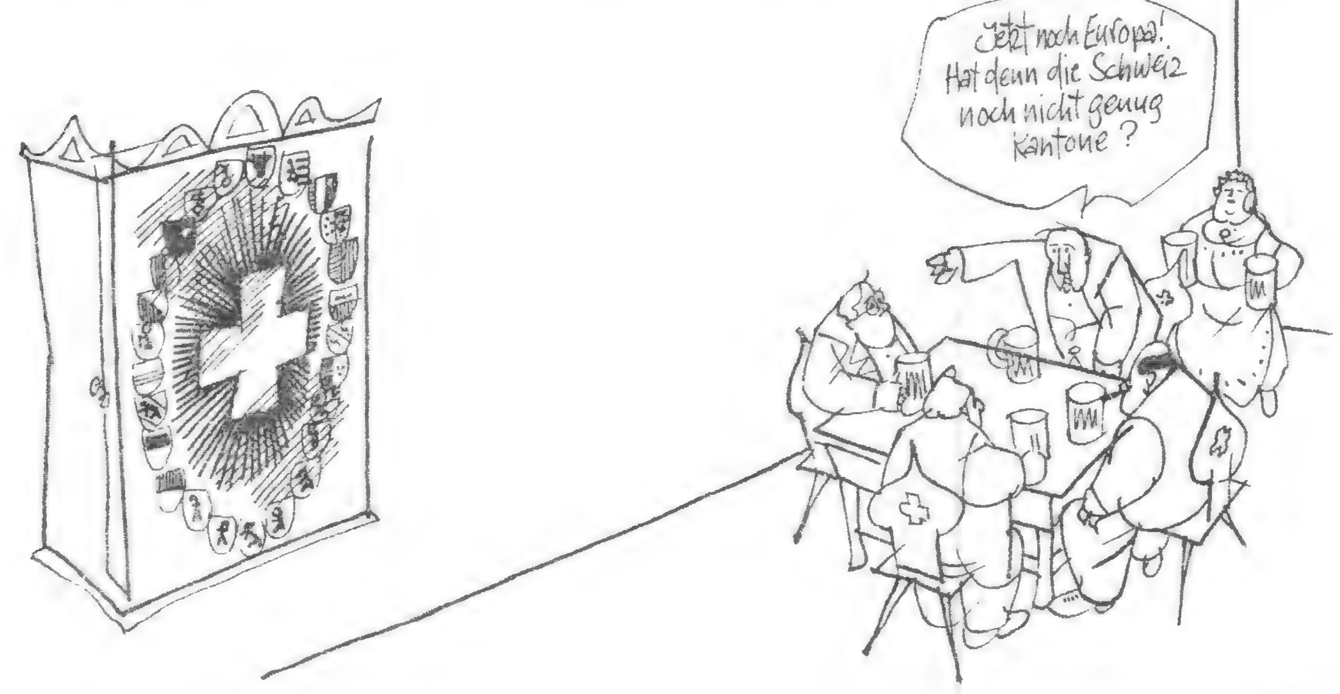
Die verzweifelte Ratlosigkeit, das offizielle Zögern und Taktieren sind unverständlich. Denn allen ist klar: Über kurz oder lang kann die Eidgenossenschaft nur im gemeinsamen europäischen Haus überleben. Hält sie sich abseits, geht sie unter. Schon heute gehen fast 60 Prozent ihrer Exporte in die EG, und 70 Prozent der Importe kommen von dort.

Halunken, allerdings, haben gegen die Unterwerfung unter die Rechtsnormen der Gemeinschaft echt gute Gründe: Dank Bankgeheimnis, Nummernkonten und freiem Devisenverkehr ist der Schweizer Finanzplatz eine riesige, wenn nicht die größte Spielwiese für Geldjongleure und Kapital-Fluchthelfer der Welt.

Die Internationale der Diktatoren bringt hier ihre Beute in Sicherheit: früher der äthiopische Kaiser, gestern der philippinische Diktator, heute der zairische Herrscher.

Mit Schweizer Hilfe hat Ferdinand Marcos Riesensummen beiseite geschafft. Seit fünf Jahren versucht die philippinische Regierung vergebens, Guthaben in Milliardenhöhe zurückzubekommen – während auf Manilas Straßen die Kinder in Hunger, Prostitution und Elend untergehen. Und Zaires Mobutu Sese Seko, Präsident eines der ärmsten Länder der Welt, hortet in alpenländischen Tresoren mehrere Milliarden. Die Europa-Integration würde zweifellos die fetten Pfründen der Banker gefährden.

Die Mehrheit der eidgenössischen Europa-Skeptiker schreckt aber weniger die Aussicht auf schlechte Hehlergeschäfte als die Preisgabe ihrer gewohnten Volksrechte. Würfe sich Helvetia an Europas Brust, wäre es um die direkte Demokratie und ihre Mitsprache-Instru-




Weltwoche


KYOCERA
Multilight PC Familie vom 80386 sx bis zum 80486
PC im Taschenbuchformat
Ergonomie
Design
Technik
Für den PC auf dem Schreibtisch,
den PC für unterwegs
bis hin zum dokumentenechten
Laserdruck im A3 und A4 Format.
In allen Formaten
KYOCERA
A4 und A3 Drucker aus der
Laserdruckerfamilie
Kyocera Europe GmbH
Hellersberg Straße 2
D - 4040 Neuss 1

mente Volksbegehren und Referendum geschehen.

Tatsächlich, eine Demokratie, in der das Volk in allen wichtigen Fragen das letzte Wort hat, ist die EG noch lange nicht; ihre Regierung, die Kommission, widerspiegelt keinen Wählerwillen; ihr Parlament hat fast nichts zu sagen. So weit wie Brüssel heute ist, war der lokkere Staatenbund der Eidgenossen schon im späten Mittelalter.

Nach der Mitte des 19. Jahrhunderts setzten die Bürgerinnen und Bürger Schritt für Schritt ihre direkte Mitsprache durch: Das Initiativrecht ist in diesem Sommer genau 100 Jahre alt. Mit 100 000 Unterschriften kann eine Verfassungsänderung verlangt, mit 50 000 per Referendum über ein Gesetz eine Abstimmung erzwungen werden. Von soviel direkter Mitsprache können die EG-Europäer nur träumen.

Doch leben sie deswegen schlechter? Und politisch unmündig fühlen sie sich auch nicht – im Gegensatz zu vielen Schweizern, die merken, daß ihre berühmte direkte Demokratie zunehmend zur Folklore verkommt, zum Politikspiel für gut ein Drittel Unentwegte, die im Durchschnitt noch an Bundesabstimmungen teilnehmen.

Denn daß damit wirklich etwas zu verändern ist, glauben nur noch starräugige Idealisten. 187mal versuchten unzufriedene Bürgerinnen und Bürger in den letzten 100 Jahren einzelne Verfassungsbestimmungen zu ändern – nur zehnmal reüssierten sie; und in einigen Fällen kam aufgrund der Abstimmungsdiskussion nachträglich eine bescheidene Reform zustande.



**Philosoph Rougemont**
Vorbildlicher Bundesbezirk

Diese Bilanz wäre nur dann nicht niederschmetternd, wenn die Regierung gleichzeitig von sich aus Veränderungen fördern und Neuerungen durchsetzen würde.

Doch nichts dergleichen geschieht: Seit Jahren, wahrscheinlich seit Jahrzehnten, bewegt sich nichts politisch Entscheidendes mehr im Land. Regierung, Parlament und Parteien sind wie gelähmt – gefangen in einer seit 1959 bestehenden ganz großen Koalition und verfilzt mit der Finanzoligarchie und der gesamten politischen Nomenklatur. Im Parlament gibt es keine nennenswerte Opposition und daher auch keine Möglichkeit, die Regierung abzuwählen.




**Kritiker Ziegler:** „Europa muß Helvetia retten"

Neuerdings hat die Unfähigkeit zu Veränderungen hektische Betriebsamkeit ausgelöst: Die Zahl der Regierungsmitglieder müsse dringend erhöht, die Regierungsarbeit vereinfacht werden, fordern bürgerliche Siebengescheite. Auch das Parlament müsse schnell reorganisiert werden: Aus einem Dilettantenhaufen soll endlich ein rundum professionell arbeitender Gesetzgeber werden – mit Arbeitsräumen für alle und mit Gehalt statt Sitzungsgeld. Doch schon nach wenigen Wochen war der Reformspuk fürs erste vorbei.

Wen wundert's? Die Mehrheit der 200 Volksvertreter in der Großen und der 46 Kantonsvertreter in der Kleinen Kammer sind an Änderungen gar nicht interessiert. Als (zum Teil hoch-)bezahlte Verwaltungsräte eines oder mehrerer Unternehmen sind die meisten von ihnen Teil des undurchdringlichen Filzes, der alle grundsätzlichen Veränderungen verhindert.



**Kritiker Dürrenmatt**
„Es vermodert, was Du liebst"

Anders als in der Bundesrepublik, den USA oder Frankreich gibt es in der Schweiz keine Unvereinbarkeitsregel; nicht einmal die Finanz- und Wirtschaftsverbindungen müssen offengelegt werden: In Ausstand tritt ohnehin niemand. Das Parlament ist kolonisiert; die Abgeordneten sichern der Finanzoligarchie allzeit eine automatische Mehrheit.

So dichtete Friedrich Dürrenmatt, die freche Spottdrossel, in seinem „Schweizerpsalm I":

> O Schweiz! Don Quijote der Völker! Warum muß ich dich lieben!
> Wie oft, in der Verzweiflung, ballte ich bleich die Faust gegen Dich
> entstelltes Antlitz!
> Wie ein Maulwurf hütest Du Deine Schätze. Es vermodert, was Du liebst,
> und nur, was Du gering achtest, bleibt.
> Deine Sattheit mit Füßen stampfend,
> höhne ich Dich, wo Du schlecht bist.
> Deine Ahnen lassen mich kalt,
> ich gähne, wenn ich von ihnen höre.

So war das einmal nicht gemeint, als das Schweizer Demokratiemodell entwickelt wurde: Die Mitsprache des Volkes sollte vielmehr einen kontinuierlichen Ausbau der Volksrechte gewährleisten.

Seit 100 Jahren träumen die Progressiven im Land von der Mitbestimmung in den Betrieben, von Sozialgesetzen, die allen gleiche Chancen einräumen, von der Gleichstellung der Frauen, von der Solidarität mit den Armen und Entrechteten überall – alles unerfüllt: eine bleiche Utopie.

Und die Wachen im Lande, die versuchen, sie wenigstens zum Teil zu verwirklichen, kommen leicht unter die Räder. Seit zwei Jahren ist bekannt, daß die Bundespolizei besonders jene als Staatsfeinde registrierte, die so frech waren, die Volksrechte intensiv zu nutzen. Brutaler könnte das perverse Demokratieverständnis der herrschenden Oligarchen gar nicht entlarvt werden.

Der Schriftsteller Peter Bichsel, der vor Jahren dem populären Bundesrat Willi Ritschard als Berater diente, ist heute „an der politischen Existenz dieses Landes nicht interessiert ... Die Schweiz wird sich auflösen ..."

Wohl möglich, daß Bichsel recht behält. Denn jener große Umbau, der den verrotteten eidgenössischen Luxusliner wieder flottmachen könnte, wäre nur mit einer übermenschlichen kollektiven Anstrengung zu schaffen – eine lachhafte Vorstellung in diesem satten, selbstzufriedenen Land, wo die Mittelmäßig-

keit gepflegt wird wie die höchste der Tugenden.

Es ist traurig und paradox, daß ausgerechnet die Schweiz, die einmal in Europa die demokratische Bewegung anführte, heute unfähig ist, mit ihren Nachbarn Schritt zu halten. Denis de Rougemont, einer der größten Staatsphilosophen dieses Jahrhunderts, würde sich wundern, was aus seiner „Willensnation“ geworden ist.

Er brachte damit die Tatsache auf den Punkt, daß die Schweizer im 19. Jahrhundert in der Lage waren, inmitten autokratischer, Minderheiten unterdrükkender Nationen, einen Bundesstaat zu schaffen, der von der Vielfalt seiner vier Kulturen lebt.

Inmitten eines demokratischen Europa scheint sich diese bewundernswürdige Leistung überlebt zu haben. Die moderne Schweiz, hervorgegangen aus dem Bürgerkrieg zwischen protestantisch geprägten Städten und katholischen Landkantonen und geboren in der republikanischen Revolution von 1848, hält heute bloß noch mit Mühe zusammen: Für Genfer Studenten liegt Zürich auf dem Mond; sie verbringen ihr Wochenende in Lyon, Dijon, Paris. Die Tessiner fühlen sich politisch, kulturell und sozial mit der Lombardei verbunden. Und die Deutschschweizer sind, als Mehrheit im Land, sich selbst genug – mit Blick nach Norden und Osten, wenn's denn sein muß.

Es ist offensichtlich: Die Willensnation, als Abwehrgemeinschaft gegen die lange Zeit undemokratische Umgebung zusammengewachsen, hat ihre Raison d'être eingebüßt. Selbst ihre potenteste Manifestation, der allgegenwärtige Militärmythos, hat ihre Kraft verloren.

Was tun? Europa muß Helvetia retten. Je schneller, je radikaler die Integration vollzogen wird, desto besser. Der Übergang, selbstverständlich, wird schmerzen. Doch der Aufbruch, der zweifellos nur unter starkem äußeren Druck zustande kommen wird, könnte jene Kräfte mobil machen, die dem Land früher seine Fortschrittlichkeit garantierten.

Noch einmal Dürrenmatts Patriotismus im „Schweizerpsalm I“:

> Nicht das liebe ich, was Du bist, nicht das, was Du warst,
> Aber Deine Möglichkeit liebe ich, die Gnade, die immer hell über Dir schwebt,
> Das Abenteuer, heute Dir anzugehören, die Kühnheit,
> jetzt, gerade jetzt, keine Furcht zu haben, den heiligen Wahnsinn, Dich zu bejahen.

Ich bin gern Schweizer. Im Winter fahre ich Ski in den Walliser Bergen, im Sommer steige ich über den Gletscher aufs Allalinhorn. Warum ist der Vorvater meines Bergführers, warum sind die Ahnen der Gastwirte, Bauern und Viehzüchter im Saaser Tal einst mit Über-

zeugung und Stolz Schweizer geworden? Warum fanden die Marktflecken und Städte des Mittellandes, warum winzige Gemeinden in den Hügeln der Voralpen und die Talschaften des Berggebiets zueinander?

Weil sie nie beabsichtigten, in einem Staat zur Einheit zu verschmelzen. Anders als Franzosen und Italiener, Briten und Deutsche wollten sie nur gemeinsam ihre Selbständigkeit, ihre Identität und ihre Lebensweise verteidigen.

„Liberi e Svizzeri“, erst frei sein und dann Schweizer werden, riefen die Tessiner Revoluzzer 1803 den französischen Kommissaren zu, als die sie vor die Wahl stellten, entweder der oberitalienischen Zisalpinischen oder aber der Helvetischen Republik beizutreten.

Tempi passati – die verfilzte, verkrustete, zur Unkenntlichkeit erstarrte Eidgenossenschaft, deren einstiger Freiheitstraum von den Machenschaften der allgegenwärtigen Finanzoligarchie pervertiert worden ist, hat den Frauen und Männern des Saaser Tales nichts mehr zu bieten. In der verlogenen Berner Sowohl-Als-auch-Politik erkennen sie sich nicht wieder.

Aber auch die derzeitige Kommissarsdiktatur in Brüssel entspricht nicht den politischen Vorstellungen der Menschen im Tessin, im Wallis oder in Genf. Die EG ist noch durch und durch undemokratisch; ihr Interesse gilt ausschließlich dem freien Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Arbeitskräfteverkehr.

Denis de Rougemont, der Prophet des europäischen Föderalismus, war überzeugt, daß die Institutionen der supranationalen Willensbildung erst dann von den Völkern als legitim akzeptiert würden, wenn sie ihre Minderheiten nicht nur schützen, sondern zum Fundament ihres Kontinentalgebäudes machen. Zukunft und Kraft des sich langsam vereinigenden Europas liegen in seinen vielfältigen, sich gegenseitig bereichernden Regionen.

Stärker wohl als irgendwo sonst sind diese Partikularidentitäten, diese eigenständigen Gemeinschaften in der Schweiz lebendig. Unter dem Betonklotz der Konsenspolitik, jenseits der arroganten Finanzmacht, hinter der verkrampften Abwehrideologie lebt eine Schweiz der Toleranz, der Menschenliebe, der internationalen Solidarität.

In der Vision von Denis de Rougemont ist dieses Land, dank seiner kulturellen, ethnischen, religiösen und sprachlichen Vielfalt, dazu bestimmt, dereinst ein kontinentaler „district fédéral“, ein vorbildlicher Bundesbezirk des föderalistischen Europas der Regionen, zu werden.

Sudan

# Spiel mit dem Nilwasser

**Die Militärjunta in Khartum hat das Bürgerkriegsland zum Zufluchtsort islamischer Fundamentalisten gemacht.**



**Moslemführer Turabi**
„Das Kalifat wiedererrichten“

Die jungen Männer aus der sudanesischen Hauptstadt, die auf dem saudiarabischen Flughafen Dschidda landeten, trugen das weiße Gewand frommer Moslems und wollten zu den nahe gelegenen heiligen Städten Mekka und Medina. Doch über den Transitraum des Airports kamen die Pilger nicht hinaus. Streng bewacht von Sicherheitskräften, mußte die Gruppe das Land mit der nächsten Maschine wieder verlassen.

Als gute Gläubige getarnt, so argwöhnten die Saudis, hatten sich etwa 20 radikale Fundamentalisten einschleichen wollen, um in dem von religiösen Ultras als Amerikas Büttel geschmähten Königreich Aufruhr zu stiften.



**Attentat auf Ägyptens Parlamentspräsidenten Mahgub*:** Training für Mörder

Die Ankunft der militanten Truppe aus Khartum, von den Saudi-Behörden nach außen verschwiegen, ist für arabische Geheimdienste ein wichtiger Hinweis auf die zunehmende Gewaltbereitschaft islamischer Fanatiker. Und da die Extremisten fast alle Mitglieder der regimetragenden Islamischen Nationalen Front des Sudans waren, sehen Sicherheitsfachleute den Vorfall vor allem als bislang deutlichsten Beleg für die radikalen Aktivitäten im größten Flächenstaat Afrikas. Arabische Regierungen sind überzeugt, daß sich der Sudan zu einer internationalen Zentrale für islamische Fundamentalisten entwickelt hat. Auch die jüngsten Unruhen in Tunesien und Algerien seien von Khartum aus geschürt worden. „Die Koordinierung“, beschuldigte vorigen Monat der tunesische Staatspräsident Ben Ali die Führung des nordafrikanischen Staates, „geht vom Sudan aus.“

Und Ägyptens Staatschef Husni Mubarak warnte die „Drahtzieher in den

* Am 12. Oktober 1990 in Kairo.

Kulissen" seines südlichen Nachbarlandes davor, weiterhin fundamentalistischen Unmut zu schüren. Das „gefährliche Spiel mit dem Nilwasser", drohte der Präsident in Kairo dem Sudan, müsse unterbleiben.

Die Mahnungen gelten einem Staat, der seit Jahren von Hungerkatastrophen und Bürgerkrieg erschüttert wird. Derzeit versuchen die Vereinten Nationen, im Süden des Sudans in einer Notaktion das Leben von 200 000 Menschen zu retten. Uno-Experten schätzen, daß fast ein Drittel der 24 Millionen Sudanesen vom Hungertod bedroht sind.

Im überwiegend christlich-animistischen Süden kämpfen die schwarzen Rebellen der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee gegen die Unterdrückung durch den arabisch-islamischen Norden. Dort herrscht seit einem Putsch, der 1989 die zivile Regierung des Präsidenten Sadik el-Mahdi stürzte, eine Militärregierung unter Führung des selbsternannten Generals Umar Hassan el-Baschir.

Im arabischen Lager ist die Junta, die Verfassung, Parlament, Parteien und Gewerkschaften abschaffte, weitgehend isoliert. Weil sich der Sudan im Golfkrieg auf die Seite des Aggressors Saddam Hussein stellte, hat Saudi-Arabien seine großzügigen Hilfszahlungen gestrichen. Ägypten stellte dringend benötigte Benzinlieferungen ein.

„Die Wende in eine bessere Zukunft", so die Armee-Zeitung *El-Kuwat el-Mussallaha*, soll dem Land nun der Fundamentalismus bringen. So wird seit Anfang des Jahres die alte islamische Rechtsprechung, die Scharia, wieder angewandt: Schweren Raub etwa ahnden die Gerichte mit Abhacken der rechten Hand und des linken Fußes.

Wie massiv der Sudan auch den internationalen Export des Fundamentalismus fördert, erhellte erst unlängst ein Erfahrungsaustausch zwischen tunesischen und ägyptischen Sicherheitsexperten in Tunis. Nach Erkenntnissen der Geheimdienstler sollen in Khartum „mehrere hundert Fundamentalisten" aus den Maghrebländern, aber auch aus Ägypten, Iran, Pakistan und Afghanistan zu einer Strategie-Konferenz zusammengekommen sein.

In eigens eingerichteten Trainingslagern, etwa im nahe der Hauptstadt gelegenen Wald von Khartum, werden islamische Kämpfer für ihren revolutionären Auftrag an Waffen ausgebildet. Auch der Straßenkampf und Guerillataktiken gehören zum Schulungsprogramm.

Die Ägypter sind sicher, daß in sudanesischen Camps die Mörder des ägyptischen Parlamentspräsidenten Rifaat el-Mahgub gedrillt wurden. Der Politiker war im vergangenen Jahr in Kairo erschossen worden.

Radikalen Moslemführern bietet der Sudan großzügig Unterschlupf. So nahm die Junta in Khartum den blinden ägyptischen Scheich Umar Abd el-Rahman auf. Der Prediger hatte 1981 in islamischen Rechtsgutachten die Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat gerechtfertigt und ruft zum Sturz der Regierung in Kairo auf.

Unruhestifter wie den kürzlich verhafteten algerischen Islam-Chefideologen Abbassi el-Madani, 60, oder den zur Fahndung ausgeschriebenen tunesischen Islamistenführer Raschid Ghannuschi, 50, versorgte die Regierung mit Diplomatenpässen. Beide reisten mehrfach zu Lagebesprechungen nach Khartum.

Die Besuche galten dem sudanesischen Moslemführer Hassan el-Turabi, 61. Der in London, Oxford und Paris ausgebildete Moslemprediger ist nicht nur Chef der Islamischen Nationalen Front. Er steht auch im Verdacht, von einer geheimen Kommandozentrale in Khartum aus internationale Moslem-Aufstände zu planen. Turabis Ziel: „Wir wollen das Kalifat wiedererrichten."

Sudans Juntachef Baschir hat Turabi, der westlichen Diplomaten in Khartum als die „graue Eminenz des Regimes" gilt, mit beträchtlichen Mitteln ausgestattet. Nach Angaben von Oppositionellen werden über die Hälfte der von westlichen Ländern für die Hungerhilfe bereitgestellten Gelder an islamische Kampfgruppen weitergeleitet.

Um das geheime Netzwerk der Moslem-Fanatiker zu zerstören, greifen die bedrohten Regime hart durch. Im Kampf gegen die Islamisten, klagt Amnesty International, habe sich die Menschenrechtslage etwa in Tunesien „wesentlich verschlechtert". Zudem versuchten Algerien, Tunesien und Ägypten, die Arbeit ihrer Sicherheitsdienste besser zu koordinieren.

In Tunis und Algier konnten Polizei und Militär gutgetarnte Verstecke ausheben und dabei Waffen, Sprengstoff sowie sudanesische Ausweispapiere sicherstellen. Ägypten verweigerte in einer einzigen Woche 260 sudanesischen Extremisten die Einreise; die Behörden hatten Hinweise auf geplante militante Aktionen erhalten.

Einige schwere Raubüberfälle klärte die Polizei als Verbrechen moslemischer Eiferer auf. Die Täter gestanden den ägyptischen Fahndern auch, von wo sie ihre Anweisungen erhalten hatten: aus Turabis Befehlszentrale in Khartum.

Griechenland

# Geschenk aus Moskau

**Die Frau von Premier Mitsotakis feuerte einen Minister – und brachte ihren Mann in Schwierigkeiten.**

Mit drei Ministern reiste Regierungschef Konstantin Mitsotakis zum offiziellen Besuch in die sowjetische Hauptstadt. Als er heimkehrte, waren es nur noch zwei: Industrieminister Stavros Dimas verlor während des Besuchs sein Amt – auf Geheiß der Premiersgattin Marika Mitsotakis.

Dimas wurde zum Opfer einer zornbebenden Ehefrau, die fand, daß er sich zuwenig um das Programm für die mitgereisten Unternehmer kümmere. Auf einem Empfang in der griechischen Botschaft in Moskau stellte sie den Säumigen streng zur Rede.

Als Dimas es wagte, sich zu verteidigen, wurde die Auseinandersetzung nur noch lautstärker. Der bedrängte Minister bat die Dame, „die Stimme nicht zu heben", aber die war nicht mehr zu bremsen. Dimas solle aufpassen, was er sage, polterte Marika Mitsotakis, 61, und drohte: „Von nun an hast du mit mir zu tun."

Drei Tage später sickerten Einzelheiten über das Schreiduell durch, und Dimas wähnte seine Würde als Mann und Minister in Gefahr. Journalisten vertraute er an, nach der Heimreise zurücktreten zu wollen.

So lange brauchte er nicht zu warten. Schon auf der zweiten Station der Staatsvisite, in Kiew, nahm Mitsotakis den – offiziell noch gar nicht eingereichten – Rücktritt an. Der Premier rügte das Verhalten seines Kabinettskollegen als „unzumutbar" und warf ihm, ganz loyaler Gatte, sogar vor, den Interessen des Landes geschadet zu haben.

Daheim in Athen erwarteten den Geschaßten dagegen Zuspruch und Sympathie. Kabinettskollegen, Parteifreunde und die regierungsnahe Presse fühlten sich durch die Amtsanmaßung der Premiersgattin und die willfährige Reaktion ihres Mannes an einschlägige Vorbilder erinnert.

„Von Aspasia bis zu Marika Mitsotakis hatten die Frauen der Regierenden, sichtbar oder in den Kulissen, ein Wort in allen seriösen Fragen mitzureden", schrieb die Athener Zeitung *Eleftherotypia*. Aspasia, die Frau hinter Perikles, dem Schöpfer der antiken athenischen Demokratie, hatte den Zorn des Volkes auf sich gezogen und war als Gottesverleugnerin und Kupplerin vor Gericht gestellt worden. Der

* Dimitra Papandreou, Marika Mitsotakis.





**Ex-Premier Papandreou, Nachfolger Mitsotakis, Ehefrauen*:** „Von nun an hast du mit mir zu tun"

große Staatsmann selbst trat als Zeuge auf und erwirkte ihren Freispruch.

Geschichtskundige Griechen denken mit Schaudern daran, wie in ihrem 1830 nach fast 400jähriger Türkenherrschaft neugegründeten Staat vier Königinnen die hellenische Politik bestimmten, darunter drei deutscher Abstammung, „die eine schlimmer als die andere“, so der Historiker Foivos Grigoriadis.

Amalie von Oldenburg (1818 bis 1875), die den ersten griechischen König, den Wittelsbacher Prinzen Otto, heiratete, beherrschte ihren willensschwachen Mann, nahm an Kabinettssitzungen teil und griff souverän in Parlamentswahlen ein. Auf ihre Anordnung hin mußten ehemalige Freiheitskämpfer die Polonaise erlernen, um an Hofbällen teilnehmen zu dürfen.

Die zweite Königin, Olga (1851 bis 1926), Enkelin des russischen Zaren Nikolaus I., verdächtigten die Griechen, ihr Königreich der slawischen Gefahr auszusetzen. Die dritte, Sophia, Tochter des deutschen Kaisers Friedrich III., (1870 bis 1932), verlor alle Sympathien wegen der protürkischen Haltung des Deutschen Reichs.

Am meisten aber wurde die vierte Königin gehaßt, die hannoveranische Friederike aus dem Haus Hohenzollern, eine Enkelin Kaiser Wilhelms I. Machtbesessen bestimmte sie die Entscheidungen ihres Mannes und ihres Sohnes Konstantin. Von ihrer Gunst hingen Ministerpräsidenten und Minister ab. Vom Volk wurde sie als „Frideriki Friki“ (Friederike die Schreckliche) verschrien.

Mit der Abschaffung der Monarchie nach der Obristendiktatur war das Übel jedoch nicht beseitigt.

Der Wahlsieg des Sozialistenchefs Andreas Papandreou im Jahr 1981 verhalf seiner Frau, der gebürtigen Amerikanerin Margaret, zu gewichtigem Einfluß. Margarita, wie die Griechen sie nannten, baute eine eigene Hausmacht in Regierung und Partei auf, besetzte Minister- und Staatsämter mit Vertrauten, übernahm eine führende Rolle in der Frauen- und Friedensbewegung. Überdies arbeitete sie systematisch an der Nachfolge ihres Mannes durch Sohn Georgios.

Der Gängelei überdrüssig, suchte Andreas Papandreou Zuflucht bei der jungen Dimitra („Mimi“) Liani. Die hatte den zärtlichen Alten bald noch fester im Griff. Ihr Einfluß auf Papandreou schwand auch nicht nach der durch Liebesaffäre und rasche Eheschließung mitverschuldeten Wahlniederlage der Sozialisten.

Jetzt wurde offenbar, daß auch der knappe Sieg der Konservativen über die Sozialisten im April vorigen Jahres keine Wende brachte. Mitsotakis hängt gleich an zwei Frauen: seiner Tochter Dora, die er zur Staatssekretärin im Amt des Premierministers beförderte und die heute

als eine Art Superministerin mit besten Chancen auf das politische Erbe fungiert, sowie Ehefrau Marika, die kein Amt braucht, um sich Macht und Einfluß zu sichern. In den Oppositionsjahren hatte sie öffentlich die Auftritte und Aktivitäten der Papandreou-Gefährtinnen gerügt. An der Seite des Regierungschefs entwickelte sie sofort eigenen Ehrgeiz.

Die durch Kinderlähmung gehbehinderte Frau beschimpfte Minister als „Idioten"; einem sozialistischen Abgeordneten, der sich über ihr Fratzenschneiden während einer Parlamentsrede von Papandreou beschwerte, drohte sie gar mit dem Stock.

Für die sozialistische Opposition war der Rücktritt von Dimas „ein Himmelsgeschenk, das unverhofft aus Moskau kam", so die Zeitung *To Vima*. Der Premier wurde aufgefordert, die „Familienherrschaft" und den Nepotismus zu beenden. Mitsotakis verschob eine geplante Kabinettsumbildung aus Angst vor einer Regierungskrise. Vorige Woche stellten drei seiner Minister den Chef zur Rede: Er müsse sich von seiner Umgebung trennen, der Regierung drohe ein totaler Vertrauensverlust, der Rücktritt von Dimas sei nur ein erstes Anzeichen.

„Das Geschwür ist aufgebrochen", kommentierte die Zeitung *Kathimerini*, „jetzt muß das Skalpell bis an die Wurzeln gehen."



**Verwüsteter Schlafsaal des St.-Kizito-Gymnasiums:** „Zweitklassige Wesen"

Kenia

# Manieren beibringen

19 Schülerinnen starben, über 70 wurden vergewaltigt – ein Gewaltausbruch in einem Internat schockiert das Land.

Am Tatort schossen dem gelernten Lehrer Tränen in die Augen. Daniel arap Moi, der aus Nairobi angereiste Staatspräsident, stand fassungslos auf dem Gelände der St. Kizito School in Tigania.

In dem gemischten Gymnasium waren in einer Juli-Nacht 19 Mädchen im Chaos totgetrampelt worden, als Klassenkameraden den Schlafsaal stürmten und über 70 Schülerinnen vergewaltigten. Auslöser für den Amoklauf der 14- bis 18jährigen Jungen war offenbar die Weigerung der Mädchen gewesen, an einem Unterrichtsboykott teilzunehmen.

„Eine Katastrophe hat unser Land befallen", klagte Kenias Ärztevereinigung nach dem Massaker. Präsident Moi setzte eine Untersuchungskommission ein; sein Erziehungsminister Peter Aringo gelobte, „die Wurzeln der Disziplinlosigkeit an den Schulen zu finden".

Aufruhr erschüttert Kenias Bildungsinstitutionen schon lange: In diesem Jahr streikten die Schüler in mehr als 50 staatlichen Schulen; seit Juni hat die Regierung zwei Universitäten, fünf Colleges und neun Oberschulen geschlossen.

Kenias 645 000 Oberschüler und Studenten rebellieren, weil das Lernen in dem 25-Millionen-Einwohner-Staat immer teurer wird. Bücherpreise, Studien- und Prüfungsgebühren steigen, während die Aussichten auf einen Job nach der Ausbildung immer geringer werden. Speiseräume sind schmutzig, Schuldächer undicht, Internate überfüllt: In der für 120 Jungen gebauten Unterkunft der St. Kizito School mußten 306 Schüler hausen – ein Anlaß für den geplanten Streik, der in einer Gewaltorgie endete.



**Kenias Präsident Moi**
Tränen am Tatort

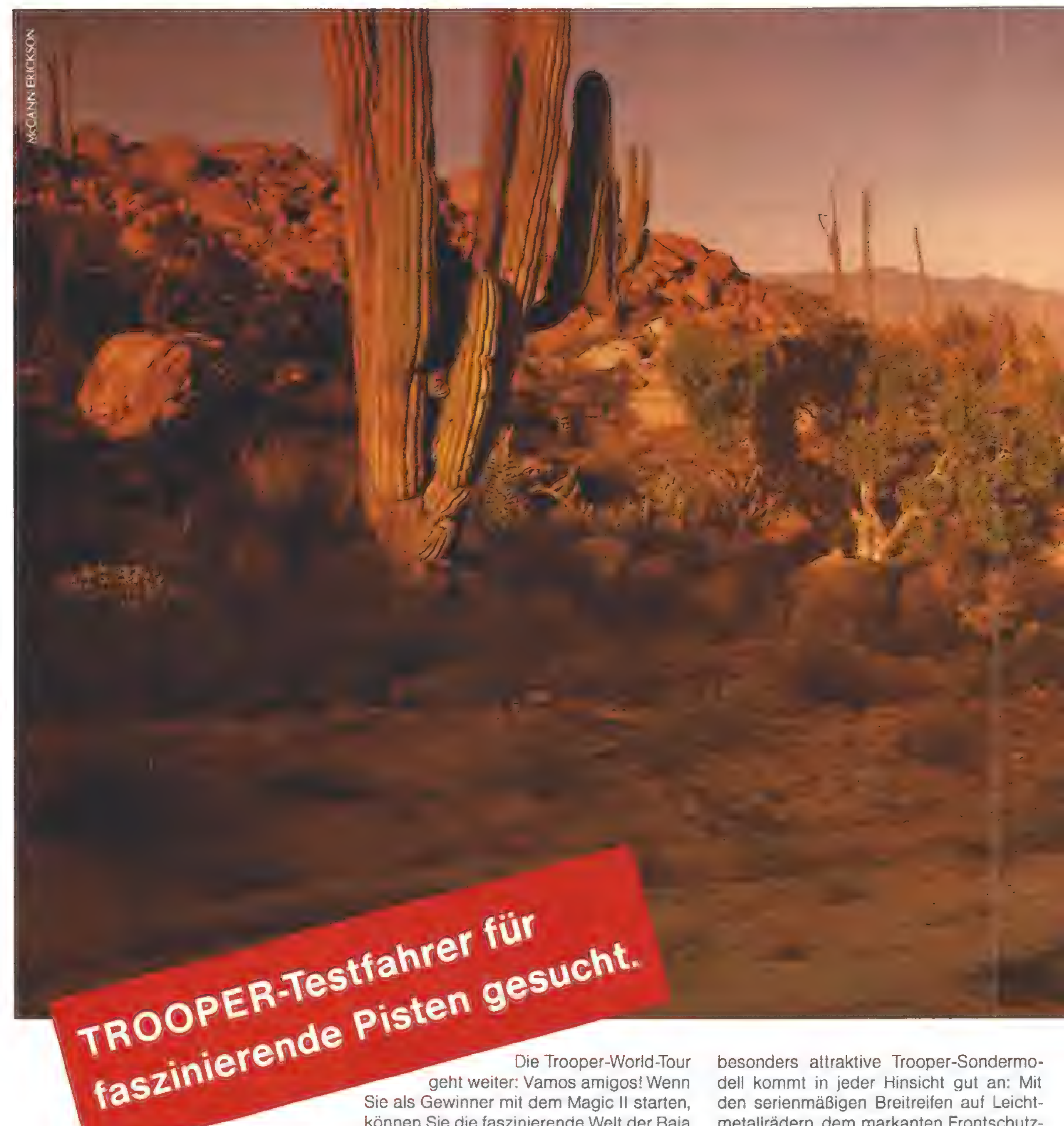
Die Lehrer, demoralisiert und miserabel bezahlt, widmen sich oft vor allem ihrem Nebenjob: In der Wahundura-Oberschule wurde gestreikt, weil der Rektor den schuleigenen Lastwagen nur für seine Privatgeschäfte nutzte.

Gegen rebellierende Jugendliche geht die Polizei mit Knüppeln, Tränengas und zuweilen auch scharfer Munition vor. Bei immer wieder aufflammenden Unruhen an der Uni von Nairobi kommen Jahr für Jahr Studenten ums Leben. Trotzdem sind die Sympathien der Öffentlichkeit für die protestierenden Schüler und Studenten gering, weil die sich oft mit Drogen und Alkohol aufputschen, in blinder Zerstörungswut Klassenräume verwüsten, Schulen anzünden – oder über Mitschülerinnen herfallen.

„Wir haben eine Kultur der Gewalt geschaffen", sagt der kenianische Psychologe Daniel Kabithe. Statt Toleranz und Dialog werde den Jugendlichen im Alltag und von der Obrigkeit Brutalität vorgelebt – etwa, wenn ein Regionalvorsitzender der regierenden Kanu-Partei dazu aufrufe, Oppositionellen die Finger abzuschneiden, wenn sie es wagten, sie zum Victory-Zeichen zu spreizen.

Kritische Bürger sehen die Unruhe an den Schulen als ein Symptom für die Verrohung ihrer Gesellschaft. „Die Massenvergewaltigung an der St. Kizito School unterstreicht den abscheulichen männlichen Chauvinismus, der das Leben der Kenianer dominiert", schreibt der Kolumnist Hilary Ng'Weno. Die Männer behandelten ihre Frauen als

# Vamos amigos! Mit dem Mag




Die Trooper-World-Tour geht weiter: Vamos amigos! Wenn Sie als Gewinner mit dem Magic II starten, können Sie die faszinierende Welt der Baja California in Mexiko entdecken. Berge, traumhafte Strände, aber vor allem faszinierende Off-road-Pisten durch die endlose Kakteen-Wüste warten auf Sie.

Erleben Sie die starke Allradtechnik und den kraftvollen Turbo-Diesel-Motor des Trooper Magic II. Dieses besonders attraktive Trooper-Sondermodell kommt in jeder Hinsicht gut an: Mit den serienmäßigen Breitreifen auf Leichtmetallrädern, dem markanten Frontschutzbügel und den Kotflügelverbreiterungen, den Aluminiumtrittbrettern und dem komfortablen, ganz in Schwarz gestylten Innenraum liegt er voll im Trend.

Interessiert, den Trooper Magic II in der Baja California zu testen? Vamos, holen Sie sich die Trooper-World-Tour-

ER-WORLD-TOUR

# ic II durch die Baja California.

Broschüre der 3. Etappe mit Tips und Infos über die Mexiko-Tour sowie eine Teilnahmekarte* bei Ihrem Opel/Isuzu-Händler. Mit etwas

**Die 3. Ausgabe der Trooper-World-Tour-Broschüre „Die schönsten Off-road-Strecken der Welt" gibt's jetzt kostenlos beim freundlichen Opel/Isuzu-Händler.**

Glück gewinnen Sie die Testfahrt inklusive Nebenkosten für 2 Personen.

Fahren Sie den Trooper Magic II bei Ihrem Opel/Isuzu-Händler einmal zur Probe. Dort erfahren Sie auch alles über günstige Leasing- und Finanzierungsmöglichkeiten.

* Natürlich können Sie Ihre Teilnahmekarte auch direkt per Post anfordern. Schreiben Sie an: Trooper-World-Tour, Postfach, 4150 Krefeld 500.









**Exklusiv beim freundlichen Opel/Isuzu-Händler.**

„zweitklassige Wesen, nur gut zur Lustbefriedigung und zur Verrichtung von lästiger Arbeit".

1979 war im kenianischen Parlament ein neues Ehegesetz gescheitert: Es sollte das Schlagen von Frauen verbieten und der Erstfrau eine Art Veto einräumen, wenn der Ehemann eine zweite oder dritte Frau heiraten möchte. „Es ist sehr afrikanisch, Frauen mit Schlägen Manieren beizubringen", argumentierte damals der Abgeordnete Kimunai Soi gegen die Neuerung. Leserbriefschreiber unterstützten ihn: „Ein Mann kann kein Wortgefecht mit seiner Frau gewinnen. Also sprechen seine Hände."

„Überall, angefangen zu Hause", erklärte die Anwältin Martha Njoka nach den Ereignissen von St. Kizito, „nehmen sich die Männer das Recht, die Frauen zu bestrafen."

Der *Kenya Times* zufolge sollen Vergewaltigungen in Schulinternaten gängige Praxis sein. „Die Jungs wollten den Mädchen nie etwas antun", zitiert die Zeitung die stellvertretende Direktorin der St. Kizito School, „sie wollten sie nur in die Büsche jagen und zur Liebe zwingen." Ein älterer Mann aus der Umgebung berichtete, daß die Ortsbewohner die Notzüchtigung von Schulmädchen nie als Verbrechen angesehen hätten: „Wenn ich früher so etwas getan habe, war meine Mutter stolz, weil sie wußte, daß ich ein Mann geworden war." Heute müssen in Kenia jährlich bis zu 13 000 Mädchen die Schule verlassen, weil sie geschwängert wurden – nicht selten von ihren Lehrern.

„Gerade weil die Menschen ihre Traditionen verloren haben, ereignen sich derartige Tragödien", sagt die Kinderärztin Florence Manguyu. Früher seien viel weniger uneheliche Kinder zur Welt gekommen; auch Geschlechtskrankheiten seien erst neuerdings zum Problem geworden.

Mit dem Zerfall der traditionellen Großfamilie und der Auflösung der Dorfgemeinschaft in Afrika verschwand eine wichtige moralische Kontrollinstanz für soziale Konflikte. Westliche Werte wie Demokratie und Toleranz sind dagegen noch nicht verwurzelt.

Nächste Woche sollen sich 29 Schüler, die an der Massenvergewaltigung beteiligt waren, vor Gericht verantworten. Die Afrikanische Kinderschutz-Gesellschaft hält dagegen, daß die jugendlichen Gewalttäter Fälle für Psychologen seien, nicht für die Justiz.

„Die kenianische Gesellschaft muß sich von Heuchelei, Korruption und widerlichem Materialismus säubern, wenn sie der Jugend den richtigen Weg weisen will", schrieb auch die Tageszeitung *The Nation*. Sonst würden sich in Zukunft Dinge abspielen, gegen die das Massaker von St. Kizito „wie eine sonntägliche Kissenschlacht" erscheine.

# „Was zählt, ist die Kohle"

SPIEGEL-Interview mit dem Münchner Nationalspieler Stefan Effenberg über angepaßte Profis und den Reiz Italiens

Effenberg, 23, gab beim letzten Länderspiel in Wales sein Debüt in der Fußball-Nationalmannschaft. Nach Abschluß einer Lehre bei der Bundespost begann der gebürtige Hamburger seine Profilaufbahn bei Borussia Mönchengladbach. Im vorigen Jahr wechselte der Mittelfeldspieler für vier Millionen Mark zum FC Bayern München, wo er sich schon bald mit provozierenden Äußerungen ins Gespräch brachte.

**SPIEGEL:** Herr Effenberg, in Ihrem ersten Jahr beim FC Bayern sind Sie als ungewöhnlich widerspenstiger Profi aufgefallen. Sie haben sich mit Kollegen überworfen, Sie lagen mit dem Management und Trainer Jupp Heynckes im Clinch. Gefällt Ihnen diese Rolle?

**EFFENBERG:** Ich habe sicherlich Fehler gemacht und werde daraus lernen. Der eine oder andere Spruch hätte nicht fallen dürfen, da werde ich künftig kontrollierter auftreten.

**SPIEGEL:** Sie wollen sich also, wie die Mehrheit Ihrer Kollegen, anpassen?

**EFFENBERG:** Das habe ich nicht gesagt. Ich werde mich nie in das normale Glied der Bundesliga einreihen. Da gehöre ich einfach nicht hin.

**SPIEGEL:** Was unterscheidet Sie denn vom Durchschnittsprofi?

**EFFENBERG:** Ich sage immer meine Meinung, manchmal leiste ich mir spontanes Handeln, was die Leute von einem Fußballer nicht gewohnt sind. Natürlich muß man auch Kompromisse eingehen. Wenn ich zu sehr über die Stränge schlage, finde ich mich auf der Bank wieder und verliere Prämien. Ich verbaue mir doch nicht den Weg, weil ich mir den Zorn der einen oder anderen wichtigen Person zuziehe.

**SPIEGEL:** Sie meinen Ihren Trainer?

**EFFENBERG:** Ja, zum Beispiel.

**SPIEGEL:** Jupp Heynckes ist dafür bekannt, daß er den pflegeleichten Fußballer bevorzugt. Hat er Ihnen den Mund verboten?

**EFFENBERG:** Im Gegenteil. Er hat mir gesagt, ich solle weiterhin das tun, was ich für richtig halte.

**SPIEGEL:** Stört es Sie nicht, daß Sie, wie früher Franz Beckenbauer, in vielen Stadien ausgepfiffen werden?

**EFFENBERG:** Einige Leute mögen mich wegen meiner Art, vielleicht lieben Sie mich sogar. Aber es gibt auch viele, die mich für einen Arsch halten. Sollte ich mal ein Großer werden wie Beckenbauer, dann dürfen mich die Leute überall auspfeifen, meinetwegen sogar beim Essen, das wäre mir scheißegal.

**SPIEGEL:** Der deutsche Fußball verdankt seine große Zeit in den siebziger Jahren nicht zuletzt eigenwilligen Figuren wie Beckenbauer, Paul Breitner oder Günter Netzer. Haben Sie mit der Rolle des Revoluzzers eine Marktlücke neu besetzt?

**EFFENBERG:** Darum geht es nicht. Aber die meisten Spieler sehen ihren Job so: 90 Minuten Fußball spielen, umziehen, nach Hause fahren – mehr interessiert die nicht. Für mich bedeutet dieser Beruf mehr. Es gehört viel mehr Show dazu, es muß Leben in die Bude. Die Fans wollen Typen und gute Unterhaltung.



**Bayern-Profi Effenberg**
„Leben in die Bude"



**Bayern-Manager Hoeneß*:** „Du kommst hier nicht weg"

* Mit Trainer Jupp Heynckes.

**SPIEGEL:** Und dafür wollen Sie in der neuen Saison sorgen?

**EFFENBERG:** Durch meine wenig filigrane Spielweise habe ich es da sicher etwas schwerer als ein Dribbelkünstler wie mein Mannschaftskollege Brian Laudrup. Oder nehmen wir mal einen wie den Engländer Paul Gascoigne. Die Leute lieben ihn nicht wegen seiner Tore. Sie lieben diesen irren Typen, der immer etwas Verrücktes macht. Der hat eine ganz eigene Beziehung zum Publikum aufgebaut, der kitzelt Begeisterung heraus, und sei es nur mit einem Gag.

**SPIEGEL:** Ihre Umgebung empfand Ihr Auftreten zuletzt mehr anmaßend als witzig. Ihr ehemaliger Kapitän




# Wie läuft das Ölge

▶ Wenn Sie es vorziehen, die Preise zu kennen, bevor Sie einkaufen, sollten Sie zugreifen: zum Telefon. Die Ölpreise z. B. erfahren Sie am besten durch einen Anruf bei Ihren Geschäftsfreunden in Rotterdam – dort werden sie schließlich gemacht.

▶ Wenn Ihnen allerdings Öl auf Gemälden lieber ist als im Tank, sollten Sie einfach den Verkehrsverein in Amsterdam

## schäft in Holland?

anrufen. Der vermittelt Ihnen nicht nur Hotelzimmer aller Preisklassen, sondern auch die Karten fürs Van-Gogh-Museum. ► Übrigens, die Kosten für ein Telefongespräch in die Niederlande sind niedriger, als Sie denken, und geradezu lächerlich im Verhältnis zu den Preisen für Öl, ob roh, raffiniert oder gemalt.





**Familienvater Effenberg***: „Ich gehe immer gern"

Klaus Augenthaler monierte, es sei „der Untergang eines Vereins, wenn einer drei Monate gut spielt und dann glaubt, er könne seine Kollegen anmachen". Die Schelte galt Ihnen.

**EFFENBERG:** Erstens habe ich nicht drei Monate, sondern ein dreiviertel Jahr gut gespielt, während man das von Augenthaler zuletzt wohl nicht mehr behaupten konnte. Und zweitens bin ich der Meinung, daß einer den Mund aufmachen darf, solange er Leistung bringt. Dabei bedeutet es keinen Unterschied, ob ich 19 Jahre alt bin oder 35. Solange ich am Samstag im Spiel gut aussehe – nicht beim Training, das interessiert überhaupt nicht –, ist es völlig egal, ob ich nun 1 Jahr für Bayern München spiele oder 17 Jahre.

**SPIEGEL:** Dem 1. FC Kaiserslautern wird nachgesagt, er sei auch wegen des guten Betriebsklimas Meister geworden. Sie glauben dennoch nicht an den Satz: Elf Freunde müßt ihr sein?

**EFFENBERG:** In dem Geschäft findet man keine Freunde mehr. In München gibt es 16 Spieler, die sind gleich gut, alle wollen spielen und die Prämien kassieren. Ich spiele wie alle anderen in erster Linie Fußball, um Geld zu verdienen. Was zählt, ist die Kohle, klarer Fall. Also kann derjenige, der meine Position haben will, auch nicht mein Freund sein. Denn der will an mein Geld, folglich muß ich mich wehren.

* Mit Ehefrau Martina, Tochter Nastassja, Sohn Etienne-Noel.

**SPIEGEL:** Die Aura des FC Bayern hat zuletzt mächtig gelitten. Prägten früher Leitfiguren des deutschen Fußballs die Identität des Klubs, so wirken dort heute blasse Jungprofis wie etwa Olaf Thon. Haben die Münchner Sie zum Zwecke einer Imagekorrektur verpflichtet?

**EFFENBERG:** Meine Frau behauptet das auch. Sie glaubt, ich sei mit Sicherheit nicht nur deshalb in München, weil ich den Ball geradeaus spielen kann. Das gibt mir zu denken.

**SPIEGEL:** Nach nur einem Jahr drängte es Sie von München weg nach Italien, Sie haben Ihren Wechsel massiv betrieben.

**EFFENBERG:** Ich glaube, ich habe ihn nicht massiv genug betrieben. Anfangs hat Uli Hoeneß zu mir gesagt: Okay, für 15 Millionen Mark kannst du gehen. Das ist zwar Wahnsinn, aber wenn ich sehe, daß jetzt mit Jürgen Kohler ein Abwehrspieler für 15 Millionen verkauft wurde, dann ist die Summe sogar in Ordnung. Fünf Tage später erklärte mir Hoeneß: „Du kannst nicht mal für 20 Millionen Mark gehen, du kommst hier nicht weg." Ich hatte keine Chance, den Verein zu verlassen, also war das Thema erledigt.

**SPIEGEL:** Angeblich haben nicht nur Sie, sondern auch Ihre Frau auf einen Wechsel gedrängt.

**EFFENBERG:** Das stimmt, es ist von uns beiden ausgegangen. Denn im Grunde hat sich hier keiner um uns gekümmert, womit ich vornehmlich meine Mannschaftskollegen meine.

**SPIEGEL:** Die soziale Fürsorge des FC Bayern scheint sich demnach auf eine fachkundige Anlageberatung zu beschränken.

**EFFENBERG:** Die Realität sieht so aus: Du wirst hier hergeholt, dann sagt man dir: Da ist dein Haus, das ist der Weg zum Training, und das war es auch schon.

**SPIEGEL:** Nach Stefan Reuters Wechsel nach Italien bemerkte Beckenbauer: „Früher wollten alle nach München, jetzt wollen alle weg." Irgend etwas, so Beckenbauer, stimme da nicht mehr. Wissen Sie, was nicht mehr stimmt?

**EFFENBERG:** Das Schicksal der Bayern ist es, daß die reichen Italiener immer erst in München suchen und erst dann gucken, was sonst noch rumläuft. Die haben nun mal ein Faible für Spieler, die von einem Verein kommen, der etwas rüberbringt. Und diesen Ruf hat der FC Bayern immer noch.

**SPIEGEL:** Dann ist Bayern München also nur noch Zulieferer für italienische Klubs?

**EFFENBERG:** Zumindest ist es so, daß der Weg nur über den FC Bayern führt, wenn man ganz nach oben will. Wenn ich aber einen Spieler frage: Willst du zu den Bayern oder zu einem Spitzenklub in Italien, dann ist die Entscheidung klar.

**SPIEGEL:** Bei der derzeitigen Fluktuation muß Manager Hoeneß mit seinem seit Jahren formulierten Anspruch, „eine europäische Spitzenmannschaft" aufzubauen, zwangsläufig scheitern.

**EFFENBERG:** In jedem Fall wird es schwer, denn es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann der nächste geht. Vielleicht kommt dann ein gleichwertiger Spieler, aber bevor der integriert ist, ist ein halbes Jahr vergangen. Und dann ist es womöglich wieder zu spät.

**SPIEGEL:** Wann müssen sich die Bayern denn nach einem Ersatz für Sie umsehen?

**EFFENBERG:** Mein Vertrag läuft noch drei Jahre.

**SPIEGEL:** Verträge, haben Sie gesagt, seien „da, um gebrochen zu werden".

**EFFENBERG:** Diese Weisheit stammt nicht von mir, sondern von einem Münchner Kollegen. Aber ich leugne nicht, daß ich sehr gern gegangen wäre.

**SPIEGEL:** Wahrscheinlich gehen Sie auch in einem Jahr noch gern.

**EFFENBERG:** Ich gehe immer gern. Das ist normal, denn woanders kann ich mehr Geld verdienen. Ich halte doch nicht zehn Jahre lang meine Knochen hin, kann anschließend nicht mehr gerade gehen, und Kohle habe ich auch nicht genug. Soll ich dann wieder arbeiten gehen? Ich wäre doch verrückt. Wenn ich es schaffen kann, in zehn, zwölf Jahren sagen zu können: Ich habe ausgesorgt – dann muß ich das machen. ◀

# Perrier, s'il vous plaît.




*Perrier. Weltweit à la carte.*

Verbände

# Verrat und Lüge

**Viele ehemalige DDR-Funktionäre haben sich in den vereinigten deutschen Sportverbänden neue Posten gesichert. SED-Vergangenheit stört nicht.**

Die Wahl war sorgsam vorbereitet: Mit vereinten Kräften arbeiteten die hohen Würdenträger des deutschen Sports am tadellosen Leumund ihres Kandidaten. Manfred von Richthofen, Vizepräsident des Deutschen Sportbundes (DSB), lobte Martin Kilian, 63, als „einen meiner besten Verhandlungspartner". Klaus Kotter, der Präsident des Bob- und Schlittensportverbandes, warf eine „Ehrenerklärung" für den ehemaligen DDR-Funktionär in die Debatte. DSB-Präsident Hans Hansen berichtete gar, daß er in Kilians Heimat persönlich recherchiert habe.

Und als der gepriesene Saubermann, bis zum Mai 1990 Bürgermeister von Wernigerode, vor einem DSB-Gremium auf Nachfrage beteuerte, „niemanden politisch verfolgt" und „nie gegen die Menschlichkeit verstoßen" zu haben, war die Wahl nur noch Formsache: Mit 393 Ja-Stimmen wurde der letzte Präsident des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR (DTSB) auf dem DSB-Vereinigungstag im Dezember zum Stellvertreter Hansens gewählt.

Acht Monate später erweisen sich alle Reden von Ehre und Unschuld als haltlos. Der Mann mit der angeblich weißen Weste galt als „SED-Zögling" (*Wernigeröder Zeitung*) und strammer Vertreter des Regimes. 28 Jahre diente er seiner Heimatstadt als Bürgermeister, letztmalig war er 1989 mit offiziell 99,01 Prozent der Stimmen bestätigt worden.

Dabei ist Kilian nur einer von vielen ehemaligen DDR-Sportführern, die im vereinten Deutschland auf Funktionärsposten untergekommen sind und nun von ihrer Vergangenheit eingeholt werden. Akten belegen, daß Kilian in seiner Funktion als „Vorsitzender des Rates der Stadt Wernigerode" sehr wohl Bürger aus politischen Gründen drangsalierte. Der Fall des Elektronikfachmannes Peter Kretschmer dokumentiert, wie der sportbegeisterte Bürgermeister mit politisch unliebsamen Untergebenen umging.

Kretschmer wurde 1970 als Verwaltungsleiter an der Erweiterten Oberschule in Wernigerode angestellt. Seine Arbeit, vornehmlich die Wartung der technischen Geräte, wurde allgemein geschätzt; Kretschmer sei, so ein Lehrer später vor Gericht, ein „ausgezeichneter Fachmann".

Die politische Gesinnung des katholisch erzogenen Sohns eines Kleinunternehmers gefiel seinen Vorgesetzten weniger gut. Der Techniker lasse sich „bei seinem gesamten Handeln" nicht vom „Standpunkt der Arbeiterklasse leiten" und zweifle oft die Beschlüsse der Partei an. Diese Mißbilligung der SED-Linie führe auch zu „erheblichen Mängeln in Erziehungsfragen im Elternhaus". Als Kretschmers damals 15jähriger Sohn Michael angeblich in der Schule ein Bild des SED-Generalsekretärs Honecker bespuckt hatte, schaltete sich Bürgermeister Kilian ein: Auf sein Betreiben wurde Kretschmer entlassen.

Gegenüber Kretschmers Vater, den Kilian persönlich kannte, beteuerte das Stadtoberhaupt zwar, sich für die Rücknahme der Kündigung einzusetzen. Gleichzeitig forcierte Kilian aber vor dem Kreisgericht Wernigerode (Aktenzeichen KA 2/74), bei dem Kretschmer gegen die Entlassung geklagt hatte, den Rausschmiß des Schulangestellten.



**Bürgermeister Kilian (1989)***
Strammer SED-Zögling

Das „Urteil im Namen des Volkes" vom 21. Januar 1974 bedeutete für Kretschmer praktisch ein Berufsverbot. Die Kammer für Arbeitsrechtssachen bemängelte das Fehlen einer „ausgeprägten sozialistischen Denk- und Verhaltensweise". Kretschmer sei nicht von der „Sieghaftigkeit des Sozialismus" überzeugt.

Kretschmer, der fortan in der DDR „keine zumutbare Anstellung" mehr fand, stellte Ausreiseanträge – zunächst an den Rat des Kreises, später auch an höhere Stellen. Erst seinem neunten Antrag wurde, nach zweijähriger Wartezeit, stattgegeben.

Auch nach seiner Übersiedelung in die Bundesrepublik blieb der politisch Verfolgte (Flüchtlingsausweis C; Nr. 3536/321) von der Willkür der örtlichen Organe nicht verschont. Als er 1982 zur Beerdigung seiner Mutter nach Wernigerode reisen wollte, verweigerten ihm SED-Funktionäre die Einreise. Selbst ein Vermittlungsversuch des SPD-Präsiden Hans-Jochen Vogel blieb erfolglos.

Kretschmer, der heute an der Universität Göttingen arbeitet, hätte seinen Fall auf sich beruhen lassen, wenn er nicht in der Zeitung von Kilians geschmeidiger Wende zum West-Funktionär („Ich bin parteilos") gelesen hätte. Daß „ausgerechnet dieser Mann auch im vereinten Deutschland Karriere macht", veranlaßte Kretschmer zum Handeln: Er will seinen Peiniger auf Schadenersatz verklagen.

Kilian sieht das alles gelassen, wie andere Kaderfunktionäre weiß er sich von der gesamtdeutschen Funktionärssolidarität geschützt. Denn die Verdrängung der politischen Vergangenheit von Führungskräften hat im deutschen Sport Tradition. Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg konvertierten hohe Sportfunktionäre der Nazi-Herrschaft wie Carl Diem oder Guido von Mengden zu prominenten Repräsentanten des neuen demokratischen Sports.

Damals wie heute sah vor allem Deutschlands oberster Sportfunktionär Willi Daume großmütig über die biographischen Schwachstellen seiner Kollegen hinweg. So betrieb Daume die Kür von Joachim Weiskopf, 63, zum Vizepräsidenten des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) – obwohl bekannt war, daß der langjährige Präsident des DDR-Kanuverbandes die Verfolgung namhafter Sportler wegen ihrer Westkontakte geduldet hatte.

Die öffentliche Kritik an dieser Personalentscheidung ließ Daume ungerührt. Wenig später bestellte er noch Wolfgang Gitter, 59, zum Leiter der NOK-Außenstelle Berlin. Der Träger

* In der Fußgängerzone von Wernigerode.

# Und wovon leben Sie im Jahr 2020?

Mit dreißig hat man nicht die Rente im Kopf, sondern die Liebe. Muß man deshalb blind für die Zukunft sein?

Im Gegenteil. Gerade wenn Sie erst dreißig sind, möchten wir Sie fragen: Wissen Sie, was das Leben morgen kostet? Klafft zwischen Ihren Ansprüchen und Ihrer späteren Rente nicht eine Lücke?

Sprechen Sie mit uns, wie Sie diese füllen können. Und was Sie jetzt tun sollten, damit Sie morgen so gut leben wie heute.

Unser Kundenberater entwickelt gern ein persönliches Vorsorgekonzept für Sie.






**DLV-Ehrenpräsident Wieczisk:** Doping-Erfolgsberichte empfangen

der Verdienstmedaille der DDR hatte jahrelang als NOK-Generalsekretär gegen den Westen polemisiert.

Unverhohlen werden selbst die prominentesten Vertreter des früheren Kommandosports in Daumes olympische Familie aufgenommen. So wurde Volker Kluge, 46, Sportchef der ehemaligen FDJ-Zeitung *Junge Welt*, als Persönliches Mitglied ins NOK berufen. Kluge vertrat als Pressechef des ostdeutschen Olympia-Komitees seit 1983 die antiwestliche Sportideologie der DDR. Noch 1989 kommentierte er das Doping-Geständnis des geflohenen Skispringers Hans-Georg Aschenbach: „Erst der Verrat und nun die Lüge."

Auch Kugelstoß-Olympiasiegerin Margitta Gummel, 50, fand Einlaß in den feinen Zirkel des NOK-Präsidiums. Die scharfe Kaderathletin verstand sich selbst als herausragende Vertreterin der sozialistischen Sportbewegung. In früherer Zeit klagte die Parteischülerin regelmäßig den Klassengegner an, der durch „übelste Störversuche, Anfeindungen und persönliche Verunglimpfungen" die Entwicklung der DDR „aufzuhalten und uns zu diskriminieren" versuche.

Der lockere Umgang mit der Vergangenheit ist aber kein Privileg von DSB und NOK, auch die Fachverbände nehmen es nicht allzu genau. So läßt sich der Deutsche Fußball-Bund international vom ehemaligen Präsidenten des DDR-Verbandes Günter Schneider vertreten. Wegen mehrerer Delikte, unter anderem Amtsmißbrauch und Erpressung, ermittelt das Dezernat für Verbrechensbekämpfung der Berliner Polizei (Aktenzeichen VBSU /3,358/91) gegen den Parteigenossen.

Die Trennung von den belasteten Funktionären fällt den westlichen Machtmenschen nicht nur aus Kameraderie schwer, die Gewendeten besitzen ein wertvolles Unterpfand. Wegen der dominierenden Rolle der DDR-Sportler haben die alten Kämpen in vielen Präsidien, Gremien und Ausschüssen Sitz und Stimme. Mit den Konvertiten aus dem Osten mehrt sich der Einfluß deutscher Funktionäre auf internationaler Ebene.



**Funktionäre Weiskopf, Daume**
Wertvolles Unterpfand

Deshalb vermag auch die Verwicklung in schlimmste Dopingauswüchse die zweite Karriere kaum zu stören:

- ▷ Als Persönliches Mitglied sitzt mit Dr. Claus Clausnitzer, 50, einer der profundesten Kenner und Akteure des DDR-Dopingsystems im NOK. Der ehemalige Leiter des Kontroll-Labors in Kreischa nahm nicht nur die „Ausreisekontrollen" für gedopte Athleten vor. Als Wissenschaftler war er auch an der Entwicklung neuer Substanzen und verfeinerter Vertuschungsverfahren beteiligt.
- ▷ Die Leichtathleten kürten Georg Wieczisk, 69, gar zu ihrem Ehrenpräsidenten. Der ehemalige Präsident des DDR-Verbandes war seit 1972 als Auftraggeber und Empfänger verantwortlich für wissenschaftliche Doping-Erfolgsberichte.
- ▷ Zum Vizepräsidenten, zuständig für Leistungssport, wählten die Kanuten Helmut Zänsler, den letzten Kanu-Präsidenten der DDR. Die Ost-Kanuten zählten zu den schlimmsten Dopingsündern. Zur „Verbandskonzeption" gehörte die Verabreichung von Anabolika, sogar 16jährige Mädchen mußten die Droge schlukken.

Daß den westlichen Sportführern die politische Vergangenheit und die Dopingmentalität vieler ihrer östlichen Kollegen bekannt ist, steht außer Frage. So berichtete Bobweltmeister Steffen Grummt öffentlich vom Anabolikakonsum im Bob- und Schlittenverband, dem Kilian jahrelang vorstand. Rodel-Olympiasieger Reinhard Bredow beschuldigte den Wendehals, früher Sportler politisch gemaßregelt zu haben. Zu Konsequenzen führten diese Vorwürfe ebensowenig wie der Fall Kretschmer.

Schon im Dezember vergangenen Jahres informierte Kretschmer telefonisch Hansen und von Richthofen über Kilians Wirken in Wernigerode. Beide teilten Kretschmer schriftlich mit, man wolle den Fall bei Gelegenheit „im Präsidium erörtern".

Kretschmers Angebot, „persönlich und mit Unterlagen" bei den Sportführern vorstellig zu werden, nahmen von Richthofen und Hansen nicht in Anspruch. Auf die vereinbarte Antwort wartet Kretschmer seit Januar. ◀




WEMPE

HANNOVER DÜSSELDORF DORTMUND KÖLN FRANKFURT MANNHEIM STUTTGART NÜRNBERG MÜNCHEN PARIS NEW YORK




**Schriftsteller O'Brien (1952):** Pickel auf dem Arsch, der die Welt nun einmal ist

# „Poltergeist unter Literaten"

In Amerika und England, vor allem aber in Deutschland ist der Dubliner Schriftsteller Flann O'Brien in den letzten Jahren zum Kultautor geworden. Jetzt ist eine Biographie über diesen verqueren, lange Zeit zu Unrecht vergessenen Iren erschienen, der fünf Romane voll des Unsinns in seiner universalsten Form geschrieben hat.

Jeden Tag, Clock neun, trug der Mann sein zu tief sitzendes Gesäß ins Custom House. Er griente abteilungsleitern zur Pförtnerloge hin und strebte stillschweigend seinem Office zu.

*Art des Stillschweigens:* Bleiern, die Grenzen der gegenüber Subalternen angebrachten Unhöflichkeit um einiges überschreitend.

In seinem eichengetäfelten Amtszimmer unterschrieb er lustlos und ohne jedes weitere Nachprüfen die Rechtsfuchsereien, die sich seine Referatlinge im Ministerium für Kommunalverwaltung hatten einfallen lassen. Oder er fingerte unter erheblicher Fluchbegleitung – „Fuck the whole fucking lot of them" – an dem schwarzen Höcker seiner Schreibmaschine herum, was in der Regel ein querulatorisches Memorandum und einen erheblich beleidigten Minister zur Folge hatte. Oft aber ließ er sich, reglos am Fenster lehnend, von den Spirallinien des Sinnierens in die Tiefe ziehen; und hielt sich dann für einen Pickel auf dem Arsch, der die Welt nun einmal ist.

*Biographische Reminiszenz, stichwortartig:* Am 5. Oktober 1911 in der nordirischen Provinzstadt Strabane als drittes von zwölf Kindern des Steuerinspektors Michael O'Nolan und seiner Frau Agnes geboren; da der Vater (grämlich, gälisch und ziemlich gaga) zwölf Jahre lang jeglichen Schulbesuch untersagt, das Lesen in Eigeninitiative aus Comics erlernt und daraufhin umgehend Asyl in der noch bunteren Welt der Romane genommen; mit 28 selbst einen veröffentlicht, was allerdings nichts Erheblicheres zur Folge hatte als eine hartnäckige Schreibhemmung und einen zunehmenden Widerstand gegen den Ministerialdienst; diese Abneigung war das einzige, was er mit dem Mädchen aus dem Schreibbüro nebenan teilte – gemeinsame Brechreize schaffen eben auch eine Art von Sympathie.

Zwei Stunden später, die Uhr wies mittlerweile auf elf, pflegte der Mann sein Büro zu verlassen, wobei er, um den Anschein von Anwesenheit zu wahren, Mantel und Hut auf der Ständer-

garderobe vor seinem Office zurückließ. Sodann pressierte er, mit dem ihm eigenen, fast marionett anmutenden Tänzelschritt ins fußläufig gelegene Scotch House, wo er sich unverzüglich und mit erstaunlicher Behende auf einen der Barhocker schraubte.

Hätte er sich dabei die Mühe gemacht, den Kopf zu heben und in den Spiegel hinter dem Tresen zu blicken, so hätte er darin ein leicht gedunsenes Gesicht von jenem Grün erblickt, das die Blässe der Bleichen ist; dazu bläulich umringte Augen und eine rotgenüsterte Nase, an welcher der Alkohol ein Vierteljahrhundert lang sichtlich gearbeitet hatte; darunter einen Mund, der aussah wie schlechte Laune und sich allenfalls mal zum Faksimile eines Lächelns verzog – Betrachter erinnerte es an das Distanzfletschen eines bedrohten Hundes.

Zwei, manchmal auch drei Stunden, mindestens aber viermal so viele Whiskeys später verließ er das Scotch House und ging ins Büro der *Irish Times*, um dort seine Kolumne einzuliefern, die er im Morgengrauen geschrieben hatte und die nächstentags wie stets Stadtgelächter sein würde.

*Auszug aus einer jener Kolumnen, die Reaktion eines mit einer minimalen Verstandesanstrengung befaßten Staatsministers betreffend:* „Der große Unterkiefer fällt herab, der verfallene Friedhof voll zähnerner Grabsteine öffnet sich dem Blick, die Augen rollen und die vom Whiskey erodierte Stimme spricht: ‚Hah?'"

Anschließend zog er von einer Winkelschenke zur nächsten, um auf Umwegen, die selbst anspruchsvollen Besuchern als Stadtrundfahrt genügt hätten, gegen elf Uhr nachts nach Hause zu gelangen. Zuvor erschien er mit gemessen wankender Würde im Custom House, um seinen Mantel und den Hut abzuholen, unter dem er einem bemerkenswert verqueren Leben nachging.

★

So, auf diese trunkene Art, hat der Dubliner Beamte Brian O'Nolan einen guten, wenn nicht den besten Teil seines behördlichen Daseins zugebracht. Und so, in diesem ungewöhnlichen Stil, hat der Dubliner Schriftsteller Flann O'Brien einen lange Zeit weithin unbeachteten Roman geschrieben.

Das Daseinspech wollte es, daß die beiden ein und dieselbe Person waren und sich über dieser auch noch Myles na Gopaleen wölbte, der als Kolumnist stadtbekannte Possenreißer und Kaskadeur des Wortes – das macht: einen öffentlich bediensteten Langstreckentrinker, einen erfolglosen Literaten und einen notorischen Lärmbläser, mithin drei prototypische Iren-Existenzen auf eins; und das ist für ein einziges Menschenleben mehr als zuviel.

Somit nimmt es nicht wunder, daß den Beamten O'Nolan die vorzeitige Pensionierung ereilte – offiziell aufgrund angegriffener Gesundheit, tatsächlich aber wegen seiner publizistischen Unflätereien sowie der in irischen Pubs aus großen grünen Flaschen verabreichten Medizin, die der Kolumnist Myles um so höher dosierte, je weniger man ihn das zur Kenntnis nahm, was er eigentlich sein wollte: als Flann O'Brien, den Schriftsteller. „Mein Schicksal als Literat ist es wohl", sagte er kurz vor seinem Tod im Jahre 1966, „ein brillanter Versager zu sein und niemals berühmt zu werden."

Doch sein Schicksal will es anders, will es offenbar gründlich anders. Jetzt, ein Vierteljahrhundert nach seinem Tod, gilt Flann O'Brien in England und Amerika, vor allem aber in Deutschland als das, was man einen Kultautor nennt – hierzulande spätestens, seit sein bestes Werk, der Roman „At Swim-Two-Birds", in kongenial gelungener Neuübersetzung wieder vorliegt**.

„Das bestimmt respektloseste Buch der Weltliteratur", befand die *Weltwoche* und ernannte dessen Autor zum „Poltergeist unter den Literaten". Die *Frankfurter Rundschau* sprach vom „ersten modernen Dampfroman", während die *FAZ* auf „urirische Rhapsodie" erkannte, deren Urheber sich die vom Feuilleton von der *Zeit* nur als „Whiskey-Homer" vorstellen konnten. Weniger erlesene Geister hingegen, wie es zum Beispiel die Iren von Geblüt oder Gemüt sind, nennen den großen O'Brien mit der ihnen eigenen Schlichtheit: The Drinking Man's Joyce.

Nun, da auch diesem Dubliner der Splitter an Unsterblichkeit zuteil wird, der ihm gebührt, ereilt ihn unvermeidlich jenes Schicksal, das er sich durch Verschlossenheit und lebenslang betriebene Geheimniskrämerei zu ersparen suchte: „Ich verabscheue Biographien, weil sie versuchen, all die Fassaden niederzureißen, die aufzurichten man sich viele Jahre lang bemüht hat." Unlängst ist eine über ihn erschienen (deutsche Ausgabe im Herbst), geschrieben



**Schriftsteller O'Brien (M.), Biograph Cronin (l., 1954)*:** Ein Splitter von Unsterblichkeit

* Mit dem Dubliner Schriftsteller Patrick Kavanagh.

** Flann O'Brien: „In Schwimmen-Zwei-Vögel". Haffmanns Verlag, Zürich; 336 Seiten; 15 Mark.

von dem Dubliner Schriftsteller Anthony Cronin, der zeitweise das wenige Vertrauen genoß, das Brian O'Nolan in einen Menschen zu setzen vermochte*.

25 Jahre und vier Monate kompostiert er nun schon in seinem Grabe im Kilmacud Friedhof zu Dublin, um das sich anläßlich seiner Beerdigung erstaunlich viel Klerisei, vor allem Jesuiten und Nonnen, versammelt hatte, wahrscheinlich, um sich persönlich davon zu überzeugen, daß der Mann auch wirklich unter die Erde kam.

Denn von keinem wähnte sich die irische Repräsentanz des Alleinseligmachenden so nachhaltig veralbert wie von diesem Brian O'Nolan – dabei war er selbst Katholik und im Blackrock College der Holy Ghost Fathers von John Charles McQuaid erzogen worden, der später der erzernste aller Erzbischöfe von Dublin und einer der geistigen Väter der irisch-republikanischen Verfassung werden sollte.

Vor allem diese geradezu inzestuöse Verschwisterung von Geistlichkeit und Gesellschaft war es, die in den zwanziger und dreißiger Jahren jenes mit Andacht und Ergebenheit bigotte Irland gebar – befreit vom blutigen Joch der Engländer und dafür um so schlimmer beladen mit der gottesfürchterlichen katholischen Kirche, nahm es einer ganzen Generation von literarischen Talenten die Kraft und den Elan zu stichhaltigem Schreiben. Denn so verhaßt es ihnen auch war: Auch sie waren beladen mit einem katholischen Gewissen, das bekanntlich eines der schlechtesten ist.

„Kaum fängt man an zu denken, stößt man auf eine Schranke, im eigenen Hirn oder in dem der anderen", beklagte der Dubliner Schriftsteller Patrick Kavanagh die Folgen dieses klerikal verseuchten Geistesklimas, in dem Kritik an der Kirche als Vaterlandsverräterei und Kritik am Staat als Gotteslästerung galt.

Tragikverschärfend kam hinzu, daß ein gewisser James Joyce mit seinem Stadtroman „Ulysses" den einzigen Erlebnis- und Erfahrungshintergrund leergeschrieben hatte, aus dem O'Nolan und all die anderen seiner Generation schriftstellerisch hätten schöpfen können: jenen verfluchten Ort der Christenheit namens Dublin, an dem sie gefangen und an den sie gewöhnt waren, wenn auch nur so, wie gefangene Aale sich daran gewöhnen, daß man ihnen die Haut abzieht.

Um so bewundernswerter der Ausweg, den Brian O'Nolan aus diesem doppelten Dilemma fand: Es war das Fabulieren, und zwar in seiner grenzenlosesten Form – kaum ein Romancier vor und nach ihm hat sich darauf so trefflich verstanden wie er. Oder ist etwa schon mal einer auf die Idee gekommen, aus einem Felsgipfel eine zweistrahlige Whiskey-Fontäne emporschießen zu lassen – die eine säuft der Berg gleich selber weg, während sich die andere zur Stichflamme entzündet und so die Höhle wärmt, in der ein gewisser Maeldoon O'Poenassa seit Jahrhunderten „in einer durch geistige Getränke herbeigeführten Schwäche befangen" liegt.

Mit Aberwitzen dieser und noch weitergehender Art, mit einer Mischung aus Farce und Philosophie, skurril aufbereitetem Bildungsvorrat und jeder Menge wortseligen Unsinns hat Brian O'Nolan unter dem Pseudonym Flann O'Brien insgesamt fünf Bücher angefüllt, die er allesamt in den zwei kurzen, fast nach Monaten zu messenden Schaffensperioden seines Lebens schrieb.

Da gibt es zum Beispiel den um die weltweite Errichtung von Damentoiletten bemühten Mr. Collopy aus Dublin, der nach Genuß von „schwerem Wasser" durch die Treppe der Mailänder Scala hindurch in den Tod fällt („Das harte Leben"; 1961); den wahnsinnigen Gelehrten de Selby, den Erfinder der „pneumatischen Chemie", der den heiligen Augustinus der Windbeutelei überführt und die Welt mit ihren gesammelten Darmgasen in die Luft sprengen will („Aus Dalkeys Archiven"; 1964); den Sergeanten Pluck, den größten toten Fachmann für Fahrräder, die zu Menschen beziehungsweise Menschen, die



Mit Mutter Agnes

**Ire O'Brien:** Ein Possenreißer und Kaskadeur des Wortes, der mit dem ihm eigenen,

* Anthony Cronin: „Flann O'Brien". Frankfurter Verlagsanstalt; 304 Seiten; 39,80 Mark.



Als Schuljunge



Kurz vor seinem Tode

marionett anmutenden Tänzelschritt . . .

zu Fahrrädern werden („Der dritte Polizist"; 1966).

Dazu kommen viele andere irrsinnspralle Figuren wie etwa die des Landmannes Bonaparte O'Coonassa („Irische Lebenläufe"; 1941), der den Gaelgeoiri, den beflissenen Keltentümlern aus der Stadt mit ihrem angelernten Kaudergälsch, das Grunzen einer Sau als das reinste Gälisch überhaupt verkauft – eine Persiflage auf die damals grassierende Gaelic-Revival-Bewegung und deren fanatisch vaterländisches Bemühen, eine Sprache wiederzubeleben, die nie wieder ein vernünftiger Mensch sprechen wird; außer Irland wird Weltmacht, was Gott aber verhüten möge.

Wegen seines stets sprungbereiten Spotts, den Brian sich wie viele in ihrem Wesensgrunde unsichere Menschen angeeignet hatte, fiel er auch den Journalisten und Schriftstellern auf, die allabendlich ihre Bronchitis im Hinterzimmer der Palace Bar mit Zigaretten nährten und voll rücksichtsloser Ansprüche an ihre Leber um die alkoholische und, in Tateinheit, verbale Platzhirschaft in der Stadt kämpften.

Daß der Student Brian O'Nolan (Fächer: Englisch, Deutsch, Gälisch) an diesem Treffpunkt der etablierten Windmacher den Mund zu mehr als nur zum Trinken aufmachen durfte, lag weniger an den netten Miszellen, die er nebenbei für die *Irish Press* und den *Evening Telegraph* schrieb; vielmehr war ruchbar geworden, daß er an einem Roman arbeite – ganz instinktiv brachte ihm daraufhin dieser Zirkel, in dem fast jeder ein unfertiges oder abgelehntes Manuskript liegen hatte, jenes zwischen Gönnertum und Mitleid angesiedelte Wohlwollen entgegen, mit dem sich Gescheiterte an denen schadlos zu halten pflegen, die das Scheitern noch vor sich haben. Diese Zeit, meint Biograph Cronin, sei die einzig halbwegs glückliche in Brian O'Nolans Leben gewesen.

Denn neben seiner Magisterarbeit (über die „Natur in der gälischen Dichtung") hatte Brian im Frühjahr und Sommer 1935 voller Zuversicht und entsprechender Schaffenskraft den Roman mit jenem sonderbaren, bis heute weithin umrätselten Titel „At Swim-Two-Birds" geschrieben.

Er handelt von einem vertrunkenen Studenten von zweifelhafter Sauberkeit, der sich an einem Roman über einen gewissen Mr. Trellis abmüht, der ebenfalls einen Roman schreibt, dabei allerdings unter den handelnden Personen eine derartige Verwirrung stiftet, daß diese sich in einem Kino zu einer Protestversammlung treffen und beschließen, den

. . . einem verqueren Leben nachging: **Palace Bar in Dublin**

Fortgang der Erzählung selber zu bestimmen. Da sich jedoch keiner an die getroffenen Vereinbarungen hält, bricht der Irrsinn in seiner universalsten Form aus, bis schließlich die gute Fee beim Kartenspiel betrügt und der König Sweeny in den Bäumen singt.

Als dieses genialische Kunterbunt 1939 bei Longman's in London erschien, waren die Kritiken ebenso mäßig wie die Resonanz beim Publikum: 244 Exemplare wurden verkauft, was dem Autor gerade 50 Pfund sowie eine dauerhafte Erosion seines Selbstbewußtseins eintrug. Erst 21 Jahre nach diesem Mißerfolg begann Brian O'Nolan wieder ernsthaft zu schreiben. Und als habe ein feindliches Geschick alles so geordnet, um ihn nur recht unglücklich zu machen, war er während dieser lan-



# Bestseller

## BELLETRISTIK

| Platz | Titel | Verlag; Preis | (Vorwoche) |
|---|---|---|---|
| 1 | **Pilcher: September** | Wunderlich; 42 Mark | (1) |
| 2 | **Pilcher: Die Muschelsucher** | Wunderlich; 42 Mark | (2) |
| 3 | **Groult: Salz auf unserer Haut** | Droemer; 36 Mark | (3) |
| 4 | **Auel: Ayla und das Tal der Großen Mutter** | Hoffmann und Campe; 48 Mark | (4) |
| 5 | **Demirkan: Schwarzer Tee mit drei Stück Zucker** | Kiepenheuer & Witsch; 26 Mark | (5) |
| 6 | **Forsyth: McCready's Doppelspiel** | Piper; 44 Mark | (6) |
| 7 | **Rinser: Abaelards Liebe** | S. Fischer; 34 Mark | (8) |
| 8 | **le Carré: Der heimliche Gefährte** | Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark | (7) |
| 9 | **Follett: Die Säulen der Erde** | Lübbe; 48 Mark | (11) |
| 10 | **Süskind: Das Parfum** | Diogenes; 29,80 Mark | (13) |
| 11 | **Janosch: Polski Blues** | Goldmann; 24,80 Mark | (10) |
| 12 | **King: Nachts** | Heyne; 24,80 Mark | (12) |
| 13 | **Fruttero & Lucentini: Die Wahrheit über den Fall D.** | Piper; 45 Mark | |
| 14 | **Dunkel: Der Fisch ohne Fahrrad** | Droemer; 34 Mark | (9) |
| 15 | **D'Orta (Hrsg.): In Afrika ist immer August** | Diogenes; 19,80 Mark | (14) |

## SACHBÜCHER

| Platz | Titel | Verlag; Preis | (Vorwoche) |
|---|---|---|---|
| 1 | **Tannen: Du kannst mich einfach nicht verstehen** | Kabel; 29,80 Mark | (2) |
| 2 | **Ostrovsky/Hoy: Der Mossad** | Hoffmann und Campe; 39,80 Mark | (1) |
| 3 | **Scholl-Latour: Das Schwert des Islam** | Heyne; 36 Mark | (3) |
| 4 | **Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** | Scherz; 39,80 Mark | (6) |
| 5 | **Schäuble: Der Vertrag** | DVA; 38 Mark | (5) |
| 6 | **Przybylski: Tatort Politbüro** | Rowohlt Berlin; 29,80 Mark | (7) |
| 7 | **Konzelmann: Der Golf** | Hoffmann und Campe; 48 Mark | (4) |
| 8 | **Magnani: Eine italienische Familie** | Kiepenheuer & Witsch; 38 Mark | (8) |
| 9 | **Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit** | Rowohlt; 42 Mark | (9) |
| 10 | **Corazza u. a.: Kursbuch Gesundheit** | Kiepenheuer & Witsch; 58 Mark | (12) |
| 11 | **Mahmoody/Hoffer: Nicht ohne meine Tochter** | Schweizer Verlagshaus; 44 Mark | (11) |
| 12 | **Apel: Die deformierte Demokratie** | DVA; 36 Mark | (10) |
| 13 | **Fischer-Fabian: Um Gott und Gold** | Lübbe; 38 Mark | (13) |
| 14 | **Nilsson: Ein Kind entsteht** | Mosaik; 39,80 Mark | (14) |
| 15 | **Ziegler: Die Schweiz wäscht weißer** | Piper; 29,80 Mark | |

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*


**O'Brien-Ehefrau Evelyn**
Ekel vor dem Unterleib

gen Zeit gezwungen, sich mit einer ganz anderen Art von Literatur zu beschäftigen: der Kanzleiliteratur des Staates.

1935 war der angehende Schriftsteller mit dem Vorsatz in den Staatsdienst getreten, diesen wieder zu verlassen, sobald seine Bücher etwas trügen. So aber mußte er sich die folgenden 18 Jahre aus dem Brotsack der Regierung nähren und drei Ministern unter anderem als Privatsekretär dienen, bis einer namens Smith genug hatte. „I want him out! And I want him out now!“ hörte man am Morgen des 5. Februar 1953, es war ein Donnerstag, das Schnarrwerk jener vom Whiskey verwitterten Stimme durch das Custom House tönen – der Minister mit dem perplexen Unterkiefer und dem Grabsteingebiß hatte soeben „Cruiskeen Lawn“ gelesen.

Unter diesem programmatischen Titel (der soviel bedeutet wie: der kleine, stets überfließende Krug) und dem Pseudonym Myles na Gopaleen (Myles von den kleinen Pferdchen) erschien von 1940 bis zu Brians Tod eine Kolumne in der *Irish Times*, die zum Witzigsten und Beizendsten gehört, was Journalismus je hervorgebracht hat.

Mit feixender Feder und bisweilen inquisitorisch nachspürendem Haß verfolgte O'Nolan in seiner täglichen Spalte vorzugsweise die Land- und Leutebetrüger aus Pfaffentum und Politik, deren schieläugige Heuchelei und Gesindelhaftigkeit er dem Publikum in nicht eben zartester Porträtierung vorzuführen pflegte; auch sonst zog er alles Schöne, Gute und Wahre kräftig in den Schmutz – Evelyn aus dem Schreibbüro nebenan, die er im Dezember 1948 zum Erstaunen aller (und wahrscheinlich auch zu seinem eigenen) heimlich geheiratet hatte, ermahnte Brian ein ums andere Mal zu mehr Zurückhaltung.

Jedoch: War es seine Schuld, wenn dann am nächsten Tag der Herr Bürgermeister mitten in Dublin ein Ziermal aus Plastik und noch mehr schlechtem Geschmack einweihte – wie zum Diabhal, wie der Teufel bei den Gälen heißt, konnte er da umhin, das Ding nicht zum „Denkmal des unbekannten Kanaldekkels“ zu erklären?

So pflückte Brian O'Nolan am Abend des 19. Februar 1953 zum letzten Mal Hut und Mantel von seinem Garderobenständer im Custom House und ging, mit einer Minimalpension von fünf Pfund die Woche, in eine ziemlich graue Zukunft hinein: noch vier Jahre bis zur ersten von vielen Entziehungskuren, noch sieben Jahre bis zum zweiten, nach der Wiederveröffentlichung von „At Swim-Two-Birds“ einsetzenden Schaffensschub. Und nur noch 13 Jahre bis zum Austritt aus dem Leben.

Damals war wohl die letzte Gelegenheit, eine Bekanntschaft zu machen, die Brian O'Nolan von bleibendem Nutzen hätte sein können – die mit sich selbst. Von Jugend auf hatte er seine Gefühle, seine durch und durch zweiflerische Seele vor sich und den anderen sorgfältig abgekorkt und hermetisch verstöpselt; er versagte sich jede größere Herzerhebung und begegnete seinen Mitmenschen wahlweise mit argwohnumschatteter Höflichkeit oder mit einem sarkastischem Ingrimm, im Vergleich zu dem man Ohrfeigen fast liebenswürdig nennen konnte – das gängige Repertoire an Schmerzlinderungen eben, mit denen der neurotisch geübte Mensch seine Ängste und seine Vergeblichkeit auf ein erträgliches Maß zu reduzieren versucht.

Eine jener fortunaten Fügungen, wie der Zufall sie bisweilen kennt, bescherte Brian O'Nolan, dessen Einstellung zu Frauen im allgemeinen zwischen Indifferenz und Feindseligkeit oszillierte, im Alter von 37 Jahren eine überaus gutmütige und zutunliche Frau. Wegen seines Ekels vor dem Unterleib schlief er zwar nie mit ihr, und auch sonst blieb sie für ihn, was für einen Archäologen eine Inschrift ist, bei welcher drei Viertel der Buchstaben fehlen – aber immerhin haben sich er und Evelyn arrangiert, wenn auch auf recht einseitige Art und Weise: Sie ließ sich einiges von ihm bieten, und er machte von dieser Toleranz reichlich Gebrauch.

Um seine Trauscheingefährtin über Wasser und sich am Glase zu halten, schrieb Brian O'Nolan neben „Cruiskeen Lawn“ Glossen für Provinzzeitungen, arbeitete ab und an und wenig erfolgreich fürs Fernsehen und hoffte ansonsten auf eine Anstellung als Dozent am Trinity College, die ihm wieder ein festes Einkommen garantiert hätte – jedoch, die Professoren winkten ab. Ein

Dutzend Jahre später schon ließen dieselben Professoren ihre Studenten Examensarbeiten darüber schreiben, was sich die Literaturwissenschaft inzwischen so alles zu dem Schriftsteller Flann O'Brien hatte einfallen lassen:

Da war, etwa in bezug auf den Roman „At Swim-Two-Birds", von einem „bedeutsamen Beitrag zur manieristischen Moderne" die Rede, von „einem Antiroman, 20 Jahre vor der Erfindung desselben" und von „kunstvollem Zerbrechen konventioneller Formen" – gut und schön, aber vom Autor war das so niemals beabsichtigt.

Der war nämlich nur unfähig, sein Fabulieren, seine Witze und Einfälle dem Fortgang der Handlung unterzuordnen und so seinem Schreiben eine dramaturgische Struktur zu geben; die Pubs rund um das Gebäude vom Telefis Éireann, der öffentlich-irischen Röhre, hallten wider von den Flüchen der Skriptwriter, die Brians Sketche in eine sendefähige Form bringen mußten.

Dieser ihm durchaus bewußte Mangel veranlaßte Brian O'Nolan, sich des Stilmittels der Einfügung und des Zwischenrufes zu bedienen, das er virtuos und bis hin zur Absurdität einsetzte: Auf diese Weise vermochte er jeden Einfall, der ihm in den Sinn kam, umgehend und ohne merkbare Störung des Erzählflusses in die Geschichte zu integrieren; oder diese, wenn er nicht weiterkam, unvermittelt in eine andere Richtung zu lenken – kein Problem, auf diese Weise zum Beispiel den König Sweeny in allen Wipfeln Irlands singen und ihn dann auch noch rechtzeitig in einer bedeutsamen, am Shannonfluß gelegenen Ortschaft ankommen zu lassen.

*Name der Ortschaft:* gäl. Snámhdá-én; engl. Swim-Two-Birds; dt. Schwimmen-Zwei-Vögel.

Selbst für seine vergleichsweise kurze Kolumne schuf er sich eine Instanz für solche Zwischenrufe, die er „The Plain People of Ireland" nannte.

*Das einfache Volk von Irland:* Genug davon. Schluß mit dieser Geschichte und ab in die Grube mit unserem Helden.

„Krebs in der Rachenhöhle" diagnostizierte der Arzt im Mater Hospital, den Brian O'Nolan im März 1965 wegen starker Schmerzen in der linken Gesichtshälfte aufgesucht hatte. Der Patient wurde bestrahlt, kotzte dabei, bis ihm die Eingeweide ächzten, erhielt zwölfmal die letzte Ölung und verhimmelte sich schließlich, zusammen mit Flann O'Brien und Myles na Gopaleen, passenderweise . . .

*Das einfache Volk von Irland:* Letzter Scherz des Lebens, erster Witz des Todes.

. . . an einem 1. April. Letzte Worte: „Gut daß ich krank bin, denn ich würde es hassen, gesund zu sein und mich dabei so zu fühlen wie jetzt."

*Henry Glass*

Arbeitslose

# Zweiter Zwerg

**Das Hamburger Arbeitsamt will arbeitslose Schauspieler in andere Berufe locken.**

Sechs Jahre nachdem sie die Bühnenprüfung bestanden hatte, wartete die Hamburger Schauspielerin immer noch auf ein ernst zu nehmendes Engagement. Das Arbeitsamt hatte ihr außer der Arbeitslosenhilfe nichts zu bieten. Doch nun kam endlich ein Behördenbrief ins Haus mit der Einladung zu einem Gespräch „über Ihr Bewerberangebot bzw. Ihre berufliche Situation".

Aber die Hoffnung auf ein konkretes Angebot verflüchtigte sich so unversehens wie der Geist von Hamlets Vater. Das Amt hatte mit gleichlautendem Schreiben 20 Schauspieler, alle als langzeitarbeitslos geführt, angelockt und eröffnete den aufgeschreckten Romeos und Gretchen in Dauer-Warteschleife, jetzt sei ihr „Dornröschenschlaf" ausgeträumt. Die lange Arbeitslosigkeit beweise, daß sie unqualifiziert und somit nicht mehr vermittelbar seien: Als Schauspieler wolle man sie nicht mehr in den Akten führen.

In zwei Wochen beginne „ein Workshop zur Berufs-Neuorientierung", Ziel sei eine „Umorientierung in der Berufsperspektive", kurz „ein neuer Beruf". Wer sich dieser Maßnahme widersetze, so die düstere Drohung, müsse mit achtwöchiger Sperre seiner Unterstützung rechnen.

Der Vorschlag der verunsicherten Kunst-Menschen, doch über das Projekt abzustimmen, wurde von Klaus Koch, dem zuständigen Amt-Abschnittsleiter, abgetan: „Dies hier ist keine Demokratie."

Nach dem Arbeitsförderungsgesetz entfällt bei langer Arbeitslosigkeit der Berufsschutz, und das Arbeitsamt ist qua „Zumutbarkeits-Anordnung" berechtigt, die Zuwendungen auszusetzen oder ganz zu streichen, wenn ein Arbeitsloser das Amts-Angebot ablehnt, in einem anderen Beruf zu arbeiten. Doch davor haben arbeitslose Schauspieler anscheinend soviel Angst wie Intendanten vor Subventionskürzungen. Koch: „Die leben in einer Scheinwelt, machen alle anderen für ihren Mißerfolg verantwortlich, aber nicht sich selbst."

Um die erwerbslosen Bühnendarsteller in die Realität zurückzuholen und sie nicht „schlechter zu behandeln als einen arbeitslosen Kraftfahrzeugmechaniker", hatte Arbeitsamtsdirektor Klaus Clausnitzer das Institut für Kommunikation und Schulung in der Wirtschaft (IKS) als passenden „Maßnahme-Träger" ausersehen.

Das private Umschulungsinstitut entwarf fürs Arbeitsamt, einen seiner besten Kunden, flugs ein passendes Konzept. Ein Konkurrenzinstitut wurde gar nicht erst beauftragt. In vier Monaten, so die im Soziologendeutsch schwelgende IKS-Analyse, könnte das Ziel erreicht und zum Beispiel ein Schauspieler, der sich bisher bestenfalls als zweiter Zwerg im Weihnachtsmärchen profiliert hatte, für eine Karriere als „rollenflexibler Verkäufer" oder „Fachkaufmann in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft" umgepolt sein.

Arbeitslosen-Administrator Clausnitzer, in dessen Behörde 287 Schauspieler




**IKS-Geschäftsführer Vogel:** „Du sollst uns alle berühmt machen"



**Schauspieler Sosa Alurralde:** Künstler im Konsulat

Von den 18 Teilnehmern des Kurses hielten nur 8 bis zum Ende durch. Für sie fahndete das IKS hektisch nach Praktikantenplätzen in verwandten Berufen.

Raúl Sosa Alurralde, ein in Heidelberg zum Sänger und Schauspieler ausgebildeter Argentinier, wurde selber fündig. Im Hamburger Generalkonsulat seines Heimatlandes ist er jetzt – amtlich beglaubigt – befugt, das Konsulat vorübergehend in „künstlerischen und kulturellen Angelegenheiten zu repräsentieren“. Seine Kunst-Kollegin Iris Born kochte derweil in einem Design-Büro Kaffee, ein Schauspieler schleppte in einer Firma für Theaterdekorationen Farbeimer. Das IKS verbucht die Praktikanten-Stellen als Erfolge – zu früh. Denn bei der Bühne wollen alle bleiben.

Trotzdem spielt das Hamburger Arbeitsamt weiter Ersatz-Theater. Schon sind wieder Formbriefe mit der Einladung für ein Gespräch „über Ihre berufliche Situation“ verschickt. Diesmal mit der unverblümten, wenn auch in fehlerhaftem Bürokratendeutsch verfaßten Entscheidungshilfe: „Sollten Sie zu diesem Termin nicht erscheinen, gehe ich davon aus, das Sie nicht mehr arbeitslos gemeldet sein wollen.“ Direktor Clausnitzer ist auch nach dem Scheitern seines unsensibel durchgezogenen Modellversuchs davon überzeugt, daß arbeitslose Mimen zu bürgerlichem Broterwerb gedrängt werden müssen: „Es ist nicht die Bestimmung eines Menschen, arbeitsloser Schauspieler zu sein.“ ◀

arbeitslos gemeldet sind, davon 78 länger als ein Jahr, war vom Umorientierungsszenario begeistert und frohlockte über die Aussicht auf gesenkte Arbeitslosenzahlen. Denn Teilnehmer an einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme gelten für deren Dauer nicht mehr als arbeitslos.

Clausnitzer akzeptierte denn auch ohne Bedenken die vom IKS berechnete Kopf-Prämie von 3800 Mark. Dafür wollte das Institut, das sonst auch in die Geheimnisse der EDV oder der doppelten Buchführung einweiht, ganze Überzeugungsarbeit leisten.

IKS-Geschäftsführer Werner Vogel, Diplom-Volkswirt und schon längst in der ehemaligen DDR auf Arbeitslosen-Akquisition, renommiert gern mit seinen Psychologie-Kenntnissen. Prompt versprach denn auch das Arbeitsamt, mit ausgefeilten Psycho-Techniken seiner neuen Klientel unter anderem das „Steffi-Graf-Syndrom“ („Du sollst uns alle berühmt machen“) als geheime Theater-Triebkraft bewußt zu machen. Nach dieser Theorie stecken eigentlich die ehrgeizigen Eltern hinter dem Bühnen-Drang ihrer theaterbesessenen Kinder.

Sollte es mit der Offenlegung dieses Seelen-Mechanismus nicht klappen, würde vielleicht das Eingeständnis von „Erlösungs- und Größenphantasien“ die rechte Selbsterkenntnis bringen. Irgendwie, so war Vogel sicher, könne man den von der Muse Ungeküßten den Verzicht aufs Rampenlicht schon schmackhaft machen.

Doch da hatte der smarte Umschuler sich verschätzt. Den Mimen war das interne IKS-Konzept, inzwischen durch eine entschärfte, offizielle Fassung ersetzt, in die Hände gefallen. Sie witterten Raubbau an ihrer Psyche. Statt sich mit den Chancen am Arbeitsmarkt zu befassen, setzten die unfreiwilligen Pilotprojektler ihre Standesorganisationen auf den Fall an.

Schon zwei Tage nach Beginn des Modellversuchs verwahrte sich am 4. April die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger bei Heinrich Franke, dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, gegen „derartige psychoanalytische Ausforschungen“. Die arbeitslosen Schauspieler würden „mit psycho-technischen Methoden“ konfrontiert, „die geeignet sind, bei entsprechender Disposition bleibende Schäden zu verursachen“.

Im IKS-Alltag zeigte sich allerdings erst mal anderes: Institutschef Vogel erlebte seine Schützlinge als „verbockt“ und hatte soviel Widerstand überhaupt „noch nie erlebt“. Seine Gesprächsangebote liefen ins Leere, die im Ur-Konzept avisierte „Selbstanalyse“, etwa die Erkenntnis, in „biologischem Erbauftrag (z. B. auch der Vater, die Mutter waren Künstler)“ zu handeln, verweigerten die Künstler mit Erfolg. Heftige Wortgefechte mit den überforderten Dozenten und Schweigestunden wechselten sich ab. Das Psycho-Drama, resümiert eine Teilnehmerin, „war Lebenszeitverschwendung“.



**Schauspielerin Born (l.):** Kaffee für Kollegen

Ausstellungen

# Gold der Steppe

Eine Schau mit ukrainischen Grusel-Schätzen hat in Schleswig archäologische Weltpremiere.

Ein Typ wie der kannibalische Knabenzersäger und Kopf-Fetischist von Milwaukee wäre vor 4000 Jahren vermutlich kein Krimineller geworden. Er hätte – etwa als Mitglied einer altukrainischen Kultur – zumindest einige seiner absonderlichen Triebe abreagieren können.

Neuere Grabungen in der Ukraine belegen nämlich eine gruselige Vorform des Familien-Albums: Dem Verstorbenen wird der Kopf vom Körper geschnitten, danach enthäutet, seines weichen Gewebes wie seiner Gehirnmasse entledigt; in die Höhlen von Augen, Ohren, Nase sowie auf den Mund schmiert sodann der Ahnenpräparator eine lehmige Masse aus Erde, Ocker, Kohle und Knochenstaub. Aus dem Totenschädel wird ein Porträtkopf, ein schaurig schönes Naturkunstwerk.

Der modellierte Schädel mit dem, wie die Archäologen sagen, „stets friedvollen Ausdruck“ im Gesicht wurde in dieselbe Grabkammer gelegt wie der Körper; doch seltsamerweise oft viel später als dieser, und dann nicht etwa an die natürliche Stelle, sondern neben die Schulter oder den Ellenbogen. Vielleicht, weil man den Kopf als eigentlichen Hort der Persönlichkeit und ihrer Stammesprominenz verehrte. Dem hehren Haupt sollte die unwürdige Verwesung des übrigen Leibes erspart bleiben.

„Die Erforschung des Phänomens der modellierten Schädel steht noch am Anfang“, heißt es dazu im, wissenschaftlich exzellenten, Katalog der Überraschungs-Schau „Gold der Steppe – Archäologie der Ukraine“ im Schloß zu Schleswig*, wo erstmals drei von den etwa hundert bisher entdeckten Kopfmonstern ausgestellt sind.

Chirurgische Schädel-Ästhetik ähnlicher Art wurde auch in anderen Kulturen gepflegt, etwa in Afrika oder Neuguinea. Zu peniblen Vergleichen ist es aber noch nicht gekommen. Dafür sind die ukrainischen Funde, die erst in den achtziger Jahren zutage traten, wohl noch zu neu.

Neu nicht nur für Westeuropäer, sondern auch für die Weltöffentlichkeit, sogar die sowjetische, sind gleichfalls die meisten übrigen Kostbarkeiten der Schleswiger Ausstellung: Bronzemesser und Keulenköpfe aus Stein, goldene Schmuckstücke für Reiter und Pferde, Silberstatuetten und Grabsteine, Maskenhelme, Geräte, Waffen und Gefäße aller Art.

Das kunstvolle Raffinement einer goldenen Schwertscheide mit Tierrelief, entstanden in der skythischen Periode am Ende des 6. Jahrhunderts vor Christus, fasziniert dabei ebenso wie der artige Realismus jenes winzigen goldenen Keilers, der 200 Jahre später in derselben Kultur wahrscheinlich als Gefäßgriff gedient hat.

Pretiosen wie das griffige Wildschwein gaben die Skythenherrscher nicht selten bei griechischen Goldschmieden in Auftrag. Deren Fähigkeit, selbst eine komplette Quadriga mit Wagen in Fliegengröße zu fertigen, wurde schon im Altertum gerühmt.

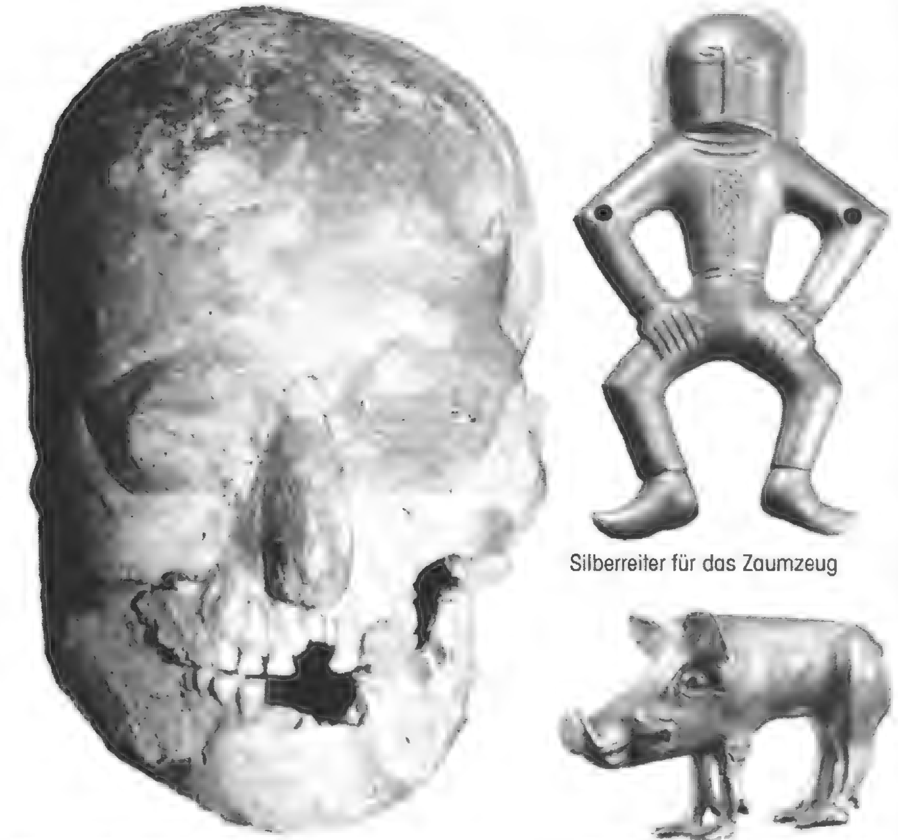
Fast alle ausgestellten Stücke fand man in Grabkammern, versteckt unter wuchtigen Grabhügeln. Diesen seltsamen Pyramiden der Steppe bestätigen neueste, von der Universität Göttingen unterstützte Profil- und Boden-Untersuchungen den Status regelrechter Architekturen: Ein 20 Meter hoher Grabhügel wie der von Tschertomlyk im ukrainischen Süden wurde nach exaktem Plan aus ziegelartigen Rasenplaggen aufgeschichtet, also regelrecht gemauert und durch einen Bruchsteinsokkel befestigt. Allein in dieser Rasenziegelkonstruktion verschwand eine Grasfläche von rund 75 Hektar Größe.

Auch sonst waren die Bestatter dieses Skythenkönigs großzügig: Den mächtigen Toten haben elf in Gold und Silber aufgezäumte Reitpferde ins Jenseits begleitet – ihnen sollte das Grasgrab, wie die Forscher vermuten, als „himmlische Viehweide“ dienen; außerdem nahm der König zwei über 1,90 Meter große Krieger, eine Frau und vier Diener mit, dazu goldbelegte Waffen, Kleider und Schmuck, eine komplette Küche und ein Weindepot aus 74 Amphoren.

Jeder der Krüge enthielt 20 Liter Importwein. Über die noch warme Leiche jenes jungen Mannes, der im Jenseits die flüssigen Vorräte verwalten sollte, haben die Totengräber dann noch 200 Liter Wein gegossen.

Das Totenmahl muß üppig gewesen sein. Knochenreste beweisen den Verzehr von zwölf Keilern, fünf Rindern, zwei Schafen (oder Ziegen), einem Hausschwein, vier Pferden, vier Hirschen, einem Reh und einem Hund. Unter den Tierknochen befanden sich auch Teile von Menschenfingern. Das Abtrennen von Fingergliedern war eine besonders innige Methode, Trauer glaubwürdig vorzuführen.

Fast so spannend wie das in Schleswig ausgebreitete Kriegs-, Kunst- und



Silberreiter für das Zaumzeug

Modellierter Nomadenschädel

Goldener Gefäßgriff

**Funde aus der ukrainischen Antike:** Mit Luxusgütern ins Jenseits

* „Gold der Steppe“. Bis 30. September im Archäologischen Landesmuseum in Schloß Gottorf, Schleswig. Katalog 448 Seiten; 40 Mark.

Sittengemälde der Skythen und anderer Reiternomaden ist die Kulturpolitik im Hintergrund der mit vielen Millionen Mark versicherten Schau.

Vor 20 Jahren wurden die ersten Kontakte zwischen norddeutschen und ukrainischen Wissenschaftlern geknüpft – damals noch über Moskau. Zehn Jahre lang, von 1981 bis 1991, haben Archäologen aus Kiew, unterstützt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, geholfen, die slawische Burganlage Starigard in Oldenburg nördlich von Lübeck auszugraben. Gleichzeitig durfte ein deutsches Team in der Ukraine messen und buddeln.

Daraus erwuchs eine Gold-Gräber-Freundschaft, die schließlich durch einen Staatsvertrag über Kulturaustausch besiegelt wurde; es ist der erste, den die ukrainische Republik, mit 51 Millionen Einwohnern die zweitgrößte der Sowjetunion, direkt mit einem anderen Staat abschließen durfte – mit dem Land Schleswig-Holstein. Für diesen kleinen Kulturschritt in Richtung politische Autonomie war die Ukrainische SSR sogar bereit, ihre bisher auch gegenüber Moskau streng gehüteten Tresorschätze herauszurücken.

Wahrscheinlich nicht nur zum ersten, sondern auch zum letzten Mal: Kurz vor der Überführung nach Schleswig wurde alles flugs zum „Nationalschatz" erklärt. Der darf demnächst nicht einmal mehr nach Leningrad ausgeliehen werden.






**„Rocketeer"-Star Campbell, „Rocketeer"-Comic:** Kindertraum vom Fliegen

Kino

# Himmlischer Schwachsinn

**„Rocketeer".** Spielfilm von Joe Johnston. USA 1991; 108 Minuten; Farbe.

Alle neueren Verfilmungen von Comic strips, ob „Batman" oder „Dick Tracy", sind letztlich am eigenen Größenwahn gescheitert: Die überlebensgroß aufgeblasenen Riesenpuppen Madonna, Warren Beatty und Jack Nicholson, die große Filmkunst machen wollten, lagen zum Schluß herum wie Wursthäute auf Pappdeckeln. Der Film „Rocketeer", die allerneueste Kino-Version eines Comics, geht den umgekehrten Weg und macht sich erst mal klein.

Kein Superstar stakst zu Filmbeginn an seine Flugmaschine, sondern ein unbekannter Jüngling namens Bill Campbell, der, bevor er fürs Kino entdeckt wurde, für zehn Dollar pro Tag den Petruchio in einer 30-Minuten-Version von „Der Widerspenstigen Zähmung" gemimt hatte, noch dazu auf einem Jahrmarkt in San Bernardino. Dieser „all American boy" pappt einen Kaugummi ans Leitwerk: als Glücksbringer für den Jungfernflug. Dann schwirrt er los und über die Macchia Südkaliforniens: 1938, als die Kinder noch vom Fliegen träumten und die Zukunft Amerikas noch grenzenlos war.

Allzuweit kommt er dann aber doch nicht, denn unter ihm und über staubige Holperpisten liefern sich Gangster und Polizei eine wilde Limousinen-Verfolgungsjagd. Eine Maschinengewehrsalve zerschlägt die Ölleitung des Fliegers – Bruchlandung, ein Tanklaster explodiert, aus der Traum von der amerikanischen Meisterschaft im Show-Fliegen.

Die Gangster sind, im Dienste finsterer Nazis, auf der Jagd nach dem Prototypen eines Raketenfluggeräts, das man sich auf den Rücken schnallen kann wie Sauerstoffflaschen beim Tauchen. Natürlich fällt der Apparat in die Hände des Jungpiloten und seines verschrobenen Mechaniker-Genies, und natürlich geht dann die Jagd doppelt rasant weiter: ein Plot der unverhüllten Hirnrissigkeit und als Film makelloses Popcorn-Kino für die Sommermonate.

„Rocketeer" ist voll von Typen wie aus dem idyllischen Mittelwesten des Zeichners Norman Rockwell, seine Helden sind Luft-Abenteurer wie aus William Faulkners Fliegerroman „Wendemarke" von 1935. Dieser fliegende Zirkus trifft sich in einem Imbißlokal, das von außen aussieht wie eine riesige, Pfeife rauchende Bulldogge: eine Clique von rasenden Träumern, die in Klapperkisten halsbrecherische Flugkunststücke vorführen und nebenher Amerika retten, lange bevor der Krieg begann.

Und niemand Geringeres als der legendäre Pilot, Flugzeugkonstrukteur, Milliardär und Filmproduzent Howard Hughes hat die Einmann-Rakete erfunden: Terry O'Quinn spielt ihn als kraftstrotzenden Tycoon.

All diese Retortengeschöpfe, und darin liegt der perfide Charme des Films, retten natürlich nur einen eingängigen Traum, und welch besseren Ort gäbe es für den amerikanischen Traum als Hollywood? In Filmkulissen und als Film im Film spielt denn auch ein großer Teil von „Rocketeer", denn die schöne Fliegerbraut (Jennifer Connelly) ist eine dieser namenlosen Statistinnen, die der Legende zufolge die willigsten Opfer des Kino-Traums sind – und immerzu von einem schmierigen Alt-Star bedrängt werden. Auch der kommt vor, und wie.

Timothy Dalton spielt ihn als menjoubärtigen Menopausen-Clown, sichtlich Erroll Flynn nachempfunden, dem ein Biograph ja tatsächlich nachgesagt hat, Nazi-Agent gewesen zu sein, bevor er, mit nur mehr kirschengroßer Leber, 1959 den Säufertod starb. In „Rocketeer" findet dieser König der Haudegen nach einer knallbunten Schlägerei in einem

brennenden Nazi-Zeppelin sein Schurken-Ende.

Comics, und folglich auch ihre filmischen Adaptationen, leben nicht von der Dichte der Story, sondern von Stil und Atmosphäre. Erfunden hat den „Rocketeer" im Stil des unschuldigen, weil von keinerlei Selbstzweifeln geplagten US-Jahres 1938 der Zeichner Dave Stevens im postmodernen Jahr der Beliebigkeit 1981 – ein 35jähriger Gebrauchsgrafiker aus Südkalifornien, der mit einer kindlichen Liebe zu alten Flugmaschinen geschlagen ist.

Seinen Raketenmann entwickelte Stevens ursprünglich als unregelmäßig erscheinendes Supplement zu einem anderen Comic, fast wie eine Fingerübung, die die Zeiten vor dem Sündenfall noch einmal heraufbeschwört, als sein Genre mit dem Unfug begann, literarisch anspruchsvoll sein zu wollen – wohl auch deshalb hielt die intellektuelle New Yorker *Village Voice* den „Rocketeer" für „the greatest comic book in the world". Denn Stevens hat Stil, er hat ein stupendes Gefühl für die Zeit, als er noch nicht geboren war – und in dem Regisseur Joe Johnston („Liebling, ich habe die Kinder geschrumpft") einen kongenialen Kino-Partner gefunden, der das Medium Comic in seinem innersten Wesen durchschaut hat, nämlich auf der Oberfläche.

Liebevoll inszeniert der Effektspezialist Johnston eine Atmosphäre, die wie aus den großen Tagen Hollywoods herüberströmt, mit Cole Porters angesungenem „Begin the Beguine", Duke Ellingtons „Sentimental Mood" und einer Melodie von Artie Shaw, die treffend wie nichts „Any Old Time" heißt. Der Film spielt in nostalgischer Verliebtheit mit den Umbrüchen der dreißiger Jahre, als in Los Angeles der auf spanischer Tradition beruhende Bau- und Dekorstil umschlug in die Moderne von Frank Lloyd Wright und Richard Neutra, aber auch in die knallbunten Kitsch- und Fantasy-Orgien, bei denen Imbißbuden aussehen wie Bratwürste: eine realsatirische Vorwegnahme Disneylands in der Alltagsarchitektur.

Diese nostalgische Materialschlacht hat den Vorteil, daß die Zuschauer bei den (wenigen) Längen des Films immer etwas Interessantes betrachten können, bis wieder Action kommt. Und weil die prachtvolle Ausstattung so ziemlich das einzige zu sein scheint, das die Beteiligten an diesem 40-Millionen-Dollar-Film ernst genommen haben, ist „Rocketeer" mit seiner hanebüchenen Story im Endeffekt das kleine, schmutzige, leichte Filmchen geworden, das die „Batman"- und „Dick Tracy"-Kolosse hätten werden sollen: ein buntes Spiel, das die kindliche Freude am Fliegen wieder wach werden läßt wie die am Kino.

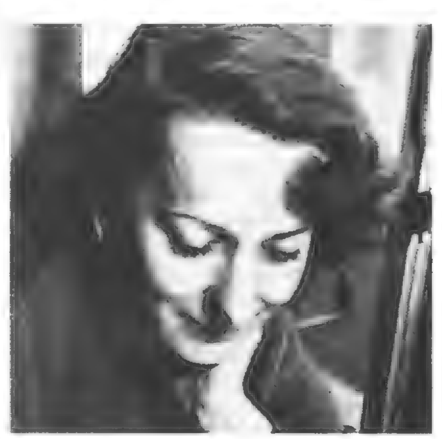
Goethepreis

# Aus die Maus

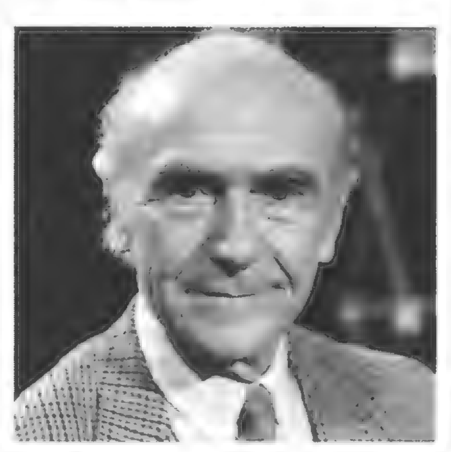
**Der Frankfurter Goethepreis geht diesmal nach Polen – und bleibt dennoch ganz en famille.**

Kaum jemand hat sich so zäh um die Vermittlung der polnischen Literatur verdient gemacht wie Karl Dedecius, 70, Leiter des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt: Er übersetzte den Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, den Aphoristiker Stanislaw Lec, ist Träger diverser Übersetzerpreise, des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels und des Großen Bundesverdienstkreuzes – ein „Fährmann zwischen den Inseln der Sprache" *(Rheinischer Merkur)*, kein Zweifel.

Und ein Mann mit Gewicht. Nur sanfter Überzeugungsarbeit bedurfte es, als er im Juli vor einer erlauchten Jury erläuterte, wem Ende August in der Frankfurter Paulskirche einer der erhabensten deutschen Literaturpreise überreicht werden soll: der mit 50 000 Mark dotierte Goethepreis der Stadt Frankfurt. Dedecius' Wahl: die in Krakau lebende Lyrikerin Wislawa Szymborska, deren Gedichtband „Hundert Freuden" 1986 in Deutschland erschienen ist*.



**Lyrikerin Szymborska**
Eine kleine Lobby



**Juror Dedecius**
„Auf Anfrage"

Die 1923 geborene Lyrikerin, die hierzulande nur über „eine kleine Lobby" (Dedecius) verfügt, ist in ihrer Heimat hoch angesehen, Trägerin mehrerer Literaturpreise, mit schöner Regelmäßigkeit wurden ihre Werke zum Buch des Monats, zum Buch des Jahres gewählt – die Jury, darunter SPD-Oberbürgermeister Andreas von Schoeler und Kulturdezernentin Linda Reisch, war beeindruckt, das Votum einhellig.

Ihren Familienstreit hatten die Frankfurter gleichwohl – auch wenn es, wie 1982 bei der Wahl Ernst Jüngers, diesmal nicht um Ruf und Rang des auserkorenen Künstlers ging. Vergrätzt argwöhnte die *Frankfurter Rundschau*, Rubrik „Vorauseilender Goethepreis", eine perfide Hinterlist des Kulturbetriebs gegenüber der Stadt.

Grund der Aufregung: Die Konkurrenz *Frankfurter Allgemeine* hatte die Lyrikerin als Dichterin mit „femininer, feinsinniger Klugheit, selbstironisch und illusionslos" und als ein „Phänomen der poetischen Sachlichkeit" gefeiert – und als neue Preisträgerin, noch bevor die Widerspruchsfrist des Frankfurter Magistrats abgelaufen war. Das wurde als Affront empfunden.

Auf die Suche nach einem Indiskretin in Jury-Nähe allerdings mochte sich niemand begeben. Ein Sprecher des Oberbürgermeisters spielte die Affäre zum „Mißgeschick" herunter. Flapsiger Nonsens-Reim aus dem Kulturamt: „Aus die Maus" – erledigt.

Doch bleibt ein Nachgeschmack von Ämterhäufung, typisch für den dichten deutschen Literaturbetrieb. Mit der Aufnahme eines Dichters in die „secret society" der Preisträger, so das „Handbuch der Kulturpreise", werden „keineswegs nur private Beziehungsnetze" geknüpft.

Oder gefestigt: Die *FAZ*-Huldigung, Rubrik „Die Weisheit der Poesie", stammt von keinem Geringeren als Karl Dedecius, dem Herausgeber und Übersetzer der Lyrikerin Szymborska, Herausgeber der „Polnischen Bibliothek" beim Suhrkamp Verlag. Geschrieben hat Juror Dedecius den Artikel nach eigenem Bekunden hurtig und „auf Anfrage".

Bei der Feierstunde wiederum wird Suhrkamp-Lektorin Elisabeth Borchers ihre Dichterkollegin rezitieren. Sie hat zudem das Vorwort zu Szymborskas „Hundert Freuden" verfaßt, wenn auch „als Lyrikerin, nicht als Lektorin", wie sie betont. Und der Suhrkamp Verlag wiederum kann, mit tausend Freuden, Szymborska-Bände neu auflegen.

* Wislawa Szymborska: „Hundert Freuden". Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 224 Seiten; 28 Mark.

## Museum für erotische Kunst

Rousseau meinte zum Thema zwar: „Wer ein wirklicher Kenner ist, darf sich keine Sammlung anlegen.“ Doch Manfred Schilling, 49, ehemaliger Studienrat und Banker, hat den Rat in den Wind geschlagen und in München ein „Museum für erotische Kunst“ eröffnet. Rund 500 Objekte und Bilder über die beliebteste Tätigkeit der Menschheit trug Schilling zuhauf, zur „weltweit größten Sammlung, die zugänglich ist“. Ein Berufsjahr in Japan hatte sein „sittengeschichtliches Interesse“ entflammt und ein Wort von Charles Baudelaire die Richtung gewiesen; der forderte die Errichtung eines „Liebesmuseums, um die körperlichen Leidenschaften der Menschheit zu dokumentieren“. Schillings erotische Belegstücke stammen aus dem alten China wie aus dem europäischen Biedermeier und dem Wiener Jugendstil, und selten war das wichtigste Glied der Gesellschaft in so repräsentativer Vielfalt vertreten. Zwei Drittel seiner Besucher, sagt Schilling, seien Frauen.







Wiener Jugendstil-Bronzen, japanische Hochzeitsrolle (M.)

## Eine Frau pro Minute

Ein Zirkus war es, und er mußte den Löwenbändiger spielen. Das hat George Cukor über seinen Film „Die Frauen“ gesagt. Kein ganz origineller Vergleich, zumal für den Schöpfer solch wunderbarer Komödien wie der „Philadelphia Story“, doch manch anderen hätte es schier um den Verstand bringen können, was Cukor sich 1939 zumutete: nämlich einer wahren Horde von 135 Frauen Herr zu werden, darunter Damen ersten Ranges wie Paulette Goddard, Joan Fontaine und die anspruchsvolle Joan Crawford. Das Resultat, nun wieder in den Kinos, ist eine elegant scharfzüngige Gesellschafts- und Geschlechterkomödie, in der sich alles, 135 Minuten lang, nur um das eine dreht. Die Bühnenvorlage zu dieser klassischen Männerphantasie, in der kein einziger Mann leibhaftig vorkommt, stammt von einer Frau, der Journalistin und Schriftstellerin Clare Booth Luce, später verheiratet mit dem *Time & Life*-Herausgeber Henry Luce und in den fünfziger Jahren Eisenhowers Botschafterin in Rom.



Cukor-Film „Die Frauen“

## Ein Dixie für den Duden

Daß „Ossis“ und „Wessis“ sich offenbar nur mehr mißverstehen wollen, hat Kommentatoren, Leitartikler und andere Kulturträger in vaterländische Zerknirschung getrieben. Ausgerechnet der Duden aber, seit 111 Jahren ein biederer Wächter der Wörter, nimmt das Jahrhundertereignis unerwartet lokker: Wenn Ende August das (seit der Enteignung des Leipziger Ursprungsverlags 1953) erste und von Ost- und West-Redakteuren gemeinsam komponierte Einheitswörterbruch erscheint, präsentiert es sich mit neuem, flotterem Image: Statt der lehrerhaften Mottozeile „Mit Sicherheit richtig schreiben“ wird für den Duden '91 mit einem beherzten „Man kann ja nicht alles wissen“ geworben. Und mit einer Tonkassette der deutschen Blues-Sängerin Joy Fleming, der zum Thema Duden ein Blues und ein Lied im Dixie-Sound eingefallen sind. Vorab verrät die Sängerin ein paar Pretiosen aus dem neuen Neuhochdeutsch: „Grillette“, „Plaste“, aber auch den „Mauerspecht“ und ein putziges „Motschekiepchen“, zu westdeutsch als „Marienkäfer“ bekannt.

## Mit Ur-Dehio nach Mitteldeutschland

Der anspruchsvolle Kunstreisende hat ihn stets bei sich: seinen „Dehio“, den handlichen Führer zu jenen „Denkmälern“, durch die „Kunstgeschichte nach ihrem Teil vom historischen Lebensinhalt unseres Volkes“ kündet. So schrieb es 1905 Georg Dehio, Professor in Straßburg, so ist es in einem Reprint des ersten von seinerzeit fünf Handbuch-Bänden nachzulesen. Der Neudruck (388 Seiten; 24,80 Mark) erscheint im Deutschen Kunstverlag, der mittlerweile 19 „Dehio“-Bände im Programm hat. Er macht ein Musterbeispiel seiner Gattung an knapper Beschreibung und dezidiertem Urteil neu verfügbar – im passenden historischen Moment und für ein neu erfahrbares „Mitteldeutschland“.



**Dinosaurier:** Die genetische Bauanweisung ist mit dem Aussterben einer Art nicht verschwunden

Genetik

# Rüssel in die Vorzeit

Lassen sich Dinosaurier aus überlieferter Erbsubstanz rekonstruieren? Ein neuer Forschungszweig der Genetik zielt darauf ab.

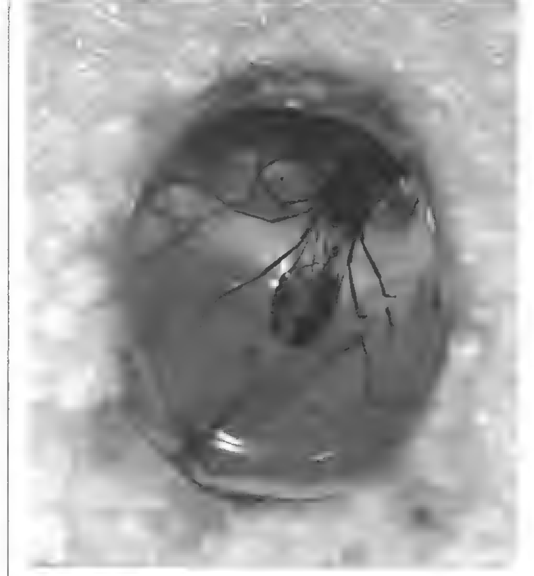
Langsam schob sich die hauchfeine Nadel durch den honiggelben Bernstein bis in den Brustkorb der eingeschlossenen Stechfliege; die Besucher des Hochsicherheitslabors konnten den Vorgang auf dem Monitor verfolgen. Durch die Kanüle entnahm der Labortechniker dem Insekt eine Gewebeprobe.

Darin, hofften die Wissenschaftler, müßten sich Spuren jenes Lebewesens finden, in das die Fliege – vor Millionen Jahren – ihren Stechrüssel gesenkt hatte, ehe sie von einem herabfallenden Harztropfen eingeschlossen worden war.

Aus dem Extrakt, er wog nur ein paar Hundertstel Gramm, wurde das fliegenfremde Erbmaterial herausgelöst und analysiert. Der letzte Fliegenwirt war tatsächlich ein Dinosaurier gewesen. Sodann wurde das uralte Erbmaterial, von Supercomputern vervollständigt, gegen den DNA-Strang in einem Krokodil-Ei ausgetauscht und unter den klimatischen Bedingungen der Jura-Zeit (37,2 Grad, Luftfeuchtigkeit nahe 100 Prozent) künstlich bebrütet.

Zwei Monate später schlüpfte ein Urtier, das aussah wie eine Eidechse in Affenhaltung, mit dunkelgelben und braunen Streifen gemustert wie ein Tiger – ein Saurier der Gattung Velociraptor.

Die Geschichte vom gentechnischen Nachbau längst ausgestorbener Saurier-Wesen (die sodann einen touristisch genutzten Urwelt-Zoo bevölkern) wird in dem Science-fiction-Thriller „Jurassic Park“ erzählt, der soeben auf deutsch erschienen ist*. Die von dem amerikanischen Autor und Filmregisseur („Coma“) Michael Crichton ausgesponnene Idee ist von der Wirklichkeit nicht mehr weit entfernt: Was Mammuts, Magnolien und Menschen vor Jahrhunderten oder Jahrtausenden das Leben ermöglicht hat, ist mit ihrem Tod nicht völlig verschwunden. Eine Vielzahl neuer Forschungsergebnisse hat gezeigt, daß die DNA, der genetische Text, der alle Anweisungen für den Bau und die Funktionen eines Organismus umfaßt, weitaus länger überlebt als bisher angenommen.



**Insekt im Bernstein**
Wer war der letzte Wirt?

Ein halbes Hundert Molekularbiologen und Genetiker, Zoologen und Altertumsforscher kamen Anfang letzten Monats in der mittelenglischen Universitätsstadt Nottingham zusammen, um die Möglichkeiten und Schwierigkeiten zu erörtern, die sich beim Umgang mit „Ancient DNA“, mit uraltem Erbmaterial, ergeben. Versammelt in Nottingham waren, wie der schwedische Molekulargenetiker und Mitorganisator der Konferenz Svante Pääbo, 36, erkannte, „praktisch sämtliche Experten, die sich derzeit in aller Welt mit dem neuen Fachgebiet beschäftigen“.

Pääbo, seit Herbst letzten Jahres Professor für Allgemeine Biologie an der Münchner Universität, gehört zu den Pionieren der neuen Disziplin. Mitte der achtziger Jahre hatte Pääbo der 2400 Jahre alten Mumie eines Kindes aus dem Ausstellungsfundus des Ägyptischen Museums in Ost-Berlin 1,6 Gramm Trockengewebe entnommen. Pääbo gelang es, aus diesem Material „mehrere Portionen Erbsubstanz“ herauszulösen und Teile davon zu vervielfältigen (Fachausdruck: klonieren) – der erste erfolgreiche Versuch „molekularer Ägyptologie“, wie das Wissenschaftsblatt *Nature* damals schrieb.

1985, ein Jahr nach Pääbos Klonierungsstreich, entwickelte das Gentechnik-Unternehmen Cetus Corporation im kalifornischen Emeryville ein technisches Verfahren zur Marktreife, das die gesamte Genforschung revolutionierte – die sogenannte Polymerasekettenreaktion (PCR). Die Methode ermöglicht es, das häufig unter großem Aufwand und nur in kleinsten Mengen isolierte DNA-Material innerhalb kurzer Zeit millionenfach zu kopieren.

Inzwischen ist die PCR, etwa beim Herstellen genetischer Fingerabdrücke und beim Entschlüsseln des menschli-

* Michael Crichton: „Dino Park“. Droemer Knaur, München; 488 Seiten; 39,80 Mark.

chen Erbguts, eine große Erleichterung (SPIEGEL-Titel 30/1991). Und auch bei der „Ancient DNA"-Forschung entfaltet die elegante Vervielfältigungstechnik nun eine „enorme Beschleunigungswirkung", wie es in Nottingham hieß. Die neue Fachrichtung, so das Fazit der dreitägigen Konferenz, kann für eine ganze Reihe von Forschungsfeldern von Nutzen sein:

▷ Die Analyse alter DNA hilft Völkerkundlern, die Wanderungsbewegungen von Stämmen oder Völkern nachzuzeichnen (während sich die Forschung bisher weitgehend auf Funde von Gegenständen oder auf Ausgrabungen von Lagern oder Siedlungen stützen mußte).

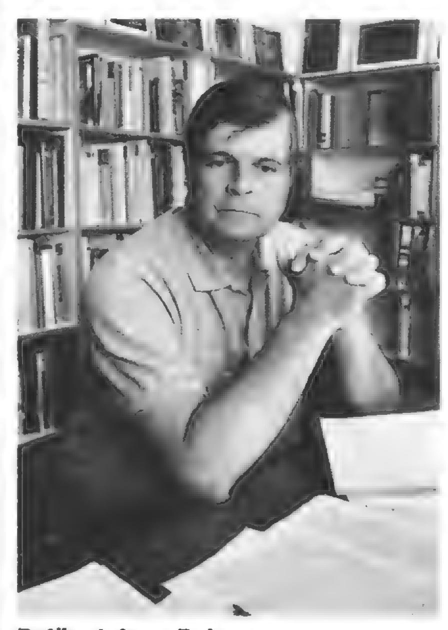
▷ Vergleichende Analyse von DNA aus Knochen oder mumifiziertem Gewebe weit auseinanderliegender Fundstätten wird es möglich machen, Verwandtschaftsverhältnisse von Stämmen oder Völkern zu bestimmen.

▷ Uralt-DNA kann mit den genetischen Bauplänen heute lebender Menschen verglichen werden – gemeinsame Vorfahren können so bestimmt oder aber ausgeschlossen werden.

So wurden beispielsweise im Rahmen eines Forschungsprojektes über die Besiedelung des amerikanischen Kontinents zahlreiche Mitglieder der Nuu-Chah-Nulth, eines auf dem kanadischen Vancouver Island lebenden Indianerstamms, ausführlich genetisch erfaßt. Die Analyse ergab „eine Vielzahl unterschiedlicher Sequenzen" (Pääbo) – die Nuu-Chah-Nulth stammen also von sehr vielen verschiedenen Indianerstämmen ab.


**Molekulargenetiker Pääbo***
Mumien-DNA vervielfältigt

Daraus läßt sich des weiteren folgern, daß die Indianer, die vor etwa 30 000 Jahren aus Asien über die Behringstraße nach Amerika kamen, nicht als kleine Horden abenteuerwilliger Auswanderer einrückten (und sich, wie bislang angenommen, explosionsartig in der Neuen Heimat vermehrten). Die Gensequenzen der heute lebenden kanadischen Indianer, so Pääbo, ließen „vielmehr vermuten, daß die Indianer in einer großen Massenbewegung den Kontinent vereinnahmt" hätten, vergleichbar etwa den Völkerwanderungen in Europa im ersten nachchristlichen Jahrtausend.


**Paläontologe Poinar**
Saurier-DNA gesucht

Zu ähnlich überraschenden Ergebnissen gelangte der amerikanische Zoologe Robert Wayne von der University of California Los Angeles (UCLA), als er die nordamerikanischen Verbreitungsgebiete des Koyoten sowie des grauen und des roten Wolfes studierte und dabei die DNA-Forschung zu Hilfe nahm.

UCLA-Forscher Wayne analysierte die DNA-Stränge von insgesamt 153 roten Wölfen. Ein Teil der Erbsubstanz stammte von den 140 Tieren, die in Zoos und Gehegen gehalten werden, ein anderer Teil wurde aus Wolfsfellen extrahiert, die in Museen in Texas und der Bundeshauptstadt Washington aufbewahrt sind; die dazugehörigen Tiere lebten zwischen 1905 und 1976.

Beim Vergleich der DNA-Stränge des roten Wolfes mit den Sequenzen von grauem Wolf und Koyoten kam heraus, daß der rote Wolf, der als eines der ersten Tiere der USA auf die Liste der gefährdeten Tierarten gesetzt wurde, „eigentlich gar nicht dort hingehört" (Wayne). Der rote Wolf ist in Wahrheit eine Kreuzung aus grauem Wolf und Koyote und mithin als Mischling nach amerikanischem Recht gar nicht schutzbedürftig.

Was die neuen DNA-Techniken für Archäologie und Paläontologie bedeuten, ist vorerst noch nicht abzusehen. Die aus Fossilien und Mumien, Knochen, Hirnresten oder Fellen extrahierten und vervielfältigten DNA-Stränge waren bisher „stets von nur bescheidener Länge" (Pääbo): einige hundert Buchstaben aus einem Gesamttext, der beim Menschen – und wahrscheinlich auch beim Saurier – aus einigen Milliarden Einzelbuchstaben besteht. Daß nur so kurze Bruchstücke übrig sind, ist nach der Einschätzung Pääbos „die zwangsläufige Folge spontaner chemischer Prozesse", in deren Verlauf „biologisch große Strukturen" wie etwa das Riesenmolekül der DNA „mit der Zeit zerlegt werden".

An der Möglichkeit, ausgestorbene Lebewesen zu rekonstruieren, zweifelt der in München forschende Schwede, selbst wenn es gelänge, praktisch alle Bruchstücke einer aus grauer Vorzeit überlieferten DNA-Kette zu finden und nach der ursprünglichen Abfolge wieder aneinanderzureihen. Pääbo: „Was einmal ausgestorben ist, ist unwiederbringlich verschwunden."

Weniger skeptisch als Pääbo beurteilt das der amerikanische Fossilienforscher George Poinar von der University of California in Berkeley. Poinar hat mit Mikroskop und Lupe eine 40 Millionen Jahre alte Pilzmücke untersucht, die in Bernstein konserviert war. Die einzelnen Zellen des Mückengewebes waren so gut erhalten, daß Poinar vermutet, auch die DNA könne einen ähnlich langen Zeitraum im Schutz des Bernsteins überdauern.

Derzeit ist Poinar auf der Suche nach Bernsteinstücken, in denen stechende Insekten eingeschlossen sind. Der kalifornische Paläontologe bleibt trotz bislang erfolgloser Versuche, Uralt-DNA zu isolieren, bei seiner These, die dem „Dino Park"-Thriller (den Steven Spielberg gerade verfilmt) als Vorbild diente: Die Stechmücken, meint Poinar, hätten zu Lebzeiten unzweifelhaft von anderen Lebewesen Blut gezapft und dabei auch ganze Zellen mit – womöglich bis heute intakter – DNA aufgenommen.

Demnach brauchte man „nur die Saurier-DNA in dem eingeschlossenen Insekt ausfindig zu machen und herauszunehmen", sagt Poinar und fügt – in der Wortwahl nicht allzu streng wissenschaftlich – hinzu: „Gefühlsmäßig halte ich die künftige Wiedererschaffung eines Sauriers für machbar." ◀

* Mit Gerät zur Vermehrung von DNA-Strängen (Polymerasekettenreaktion).

Treibhauseffekt

# Radau in der Tiefe

Mit Donnerschall unter Wasser wollen Meeresforscher den Treibhauseffekt messen. Tierschützer fürchten Gefahren für Robben und Wale.

Die mächtigen Meeressäuger plauderten wie immer und ließen ihr vielstimmiges Grunzen, Stöhnen, Zirpen, Pfeifen und Singen vernehmen. Doch plötzlich mischte sich ein ungewohnter Ton in das Unterwasser-Geschwätz der Wale: Ein ohrenbetäubender Knall, synchron aus drei Lautsprechern, erschütterte die Idylle.

Eine Stunde lang dröhnten die Lautsprecherboxen in rund 200 Metern Tiefe mit der Schallstärke eines Düsenjets. Dann hatten die Wale eine Stunde Ruhe, bis der Krawall von neuem begann.

Die Idee, den Ozean zu beschallen, war dem amerikanischen Meeresforscher Walter Munk schon vor zehn Jahren gekommen. Für das Vorhaben wählte er einen gottverlassenen Ort: die unbewohnte Heard Insel, ein vergletschertes Vulkaneiland mitten im antarktischen Meer zwischen Südpol und Australien.

Die unwirtliche Insel hat eine geographische Eigenschaft, die sie von jedem anderen Ort der Erde unterscheidet: Von der Heard Insel lassen sich direkte Linien in alle Ozeane der Erde ziehen, ohne daß dabei irgendwo Land berührt würde. Schnurgerade durchs Wasser geht es von dort nach San Francisco, Sri Lanka, São Paulo oder New York.

Das macht die Insel zum Idealort für den Plan des Ozeanforschers: Er will den Krach vom Südpolarmeer rund um die Erde schicken und sein Echo in rund einem Dutzend Lauschstationen auf allen Kontinenten abhorchen.

In einer dünnen Wasserschicht wandert der Schall in etwa 1000 Metern Tiefe fast ungedämpft über gewaltige Entfernungen. Oben wird er von einer wärmeren Wasserschicht, unten von einer besonders komprimierten Schicht in den Schallkanal gezwungen und gelangt so zum Ziel wie die Herzgeräusche eines Patienten im Stethoskop zum Ohr des Arztes. Der Zweck dieser „akustischen Meeres-Tomographie“: Der US-Ozeanograph will die Erwärmung der Erdatmosphäre messen.



**Schallquelle auf der „Cory Chouest“:** Disco-Dröhnen über 1000 Kilometer

Kein Klimaforscher zweifelt mehr am globalen Treibhauseffekt, der durch Spurengase wie Kohlendioxid ausgelöst wird. Doch keine Temperaturmessung ist bislang zuverlässig genug, um die von Computermodellen vorhergesagte Erwärmung zu überprüfen. Natürliche Klimaschwankungen verwirren das Bild, zudem liegen die meisten Meßstationen in der Nähe von Städten, deren Wärmeabstrahlung die Messungen stark verfälscht.

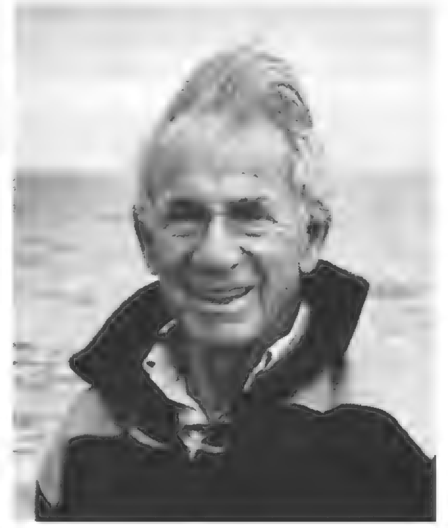
Mit der Meeres-Tomographie glaubt Munk nun die Temperatur dort messen zu können, wo es derartige Störungen nicht gibt: 1000 Meter unter dem Meeresspiegel. Computermodelle schätzen die Erwärmung dieser Ozeanschicht auf etwa ein halbes Hundertstel Grad Celsius pro Jahr.

Um diese Prognose zu überprüfen, nutzen die Krachmacher in der Antarktis eine einfache physikalische Tatsache: Schall bewegt sich in warmem Wasser schneller als in kaltem. Wenn die Vorhersagen der Klimaforscher zutreffen, müßte sich die dreieinhalbstündige Reise des Schalls von der Antarktis bis nach San Francisco Jahr für Jahr um ein oder zwei Zehntel Sekunden verkürzen.

Projektleiter Robert Spindel glaubt fest daran, auf diese Weise „in fünf bis zehn Jahren den Treibhauseffekt nachweisen“ zu können. Skeptiker wie der Meeresforscher Russ Davis, der die Einladung zur Seefahrt in die Antarktis ablehnte, äußern sich hingegen pessimistischer. Davis: „Bis die Messungen klappen, wird die Welt ohnehin für jeden spürbar wärmer sein.“

Noch heftiger als der Widerwille von Fachkollegen sind die Proteste der Meeresbiologen. Sie sehen durch den Radau unter Wasser Robben und Wale gefährdet. „Mich beunruhigt dieses Experiment mehr als jeder andere menschliche Einfluß, mit Ausnahme der Giftabfälle“, beschwert sich einer von ihnen.

Walforscher belauschen und studieren seit langem die Sprache der Meeressäuger: die Schreie der Blauwale, die noch in Entfernungen von 100 Meilen zu hören sind; die manchmal zweistimmigen Gesänge der Buckelwale, die sieben Oktaven übergreifen; oder das morseartige Knattern der Pottwale.



**Ozeanforscher Munk**
Furchteinflößender Gegner

Doch erst neuerdings fangen die Wissenschaftler an, die Bedeutung der einzelnen Klänge in der Unterwasser-Symphonie zu verstehen. Vermutlich orientieren sich die Zahnwale ähnlich wie Fledermäuse durch Echolot, etwa wenn sie sich zwischen Eisschollen hindurchmanövrieren. Sie scheinen auch ihr Fut-



**Buckelwal:** Zweistimmige Gesänge über sieben Oktaven

ter, wie zum Beispiel Tintenfische, zu orten, indem sie dem Echo ihrer Rufe lauschen. Bartenwale verständigen sich untereinander durch ihr Grunzen, Stöhnen und Singen. Walherden verstreuen sich oft über viele Quadratkilometer, doch immer bleiben sie dabei in Rufweite.

Ob Wale und Robben zur Verständigung auch den Schallkanal nutzen, in dem Munk sein Getöse bis nach San Francisco schicken will, ist nicht bekannt. Munk jedenfalls scheint einem möglichen Risiko für die Tiere der Antarktis nur wenig Bedeutung beizumessen: „Entscheidend ist, ob wir die Tiere verletzen, und das tun wir nicht."

Für die Meeresbiologen, die das bezweifeln, ist Munk ein furchteinflößender Gegner. Er gilt als der einflußreichste Ozeanograph in den USA. Auffällig schnell bewilligte ihm die US-Behörde für Ozeane und Atmosphäre 1,7 Millionen Dollar für sein Abenteuer in der Antarktis. Als einziges Zugeständnis konnten ihm die Biologen abringen, daß eine Kommission die Auswirkungen des Unterwasserkrachs auf Meeressäuger untersuchte.

Doch die Urteile der Kommissionsmitglieder liegen weit auseinander: Einer der Gutachter sieht nicht mehr als eine „vage Möglichkeit", daß das Experiment „einige Meeressäuger irgendwo stören könnte". Andere sehen ganze Arten bedroht: „Das Heard-Insel-Experiment stört das Futterverhalten und macht die Kommunikation zwischen den Walen im Umkreis von vielen tausend Quadratkilometern unmöglich."

Entscheidend für die Beurteilung ist die Frage, wie stark der Unterwasserschall unterwegs gedämpft wird. Einige Schätzungen nehmen an, daß er bereits in 50 Kilometern Entfernung von den Inseln unter der menschlichen Schmerzgrenze von 120 Dezibel liegt; andere Experten rechnen noch in 800 Kilometern Entfernung mit einem schmerzhaft lauten Brummen.

Alle Schätzungen wurden inzwischen von der Wirklichkeit übertroffen: Beim ersten Test dröhnte der Lautsprecherton noch in 1000 Kilometern Entfernung mit 124 Dezibel, so laut wie das Rockmusikhämmern in einer Heavy-Metal-Disco.

Dann erlöste die Natur die Wale fürs erste vom Donnergrollen der Wissenschaft. Zehn Meter hohe Sturmwellen rollten über das Deck des Forschungsschiffes. Die beschädigten Lautsprecher mußten zur Reparatur gebracht werden; die Wale hatten wieder Ruhe.

Aids

# Gesetz gegen Schurken

**Freiwillig sollen Deutschlands Ärzte zum Aids-Test. Der Nutzen ist umstritten, die Gefahr für Ärzte, sich an HIV-Patienten zu infizieren, größer als umgekehrt.**

„Mein Haar fiel aus. Ich verlor 20 Kilo Gewicht und magerte ab. Geschwüre bedeckten meinen Körper. Gaumen und Zahnfleisch waren von Pilzen wie von einem weißen Pelzkleid überzogen. Mein Atem stank fürchterlich."

So schonungslos beschrieb Kimberly Bergalis, 23, in einem offenen Brief an die Gesundheitsbehörde des US-Bundesstaates Florida die Entwicklung ihrer Aids-Krankheit. „Ich liege im Sterben, Leute. Auf Wiedersehen." Die Patientin ließ keinen Zweifel daran, wen sie für ihr Leiden und ihr Schicksal verantwortlich macht: „Jeden einzelnen von euch, ihr Bastarde."

Das „J'accuse" der jungen Amerikanerin vom April dieses Jahres richtete sich zugleich gegen alle Ärzte, Politiker und Seuchenmediziner, die nach ihrer Ansicht tatenlos zugesehen hatten, wie der amerikanische Zahnmediziner David Acer jahrelang die Gesundheit seiner Patienten gefährdete.

Seropositiv seit 1986, hatte Acer noch bis zum Herbst 1989 seine Dentalpraxis in der Kleinstadt Stuart an der Atlantikküste Floridas offengehalten. Zu Acers Klientel zählte auch Kimberly Bergalis. 1987 zog Acer ihr einen Zahn. Bei die-



**Aidskranke Bergalis:** „Ich liege im Sterben, Leute"

ser Prozedur, so meinen die Experten beim US-Seuchenzentrum CDC in Atlanta (Georgia), die den Fall rekonstruiert haben, steckte der HIV-positive Zahnarzt seine Patientin an.

Molekularbiologische Untersuchungen ergaben zweifelsfrei eine Übereinstimmung in den genetischen Strukturen der Aids-Erreger von Acer und von Kimberly Bergalis sowie von vier weiteren seiner Patienten, die HIV-infiziert sind und an Aids sterben werden.

Weitere Fälle von Patientenansteckung wurden bisher nicht namentlich bekannt, doch die fünf Fälle aus Florida reichten hin, um in den USA (mit derzeit fast 200 000 gemeldeten Aids-Erkrankungen), aber auch in Deutschland die Diskussion anzuheizen, wie hoch das HIV-Ansteckungsrisiko zwischen Arzt und Patient (und umgekehrt) zu veranschlagen sei.



**Zahnbehandlung mit Infektionsschutz**
„Risiko äußerst gering"

Der öffentlich geäußerte Zorn der Kimberly Bergalis sowie etwa ein halbes Dutzend postume Bekenntnisse, in denen HIV-infizierte US-Ärzte nach ihrem Tod ihre Patienten aufforderten, sich sicherheitshalber einem Aids-Test zu unterziehen, haben „Millionen von Amerikanern verunsichert", wie *Time* notierte. Der US-Senat glaubte handeln zu müssen und verabschiedete Mitte letzten Monats gleich zwei Gesetzentwürfe, die darauf abzielen, die Wählerschaft zu beruhigen.

Mit einer Gefängnisstrafe von wenigstens zehn Jahren und einer Geldstrafe, die bis zu 10 000 Dollar betragen kann, so der weitestgehende Entwurf, sollen Angehörige des Gesundheitssystems bestraft werden, wenn sie wissen, daß sie Aids haben, die von ihnen betreuten Patienten darüber aber nicht informieren und weiterhin „invasiv" behandeln. Zu dieser Behandlungsform zählen alle Eingriffe, bei denen Blut fließen kann, dem Aids-Virus mithin eine Eingangspforte geöffnet wird.

Eingebracht hatte dieses Gesetz der erzkonservative Senator Jesse Helms mit der erklärten Absicht, „allen Schurken in der Medizinerschaft" das Handwerk zu legen, die „Hunderte und Aberhunderte von Unschuldigen dem Aids-Virus ausgesetzt" hätten.

Mehr auf Vorbeugung und Vorsicht abgestimmt ist dagegen der zweite Senatsentwurf, der sich an den Vorschlägen des US-Seuchenzentrums orientiert. Danach sollen sich Ärzte, Pfleger und Hilfspersonal, die mit invasiven Techniken umgehen, einem Aids-Test unterziehen. Wird eine HIV-Infektion festgestellt, soll sich der Betroffene, nach Absprache mit Kollegen und Patienten, von invasiven Jobs fernhalten, außer in Notfällen, etwa bei der Versorgung von Unfallopfern.



**HIV-infizierter Zahnarzt Acer**
„Fahrlässiger Arbeitsstil"

Betroffen von dieser Regelung, weil bereits HIV-infiziert, sind inzwischen an die 6800 Beschäftigte im amerikanischen Gesundheitsbetrieb, darunter 170 Zahnärzte und deren Assistenten, 1450 Krankenschwestern, 703 Allgemeinärzte und 47 Chirurgen.

Der Nutzen von Zwangstests, auf die das US-Gesetz praktisch hinausläuft, ist allerdings umstritten. „Einfach blödsinnig" nennt beispielsweise der deutsche Ärztekammerpräsident Karsten Vilmar jede Form obligatorischer Aids-Untersuchung: HIV-Tests geben oft erst Wochen oder Monate nach der Infektion Aufschluß, die Ansteckungsgefahr beginnt jedoch mit dem Zeitpunkt der Infektion. Vilmar: „Selbst tägliche Wiederholungen der Tests schließen in solchen Fällen das Infektionsrisiko nicht aus."

So verständigten sich Ärzteverbände und das Bonner Gesundheitsministerium letzte Woche auf die Empfehlung, Deutschlands Ärzte und Zahnärzte, bei deren Arbeit es zu blutenden Selbstverletzungen kommt, sollten sich freiwillig regelmäßigen Aids-Tests unterziehen.

In der Empfehlung wird das Risiko einer Ansteckung bei ärztlichen Behandlungen als „außerordentlich gering" eingestuft. Auch in den USA richtete sich in der Diskussion um die aidskranke Kimberly Bergalis die Kritik am Ende mehr gegen den „flüchtig-fahrlässigen Arbeitsstil" ihres Dentisten (so der New Yorker Zahnarzt Jack Rosenberg, der einen Berufsverband für schwule und lesbische Zahnmediziner gegründet hat). Kimberly-Zahnarzt Acer hatte, wie inzwischen ermittelt wurde, Einmal-Gerät mehrfach benutzt und häufig ohne Handschuhe gearbeitet.

Vollends zum Krimi wurde die Ansteckungsserie in der Acer-Praxis, als letzte Woche der Verdacht auftauchte, Dentist Acer habe Injektionslösungen mit Tropfen seines HIV-verseuchten Bluts verunreinigt.

Im übrigen jedoch kommt, wie Seuchenmediziner konstatieren, die umgekehrte Übertragung – vom Kranken auf den Arzt – viel häufiger vor: Die größere Gefahrenquelle ist der unbekannte HIV-Patient, an dem sich der Arzt infizieren kann. Das wurde bei einer Befragung von Medizinalassistenten und Assistenzärzten an drei amerikanischen Lehrkrankenhäusern deutlich, in denen der Anteil von HIV-positiven Patienten mit 15 Prozent besonders hoch lag.

In diesem Beispiel, über das im *American Journal of Medicine* berichtet wurde, kam es unter den 119 Befragten im Laufe eines Jahres zu insgesamt 103 Nadelstichverletzungen, zumeist bei der Blutentnahme und bei der Entsorgung der Kanülen.

Jeder fünfte der Befragten, bei den Medizinalassistenten sogar jeder vierte, war auf diese Weise dem Aids-Virus ausgesetzt gewesen – ein ähnlich hohes HIV-Risiko, wie es sonst nur kalifornische Polizisten und Feuerwehrleute laufen, die besonders häufig mit Homosexuellen und Drogensüchtigen zu tun haben.




Plakatwerbung in Leipzig

## Wildwuchs im Werbe-Dschungel

Der Osten sieht rot – die einst fast reklamefreie DDR hat sich in einen Plakat-Dschungel verwandelt, der zunehmend handgreifliche Empörung provoziert. Zum Teil ohne Genehmigung pflastern westliche Agenturen freie Fassaden, Mauern und denkmalgeschützte Gebäude mit grellen Konsumbotschaften zu. Der Unmut der Bevölkerung entlädt sich in spontanen Zerstörungsaktionen, die zum Beispiel in Halle an „verflixt vielen Stellen" (so Holger Ferkinghoff von der PR-Agentur Concept Media) Spuren hinterlassen haben. Schuld am Wildwuchs, behauptet die Frankfurter Deutsche Städte-Reklame, seien „Glücksritter", die sich unter die Gilde der Außenwerber mischen und gegen die „kein Kraut gewachsen" sei. Um den Vandalismus zu bekämpfen, liefern die Werber nun „von vornherein 20 Prozent mehr Plakate in die neuen Bundesländer".

## Musikalischer Torjäger

Bereits bei der Fußball-WM 1990 in Italien zeigte Roger Milla rhythmische Qualitäten. Der damals 38jährige Kicker schoß nicht nur die Mannschaft Kameruns bis ins Viertelfinale – nach jedem Treffer zelebrierte er außerdem den sogenannten Eckfahnen-Lambada, einen erotischen Hüftschwung anstelle des kraftmeiernden Torjubels mit geballter Faust. Weil lukrative Angebote europäischer Klubs ausblieben, verlegt sich der Stürmer nun vollends auf die Musik. Sein Album „Saga Africa" ist mit einem synthetischen Klangteppich unterlegt, dazu erhebt Milla die rauhe Stimme. Obwohl bei der Produktion afrikanische Gastmusiker wie Manu Dibango mitwirkten, ist sie in erster Linie für hiesigen Disco-Geschmack konzipiert. Milla hofft auf einen ähnlichen Achtungserfolg wie Yannick Noah – der Titel „Black or What" des ehemaligen Tennisstars ist in Frankreich ein Hit.

## Autorennen durch den Cyberspace

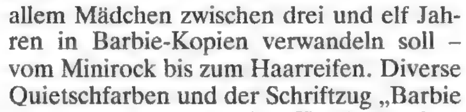
Die Grafik ist noch grob, die Handlung simpel, doch die Begeisterung für „Virtual Reality" (VR), die im Rechner erzeugte dreidimensionale künstliche Wirklichkeit, ist kaum zu bremsen. Das weltweit erste VR-„Simulation Centre" wurde am Wochenende im Londoner Vergnügungstempel „Trocadero" eröffnet. Für umgerechnet etwa drei Mark können Computerkids dort, in fünf miteinander vernetzten „Virtuality 1000 SD"-Computersystemen der kleinen britischen Firma „W-Industries", durch die programmierten Kunstwellen des „Cyberspace" (SPIEGEL 11/1991) rasen. Angetan mit sensorbestückten 3-D-Sichtgeräten, werden sie zu Piloten in einem vom Computer simulierten Stock-Car-Rennen namens „Total Destruction", bei dem ihnen das (virtuelle) Autoblech links und rechts um die Ohren fliegt. Das erste öffentliche VR-System in Deutschland will am 23. August der Zigarettenkonzern Philip Morris in Berlin präsentieren.



Cyberspace-Spiel

## Mädchen als lebensgroße Barbiepuppen

Solange es Kinder noch nicht von der Stange zu kaufen gibt, will die kalifornische Spielzeugfirma Mattel wenigstens Kleider in den Handel bringen, die aus den lieben Kleinen lauter lebensgroße Puppen-Mutanten machen: „Barbie for Girls" heißt eine Kollektion namhafter Modedesigner, die vor allem Mädchen zwischen drei und elf Jahren in Barbie-Kopien verwandeln soll – vom Minirock bis zum Haarreifen. Diverse Quietschfarben und der Schriftzug „Barbie and Ken" weisen die Kundschaft vom Herbst an als Fans des Plastikgeschöpfs mit der blonden Mähne aus.







Kinderbekleidung „Barbie for Girls", Barbie-Modekollektion

# Erinnerungen an die Zukunft

**Die Pariser Ausstellung „La vitesse" belegt Paul Virilios apokalyptische Thesen über Tempo und Terror**

In einer dunklen Winternacht vor mehr als 14 Jahren blieb die Zeit einfach stehen, floß rückwärts und im Kreis, und hoch über dem Atlantischen Ozean sagten die Vergangenheit und die Zukunft einander gute Nacht.

40 Amerikaner saßen im Flugzeug und tranken darauf. Sie hatten in Paris den Beginn des neuen Jahres 1977 gefeiert, waren anschließend in die Concorde gestiegen, rasten nun mit Überschallgeschwindigkeit übers Meer, wo sie noch einmal Silvester feierten, und freuten sich schon auf die Landung in Washington, wo dann der Abend erst beginnen würde: Zeit genug für eine dritte Silvesterfeier.

Es war ein spannendes und vergnügliches Abenteuer für die Amerikaner, und vermutlich empfanden die meisten das hohe Reisetempo und dessen Effekte als sehr modern und zukunftsweisend. In Wirklichkeit verhielt es sich gerade umgekehrt: Die Reisenden verlängerten den Augenblick des Jahreswechsels um Stunden, die Gegenwart dehnte sich – und verschluckte die Zukunft.

Ihre besten Zeiten jedenfalls hat die Zukunft hinter sich – das lehrt nun eine Ausstellung im Pariser Vorort Jouy-en-Josas, die schlicht und universal „La vitesse" (die Geschwindigkeit) heißt und eine umfassende Auswahl von Objekten präsentiert: Doppeldecker und fliegende Untertassen, Ölgemälde und modische Rauminstallationen, Filme, Computerspiele, Fotografien. Und von der Decke baumelt ein Fernsehsatellit.

All diese Dinge zeugen von der Beschleunigung in der Vergangenheit oder vom Tempo der Gegenwart, alles bewegt sich oder stellt Bewegung dar – und doch ergibt es zusammen ein eher kaltes, starres und trauriges Bild: Das Tempo ist aufgebraucht, viel schneller geht's nicht mehr. Jene Zeit, als das Gasgeben noch geholfen hat, ist längst vorbei.

Die Zukunft sah warm und menschlich aus, damals, als die ersten Eisenbahnen durch die Landschaft fuhren und außer Passagieren auch die Hoffnung transportierten, daß die Menschen einander nun näherkämen. Die Zukunft schien Helden wie Howard Hughes zu gehören, der damals, in den Dreißigern, auf der Jagd nach dem Geschwindigkeitsrekord für Flugzeuge immer wieder von einem Ende Amerikas zum anderen flog, obwohl er am Ziel der Reise überhaupt nichts zu erledigen hatte. Der Schnellste war auch der Größte und Beste in jener längst vergangenen Zeit, als die Zukunft im Weltraum zu wohnen schien und die Apollo-Kapseln so rapide durchs All schossen wie kein bemanntes Fahrzeug zuvor.



**Link-Fotografie***: Leichenstarre der Gegenwart

* „Hot Shot East Bond at Leager".

Die Sache mit der Zukunft sei von Anfang an schiefgelaufen, meint hingegen Paul Virilio, der französische Soziologe und Geschwindigkeitsforscher, der die Macher der Ausstellung inspiriert und beraten hat. Virilio liest die Historie nur als Fahrtenschreiber einer fortlaufenden Beschleunigung: Die Menschheit, meint er, sitzt am Steuer eines Vehikels, das keine Lenkung und keine Bremsen hat; sie kann die Verkehrszeichen nicht entziffern und schleudert mit immer höherem Tempo auf den globalen Verkehrsunfall zu. Der Schrottplatz der Geschichte ist keine leere Metapher mehr.

Das Unglück, glaubt Virilio, begann schon in ferner Vorzeit, als die Menschen in den ersten Gang des Fortschritts schalteten: Die Männer zähmten ihre Frauen und zwangen sie zu niederer Arbeit, um für sich selber Zeit zu gewinnen. Diese Zeit aber vertrieben sie sich nicht mit Müßiggang, sondern mit Jagd und Krieg, wodurch sich der Rhythmus

der ganzen Rasse beschleunigte. Die Zähmung des Pferdes war nur die logische Konsequenz, danach blieb das Drehmoment des Menschheitsmotors für ein paar Jahrhunderte konstant, bis das Schießpulver erfunden, das Gewehr entwickelt wurde und die Krieger zum ersten Mal gegen Waffen kämpfen mußten, deren Projektile so schnell waren, daß das bloße Auge sie nicht mehr wahrnehmen konnte: Aus Tempo wurde Terror.

Seit es die Dampfmaschine, den Benzinmotor und die Düsenturbine gibt, ist alles nur noch schlimmer geworden. Mit Zügen, Flügen und Automobilen überwinden wir den Raum – und zerstören ihn dabei: Der Weg frißt das Ziel auf, die Straßen vernichten jene Orte, die sie eigentlich verbinden sollten, die drei Flughäfen von Paris sind zusammen schon halb so groß wie das gesamte Stadtgebiet. So schrumpft der Raum zu einer Funktion der Zeit, die Dinglichkeit weicht der Dringlichkeit – längst wird die Entfernung von Frankfurt nach New York in Stunden (und nicht in Kilometern) gemessen.

Der Reisende selbst aber, festgeschnallt auf seinem Autositz oder Flugzeugsessel, reist nicht eigentlich – vielmehr wird er gereist: Er überwindet keine Entfernung mehr, sondern die Entfernung überwindet ihn; er guckt durch die Windschutzscheibe oder das Flugzeugfenster wie auf die Leinwand eines Kinos, und die Welt wird ihm so fern, abstrakt und unzugänglich wie ein Film. Das Betreten der Wirklichkeit ist untersagt.

„Ich schaue, also bin ich", heißt die Selbsterkenntnis des Menschen im Zeitalter der Beschleunigung. Der Fahrer ist nur noch die Bordkamera seines Vehikels – und wo der Raum zur Fläche sich verdichtet, da bleibt kein Platz fürs handelnde Subjekt: Die Bewohner der modernen Welt – so lautet die beklemmende Konsequenz aus Virilios Nachdenken über die Geschwindigkeit – mögen sich für die Beherrscher des Landes, des Wassers und der Lüfte halten. In Wirklichkeit arbeiten sie an der Auslöschung ihrer selbst.

Im Park des Ausstellungsgeländes erhebt sich ein sanfter Hügel, und auf dem Hügel steht eine gigantische Skulptur, mindestens zehn Meter hoch, die alles andere überragt – und dabei auch die Perspektive vorgibt, mit der man all die schnellen, schnittigen Vehikel betrachten soll. Es ist ein schlichter Betonblock, so grau wie Smog und so starr wie ein Stau, und aus diesem Block treten reliefartig die bunten Karosserien von ein paar Dutzend Autos hervor: für immer unbeweglich, festgemauert, eingeparkt. Der Künstler Arman hat diese Plastik geschaffen und „Long Term Parking" genannt, und natürlich hat es der Betrachter hier nicht mit einem abstrakten Kunstwerk zu tun – sondern mit einer realistischen und ganz konkreten Zukunftsvision.


**Arman-Plastik „Long Term Parking"**
Realistische Zukunftsvision

Ein Rennwagen sei schöner als die Nike von Samothrake: So höhnte 1909, in einem futuristischen Manifest, Filippo Tommaso Marinetti – ein Künstler, der nur im Geschwindigkeitsrausch formulierte und alles pries, was schnell und grell und technisch war.

Die Rennwagen heute sind zu schön und teuer, als daß man sie den Gefahren des Verkehrs aussetzen dürfte, und zu schnell für die verstopften Straßen dieser Welt. Das ist die Situation, wie die Firma Porsche sie sieht – und folgerichtig protzt die Werbung für die deutschen Flitzer nicht nur mit Pferdestärken oder Höchstgeschwindigkeit, sondern preist das Fahrzeug als „überzeitliches Kulturgut" an, das der Käufer in seine Garage stellt, so wie er sich den Picasso an die Wohnzimmerwand hängt: als Kunstwerk, Bildungsnachweis, Geldanlage. Wann kommt der Porsche Samothrake und wann der Maserati Marinetti?

So werden die Visionen der Vergangenheit zur Wirklichkeit der Gegenwart und führen sich selbst ad absurdum dabei; so verabschiedet sich die Zukunft aus dem Denken unserer Zeit – und die ersten, die das merkten, waren keine Wissenschaftler, sondern Künstler: Der Fotograf Winston Link beispielsweise war in den fünfziger Jahren fasziniert von den bewegten Maschinen, ganz besonders von der Eisenbahn, und er strebte heftig danach, deren Tempo auf seinen Bildern einzufangen.

Mit gewaltigem Aufwand leuchtete Link seine Schauplätze aus, arrangierte Menschen und Dinge, studierte die Fahrpläne und wartete geduldig auf den richtigen Moment – doch die Fotos, die er dann schoß, zeigten Dinge, die das menschliche Auge niemals sehen kann: Die Bewegung zerfällt in imaginäre Momente, der Augenblick bläht sich zur Ewigkeit – die Zeit friert ein. Aus diesen scharfen, kühlen Bildern ist die Zukunft schon verschwunden, und die Gegenwart leidet an Leichenstarre.

In einem dunklen Ausstellungsraum in Jouy-en-Josas leuchten hell und farbig drei Monitore. Hier stehen drei Computer herum, die mit sinnloser Arbeit beschäftigt sind: Sie entwerfen Rechtecke, nichts als bunte Rechtecke, völlig sinn- und bedeutungsfrei und nur von einer Zufallsfunktion gesteuert.

Der erste Monitor zeigt ein fast unbewegtes Bild, nur alle paar Minuten kommt ein neues Rechteck hinzu – der Rechner denkt im Tempo von 1970. Auf dem zweiten Monitor rasen die Rektangeln, alles bewegt sich, nichts bleibt gleich – der Rechner denkt im Tempo von 1980. Der dritte Monitor schließlich zeigt wieder ein statisches Bild, alles scheint gleichzubleiben, weil die Geschwindigkeit nicht mehr wahrzunehmen ist: Den Denkmaschinen heute kann kein Mensch mehr folgen.

Mit diesen Denkmaschinen aber, mit der elektronischen Datenverarbeitung und Nachrichtenübermittlung beginnt, so fürchtet Virilio, in Echtzeit die Endzeit: Die Elektronenhirne sind einfach zu schnell; es bleibt keine Zeit, um vor- oder nachzudenken – und weil der Mensch mit seinen Entscheidungen gar

nicht nachkommt, werden die Maschinen irgendwann an seiner Stelle entscheiden.

Das wäre dann das Ergebnis der gewaltigen Beschleunigung, der weltgeschichtliche Crash: der Mensch, der unbeweglich in seinem Sessel hockt, mit der Welt nur via Monitor verbunden ist und seinen Heimcomputer für sich denken läßt.

Ganz folgerichtig hat Virilio sein letztes Buch einem Roboter gewidmet.

*Claudius Seidl*

Massenmord

# Kopf im Kühlschrank

**Schludrige Bewährungshelfer, laxe Polizisten, gedankenlose Nachbarn – der US-Massenmörder Dahmer hätte viel eher entdeckt werden müssen.**

Seine letzten fünf Opfer hat das „Monster von Milwaukee" *(Sunday Times)* immer auf die gleiche Weise malträtiert. Erst lockte er die meist homosexuellen Männer in seine Wohnung, betäubte sie mit einem Schlaftrunk und erdrosselte die Wehrlosen. Dann folgten Zerlegung der Körper, Auskochen der Schädel und mindestens in einem Fall „Analsex mit der Leiche" (ein ermittelnder Beamter).

Vorletzte Woche Montag rückte Jeffrey Dahmer, 31, von seiner Mord-Choreographie ab. „Blitzschnell fesselte er mein linkes Handgelenk", berichtet der Schwarze Tracy Edwards, 32, der dem Soziopathen zum Biertrinken auf sein Zimmer gefolgt war: „Er sagte, er werde mir das Herz herausschneiden und es auffressen." Doch der Kannibale war für eine Sekunde unachtsam: Edwards, unbetäubt, konnte seinem Peiniger die Faust ins Gesicht schlagen und ins Freie stürzen.

Der Alarmschrei des Flüchtlings hat der an Serienmördern reichen US-Geschichte einen weiteren Fall von multiplem Gemetzel beschert. Als die Polizei das Oxford Appartment 213 stürmte, schlug ihr ein Hauch von Verwesung entgegen: Vier abgesägte Köpfe im Kühlschrank, sieben Schädel, dazu ein Salzsäure-Bottich mit drei Torsi sowie Polaroidfotos von Verstümmelten wurden sichergestellt. Wegen des unsäglichen Gestanks mußten die Beamten mit Schutzanzügen und Sauerstoffmasken arbeiten. Dahmer ließ sich widerstandslos abführen.

Flankiert vom Sommerloch und dem Horrorfilm „Das Schweigen der Lämmer", findet das grausige Geschehen reichlich Presse-Resonanz. In den USA, wo die Gruseltaten chronischer Killer immer stilechter in Buchform oder auf Zelluloid weiterverarbeitet werden, goutiert man die brutale Wirklichkeit als Drehbuch. Das Nachrichtenmagazin *Newsweek* tauchte sogleich in die „Geheimnisse" und die „bizarre Welt der Serienkiller" ab. Die *Washington Post* kommentierte launig, angesichts der Horrortaten würde selbst Hannibal Lecter, der nimmersatte Massenmörder aus „Schweigen der Lämmer", „zum Vegetarier werden".

Dahmer, der 17 Morde zugegeben hat und weiterer verdächtigt wird, zeigt sich seit seiner Entdeckung kooperativ. Bis Ende letzter Woche konnten mit seiner Hilfe 12 Personen aus dem Blutpuzzle identifiziert werden. Alle Getöteten sind männlich, 14 bis 28 Jahre alt, mindestens 8 davon Schwarze. Eine 40köpfige Sonderkommission des FBI ermittelt.

Daß der von der *Bild*-Zeitung zum „Jahrhundertmörder" aufgeblasene Irrwisch so lange unbehelligt blieb, schieben viele Psychologen auf seine tückische Verstellungskunst. Massenmörder seien „die beherrschtesten Leute, die man sich nur vorstellen kann", meint der US-Psychologe Park Dietz. Auch der Kriminologe und Buchautor James Fox („Massenmörder – Amerikas wachsende Gefahr") beförderte den Mythos des aalglatten undurchschaubaren Dämons. Triebtäter, meint Fox, seien „verschlagen, nicht verrückt".

Daß Dahmers Tötungsenergie so ungezügelt ihren Lauf nehmen konnte, dafür gibt es indes bessere Erklärungen. Seine „private Schlachtbank" *(Time)* lag in dem verslumten Stadtteil Midtown, einer „high crime area" der 650 000-Einwohner-Stadt Milwaukee. Schwarze, Hispanos und asiatische Einwanderer bevölkern das Armenviertel, Fabriken und vergammelte Häuser säumen die Straßen. Nachts verwandelt sich die Gegend in ein Eldorado für Junkies, Prostituierte und Jugendbanden. „Die Kinder", schreibt die *New York Times*, „schlafen hier mit dem Geräusch von Pistolenschüssen ein."

Gleichsam Tür an Tür mit seinen Nachbarn und unter den Fittichen seiner Resozialisierungshelfer schlug der vorbestrafte Schokoladenfabrik-Arbeiter seine Blutschneise. Obwohl Mitbewohner häufig Schreie aus dem Appartement im zweiten Stock vernahmen,





**Säurefaß mit Leichenteilen beim Abtransport von Dahmers Wohnhaus, Triebtäter Dahmer:** Maniak mit Motorsäge



**Schaulustige vor Dahmers Appartement:** Fäulnisgeruch im Flur

obwohl das Gekreisch einer Motorsäge durch die Wände dröhnte und seit Wochen der Flur nach Fäulnis roch, verständigte niemand die Polizei.

Zumindest in den letzten zwei Monaten muß Dahmers atavistischer Triebabgrund vollends aufgerissen sein. In einem Zeitraum von nur zwölf Wochen zerschnitt der Maniak mehrere Hundert Kilo Menschenfleisch in seiner Wohnung. Bewiesen ist bisher, daß der Süßwaren-Jobber am 24. Mai einen Taubstummen und am 27. Mai einen 14jährigen Jungen umbrachte. Im folgenden Monat, am 23. und 30. Juni, erdrosselte er zwei Homosexuelle. Am 8., 15. und 19. Juli folgten weitere Morde, ehe Dahmer drei Tage später, schon wieder blutdürstig, endlich gefaßt wurde.





**Dahmer-Opfer Edwards, Sinthasomphone**
„Er will mir das Herz rausschneiden"

Dieser entfesselte Mordrausch erinnert an Beobachtungen, die der US-Psychologe Robert Prentley anhand analysierter Triebtäter machte. Demnach hat der multiple Killer seine sadistischen Obsessionen in der Phantasie bis ins Detail durchgespielt und versucht dann, seine „Choreographie" in die Wirklichkeit umzusetzen. Da die einzelnen Morde jedoch, so Prentley, „niemals genau an die ursprüngliche Phantasie herankommen, entsteht das Bedürfnis, die Szene mit immer neuen Opfern auszuführen".

Von Selbstkontrolle und kühler Verschlagenheit kann bei Dahmers Showdown jedoch keine Rede sein. Obwohl die Polizei Konservierungsmittel wie Formaldehyd und Äthylalkohol in seiner Wohnung fand, waren die von ihm angehäuften Fleischberge nicht mehr zu bewältigen. Neugierige Nachbarn vertröstete der Massenmörder mit immer abstruseren Ausreden. Mal erklärte er den Gestank mit seinem defekten Kühlschrank, mal nannte er verstopfe Abflüsse als Ursache. Ein Mitbewohner, der im Garten hinter dem Haus über Skelettreste stolperte, fluchte: „Verdammte Truthahn-Knochen."

Robert Heck, Mord-Experte im US-Justizministerium, rechnet mit derzeit „35 und mehr" frei herumlaufenden Massenkillern im Lande. Daß von den Verrückten jeder „20 bis 30 Morde" verüben kann, ehe er entdeckt wird, liegt vor allem am sich ausbreitenden sozialen Bodensatz der US-Gesellschaft. Mangelnde Fürsorge, fehlende Resozialisierungsprogramme, hohe Kriminalitätsraten – im Windschatten solcher Verhältnisse können multiple Mörder ungestört zu Werke gehen.

Verhaltensauffällig war Dahmer, der blonde Junge aus Bath (Ohio), von Kindesbeinen an. Seinen Mitschülern galt er als „Sonderling" und „komischer Vogel". „Jeffrey war gequält und verwirrt", meint eine Klassenkameradin, „sein Benehmen lag immer an der Grenze." Gesetzesverstöße blieben nicht aus. 1982 wurde Dahmer wegen Exhibitionismus vor Gericht zitiert. Sechs Jahre später setzte er einen 13jährigen unter Drogen, machte Aktfotos von dem Jungen und mißbrauchte ihn.

Für dieses Vergehen forderte die Staatsanwaltschaft eine sechsjährige Gefängnisstrafe. Der Richter William Gardner entschied anders. Weil der Strafvollzug in Milwaukee keine Therapie für abnorme Täter anbietet, lautete das Urteil auf zehn Monate Gefängnis und fünf Jahre Bewährung. Die Staatsanwälte („Eine Behandlung im freien Vollzug wäre extrem hart") und auch Dahmers Vater („Mein Sohn ist krank") klagten vergeblich eine kontrollierte Behandlung ein. Im März 1990 kam der Kinderschänder wieder auf freien Fuß.

Mit den gekürzten Sozialplänen der Reagan-Ära setzte sich das Unheil fort. Milwaukees überlastete Bewährungshelfer machten nicht einen einzigen Hausbesuch bei dem Maniak. Auch als Dahmer am 15. Juli dieses Jahres seinen Job hinschmiß und damit die Regeln für die Bewährung durchbrach, passierte nichts. Noch in derselben Nacht und dann noch einmal vier Tage später zersägte der Irrwisch je eines seiner Opfer.

Noch schwerer wiegt das Versäumnis von drei Streifenpolizisten. Bereits am 27. Mai hätte Dahmer auffliegen müssen. Mitbewohner hatten beobachtet, wie ein asiatischer Junge nackt und „am Hintern blutend" aus Dahmers 300-Dollar-Appartment gestürzt war. Als die Cops den radebrechend um Hilfe flehenden Laoten auf der Straße aufgabelten, tat der herbeigeeilte Triebmörder den Vorfall, wie das Protokoll ausweist, als „Erziehungsproblem mit seinem homosexuellen Gespielen" ab. Die Streife brauste davon. Dahmer zerrte den Jungen wieder in die Wohnung. Tags darauf war der 14jährige Konerak Sinthasomphone tot, sein Leichnam zerstückelt.

„Es ist eine Tragödie", meint rückblickend Milwaukees Polizeichef Philip Arreola über die Fahndungspannen;

die drei Polizisten wurden vorerst suspendiert. Auch der Bürgermeister der Stadt, John Norquist, münzte den Massenmord, wie er in vielen amerikanischen Großstädten geschehen könnte, abstrakt in ein „traumatisches Ereignis" für die Stadt um. Die Verwandte eines schwarzen Dahmer-Opfers nannte das Übel beim Namen: „Wenn einer im Armenviertel erschlagen wird, kümmert das kein Schwein." Der Vorwurf trifft: Obwohl im Mai und Juni immer häufiger junge Männer aus der Umgebung von Milwaukee verschwanden, blieben polizeiliche Fahndungen aus. Dabei hatte Dahmer selbst eine heiße Spur gelegt. In vier Fällen rief er die Verwandten seiner Opfer an und verkündete mit Grabesstimme, man solle den Verschwundenen abschreiben, „weil ich ihn getötet habe".



**Wohnhaus von Dahmers Großmutter**
Knochenteile im Keller

Am Donnerstag letzter Woche schlug der Unmut gegen die Polizei noch höhere Wellen. Wie der *Milwaukee Sentinel* berichtet, ist bereits Ende letzten Jahres ein 16jähriger Junge von Dahmer in dessen Wohnung mit einem Gummihammer attackiert worden. Der Junge konnte fliehen, verständigte die Polizei, fand aber bei den Wachhabenden keinen Glauben.

Den bisher einzigen Versuch, charakteristische Merkmale von Serienmördern zu erfassen, um damit chronischen Killern wie Dahmer schneller das Handwerk zu legen, unternahm Ende der achtziger Jahre die FBI-Akademie in Quantico (Virginia). 36 verurteilten Triebmördern wurden umfangreiche Fragebögen vorgelegt. Ergebnis der Profilstudie: Der typische Massenmörder ist männlich, weiß, 20 bis 40 Jahre alt; er kommt als erstes Kind der Familie zur Welt und versteigt sich bereits in seiner Kindheit in sadistische Phantasien.

Viele der Befragten, so der Leiter der Untersuchung, Robert Ressler, seien zudem als Kinder mißbraucht worden (43 Prozent) oder „schlimmen sexuellen Erlebnissen" ausgesetzt gewesen (73 Prozent). Weitere Charakteristika: Die Mutter, dominanter Elternteil, läßt sich früh vom Vater scheiden. Der Sohn besitzt einen hohen Intelligenzgrad, ist introvertiert, neigt zu Tagträumen und bleibt später im Berufsleben ohne feste Anstellung.

Zumindest der äußere Profilrahmen der Quantico-Studie stimmt weitgehend mit Dahmers Biographie überein. Bereits als kleiner Junge, sagt seine Stiefmutter, habe Jeffrey „Tiere in Säure aufgelöst und ihnen die Haut abgezogen". Die Eltern Lionel, 57, ein Chemiker, und Joyce, 55, heute Aids-Beraterin in Kalifornien, warteten nur noch die Volljährigkeit ihres ersten Sohns ab, um die gescheiterte Ehe endlich aufzulösen. Mutter Joyce verschwand mit dem jüngeren Sohn an die Westküste, Jeffrey blieb allein zurück.



**Dahmers Mutter Joyce**
Verhängnisvoller Clinch

Einen Monat vor dem endgültigen Bruch entlud sich die Spannung in der Familie offenbar in einem ersten Mord. Dahmer hatte einen Tramper zu sich nach Hause gelockt, ihm mit einer Hantel auf den Schädel geschlagen, das Opfer zerschnitten und im Garten vergraben. Am Dienstag letzter Woche konnte die ermittelnde Mordkommission 50 Knochenteile an der besagten Stelle sicherstellen.

Im September 1978 schrieb sich Dahmer an der Ohio State University ein, brach aber das Studium sogleich wieder ab; er meldete sich zum Militär und wurde in der US-Garnison in Baumholder (Rheinland-Pfalz) stationiert. „Er war unheimlich intelligent", sagt ein Bekannter. An Wochenenden habe Dahmer meist Martinis getrunken und sich über Kopfhörer apathisch mit Black-Sabbath-Musik zugedröhnt. Wegen Aufsässigkeit und ständigem Alkoholgenuß wurde dem Rekruten nach seiner Pflichtzeit gekündigt.

Daß der Milwaukee-Mörder auch in Deutschland mordete, ist nicht auszuschließen. Sein Zimmergenosse Michael Masters erinnert sich, daß der junge Soldat hin und wieder mit einem Freund Prostituierte besucht habe. Die Kriminalämter des Landes Rheinland-Pfalz haben zwar ein ganzes Schock ungelöster Mordfälle zusammengetragen, bisher jedoch führt keine Spur nach Amerika.

Zurück in den USA, schlüpfte der mißratene Sohn bei der Großmutter unter. Seine Sauf-Exzesse nahmen zu. Nach eigener Aussage hat Dahmer zwischen 1982 und 1988 in Omas Keller drei weitere Männer ermordet. Der Vater fand einen Topf mit einer schleimigen Flüssigkeit, in der Knochen schwammen; Sohn Jeffrey gab sie als Reste von Tierkadavern aus. „Wir hatten Angst, daß er mit dem Okkulten in Verbindung stand", erklärte sich Stiefmutter Shari den Vorfall.

Der dunkelste Punkt in Dahmers Lebenslauf ist die Beziehung zu seiner Mutter, mit der er anscheinend seit Jahren in einem verhängnisvollen Clinch lag. Für lange Zeit war der Kontakt vollkommen abgebrochen. Am 25. März dieses Jahres jedoch, heißt es in einem Report, hätten die beiden nach fünfjährigem Schweigen erstmals wieder miteinander telefoniert. Nach dem Gespräch rastete Dahmer vollends aus – die Serie von mindestens noch acht Bluttaten folgte.

Welche Bedeutung die gestörte Mutterbeziehung für die Triebverirrungen des Sohnes hat, werden Gerichtsgutachter zu ergründen haben. Auch Triebtätern wie den Deutschen Fritz Honka und Joachim Georg Kroll und dem Knabenmörder Fritz Haarmann hatten Mediziner eine „hypertrophe Mutterbindung" attestiert. „Die Trennung von seiner Mutter", meint Dahmers Stiefmutter, „hat er nie verwunden."

Ganz am Ende des Desasters taucht das Motiv der Trennung und des Alleinseins, nun jedoch grauenhaft verwandelt, wieder auf. Dahmers letztes Opfer, der mit knapper Not seinem Mörder entwichene Tracy Edwards, berichtet: „Und er wollte doch, daß ich ihn nie verlasse. Aber weil er mich nicht lebend haben konnte, wollte er mich zerstükkeln."

Zigaretten

# Korsar und rote Lola

**Aus Brüssel drohen Restriktionen für die Tabakwerbung. Die Kreativen stellen sich schon darauf ein.**

Souverän schreiten zwei hochgewachsene Männer durch die Dunkelheit, langsam treten sie ins Licht, überqueren die Terrasse des Cafés „Schöne Aussichten“ und flanieren zwischen Tischen, an denen Hamburger Szenemenschen ihre Cocktails schlürfen.

Schweigend stellen sich die beiden zur Schau, rot gekleidet vom Bowlerhut bis zu den Schuhen, lassen sich nieder, grüßen wortlos in die Runde, richten gelegentlich den Blick durch rote Ferngläser auf Bäume, Mitmenschen oder das Inventar. Heftig mühen sich die roten Männer, ein Rätsel zu sein, und ihre Pantomime in Purpur dauert fort, bis sie glauben, daß wirklich jeder sie bemerkt hat. Dann verschwinden sie wieder, ihr Ziel ist erreicht.

Roter Nebel wallt im Frankfurter Tanzpalast „Omen“. Im Schummerlicht hinter einer Latexwand bewegen sich schemenhafte Gestalten, und an den Wänden strahlen Dias in leuchtendem Ton: Neuschwanstein vor dem Alpenpanorama oder der Friedensengel über der Münchner Prinzregentenbrücke in Rot. Erdbeerfarben schwappen die Cocktails in den Gläsern, und zu später Stunde schließlich steigt eine schwarzgekleidete Gestalt in ein durchsichtiges Gefäß und läßt den Körper in einer Flüssigkeit versinken, die an Blut erinnert. Dazu dröhnt Rap von härtester Qualität: laut, hämmernd, brutal.

Hinter dem Rotlicht-Spektakel steckt viel Geistesarbeit, mehr noch: eine „Philosophie“. Und die geht so: „Marlboro ist rot. Rot ist Marlboro.“ Mit roten Männern und roten Nächten buhlt der Tabakmulti Philip Morris derzeit um die Aufmerksamkeit der Raucherjugend. In sieben westdeutschen Großstädten stehen monochrome Multimedia-Spektakel auf dem Plan. Ein Londoner „Kreativteam“ der Werbeagentur TBWA hat sich das „Eventmarketing“ eigens für das deutsche Szenepublikum ausgedacht.

Die roten Spielchen sind zeitgemäß; in der Tabakwerbung ist derzeit neues





**Marlboro-Werbemänner*, Anzeige (o.):** Pantomime in Purpur

Denken gefragt. Trendsetter verzichten auf die alten Genrebilder von schönen Menschen, die der Tabakkonsum reich, erfolgreich und glücklich macht. Verklärt blickende Nikotin-Süchtige sind aus den neuen Anzeigen verbannt.

Lucky Strike zeigt nur die Packung mit ein paar Zeilen Schrift dazu. Reynolds schickt, in Westdeutschland zumindest, den Camel-Dschungelkämpfer in Pension und experimentiert mit niedlichen Dromedaren. Und Marlboro treibt nun, jüngstes Beispiel, die Abstraktion auf die Spitze und bildet nur mehr eine rote Fläche ab. Sonst nichts.

Die neue Reklame verspricht überhaupt nichts mehr, außer Krebs („Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit“). Die frohe Botschaft fehlt. Ein kreativer Schub ist über die Werber gekommen, die neue Pflichtübung heißt „Reduktion“ – just zu einer Zeit, da in Brüssel ein neuer Richtlinienentwurf zur Einschränkung der Tabakwerbung vorliegt.

Branchenvertreter streiten jeden Zusammenhang ab. Reynolds-Sprecher Uwe Gabler gibt nicht Brüssel, sondern dem „Zeitgeist“ die Schuld an der Invasion der Kamele. Und bei Philip Morris spricht Marketing-Chef Knut Föckler streng von „Nonsens“ – mit Brüssel habe „der Gag“ mit den roten Anzeigen nichts zu tun.

Wohl doch. Heftiger denn je wird derzeit in Bonn und in den Konzernzentralen über EG-weite Restriktionen diskutiert. Im Herbst liegt dem Ministerrat der EG ein Richtlinienentwurf zur Abstimmung vor, den die griechische Kommissarin Vasso Papandreou eingebracht hat. Und der sieht praktisch das Ende der Tabakwerbung vor.

Wie jetzt schon in Italien, in Portugal und demnächst in Frankreich soll es diesem Vorschlag zufolge in der gesamten Gemeinschaft künftig nicht nur verboten sein, rauchende Menschen zu zeigen; auch indirekte Werbung, wie sie etwa Reynolds für die Camel Collection betreibt, Reemtsma für die „Come Together“-Reisen oder Philip Morris für das Marlboro-Abenteuer-Team, wäre untersagt.

Bisher sind solche Vorstöße vor allem am Veto Großbritanniens, der Niederlande und der Bundesrepublik gescheitert. Erst im vergangenen Jahr lehnten diese drei einen Entwurf ab, der weniger strikt war als der neue aus Griechenland. Nun aber fürchten die Tabakfirmen, daß die Abwehrfront wankt.

Seitdem in London nicht mehr die EG-feindliche Margaret Thatcher, sondern der softere John Major an der Macht ist, glauben Branchenvertreter wie Reemtsma-Sprecher Christoph Walther, daß auf die Briten nicht mehr

* Im Hamburger Park „Planten un Blomen“.

zu zählen ist: Der Neue habe die Neigung, „Dinge auf dem europäischen Altar zu opfern“, bei denen die Regierung zu Thatcher-Zeiten eisern blieb. Und falls bei den Parlamentswahlen im kommenden Jahr die Sozialisten siegen sollten, scheint der Fall ohnehin erledigt: Die Opposition ist für Restriktionen.

Daß die Tabakwerbung völlig abgeschafft wird, scheint indes unwahrscheinlich; möglich aber ist, daß nun ein eingeschränktes Verbot gute Chancen hat: Schluß mit stimulierenden Lifestyle-Szenen; nur die Packung oder Symbole dürfen gezeigt werden. So üben sich die Kreativen denn schon in ästhetischer Selbstbeschränkung, und die Firmen bemühen sich, Symbole oder Farben für ihre Produkte zu besetzen – Kamele sehen, heißt an Camel denken; bei der Farbe Rot, so die Hoffnung, fällt dem Raucher künftig gleich die Marlboro ein.

„Rot ist die Farbe der neunziger Jahre“, haben die Marketingleute bei Philip Morris beschlossen, und ihr Konzept hat bereits beflissene Mitstreiter gefunden. Das Jugendmagazin *Wiener*, immer um ein besonders gutes Verhältnis zur werbenden Industrie bemüht, palavert von der roten „Trend-Farbe der Zukunft“. Die Redaktion preist rote Mode, rote Platten, rote Drinks in einem Beihefter zur August-Ausgabe an. Auf Vorder- und Rückseite der Broschüre treten dieselben roten Männer auf wie in der Philip-Morris-Aktion, und irgendwo zwischen roten Rosen, den roten Teufeln vom Kaiserslauterner Betzenberg und dem Ferrari Testarossa taucht verschämt auch die Marke Marlboro auf.

Selbst Lyrik hat sich ein *Wiener*-Mitarbeiter abgequält: „Der rote Korsar verhakt sich erhitzt in der roten Korsage der roten Lola.“ Und den endgültigen Schulterschluß zur Tabakbranche schließlich leistet das Rezept für ein opulentes Dinner „ganz in Rot“: Zum Nachtisch gibt es „gefüllte Erdbeeren auf Sauce à la Cigarette“.

Kitsch

## Eiche, mundgebissen

Gelsenkirchen präsentiert eine einzigartige Kitsch-Sammlung: lauter Gelsenkirchener Barock.

Peter Hardetert, 46, rang nach Luft. Er stand vor dem größten Fund seiner Recherche, einem 2,50 Meter breiten Koloß von Schrank, gepanzert mit blankpoliertem Nußbaumfurnier, die Griffe in reich verziertem Messing auf üppig geschwun-

genen Wurzelholz-Schubladen – ein Scheusal von Möbelstück.

Kein Zweifel: „Gelsenkirchener Barock“ in Reinkultur, entdeckt von einem Fachmann. Seit drei Jahren forscht Hardetert, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Gelsenkirchener Museums, nach solchen „Prachtexemplaren des angeblich schlechten Geschmacks“, Ungetüme, so der gelernte Geologe, „denen man sich zum Teil nur mit verbundenen Augen nähern kann“.

Hardetert will der Öffentlichkeit vom 22. September bis zum 12. Januar 1992 eine einzigartige Gesamtschau des Gelsenkirchener Barocks präsentieren: röhrende Hirsche, Telefone mit Brokatkapuze, perlmuttblitzende Bowleschüsseln und Prunkschränke mit Häkeldecke – Reliquien deutscher Gemütlichkeit.

Mit dem Generalangriff auf das Geschmacksempfinden der Besucher will der Museumsleiter „den begrifflichen Wildwuchs“ um das Gelsenkirchener Barock ausrotten und die verrufene Stilform wieder „auf ihre Ursprünge zurückführen“. Denn Laien, so der Experte, verstehen Gelsenkirchener Barock als ein Synonym für jede Form von Kitsch, für „alles, was sie nicht leiden mögen“.

Solche Ausweitung eines „wissenschaftlich kaum erforschten Begriffs“ mag auch Gelsenkirchens Oberstadtdirektor Klaus Bussfeld, 45, nicht hinnehmen: Der „Begriffswirrwarr“ schade dem Ansehen seiner Heimatstadt. In einem wissenschaftlichen Colloquium an der Uni Bochum hat Hardetert deshalb von Historikern und Kunstgeschichtlern klären lassen, wie der Mißbrauch des Namens Gelsenkirchen entstanden ist.

Der Begriff stammt, so das Ergebnis, aus der Mitte der zwanziger Jahre. Damals habe Gelsenkirchen die erste Flanier- und Einkaufsmeile des Reviers errichtet, die Bahnhofstraße. Der Stolz der Stadtväter erstrahlte in überladenen wilhelminischen Hausfassaden, mit Säulen, Stuck und Ornamenten, vor denen die Passanten das Staunen lernten.

„Selbstbewußt, wie die Kumpels hier waren“, so Hardetert, tauften sie den pompösen Baustil ihrer Heimat „Gelsenkirchener Barock“ – sozusagen als Botschaft an andere Großstädte: „Was ihr könnt, können wir auch, aber auf unsere Art.“

Erste Anwendung fand die Wortschöpfung nach Hardeterts Erkenntnissen bei den Pennälern in Schalke und Buer: Gelsenkirchener Barock diente ihnen als Sammelbegriff für entsprechend gebaute Mitschülerinnen.

Bald darauf galt Gelsenkirchener Barock reformbeseelten Wohn-Designern der Bauhaus-Bewegung als Inbegriff des überkommenen Bau- und Lebensstils. Mit dem Schimpfwort konnten sie sich vor allem von einem neuen Möbelstück distanzieren, das zu gleicher Zeit die Wohnungen der Arbeiterklasse eroberte: dem Wohnküchenschrank.





**Gelsenkirchener Kitsch-Archivar Hardetert, Mitarbeiter:** „Chippendale mit Dackelbeinen“



**Nußbaumschrank (1953):** „Verbundene Augen“

Auf solche stilechten Ungetüme – bis zu drei Meter breit und viele Zentner schwer – hat es Ausstellungsleiter Hardetert besonders abgesehen. Die Asservatenkammern seines Museums stehen voll davon: 50 Möbel-Monster in wahllosem Stilmischmasch, vom „Chippendale mit Dackelbeinen“ bis zum mächtigen Parade-Schrank mit schwulstig geschwungenen Türen. Hardetert: „Deutsche Eiche, mundgebissen.“

Was den Betrachter heute amüsieren oder schmerzen mag, stellte noch in den späten fünfziger Jahren den ganzen Stolz bundesdeutscher Arbeiter-Familien dar: Nicht nur im Kohlenpott, so Hardetert, hätten die Holzriesen bei der Lieferung zunächst eine

Stunde vor der Haustür gestanden – „damit die gesamte Nachbarschaft sah: Koslowskis haben 'nen neuen Schrank".

Selbst für gutverdienende Bergleute kostete solch ein Renommiermöbel bis zu drei Monatsgehälter. „Gnadenlos", so der Ausstellungsleiter, seien die Kolosse zu Zehntausenden in die Wohnküchen eingezogen. Noch 1954 hätten Hausfrauen in Umfragen mehrheitlich den aufkommenden Nierentisch-Stil zugunsten altbackener Möbelkunst abgelehnt.

Eindeutiger Liebling des Kleinbürgers blieb das Wohnraumbüfett, das nur modernistische Miesmacher als Gelsenkirchener Barock schmähten. Das wuchtige Möbel galt als Zeichen von gutem Geschmack und gutem Geld, ein Muß für jeden Wirschaftswunderhaushalt – ohne Rücksicht auf den Platzbedarf.

Sein Prunkstück, ein 1952er Nußbaummodell, habe er regelrecht erklettern müssen, erzählt Hardetert: Der einstmals 1900 Mark teure Massiv-Schrank habe fast 30 Jahre lang in der 16 Quadratmeter großen Küche eines Bochumer Friseurs gestanden, eingezwängt zwischen Kommode, Tisch und Couch – die Schranktüren hätten sich in solcher Enge „gerade einen Spalt breit öffnen lassen".

Die Kletterei hat sich gelohnt. Das Einzelstück verfügt nicht nur über Kühlschrank und schwarzgekacheltes Barfach mit Spiegel, sondern auch über eine Spezialität des Barocks der fünfziger Jahre: eine Glasvitrine mit kunststoffgepolsterter Rückwand in zartem Lindgrün, dazu passend zwei schmale Vorhänge an den Rändern der goldverzierten Glastüren. 400 Mark hat Hardetert für die stilechte Geschmacksverirrung gezahlt.

Die Gesamtabrechnung mit dem Gelsenkirchener Barock läßt sich die Heimatstadt des Schmähworts, unterstützt vom Land Nordrhein-Westfalen, 3,3 Millionen Mark kosten. Um der Diffamierung endgültig Herr zu werden, wollen die Stadtväter die Ausstellung mit einem kulturellen Begleitprogramm garnieren: Barock-Opern, Vivaldi-Konzerte und Shakespeare-Stücke sollen belegen, daß „Gelsenkirchen mehr ist als Schalke und Kitsch-Möbel", so Bussfeld.

Dabei sei die Idee der Ausstellung, berichtet Hardetert, keineswegs bei allen Gelsenkirchenern auf Begeisterung gestoßen: „Einige Politiker vermuteten so was wie Nestbeschmutzung."

Dagegen verwahrt sich Bussfeld allerdings mit Nachdruck: Die Aktion beweise vielmehr „Selbstbewußtsein und Selbstironie". Schließlich sei man ja „irgendwie" auch auf der Suche „nach dem Gelsenkirchener Barock in uns allen".

Satire

# Frisch gepreßt

Der provokante Song „Tötet Onkel Dittmeyer" der Gruppe „Die angefahrenen Schulkinder" gefällt dem Safthersteller nicht.

Du?" fiepst das kleine Mädchen mit scheuer Stimme. „Ja?" schmeichelt sich der liebe Onkel ein. „Mami hat gesagt", fügt das Kind noch an, da brüllt jemand mit Gewalt: „Tötet Onkel Dittmeyer, tötet Onkel Dittmeyer!"

Gitarren heulen auf, ein wummernder Baß verbreitet Endzeitstimmung – das musikalische Inferno klingt, wie wenn Godzilla durch Tokio läuft und Kernkraftwerke einreißt.

Verantwortlich für den provokanten Lärm ist das Osnabrücker Rockkabarett „Die angefahrenen Schulkinder", das mit dem schamlosen Klamauk auf sich aufmerksam machen will. Nachdem die Band zunächst die rüde Attacke auf T-Shirts gedruckt hatte, wandten sich die Anwälte des Fruchtsaft-Herstellers an die Justiz. Sie ließen den Osnabrücker Staatsanwalt Thomas Kruppa prüfen, ob gegen die drei Musiker ein Ermittlungsverfahren wegen der Anstiftung zu einer Straftat eingeleitet werden müsse.

Als väterlicher Freund preist der Valensina-Erfinder Rolf H. Dittmeyer, 70, in Funk und Fernsehen seinen Saft an. Schnipsel der Werbedialoge haben „Die angefahrenen Schulkinder" in ihr Musikstück montiert. „Das soll ein Spaß sein", klagt Dittmeyer, „ich habe dafür kein Verständnis." Warum er die Zielscheibe für die Gruppe abgibt, versteht der Orangenzüchter nicht.

„Herr Dittmeyer ist doch kein Marsmännchen, sondern ein Mensch", pflichtet Christel Karesch bei, Sprecherin der Procter-&-Gamble-Gruppe, zu der die Fruchtsaft-Firma gehört. „Das ist eine unfeine Art, einen Mordsgag auf Kosten anderer zu machen."

„Das ist wegen der Verantwortung für die unter 16jährigen", erklärt Gitarrist Jo Granada und spielt damit auf die Valensina-Fernsehspots an, in denen der freundliche Onkel Dittmeyer zwischen den Bäumen hervorkommt und mit saccharinsüßem Altherren-Falsett Schulmädchen ins Gespräch verwickelt. Diese Werbung, behaupten die „Schulkinder", sei „die übelste Päderastenserie unter der Sonne". Das mag übertrieben sein – aber es steckt doch ein ehrenwertes Anliegen dahinter: Nicht alle netten Onkels, die aus dichten Büschen treten, wollen den Kindern bloß Orangensaft verkaufen. In ihrer Parodie läßt die Band daher das Kind den Onkel fragen: „Gefällt dir das denn so?" und später „Ah, gut" stöhnen. Was, natürlich, als Warnung zu verstehen ist.

Mit der pädophilen Assoziation stehen die Osnabrücker Musikanten nicht allein. Ein Fernseh-Rezensent der Berliner *taz* schreibt seit rund zwei Jahren unter dem Pseudonym „Herr Dittmeyer" und nannte den Safthersteller, der nur noch als Berater seiner früheren Firma fungiert, in einer Kritik der „III nach Neun"-Talkshow den „Alptraum aller kleinen Kinder". Zu der Sendung vor drei Wochen war die Osnabrücker Comedy-Truppe erst gar nicht eingeladen worden.

„Herr Dittmeyer wollte nicht kommen, wenn ‚Die Schulkinder' auch da sind", sagt Rolf Tiesler, Redakteur der Bremer Talkshow, „ihn beschleicht die Ahnung, daß die ihm eine pädophile Veranlagung unterschieben."

Da Orangen „nicht auf dem Rathausplatz wachsen", rechtfertigt Firmensprecherin Karesch den Fernsehspot, „steht man nun mal im Orangenhain, wenn man die Spätapfelsinen zeigen will". Daher präsentiert der Erfinder seine süßen Säfte im unschuldigen Naturidyll, das sei eine „schöne Idee", und auch das Konzept sei „stimmig".

Die Werbung mit den Produzenten selbst ist in der Branche umstritten. „Wir haben noch nie damit gearbeitet", sagt Jürgen Stolte, Leiter der Marktforschung bei Lintas in Hamburg, „das ist nicht das Gelbe vom Ei." So findet er, daß der Idee-Kaffee-Hersteller Albert Darboven in den Spots doch „etwas unglücklich auf dem Sofa" sitze.

Schulkind Jo Granada hingegen hält die Fernsehspots („wie frisch gepreßt") für irreführend: „Wir sind mit dem O-Saft in die Fußgängerzone gegangen und haben versucht, mit kleinen Mädchen ins Gespräch zu kommen", erzählt er, „aber es ist uns nicht geglückt." Dies sei doch Konsumententäuschung. Daß seine Band im „Tötet Onkel Dittmeyer"-Song keine einzige Note selbst gespielt hat, sei legitim: „Wir haben das von Promis zusammengesampelt, sonst kauft ja keiner die Platte."

Die Dittmeyer-Werbung ist erfolgreich, Valensina behauptet sich als eine der führenden Marken – und nun haben das „Tötet Onkel Dittmeyer"-T-Shirt und die Schallplatte den schon vor sieben Jahren gegründeten „Angefahrenen Schulkindern" zum Durchbruch verholfen. Fast 10 000 der Hemden habe er bereits zur Post geschleppt, sagt der Manager Walter Brecker, „die Jungs haben damit mehr verdient als mit allen bisherigen Platten zusammen".

Inzwischen hat Staatsanwalt Kruppa die förmliche Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Osnabrücker abgelehnt: Schon aus dem Charakter der Musikgruppe, die ihre Show als „obszön, schmutzig und immer daneben" beschreibt, werde klar, daß der Slogan nicht ernst gemeint sei.

Für Dittmeyer hat der Marktforscher Stolte aber einen weiteren Trost bereit. „Selbst das ‚Tötet Onkel Dittmeyer'-T-Shirt könnte noch zur Bekanntheit des Orangensaftes beitragen", sagt er, „und zwar im positiven Sinne." Weil die beste Werbung nämlich augenzwinkernd daherkomme, „denken die Leute, die Dittmeyers setzen noch eins drauf". ◄

**Rockkabarett „Die angefahrenen Schulkinder":** Obszön und geschmacklos




# BJÖRN SCHNUPP: ICH TRAGE EIN HÖRGERÄT.

Irmgard Schnupp über ihren Sohn Björn: „Der Björn hat sich eigentlich ziemlich normal entwickelt, wie jedes andere Kind auch. Als er so 13, 14 Monate alt war, konnte er ein paar Wörter sprechen. Aber statt mehr Wörter wurden es auf einmal weniger, und er sprach sie plötzlich viel härter aus. Dadurch habe ich überhaupt erst gemerkt, daß mit seinem Gehör irgendwas faul sein muß.

In der Uni-Klinik in Mainz wurde seiner-

zeit eine hochgradige Hochton-Schwerhörigkeit festgestellt. Offenbar sind die Hörnerven zum größten Teil zerstört. Die Ursache kann vielerlei sein, aber man weiß nicht, woher das bei meinem Jungen kommt. Jedenfalls bekam er zwei Hörgeräte verschrieben. Bei Kindern ist das unbedingt erforderlich, daß sie für beide Ohren Hörgeräte haben, sonst stimmt's mit der Akustik nicht. Damals war er noch nicht ganz zwei Jahre alt.

Mit den Hörgeräten ging's dann bei Björn langsam bergauf. Er hörte zwar immer noch nicht ein Wort im Ganzen, sondern meistens nur die A, O oder I in den Silben, aber die S, T und P mußte er noch vom Mund ablesen. Mit dreieinhalb Jahren kam er dann in einen Gehörlosen-Kindergarten. Dort, in der Frühsprachenerziehung, hat er durch Spielen Sprechen gelernt. Was ihm dort beigebracht wurde, haben wir zuhause immer wieder geübt und geübt. Jetzt geht er aufs Internat, in die 5. Klasse. Aber mit der Schule hat er es nicht so. Vom Sprachverständnis her hängt er, vor allen Dingen beim Lesen. Wenn es um Micky-Maus-Hefte geht, klappt das ruckzuck, aber sonst macht er schon noch Fehler.

Der Björn ist ein ziemlich robuster Kerl. Nur wenn er jemanden nicht kennt, hat er noch etwas Schwierigkeiten. Er fährt unheimlich gern Fahrrad. Wenn er heimkommt, nichts wie rauf auf sein BMX und los. Der Björn ist manchmal stundenlang in der Gegend unterwegs. Schwimmen geht er auch gerne. Da muß er seine Hörgeräte natürlich herausnehmen, denn die würden das wohl nicht mitmachen, wenn er dauernd ins Wasser springt.

Ihm fällt es von Jahr zu Jahr leichter, mit Kindern, die normal hören, zu spielen. Früher gab es andauernd Verständigungsschwierigkeiten, weil er die anderen Kinder oft nicht richtig verstanden hat. Dann haben sie sich in die Wolle gekriegt, bis die Fetzen flogen. Das ist jetzt gottseidank nicht mehr so schlimm. Seine Hörgeräte haben ihm in dieser Beziehung doch sehr geholfen.

Was er mal werden will, weiß er noch nicht. Er hat ja auch noch ein paar Jahre vor sich. Aber mit der Technik hat er's. Wenn es irgendwo etwas einzustellen gibt, Videorecorder, Fernsehapparat oder so, dann hat er das sofort raus. Bis ich die Bedienungsanleitung durchgelesen habe, hat er das schon fix und fertig eingestellt. Manchmal baut Björn aus Lego-Technik irgendein Ding zusammen, ein Auto, ein Schiff oder einen Kran. Er macht so lange daran herum, bis es funktioniert. Aber wehe, wenn's mal nicht so recht klappt. Dann knallt er das Ding in die Ecke. Bis er mal wieder Lust hat und weitermacht."

Björn Schnupp ist 12 Jahre alt und hat seine beiden Hörgeräte von einem Hörgeräte-Akustiker mit diesem Zeichen:




EINE ANZEIGE DER FÖRDERGEMEINSCHAFT GUTES HÖREN, WILLIBALDSTRASSE 7, D-8508 WENDELSTEIN.

**Helmut Kohl,** 61, Bundeskanzler, wird während seines Sommerurlaubs nicht durch unliebsame Gäste gestört. Das übliche Sommerloch-Interview der ZDF-Sendung „Bonn direkt“, wo der Kanzler in entspannter Atmosphäre auf einer Terrasse am Wolfgangsee zu allen wichtigen Fragen der Republik Stellung nimmt, wird diese Woche auf Bitten des Kanzleramts nicht von Kohls konservativem Intimfeind Wolfgang Herles geführt (SPIEGEL 29/1991), sondern vom Stellvertreter des Bonner ZDF-Studioleiters, Peter Ellgaard. Herles durfte seinerseits vorvergangenen Sonntag den SPD-Vorsitzenden Björn Engholm auf einer Bootsfahrt befragen. Dabei mußte er sich jedoch Anspielungen des Sozialdemokraten auf die Kanzlerkritik an Herles gefallen lassen, die der noch amtierende Studiochef nur mit einem matten „Wir wollen nicht soviel über Journalisten reden . . .“ abwehrte.

**Manfred Richter,** 42, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bundestag, leidet unter den Folgen einer frühen künstlerischen Ambition: Der Liberale wurde vor Jahren als Laiendarsteller der „Jungen Bühne Bremerhaven“ in dem Boulevard-Schwank „Ich bin begeistert“ abgelichtet, als er eine Wahrsagerin um Rat fragte (Foto). Seitdem kursiert das Bild, nicht selten hämisch kommentiert, in den Bremer Medien. Auch im jetzigen Bremer Wahlkampf wurde das Dokument aus dem mimischen Schaffen des Politikers



wieder von einem Szene-Magazin veröffentlicht. Richter will allerdings im politischen Geschäft nie Entscheidungshilfe bei der Astrologie gesucht haben; denn am Beispiel des „Feldherrn Wallenstein“ werde klar, „daß die Sterndeuterei gegen Intrigen im eigenen Lager nichts ausrichten kann“.

**Norbert Blüm,** 56, Arbeits- und Sozialminister, fiel der Zensur des Bundespresseamtes zum Opfer. Aus seinem Urlaub in Finnland meldete sich der ehemalige Werkzeugmacher, um zur Umverteilung des Kapitals in Ostdeutschland aufzurufen. Wenn bei künftigen Kapitalbildungen nicht per Investivlohn umverteilt würde, dann wäre das Ergebnis der deutschen Einheit, so Blüm letzte Woche im Deutschlandfunk, „daß die Eigentümer im Westen sitzen und für den Osten eigentlich nur die Arbeit übrigbleibt“. In der veröffentlichten Mitschrift des Presseamtes wurden weitere systemstürzende Bemerkungen des Christdemokraten getilgt. Blüm im weggeschnittenen O-Ton: „Warum sollten Arbeitnehmer nicht an ihrem Betrieb mitbeteiligt werden, den sie mit ihrer Arbeit auch erhalten? Und warum soll denn das, was übrigbleibt, nur einer Seite zugute kommen?“

**Rino Formica,** 64, italienischer Finanzminister, stellt neuerdings Steuersünder öffentlich an den Pranger. Italienische Massenmedien erhielten aus dem Finanzministerium Computerdisketten mit den Daten von insgesamt 670 000 Steuerfrevlern. Wohlbekannte Namen von Politikern, Unternehmern, Künstlern und Journalisten befinden sich auf den Datenträgern, etwa der Lederwarenproduzent Roberto Gucci oder Romano Mussolini, der Sohn des 1945 hingerichteten Duce. Die Liste der größten Steuerbetrüger führt indes ein Schrotthändler aus Turin an. Nach Erkenntnissen der Steuerfahnder machte der Altmetallhöker seit 1987 über 30 Millionen Mark Gewinn, den Finanzbehörden hatte er nicht eine Lira angezeigt.






**Stefanie Graf,** 22, deutsche Tennisspielerin, wirbt mit falschen Händen. In vier TV-Spots eines italienischen Nudel-Kochers, die demnächst gesendet werden, räkelt sich der Tennisstar im hautengen kleinen Schwarzen auf dem Fernsehschirm (Foto) und preist in albernem Werbe-Deutsch („Der Beginn einer kochenden Leidenschaft“) die verschiedenen Nudelformen, als wären es Schmuckstücke („Das ist Fusilli, ein Stück aus meiner Lieblingskollektion“). Doch sowenig die Nudeln echt sind, sie wurden kräftig mit goldgelber Farbe geschönt, genausowenig gehört die zarte Hand, wenn diese solo gezeigt wird (Foto), Stefanie Graf. Die schöne Hand wurde von einem Model gedoubelt. Den Werbefilmern erschienen die kräftigen Tennishände der Weltranglistenzweiten nicht elegant genug.

**Jörg Haider,** 41, Obmann der rechtslastigen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), stellt sich in den Dienst des Parteikassierers. In einem farbigen Faltprospekt bietet die FPÖ den Fans des sportlichen Ex-Landeshauptmannes eine ganze



Tennis-Kollektion im „neuen Jörg-Design“ (Foto) an: Vom Polo-Tennishemd mit dem aufgedruckten Schriftzug „Jörg“ über die ebenso verzierte Tennishose bis zum „Jörg“-Schweißband-Set und dem „Jörg“-Tennisball, passend in den Parteifarben Blau-Gelb, bekommt der treue Anhänger des FPÖ-Vorsitzenden alles im Partei-Shop. Auch ein wärmender „Jörg“-Schal aus 100 Prozent Baumwolle mit eingesticktem Namenszug findet sich im Angebot – nach Meinung von Haider-Gegnern gerade das Rechte für den kalten Wind, der Haider und seiner Partei nach dessen Lob für die Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches entgegenweht.

**Anne McIntosh,** 36 (Foto), britische Europaabgeordnete der Konservativen, hatte überraschenden Erfolg als vermeintliche Hure. Die Politikerin wollte auf dem Straßenstrich ihres Wahlkreises in Southend (Essex) erkunden, ob und wie die Gesetzeslage zur Prostitution zu ändern sei. Dazu begab sich die Tory-Dame in normaler Kleidung in den Rotlichtbezirk, begleitet von einer Undercover-Agentin in angemessenem Outfit: hautengem Pullover und Minirock. Doch die Freier interessierten sich mehr für die Politikerin, die zunächst nur beobachten wollte, weniger für den Lockvogel, eine hübsche Polizistin. Zwar konnten die Damen zudringliche Kunden abwehren, aber die hohe Zahl von Liebeshungrigen irritierte die Parlamentarierin dann doch: „Ich war erschrok-



ken über die ungeheure Nachfrage.“ Jetzt will sich die Politikerin für lizenzierte Standorte abseits von Wohngebieten einsetzen, denn „die Nachfrage“, so die Erkenntnis der beeindruckten Sex-Feldforscherin, „wird nie geringer werden“.

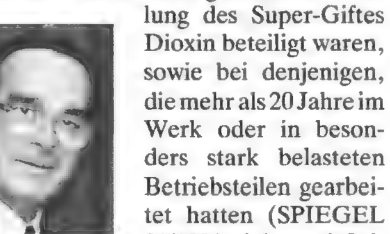


**Josef Löflath,** 76, Allgäuer Maler und Amateurhistoriker, kann es Richtern nicht recht machen. Nachdem an seinem Auftragsgemälde für die Eingangshalle des Landgerichts zu Kempten schon eine – historisch verbürgte – Hexen-Hinrichtung beanstandet und getilgt wurde, nahm die örtliche Jury unter maßgeblichem Einfluß von Landgerichtspräsident Erwin Brunner letzte Woche auch an Barbusigem Anstoß: Die Darstellung einer brustfreien päpstlichen Mätresse, rittlings auf einem Schwein sitzend (Foto), sei eine „Beleidigung fürs Auge“ (Jury) und müsse durch Schicklicheres ersetzt werden. Die Entrüstung der Kemptener Kunst-Richter ist der schiere Lokalpatriotismus: Ihr Landgericht logiert im ehemaligen fürstäbtlichen Stift, dessen Geschichte dem Künstler als Motiv aufgegeben war. Maler Löflath („Alle Darstellungen sind geschichtlich belegt“) ist nun selber empört und weiß noch keinen Ersatz für die Halbnackte: „Da bleibt erst mal ein Loch im Gemälde.“

# REGISTER

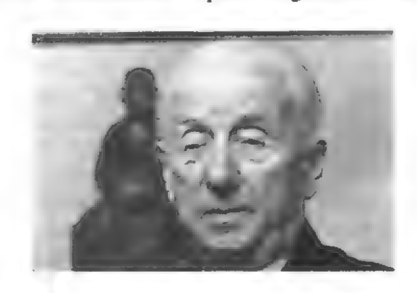
## GESTORBEN

**Hubertus Liebrecht,** 60. Vorsichtig erklärte die Geschäftsleitung des Pharmakonzerns Boehringer Ingelheim am 3. August 1990 in einer Pressemitteilung: „... erste Ergebnisse deuten daraufhin, daß Dioxin eine krebserzeugende Wirkung am Menschen besitzt". Am 31. August 1990 plazierte die *Bild*-Zeitung einen kurzen Artikel mit der Überschrift: „Arznei-Chef Boehringer – Krebs". Für den Hamburger Arbeitsmediziner Professor Alfred Manz stand zu jenem Zeitpunkt fest: Es zeigte sich „Tumor-Überhäufigkeit" vor allem bei denjenigen Mitarbeitern der Firma Boehringer, die vor 1956 im Werk Hamburg an der Herstellung des Super-Giftes Dioxin beteiligt waren, sowie bei denjenigen, die mehr als 20 Jahre im Werk oder in besonders stark belasteten Betriebsteilen gearbeitet hatten (SPIEGEL 31/1991; siehe auch Seite 106). Untersuchungen an vielen Orten der Bundesrepublik hatten außerdem ergeben, daß Ingelheims Boden mit Spitzenwerten von Dioxin belastet ist. Konzernherr Hubertus Liebrecht wohnte auf dem Firmengelände des Pharma-Werkes Boehringer. Seit 1967 gehörte er der Geschäftsleitung der nach Hoechst und Bayer größten Pharma-Gruppe der Bundesrepublik an. Er galt als scheuer, in seinem Unternehmen jedoch äußerst engagierter Mann, der seine Mitarbeiter am liebsten vor Ort motivierte. 4,6 Milliarden Mark Umsatz waren die Erfolgsbilanz des internationalen Konzerns, rund 3,5 Milliarden Privatvermögen machten den Nachkommen des Firmengründers Albrecht Boehringer zu einem der reichsten Männer Deutschlands. Einen direkten Erben hinterließ er nicht. Hubertus Liebrecht starb am vorvergangenen Samstag an Krebs.



◆

**Christian Comte de La Croix de Castries,** 88. Weltruhm erlangte der Sproß einer der ältesten Soldatenfamilien Frankreichs (einer seiner Ahnen diente Ludwig XVI.) durch seine größte militärische Niederlage: Als Befehlshaber der indochinesischen Dschungelfestung Dien Bien Phu hatte er zwar 57 Tage lang der Belagerung durch die Vietminh, die „Volksarmee" des legendären Ho Tschiminh, standgehalten, mußte aber im Mai 1954, als seinen Truppen die Munition ausgegangen war, die Festung übergeben. General de Castries geriet mit fast 10 000 Mann in kurzfristige vietnamesische Gefangenschaft. Der Fall von Dien Bien Phu besiegelte Frankreichs Rückzug aus Indochina. Als de Castries 1956 Kommandant der 5. Panzerdivision in Landau in der Pfalz wurde, empörten sich Bewohner der ehemaligen französischen Besatzungszone. De Castries wurde vorgeworfen, als Kommandeur eines marokkanischen Spahi-Regiments bei



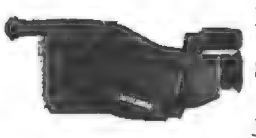
der Einnahme von Freudenstadt im Schwarzwald sinnlose Brutalität geduldet zu haben. 1959 schied der General auf eigenen Wunsch vorzeitig aus dem aktiven Militärdienst aus und verdingte sich bei einem Pariser Handelsunternehmen. De Castries starb jetzt in Paris.

◆

**Jussuf Idris,** 64. Wenn im Armenviertel von Kairo kurz vor Mitternacht der letzte Patient die Praxis des Arztes verließ, das Licht im Arbeitszimmer aber bis in die Morgenstunden weiterbrannte, raunten die Nachbarn: „Der Hakim fängt seine Träume ein." Dann nämlich begann das andere Leben von Jussuf Idris, das des Geschichten-Erzählers. Er beschrieb zunächst, was ihn umgab, die Schwärme von Kindern, die zahllos in die Welt gesetzt „wie Krümel beim Brotschneiden entstehen", das Dorfleben, in dem er großgeworden war, die sexuelle Unterdrückung, Enge und Armut. Aber er ließ auch die arabische Märchenwelt der klugen Narren wiederauferstehen (El-Farafir, 1964). Seine Kurzgeschichten, Erzählungen und Theaterstücke gehören zu den meistgelesenen des modernen Ägypten. Das klassische Arabisch, zuweilen kunstvoll durchsetzt mit der Umgangssprache, genügte selbst den strengen sprachlichen Maßstäben der Koranlehrer. Einen mit 1000 Pfund dotierten Literaturpreis, vergeben von der Beiruter Literaturzeitschrift *Hiwar* (Dialog), lehnte er 1965 ab. Er wäre unversehens in ein politisches Kreuzfeuer geraten: Sowohl die Rechten als auch die revolutionären Linken fühlten sich durch die bevorstehende Verleihung provoziert, und weder zu den einen noch zu den anderen wollte er sich bekennen. Jussuf Idris starb am vergangenen Donnerstag in London an den Verletzungen, die er sich bei einem Sturz in ein Fenster zugezogen hatte.



# Packende Bilder mit Mitsubishi



Mit Videoprints, den elektronischen Sofortbildern von Mitsubishi, sind Sie jetzt überall am Ball. In Zehntelsekunden halten Sie entscheidende Szenen vom Fernseher, Videorecorder und Computer fest. Und wenige Sekunden später haben Sie ein fertiges Sofortbild in der Hand. Einfacher und schneller geht's kaum, preisgünstiger auch nicht. Namhafte Nachrichtenagenturen setzen den Mitsubishi Schwarzweiß-Videoprinter P-66 E zunehmend im harten Redaktionsalltag ein. Mit ihm bekommt man augenblicklich Hardcopies vom Bildschirm zu Preisen von circa 10 Pfennig pro Bild. Auch in Arztpraxen und Labors wird er bereits tausendfach an Ultraschallgeräten und Mikroskopen genutzt. Die moderne Thermotransfer-Technik aller Mitsubishi Videoprinter ermöglicht hohe Auflösung, super Kontraste und Formate von 100 x 75 mm bis 253 x 188 mm.



Mitsubishi Videoprinter sind die modernen Bildausgabegeräte. Sie sind zeitgemäßer als herkömmliche chemische Sofortbildverfahren und sie sind sehr flexibel anschließbar so wie der P-68 E. Sie geben Ihnen fast DIN A 4 große s/w-Bilder wie der preisgünstige P-71 E und bieten Ihnen Funktionen wie AUTOSCAN und Multibild-Darstellung wie der größte der Schwarzweiß-Videoprinter von Mitsubishi, der P-78 E.




Übrigens: Für alle Anwender, die packende Bilder auch in Farbe wollen, hält Mitsubishi drei verschiedene Farb-Videoprinter bereit. Wir sagen Ihnen gerne, welcher Mitsubishi Videoprinter für Ihre Anforderungen der richtige ist: **(02102) 486-187/178**

**MITSUBISHI**
ELECTRONIC VISUAL SYSTEMS

MITSUBISHI ELECTRIC EUROPE GMBH,
CP-Marketing & Sales,
Gothaer Straße 8,
DW-4030 Ratingen 1,
Tel. (02102) 486-187/178

Vertrieb in der Schweiz:
Schibli-Vision, Hans K. Schibli AG,
Oberfeldstraße 12c,
CH-8302 Kloten/Zürich,
Tel. (01) 8131616

Vertrieb in Österreich:
Fritz Brüll GmbH,
Kriehubergasse 9,
A-1050 Wien,
Tel. (0222) 543748

## MONTAG

**20.00 – 21.30 Uhr. DFF.**

**Frauenarzt Dr. Sibelius**

Zu diesem Kaiserschmarren – grenzenlos edelmütiger Chefarzt (Old Shatterhand als chirurgische Tatterhand: Lex Barker) übersteht sogar die Eifersuchtsanwandlungen seiner Frau (Senta Berger) – gibt es echten Kaiserschnitt: Einblendungen von Bildern einer Operation (Deutschland 1962, Regie: Rudolf Jugert).

**22.00 – 22.30 Uhr. ARD.**

**Die Kinder des Großen Führers**

Robert Hetkämper, Autor dieser Nordkorea-Reportage, war schockiert über die repressive Perfektion, mit der der Alt-Stalinist Kim Il Sung seine Untertanen infantilisiert.

**22.25 – 0.05 Uhr. 3Sat.**

**Die nackte Frau**

Trotz des Titels kein Porno, sondern eine intelligente Verwechslungskomödie. Der römische Gebrauchtwarenhändler Sandro (Nino Manfredi, der auch Regie führte) trennt sich von seiner Frau Laura (Eleonora Giorgi). In einem halb verfallenen venezianischem Palazzo entdeckt er das Foto einer Nackten, das ihn an seine Frau erinnert. Recherchen des noch immer Eifersüchtigen bestärken ihn in dem Verdacht, Laura führe ein Doppelleben als „anständige" Frau und als Straßenmädchen. Sandro hetzt durch das Gewirr des venezianischen Karnevals mit seinen gespenstischen Masken – das Geheimnis bleibt ungelöst. „Bravissimo", jubelte die *Stuttgarter Zeitung* über diesen italienisch-französischen Film von 1981.



Giorgi, Manfredi

## DIENSTAG

**19.30 – 21.15 Uhr. ZDF.**

**Der Seemann und die Nonne**

Sie heißt nicht nur Angela, sondern bleibt den ganzen lieben Film (USA 1956) lang engelsrein: Deborah Kerr als Missionsschwester auf einem japanisch besetzten Pazifik-Eiland erliegt nicht eine Sekunde den Avancen des gestrandeten U-Boot-Corporals Robert Mitchum. Dem Zeitgeist zu Willen hielt Regisseur John Huston jeglichen Sex aus der Geschichte heraus. Entsprechend fad wirkt der Film.



Kerr, Mitchum

**21.00 – 22.25 Uhr. Nord III.**

**Ossegg oder Die Wahrheit über Hänsel und Gretel**

Manche Filme brauchen Märchen. Zum Beispiel dies: Der sensible Archäologe Ossegg (Truffaut-Darsteller Jean-Pierre Léaud) ließ sich als Kind von der Grimmschen Pfefferkuchen-Mär derart neurotisieren, daß er auch als Erwachsener seine Finger unter Handschuhen verbirgt, als müsse er fürchten, eine böse Hexe könne ihn noch heute appetitlich finden. Um seinen Hänsel-Komplex zu bewältigen, macht sich der Archäologe wissenschaftlich an die Aufklärung des Märchens. Was er ausgräbt, weist auf einen Wirtschaftskrimi hin: Die Hexe war untadelig, Hänsel und Gretel waren Bösewichter, die der guten Alten zwecks eigener Produktion Lebkuchenrezepte entrissen haben. Am Schluß wird's wieder märchenhaft. Der Film von Thees Klahn (Deutschland 1987) kam bei der Kritik unterschiedlich an: Die *Frankfurter Allgemeine* lobte, *Frankfurter Rundschau* und *Tagesspiegel* waren entsetzt.

**22.00 – 22.50 Uhr. RTL plus.**

**Explosiv**

Auf dem heißen Stuhl: Bestseller-Autor Johannes von Buttlar, der – kein Studentenulk – behauptet, die Kreise in Kornfeldern seien „intelligente Botschaften aus einer anderen Dimension".

**23.00 – 23.45 Uhr. Sat 1.**

**SPIEGEL TV Reportage**

Am 6. August jährt sich zum 200. Mal der Jahrestag der Fertigstellung des Brandenburger Tores. Seither haben die Mächtigen und die Ohnmächtigen aller Epochen das ehemalige Berliner Stadttor durchritten und durchschritten, von Napoleon über Wilhelm II., Adolf Hitler und Marschall Schukow bis zu den unbekannten Berlinerinnen und Berlinern im Wendejahr 1989.

## MITTWOCH

**20.15 – 21.00 Uhr. ZDF.**

**Studio 1**

Themen: Stasi-Werkzeug Medien – Politskandale in neuem Licht; Asylmißbrauch – Politikerstreit ohne Ende; SED-Parteiarchiv – Innenansichten zum Mauerbau; Sommer-Hit Diät – die Trennkostlüge.

**22.45 – 0.45 Uhr. West III.**

**Vermißt**

Kein künstlerisches Meisterwerk, aber ein subversiver, aufrüttelnder Film, den der Exilgrieche Costa-Gavras („Z") 1981 in den USA drehte. Ein Vater (Jack Lemmon) fahndet zusammen mit seiner Hippie-Schwiegertochter (Sissy Spacek) nach dem Schicksal seines Sohnes, der nach den Wirren des chilenischen Militärputsches vermißt wird.



Spacek, Lemmon

**22.45 – 1.05 Uhr. Pro 7.**

**Julia und die Geister**

Eine Frau (Giulietta Masina) entdeckt nach 15jähriger Ehe, daß ihr Mann sie betrügt. In ihrer gesteigerten Unsicherheit erinnert sie sich an ihre Kindheit. Federico Fellini schuf diesen faszinierenden Bilderbogen zwischen Traum und Realität 1965.

## DONNERSTAG

**20.15 – 20.59 Uhr. ARD.**

**Eine Frau mit Vergangenheit**

Die Irrfahrt des Schadowschen Vierspänners zwischen Werkstatt und Ab-

# DIE NEUE SICHT

**Erstmals in einem System: Text- und Formularbearbeitung.**

Im Viewtyper sind Leistungen auf bisher nicht erlebte Art kombiniert. Einerseits als perfekte Textverarbeitung mit WYSIWYG: Bereits beim Schreiben zeigt der Bildschirm das an, was später ausgedruckt wird.

Andererseits als perfekte Formularbearbeitung, die dem Ärger vieler Sekretärinnen – zeitaufwendiges, umständliches Ausfüllen von Formularen und Vordrucken – ein Ende macht: Sie rufen das eingescannte Formular aus dem Speicher auf den Bildschirm ab. Schon können Sie exakt plazieren.

Viewtyper ist an jede AEG Olympia Schreibmaschine mit i-Schnittstelle anschließbar und MS-DOS-Datei-kompatibel. Fragen Sie Ihren AEG Olympia Fachhändler nach der ebenso einfachen wie intelligenten Art präzisen Schreibens. Oder rufen Sie 01 30/78 00.

DAMM 1417



stellplatz auf dem Brandenburger Tor – beobachtet von Hans-Dieter Rutsch.

**20.15 – 21.55 Uhr. RTL plus.**

**Austern mit Senf**

Franz-Antel-Schmarren aus dem Jahr 1979: blanke Busen, blanker Unsinn, Sascha Hehn.

**22.25 – 0.00 Uhr. 3Sat.**

**Sammy und Rosie tun es**

Der pakistanische Politiker und Geschäftsmann Rafi muß während eines Besuchs in London erkennen, daß sich seine einst so geliebte Stadt in ein von Straßenkämpfen durchsetztes Chaos verwandelt hat. Im Bekanntenkreis seines Sohnes Sammy und seiner Schwiegertochter Rosie wird er Zeuge der Irritation, aber auch der Lebenslust einer in Aufruhr versetzten Gesellschaft. Mit diesem Film wirft Stephen Frears, einer der bekanntesten Regisseure des „New British Cinema", einen respektlosen und satirischen Blick auf Margaret Thatchers England. Das Stück ist Auftakt einer Reihe von 18 Filmen, mit denen der Satellitensender bis Oktober einen Überblick über das schon legendäre „neue britische Kino" bietet.



Frears-Darsteller

## FREITAG

**21.50 – 22.30 Uhr. ARD.**

**Plusminus**

Vorgesehene Themen: Wie SED und Stasi die Wirtschaftswende planten; Auswirkungen des Truppenabbaus auf Militärstandorte; macht das NVA-Erbe Waffenkäufe überflüssig?; bremst das Kartellamt die Wirtschaft im Osten?

**22.00 – 0.00 Uhr. Nord III.**

**BerlinMitte**

Diskussion über die Wohnungsnot.

**22.10 – 23.00 Uhr. ZDF.**

**Aspekte**

Ruinen, und was sie über das Scheitern der Ideologien und Systeme erzählen. Dargestellt am Beispiel von Beirut, St. Louis, Dresden und Nürnberg.

**23.50 – 1.25 Uhr. ARD.**

**Das letzte Rezept**

Der Apotheker (O. W. Fischer) ist schön und unschuldig. Eine rauschgiftsüchtige Primaballerina (Sybil Werden) umgarnt ihn und klaut Morphium. Am Ende wird die Unschuld des Pillendrehers erwiesen. Rolf Hansens Film (1951) führt zurück in die hehre Einfalt von Opas Kino.



Hatheyer, Fischer

## SAMSTAG

**20.15 – 21.55 Uhr. RTL plus.**

**Wilde Pferde**

„Ein bedeutungsloser Streifen blockiert zwei Filmtheater", schimpfte die *Frankfurter Rundschau* über John Sturges' Western (Frankreich/Italien 1973). Charles Bronson, obwohl hoch zu Roß, konnte die Geschichte vom Kampf des wackeren Pferdezüchters gegen einen fiesen Großgrundbesitzer (Marcel Bozzuffi) nicht spannender machen.

**22.45 – 0.35 Uhr. Nord III.**

**Eine Flamme in meinem Herzen**

Die Liebe, die große, die allumfassende und absolute, auf Leben und Tod: Davon spricht Racines Bérénice in schön schwingenden Versen. Doch die Pariser Schauspielerin Mercedes, die diese Bérénice spielen soll, kommt mit den Versen nicht klar und läßt die Rolle sausen, denn sie geht völlig in ihrer eigenen Liebesutopie auf. Auch sie will das Absolute, aber nicht in Versen, sondern im Fleisch, als Glücksrausch, als immerwährendes Von-Sinnen-Sein. Einen Liebhaber, der diesem Traum offenbar nicht gewachsen war, einen anhänglichen, doch auch zupakkend herrischen Proleten nordafrikanischer Herkunft, stößt sie zu Beginn des Films von sich – und wirft sich gleich mit ihrer ganzen Maßlosigkeit von Bereitschaft und Anspruch auf einen neuen, diesmal einen gutartigen Intellektuellen. Die Schauspielerin Myriam Mézières hat die Figur, die Geschichte entworfen, für sich, und der Regisseur Alain Tanner hat einen kleinen zarten Schwarzweißfilm (1987) mit Musik von Johann Sebastian Bach daraus gemacht.



Mézières

## SONNTAG

**20.15 – 22.10 Uhr. ARD.**

**Der Mann, der zuviel wußte**

Alfred-Hitchcock-Klassiker von 1956: Während einer Urlaubsreise durch das exotisch leuchtende Marokko wird das amerikanische Arzt-Ehepaar McKenna, verkörpert von Doris Day und James Stewart, zufällig zum Zeugen eines politischen Komplotts. Wenig später wird ihr siebenjähriger Sohn entführt.

**21.45 – 22.15 Uhr. RTL plus.**

**SPIEGEL TV Magazin**

Voraussichtliche Themen: Berliner Bau-Mafia auf Ost-Kurs; Jugo-Krieg in Frankfurt.

**22.05 – 0.35 Uhr. ZDF.**

**Die Zauberflöte**

An der Aufführung von den Salzburger Festspielen (Regie: Johannes Schaaf, musikalische Leitung: Sir Georg Solti) gefiel den Rezensenten die „stimmlich fabelhafte Form" (*FAZ*) des fast noch jugendlichen Ensembles (Tamino: Deon van der Walt, Pamina: Ruth Ziesak, Königin der Nacht: Luciana Serra). Bezaubernd schön kam allerdings Schaafs Inszenierung nicht an: Der Regisseur habe zu viele Kontraste eingeebnet, meinten Kritiker.

**22.10 – 22.40 Uhr. ARD.**

**ttt**

Provokation als PR-Gag – Henscheid contra Böll: nur ein Fall für zwei?; zwischen Ballett und Bordell – die neue Freizügigkeit in der Mode; aus Kalifornien in die neue Weltstadt Berlin – die Heimkehr des Schriftstellers Reinhard Lettau.

# Lothars dritte Halbzeit.




**Gatorade. Besiegt den Durst... gibt Dir neuen Schwung.**

## HOHLSPIEGEL

Die *Frankfurter Allgemeine* über den Wettbewerb in der PC-Branche: „Ob die Schlachtgesänge der Skribenten, die das Messer an der Tastatur wetzen und das Vier-Punkte-Kommuniqué metaphorisch zwischen einer Ehescheidung der Entwicklungspartner Microsoft und IBM und allen Ernstes einem ‚Irak der Software-Welt' abhandeln, am Ende ihr Papier wert sein werden, bleibt abzuwarten. Aber angesichts der Schadenfreude auf Kosten Microsofts, weil der Gigant IBM glaubt, mit einem Preßschlag von Kooperationserklärungen Handlungsfreiheit und wieder die ‚Alles mir nach'-Rolle zurückgewinnen zu können, stimmt Wedell gern ins Hohelied vom freien Spiel der Kräfte ein. ‚Möge der Bessere gewinnen' klingt einfach besser als ‚Kesselschlacht' und ‚Monopolist Microsoft'."

◆

**Scharfe Kritik aus Stuttgart**

Gesetz gegen organisierte Kriminalität im Bundeskabinett

Aus dem *Südkurier*

◆

**Wieder mehr Jungen als Mädchen**

Positive Bevölkerungsentwicklung in den weißblauen Landkreisen

Aus dem *Rhön- und Streuboten*

◆

Die *Frankfurter Rundschau* über Gran Canaria: „Die Kanarier kommen hier nur als Dienstpersonal vor und haben naturgemäß nichts zu sagen. Das aber gefälligst auf deutsch."

◆

Aus der *Frankfurter Rundschau*: „Dort *(am Trafalgar Square,* -Red.) hatten deutsche Bomben 1940 das Möbelhaus Hampton niedergelegt und damit Platz geschaffen für eine Erweiterung der unmittelbar angrenzenden Nationalgalerie."

◆

Aus den Amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichtes Hof: „Bürger Anna Barbara Heinrette, gen. Heinricka, geb. Friedel, geb. am 9. 5. 1843 in Schleeknock (fr. Gemeinde Carlsgrün, jetzt Marktgemeinde Bad Steben), amerikanische Staatsangehörige, . . . angeblich verstorben am 6. 2. 1872 in Philadelphia (USA), soll für tot erklärt werden und als Zeitpunkt des Todes der 31. 12. 1875 festgestellt werden (§ 9 Abs. 3 VerschG). Die Verschollene wird aufgefordert sich zu melden, widrigenfalls sie für tot erklärt werden kann."



## RÜCKSPIEGEL

### Zitate

Die *Süddeutsche Zeitung* zu den neuen Vorwürfen gegen Lothar Späth (SPIEGEL Nr. 31/1991, Affären – Konto für Imagepflege):

Kein Politiker der ersten Garnitur hat so rasch Konsequenzen aus seinem Fehlverhalten gezogen wie Lothar Späth: Zum Jahreswechsel waren die von Industriellen gesponserten „Traumschiff"-Reisen publik geworden, am 13. Januar trat der baden-württembergische Regierungschef zurück. Als Eingeständnis der eigenen Schuld freilich hat er diesen Schritt nie verstanden, und bis heute wehrt er sich gegen solche Deutungen . . . Bis jetzt ist nichts ermittelt worden, was Späth mit dem Strafrecht in Konflikt brächte. Auch die jüngste, von Agenturen unter der Schlagzeile „Neue Vorwürfe gegen Späth" vorab verbreitete SPIEGEL-Geschichte ändert daran vorläufig wenig. Neu ist allenfalls, daß nun auch der Stuttgarter Oberstaatsanwalt sagt: Sollte die Firma SEL, auf Veranlassung von Späth, rechtswidrig Finanzhilfen des Landes erhalten haben, würde dies einen „Anfangsverdacht der Bestechlichkeit" begründen. Das aber ist exakt der Punkt, wo die oppositionelle Minderheit im Untersuchungsausschuß des Landtags seit langem steht und nicht weiterkommt: Man möchte für möglich halten, daß Späth seinen Gönnern gefällig gewesen sei – bloß nachweisen hat man es ihm noch nicht können.

◆

Die *Hamburger Morgenpost* in einem Kommentar zur neuen Nord-Süd-Entwicklung (SPIEGEL Nr. 31/1991, Städte – Der Siegeszug der Saupreißn):

Fast können sie einem ein bißchen leid tun, die Münchner. Eben noch war ihre Stadt als „heimliche Hauptstadt" im Gespräch, nun müssen sie im SPIEGEL lesen, wie es in Wahrheit um ihre „Weltstadt mit Herz" steht: München ist out, Hamburg ist in. So schnell kann das gehen, Berlin sei Dank.

Die *Süddeutsche Zeitung* zum selben Thema:

Was uns Münchner derzeit zusammenschmiedet, ist ein Gefühl der Bedrohung, der Erwartung eines großen Unglücks, der Furcht vor unaufhaltsamem Niedergang. Berlin Hauptstadt! Hamburg Boomtown! Langsam rücke HH, so zitiert der SPIEGEL den dortigen Bürgermeister Voscherau, „in die Zentralität Gesamteuropas", irgendwo Richtung Pripet-Sümpfe also, was dem Vernehmen nach lediglich vom Hafendirektor sowie von Freddy Quinn nicht begrüßt wird. Deutschland wird umgebaut!


PHILIP MORRIS
LIGHT AMERICAN
FINEST SELECTED TOBACCOS
PHILIP MORRIS
LIGHT AMERICAN
SPECIAL BLEND
GESCHMACK EINER NEUEN GENERATION
Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,3 mg Nikotin und 4 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

*Paul Maier, Landgasthof Mange, Klettgau.*

# Diese Klasse verlange ich von einem Wein.

*Reinhard Zöllin, Kellermeister der Winzergenossenschaft Auggen, Markgräflerland.*

# Wir badischen Kellermeister auch.




**Rundherum eindrucksvoll** *sind in Baden nicht nur die Künste der vielen Sterne-Köche, sondern auch das Können der Winzer und Kellermeister. Ist ihnen doch ein Wein zu verdanken, der in puncto Qualität und Sortentypik seinesgleichen sucht. Ein Wein wie zum Beispiel der* ***Weiße Burgunder*** *(Pinot blanc). Edles Burgunderaroma, feine Frucht und viel Finesse auch auf der Zunge – eine perfekte Mischung aus Eleganz, Frische und Üppigkeit. Nicht nur die badischen Köche schwärmen seit langem davon. Und daß dies auch in Zukunft so bleibt, da sind die badischen Winzer und Kellermeister rundherum optimistisch.*




Deutsche Weinwerbe GmbH, Badischer Wein, 6500 Mainz

Windows

Windows

Windows

Windows

Microsoft®

SOFTWARE FÜR IHRE ZUKUNFT.

Windows

Windows

Windows

Windows

# JETZT WIRD DAS COMPUTERN ZUM REINEN VERGNÜGEN!

Microsoft Windows 3.0 verleiht Ihrem Personal Computer ein völlig neues Gesicht! Denn Microsoft Windows 3.0 spricht nicht in Rätseln zu Ihnen, sondern in Bildern und Symbolen, die sich von selbst verstehen.

Im Windows-Paket ist ein kompletter Satz von 11 Büroanwendungen mit vielen nützlichen Zusatzprogrammen enthalten: Daher können Sie mit Microsoft Windows 3.0 sofort Texte schreiben, Daten verwalten, Grafiken erstellen und vieles mehr!

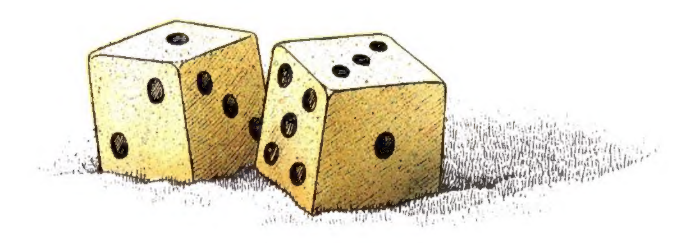
Darüber hinaus bietet Ihnen die Microsoft Windows-Applikations-Familie eine Vielzahl leistungsfähiger Lösungen für den professionellen PC-Einsatz - auch im Netzwerk. Mehr als 1.400 Windows-Programme sorgen bereits heute für ein umfassendes Software-Angebot im Microsoft Standard der Zukunft.

## Neun vollwertige Büro-Programme der Spitzenklasse inklusive!

Mit Microsoft Windows 3.0 können Sie gleich arbeiten. Denn das Standardpaket enthält ein umfangreiches Software-Spektrum, das sich sehen lassen kann.

**Windows Write** – eine komfortable und leistungsfähige Textverarbeitung, mit der Sie auch Grafiken einbinden können! Ideal für Texte aller Art.

**Windows Paintbrush** – ein erstklassiges Zeichenprogramm in Farbe! Mit Paintbrush erstellte Grafiken lassen sich natürlich auch in anderen Windows-Programmen weiterverwenden!





**Karteikasten** – eine universelle Datenbank, mit der Sie z. B. Namen, Telefonnummern, Adressen, Bilder oder Texte verwalten können. Automatische Telefonnummernwahl (bei Modemanschluß)!

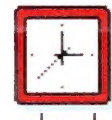


**Notizblock** – mit diesem zeitsparenden Zusatzprogramm können Sie unabhängig von Textprogramm und Datenbank Notizen festhalten.



**Datenfernübertragung** – ein Programm, das Ihnen die Welt der Telekommunikation eröffnet: zum Beispiel, wenn Sie Datendienste und Mailboxen nutzen oder mit anderen Computern kommunizieren wollen!

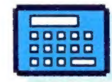
**Makrorekorder** – ein superkomfortables Werkzeug, mit dem Sie Tastatureingaben und Mausklicks einfach aufzeichnen und viele Aufgaben kinderleicht automatisieren können!



**Uhr** – mit analoger oder digitaler Anzeige. Als Vollbild, im Fenster oder als Symbol darstellbar.



**Kalender** – für Ihre Zeitplanung. Mit Monatsüberblick, Tageskalender, akustischer und optischer Erinnerung!



**Taschenrechner** – auch mit wissenschaftlichen Funktionen.

## Zwei attraktive Computerspiele für Spaß und Unterhaltung!

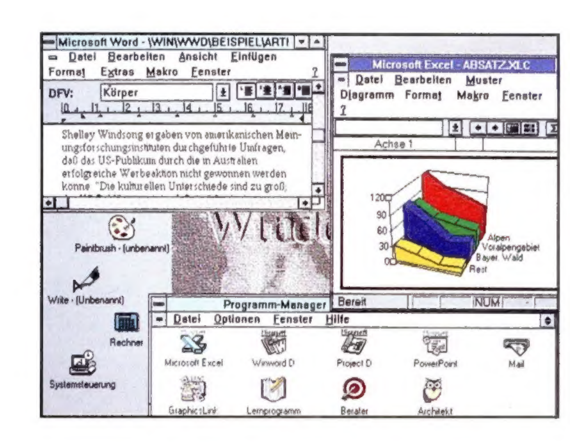
**Solitaire** – die Computerspiel-Variante des beliebten Kartenspiels!

**Reversi** – das Brettspiel Othello als Computerspiel jetzt unter Windows!

# EINFACH GENIAL: WINDOWS 3.0 MACHT MEHR AUS IHREM MS-DOS!

Mit der grafischen Betriebssystemerweiterung von Microsoft Windows haben Sie per Mausklick alle System- und Programmfunktionen spielend im Griff. Leicht verständliche Symbole, Pull-Down-Menüs und Dialogboxen garantieren Ihnen immer eine optimale Orientierung. Sollten Sie trotzdem mal eine Frage haben, gibt Ihnen die Hilfefunktion sofort die richtige Antwort!

Außerdem ist Windows 3.0 ideal für große Programme und die Teamarbeit im Netzwerk geeignet: Denn jetzt steht Ihnen der gesamte Arbeitsspeicher Ihres PC's voll zur Verfügung - bis zu 16 Megabyte!




## Mit mehreren Programmen zugleich arbeiten!

Unter Windows 3.0 können Sie mehrere Programme gleichzeitig öffnen und schnell zwischen den Anwendungen hin- und herschalten. Zum Beispiel, wenn Sie in Windows Write einen Text schreiben und plötzlich eine Adresse aus dem Karteikasten von Windows 3.0 benötigen.



SOFTWARE FÜR

# WINDOWS 3.0

## Datenaustausch in alle Richtungen - eine enorme Zeitersparnis!

Texte, Tabellen und Grafiken lassen sich zwischen Windows-Anwendungen über die Zwischenablage beliebig austauschen! Die Daten eines Anwendungsprogramms (z. B. Excel für Windows) können Sie auch in einem anderen Programm gleichzeitig nutzen (z. B. Word für Windows): Durch dynamischen Datenaustausch (DDE) werden Ihre Daten bei jeder Änderung automatisch in beiden Programmen aktualisiert!

## Die Microsoft Windows-Applikations-Familie: Da bleiben selbst für Profis keine Wünsche mehr offen!

Die Microsoft Windows-Applikations-Familie bietet Ihnen für den professionellen Büroarbeitsplatz das komplette Anwendungsspektrum mit gleichartigem Programmaufbau! Und das bedeutet: Wenn Sie eine Anwendung kennen, werden Sie auch jedes andere Programm der Microsoft Windows-Applikations-Familie im Nu beherrschen.

Alle Programme sind sehr einfach zu bedienen und zeichnen sich durch eine Leistungsvielfalt aus, die auch höchsten Ansprüchen gerecht wird:

- Microsoft Word für Windows - die professionelle Text- und Dokumentenverarbeitung, die Komfort und Funktionalität in einzigartiger Weise verbindet.
- Microsoft Excel für Windows - die Tabellenkalkulation der Spitzenklasse mit integrierter Geschäftsgrafik und Datenbank.
- Microsoft PowerPoint für Windows - ein Präsentationsprogramm, mit dem Sie Folien, Dias und Inhalte für elektronische Vortragsmedien in Windeseile erstellt haben.
- Microsoft Mail für Windows - das elektronische Postsystem für die moderne Bürokommunikation.
- Microsoft Project für Windows - das Planungsinstrument für effizientes Projektmanagement.

**Lernprogramm, Online-Hilfe und gleichartiger Aufbau machen Programme der Microsoft Windows-Applikations-Familie leicht und schnell erlernbar.**



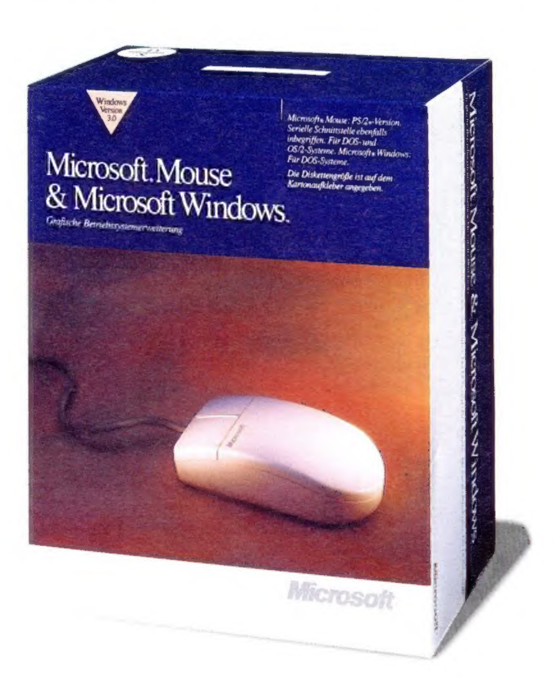
## Microsoft Windows 3.0 plus Microsoft Mouse - ein starkes Paar!

Microsoft Mouse ist so konzipiert, daß Sie die grafische Betriebssystemerweiterung von Windows 3.0 und aller Windows-Anwendungen optimal nutzen können.
Die Microsoft Mouse schmiegt sich sanft in Ihre Hand, ein leichter Druck Ihrer Finger-spitze genügt, um Programme zielsicher zu dirigieren. Das leise "Klick" klingt wie eine freundliche Bestätigung.

100%ige Kompatibilität versteht sich bei einer Microsoft Mouse von selbst. Denn Microsoft DOS, Microsoft Windows 3.0 und die Microsoft Mouse sind aus einem Haus - und entsprechen dem PC-Standard, an dem sich andere weltweit orientieren.

## Windows 3.0 im Komplett-Paket mit Original Microsoft Mouse: nur 581,- DM!*

## Einzigartig: Sie sparen ganze 228,- DM!




Wenn Sie noch keine Computer-Maus besitzen (oder sich immer schon eine echte Microsoft Mouse gewünscht haben), können Sie jetzt einen beachtlichen Preisvorteil erzielen: Erwerben Sie Microsoft Mouse und Microsoft Windows 3.0 gleich im Kombi-Package! Gegenüber dem Einzelkauf sparen Sie dann ganze 228,- DM!

* Unverbindliche Preisempfehlung der Microsoft GmbH (inklusive 14% MwSt.)

**Erhältlich im Fachhandel.**

Weitere Informationen gibt Ihnen gerne Ihr Fachhändler. Oder schreiben Sie an:

**Microsoft Info-Service**
**Postfach 10 10 33 · 8000 München 1**

... oder rufen Sie uns gebührenfrei an...

**TELEFON: 01 30-50 99**



H R E Z U K U N F T .